



LINKSOPPOSITION IN DER

der Weimarer Zeit

Band I

Die Sozialisierung ist da!

Das Kohlsyndikat

wird sofort sozialisiert. Dadurch gewinnt das Reich, d. h.

das ganze Volk

nach der Sozialisierung der Gruben selbst
maßgebenden Einfluß
auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie.

Die Sozialisierung des Kalibergbaus

ist in schnelligster Vorbereitung.

Das allgemeine Sozialisierungsgeleh,
das der Nationalversammlung vorgelegt ist,
begründet

an Stelle der früheren schrankenlosen Privatwirtschaft

die deutsche Gemeinwirtschaft.

Das Reich, d. h. wir alle,
tragen diese deutsche Gemeinwirtschaft.

Das Reich wird dafür sorgen,
daß überall nach den Forderungen des Gemein-
Interesses, nirgends im kapitalistischen Privatinteresse
gewirtschaftet wird.

Und das ist Sozialismus!

Das Reichsministerium.

ERNST WOLOWICZ

LINKSOPPOSITION IN DER SPD
VON DER VEREINIGUNG
MIT DER USPD 1922 BIS
ZUR ABSPALTUNG DER SAPD 1931

Herausgegeben vom Bundesvorstand der Jungsozialisten
Offenhauerstr. 1, 5300 Bonn I

Copyright: Ernst Wolowicz

Druck: Druckerei M. Wehle, Hauptstr. 240
5305 Witterschlick/Bonn

VORWORT

Die Motivation für die Untersuchung der Rolle des linken Flügels in der SPD der Weimarer Republik entstand bei mir bei der Darstellung der Theoriediskussion der Flügel in der SPD (in den Jahren 1968-1978) in meiner Masterarbeit. 1)

Das ursprüngliche Interesse bei Beginn der Dissertation bestand in der Aufzeigung von Parallelen in der Theoriediskussion in der SPD der Weimarer Republik und in der heutigen SPD. Sehr bald wurde mir jedoch klar, daß wegen der völlig anderen heutigen Situation nur bedingt Parallelen zu ziehen sind (vgl. den Schlußteil der Arbeit).

Ein weiteres Ziel bestand darin, pauschalisierende Abwertungen der Funktion der SPD-Linken in der Weimarer Republik, wie sie sowohl von liberal-konservativen wie von marxistisch-leninistischen Autoren vorgenommen werden, auf ihre Angemessenheit zu untersuchen.

Bei der Darstellung der Entwicklung der SPD-Linken von 1922 bis 1931 wird versucht, drei Aspekte miteinander zu verbinden:

- die Auseinandersetzung in der SPD um die Tagespolitik im Reich (also v.a. um die Koalitions- bzw. Tolerierungspolitik oder die Oppositionspolitik)
- den ideologischen Hintergrund dieser Kontroverse (Differenzen in der Staats-, Kapitalismus- und Imperialismustheorie sowie in der Einschätzung der Rolle der Parteien der Mitte und der KPD)
- die Form der Austragung der Konflikte im Rahmen der organisatorischen Struktur der SPD (Probleme der innerparteilichen Demokratie; organisierte Fraktionsbildung etc.)

Dabei erwies sich die Einteilung in vier Perioden als sinnvoll. Nach der Darstellung der politischen Herkunft der sich Ende 1922 bildenden starken Linksoption aus SPD, USPD und KPD bzw. KAG werden vier Perioden geschildert:

- die Phase der schweren ökonomischen und politischen Krise (November 1922 bis November 1923)
- die Phase der relativen ökonomischen und politischen Stabilisierung der Weimarer Republik (November 1923 bis Juni 1928)
- die Phase des Beginns der Endkrise der Weimarer Republik in der Zeit der Großen Koalition (Juni 1928 bis März 1930)
- die Zuspitzung der Krise, der Aufstieg der NSDAP und die Spaltung der SPD (März 1930 bis Oktober 1931).

Die Einschränkung des Untersuchungszeitraumes erwies sich als notwendig, da es vor dem Zusammenschluß von der SPD mit der USPD im September 1922 und nach der Abspaltung der SAPD im Oktober 1931 keine starke Linksopposition mehr gab.

Die von 1922 bis 1931 in der SPD existierende Linksopposition erfüllte alle Merkmale, die Joachim Raschke zur Definition einer innerparteilichen Opposition benutzt: "I.O. (Innerparteiliche Opposition - E.W.) wird definiert als eine über eine gewisse Zeit bestehende Gruppierung innerhalb einer Partei, die durch Gruppenbewußtsein, ein Minimum an Organisation und von der Mehrheit wenigstens teilweise abweichende sachlich-politische Ziele zusammengehalten ist und die versucht, die Mehrheit abzulösen bzw. ihre Politik zumindest teilweise zu verändern. " 2)

Hauptquellen sind die reichsweiten Zeitschriften der SPD-Linken "SPW" und "Klassenkampf" und die Zentralorgane der SPD und KPD "Vorwärts" und "Rote Fahne". Es wird dabei versucht, möglichst wertfrei die Position beider Flügel der SPD immanent darzustellen und bei der Analyse auf eigene Einschätzungen zu verzichten. Im Schlußteil folgt nach der Darstellung vorhandener Wertungen der Rolle der SPD-Linken und der Ursachen ihrer ständigen Minderheitsposition eine persönliche Einschätzung von deren Stärken und Schwächen, sowie der Relevanz von deren Ideologie für die heutige Theoriediskussion in der linkssozialdemokratischen und eurokommunistischen Debatte.

Aus Gründen des Umfangs der Arbeit konnten vor-
liegende Manuskripte über die Theoriedebatte in der SPD,
über die SPD-Analyse der KPD und über die KPD-Analyse beider
Flügel der SPD und die Geschichte der SPD-Jugendorganisatio-
nen (Jungsozialisten und SAJ) 1922-1931 nicht aufgenommen
werden.

Für die Förderung und Betreuung der Dissertation bin
ich Herrn Professor Dr. Kurt Sontheimer zu großem Dank ver-
pflichtet.

München, im April 1982

Ernst Wolowicz

GLIEDERUNG

Linksopposition in der SPD von der Vereinigung mit der
USPD 1922 bis zur Abspaltung der SAPD 1931

Vorwort

Teil 1	Die politische Herkunft der Linksopposition in der SPD	10
1.	Linksopposition in der SPD 1919-1921 (S.10-30)	10
1.1.	Auseinandersetzungen über die Wehrpolitik und das Verhältnis zur USPD auf dem Reichs- parteitag in Weimar 1919 (S.10-13)	10
1.2.	Die Kontroverse über die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien der Mitte auf dem Reichsparteitag in Kassel 1920 (S.13-17)	13
1.3.	Das Erstarken des linken Parteiflügels im Jahr 1921 und seine Auswirkungen auf den Reichsparteitag in Görlitz (S. 17-30)	17
2.	Die Entwicklung der USPD bis Anfang 1922 (S.31-44)	31
2.1.	Überblick über die Geschichte der USPD 1917-1920 (S.31-35)	31
2.2.	Die Spaltung der USPD auf dem Reichsparteitag in Halle im Oktober 1920 wegen des Verhält- nisses zur Kommunistischen Internationale (S. 35-39)	35
2.3.	Der Versuch der USPD einen dritten Weg zwischen SPD und KPD zu entwickeln (S. 39-44)	39

3.	Die Politik der KPD 1918-1921 (S.45-71)	45
3.1.	Die KPD unter der Führung von Luxemburg und Liebknecht (S.45-47)	45
3.2.	Die Entwicklung der KPD unter dem Parteivorsitzenden Paul Levi (S.47-54)	47
3.3.	Die "Märzaktion" der KPD 1921 und der Parteiausschluß Levis (S.54-63)	54
3.4.	Das Scheitern des Versuchs der Anhänger Levis die KPD von innen heraus zu verändern (S.64-81)	64
4.	Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) als "Rechtsabspaltung" von der KPD 1921/1922 (S.72-81)	72
4.1.	Der Aufbau der Organisation der KAG bis zur ersten Reichskonferenz im November 1921 (S.72-75)	72
4.2.	Der Anschluß der meisten KAG-Mitglieder an die USPD im Februar 1922 (S.75-81)	75
5.	Der Annäherungsprozeß zwischen SPD und USPD im Jahr 1922 bis zur Vereinigung zur VSPD auf dem Nürnberger Parteitag im September 1922 (S.82-103)	82
5.1.	Die Tendenz der USPD-Parteiführung zur Abgrenzung von der SPD in der ersten Jahreshälfte 1922 (S.82-86)	82
5.2.	Die Annäherung von SPD und USPD im Sommer 1922 wegen der Angriffe der Rechtsradikalen auf die Republik (S.86-92)	86
5.3.	Die Vorbereitung zur Vereinigung auf dem Parteitag der SPD in Augsburg und dem Parteitag der USPD in Gera (S.92-98)	92
5.4.	Die Gründung der VSPD auf dem Nürnberger Vereinigungsparteitag am 24.9.1922 (S.98-102)	98
5.5.	Das Ende der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie durch den Rücktritt von Reichskanzler Wirth (S.102-103)	102

241 2	Die Entwicklung der Linksoption in der SPD vom Nürnberger Vereinigungsparteitag 1922 bis zur Abspaltung der SAPD 1931	104
	Die Phase der schweren Krise im Jahr 1923 (S.104-240)	104
	1.1. Die Tolerierung der Regierung Cuno durch die VSPD und der Widerstand der VSPD-Linken dagegen (ab 27.11.1922) (S.104-148)	104
	1.1.1. Der Konflikt in der VSPD über die Haltung zum Kabinett Cuno (S. 104-108)	104
	1.1.2. Die Auseinandersetzung in der VSPD über den Kampf gegen die Besetzung des Ruhrgebietes (S.108-114)	108
	1.1.3. Die Gründung der reichsweiten Zeitschrift der VSPD-Linken "Sozialistische Politik und Wirtschaft" durch Paul Levi im Februar 1923 (S.115-117)	115
	1.1.4. Die Kritik der VSPD-Linken an der Politik der Regierung Cuno im Winter 1923 (S.117-123)	117
	1.1.5. Die Verschärfung der Auseinandersetzung in der VSPD vor dem Hintergrund der zunehmenden Staats- und Wirtschaftskrise (S.123-135)	123
	1.1.6. Die Eskalierung des innerparteilichen Konflikts bis zur Sonderkonferenz von 30 linken VSPD-Reichstagsabgeordneten in Weimar am 29.7.1923 (S.135-141)	135
	1.1.7. Die Debatte in der Sozialdemokratie über die Bildung einer Reichsregierung der Großen Koalition in der Endphase der Regierung Cuno (S.141-148)	141
	1.2. Die Beteiligung der VSPD an der Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Stresemann (ab 13.8.1923) (S.149-189)	149
	1.2.1. Der Protest der CSPD-Linken gegen die Regierungsbeteiligung (S.149-154)	149
	1.2.2. Die Kritik des linken VSPD-Flügels an den ersten Maßnahmen des Kabinetts Stresemann (S.154-166)	154

1.2.3. Das Scheitern des ersten Kabinetts Strese- mann und die Bildung des zweiten Kabinetts Stresemann (S.166-169)	166
1.2.4. Der Widerstand der VSPD-Linken gegen die Fortsetzung der Großen Koalition und das Ermächtigungsgesetz (S.169-176)	169
1.2.5. Das Ende der Regierungsbeteiligung der VSPD wegen der Reichsexekutive gegen Sachsen (S.176-187)	176
1.2.6. Das Vorgehen der VSPD-Parteiführung gegen die "organisierte Opposition" in der Partei (S.187-189)	187
1.3. Die Entwicklung in den Hochburgen der VSPD- Linken Sachsen und Thüringen im Jahr 1923	190
1.3.1. Die Entwicklung in Sachsen (S.190-226)	190
1.3.1.1. Die Tolerierung einer VSPD-Minderheits- regierung durch die KPD vom Dezember 1920 bis zum Januar 1923 (S.190-195)	190
1.3.1.2. Die Debatte in der sächsischen VSPD über Das Verhältnis zur KPD und zur DDP bzw. DVP Anfang 1923 (S.195-201)	195
1.3.1.3. Die Tolerierung der VSPD-Minderheitsre- gierung Zeigner durch die KPD (S.201-213)	201
1.3.1.4. Die Bildung der VSPD/KPD-Koalitionsre- gierung Zeigner im Oktober 1923 (S.213-218)	213
1.3.1.5. Die Absetzung der Regierung Zeigner durch die Reichsexekutive (S.218-226)	218
1.3.2. Die Entwicklung in Thüringen (S.226-240)	226
1.3.2.1. Die Tolerierung der VSPD-Minderheitsre- gierung Frölich durch die KPD (S.226-232)	226
1.3.2.2. Das Vorgehen der Reichsregierung gegen die VSPD/KPD-Koalitionsregierung Frölich (S.232-240)	232

2.	Die Phase der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik von Ende 1923 bis Mitte 1928	241
2.1.	Die Tolerierung des Minderheitskabinetts der Mitte Marx I durch die VSPD (ab 30.11.1923)	
	(S.241-271)	241
2.1.1.	Der Widerstand der VSPD-Linken gegen die Tolerierungspolitik und gegen den Beschluß zur Verurteilung der "organisierten Opposition" in der Partei	241
	(S.241-251)	
2.1.2.	Die Kritik der VSPD-Linken an der Politik der Regierung Marx I	251
	(S.251-256)	
2.1.3.	Der Konflikt in der VSPD über die Aufstellung der Kandidaten für die Reichstagswahlen	256
	(S.256-263)	
2.1.4.	Der Wahlkampf der VSPD und die Niederlage der VSPD bei den Reichstagswahlen am 20.5.1924	263
	(S.263-272)	
2.2.	Die Fortsetzung der Tolerierungspolitik durch die VSPD in der Phase des Kabinetts Marx II (ab 3.6.1924)	272
	(S.272-302)	
2.2.1.	Der Reichsparteitag der VSPD in Berlin: Kontroversen über das Verhältnis zu den Parteien der Mitte und über das neue Parteistatut	272
	(S.272-288)	
2.2.2.	Die programmatische Schrift Paul Levis "Sachverständigengutachten- und was dann?"	288
	(S.288-290)	
2.2.3.	Die Haltung der SPD zur Regierung Marx II nach dem Berliner Parteitag	290
	(S.290-295)	
2.2.4.	Das Scheitern der Bildung einer Mehrheitsregierung	295
	(S.295-297)	
2.2.5.	Der Wahlkampf und das Ergebnis der Reichstagswahlen am 7.12.1924	297
	(S.297-302)	
2.3.	Die Bürgerblockierung Luther I (Ab 19.1.1925)	303
	(S.303-312)	
2.3.1.	Die Bildung des Kabinetts-Luther	303
	(S.303-307)	
2.3.2.	Die Auswertung des "Barmat"-Skandals durch die SPD-Linke	307
	(S.307-312)	
2.3.3.	Die Rolle der SPD als Oppositionspartei im Reichstag und die Regierungskrise in Preußen Anfang 1925	313
	(S.313-315)	

2.3.4. Der Konflikt in der SPD über die Vorgehensweise bei den beiden Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925: "Arbeiterblock" oder "Volksblock"	(S.315-328)	315
2.3.5. Die Zollgesetze der Reichsregierung als Symbol für das vorläufige Scheitern des "Volksblock"-Gedankens	(S.328-333)	328
2.3.6. Der Reichsparteitag der SPD in Heidelberg: Die Kontroverse über das Verhältnis zu den Parteien der Mitte und über das neue Parteiprogramm	(S.334-353)	334
2.3.7. Die Debatte in der SPD über die Stellung zur Außenpolitik Stresemann aus Anlaß des Locarnopaktes	(S.353-363)	353
2.3.8. Die Verhandlungen über die Regierungsneubildung an der Jahreswende 1925/1926	(S.363-372)	363
2.4. Die Minderheitsregierung der Mitte Luther II (ab 19.1.1926)	(S.373-390)	373
2.4.1. Der Konflikt in der SPD wegen der Wiederaufnahme der Tolerierungspolitik	(S.373-375)	373
2.4.2. Das Volksbegehren von SPD und KPD für die Enteignung der Fürstenhäuser	(S.375-387)	375
2.4.3. Der Sturz der Regierung Luther II wegen des Flaggenerlasses	(S. 387-390)	387
2.5. Der sächsische Parteikonflikt (Januar 1924 - Mai 1926)	(S.391-448)	391
2.5.1. Der Konflikt zwischen der "rechten" Mehrheit der SPD-Landtagsfraktion und der "linken" Mehrheit der SPD-Parteigremien in Sachsen wegen der Bildung der SPD/DDP/DVP-Koalitionsregierung Held am 3.1.1924	(S.391-405)	391
2.5.2. Der Kompromiß zur Lösung des sächsischen Parteikonflikts des Berliner Reichsparteitages	(S.495-410)	405

2.5.3. Die Eskalation des Parteikonflikts bis zum Parteiausschluß der SPD-Landtagsfraktions- mehrheit Ende 1924 und das Scheitern aller Einigungsversuche im Jahr 1925	(S.410-427)	410
2.5.4. Der Beschluß des Heidelberger Reichspartei- tages zur Lösung des sächsischen Parteikon- fliktes	(S.427-433)	427
2.5.5. Der Prozeß der Ablösung der Landtagsfraktions- Mehrheit von der SPD bis zur Gründung der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens	(S.433-448)	433
2.6. Die Tolerierung der Regierung Marx III durch die SPD (ab 17.5.1926)	(S.449-479)	449
2.6.1. Die Debatte in der SPD über die Tolerierungs- politik und die Lehren des Volksentscheides zur Fürstenenteignung	(S.449-456)	449
2.6.2. Die Kontroverse in der SPD über das Verhältnis zu den Parteien der Mitte und zu den Unterneh- mern im Sommer und Herbst 1926; Kompromißbe- reitschaft oder bedingungsloser Klassenkampf	(S.456-462)	456
2.6.3. Die Kritik der SPD-Linken an der Außenpolitik Stresemanns und an der Fürstenabfindung in Preußen	(S.462-467)	462
2.6.4. Das Scheitern des Experiments der "Stillen Koalition"	(S.467-473)	467
2.6.5. Die Verhandlungen über die Regierungsneu- bildung an der Jahreswende 1926/1927	(S.473-479)	473
2.7. Die Bürgerblockierung Marx IV (ab 28.1.1927)	(S.480-530)	480
2.7.1. Die Haltung der SPD als Oppositionspartei	(S.480-485)	480
2.7.2. Die Debatte in der SPD über die innerpartei- liche Demokratie und über die Preußenkoali- tion	(S.485-495)	485
2.7.3. Der Kieler Reichsparteitag der SPD: Die Kontro- verse über die reale Machtverteilung in Staat und Wirtschaft und über die Einschätzung der Parteien der Mitte	(S.495-509)	495

2.7.4.	Die Kritik der SPD-Linken an der inkonsequenten Oppositionspolitik gegenüber der Bürgerblockregierung (S.509-510)	509
2.7.5.	Die Gründung der zweiten reichsweiten Zeitschrift der SPD-Linken "Der Klassenkampf - Marxistische Blätter" im September 1927 (S.513-514)	513
2.7.6.	Die Fortsetzung der Debatte über die Stellung zu den Parteien der Mitte Ende 1927/Anfang 1928 (S.516-522)	516
2.7.7.	Der Bruch der Bürgerblockkoalition im Februar 1928 und die Wahlkampfziele der SPD (S.522-530)	522
3.	Die Periode der Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller (ab 28.6.1928) (S.531-650)	531
3.1.	Die Auseinandersetzung in der SPD über die Bildung der Großen Koalition und deren Regierungsprogramm (S.531-545)	531
3.2.	Die Kritik der SPD-Linken am Bau des Panzerkreuzers "A" und am Schiedsspruch Severings im Ruhreisenkonflikt stärkt ihre Position in der Partei (S.545-571)	545
3.3.	Der Konflikt in der SPD über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Müller im ersten Halbjahr 1929 (S.571-585)	571
3.4.	Die Wehrdebatte in der SPD aus Anlaß des Baus des Panzerkreuzers "A" (S.585-598)	585
3.5.	Der Magdeburger Reichsparteitag der SPD: Die SPD-Linke erreicht den Zenit ihres Einflusses, bleibt aber in der Minderheit (S.598-613)	598
3.6.	Die zunehmende Kontroverse in der SPD über die Politik der Regierung Müller vor dem Hintergrund der Verschärfung der Wirtschaftskrise im zweiten Halbjahr 1929 (S.613-636)	613
3.7.	Der Bruch der Großen Koalition wegen der Gegensätze in der Sozialpolitik (S.637-646)	637
3.8.	Die kurze Debatte über die Rolle der innerparteilichen Opposition in der SPD-Theoriezeitschrift "Die Gesellschaft" (S.646-650)	646

4.	Die Periode von der Bildung der Regierung Brüning bis zur Abspaltung eines Teiles der SPD-Linken von der SPD im Oktober 1931 (ab 30.3.1930)	
	(S.651-815)	651
4.1.	Die anfängliche Opposition der SPD gegen die Regierung Brüning	(S.651-666) 651
4.2.	Der Wahlkampf und die Reichstagswahlen am 14.9.1930	(S.666-675) 666
4.3.	Die Debatte in der SPD über die Haltung zur Regierung Brüning nach der Wahl bis zum Beginn der Tolerierung dieser Regierung durch die SPD am 18.10.1930	(S.675-691) 675
4.4.	Der Konflikt in der SPD über die Tolerierungspolitik bis Ende 1930	(S.691-708) 691
4.5.	Der "Disziplinbruch" von 9 linken SPD-Reichstagsabgeordneten im März 1931 und die daraus resultierende Debatte über die Parteidisziplin und die Folgen der Tolerierungspolitik	(S.708-739) 708
4.6.	Der Reichsparteitag der SPD in Leipzig: Die Isolierung der radikalen SPD-Linken und die Annäherung der gemäßigten SPD-Linken an den Kurs der Parteiführung	(S.740-762) 740
4.7.	Die Fortsetzung der Tolerierungspolitik nach dem Parteitag und der "Mahnruf" der Führer der radikalen SPD-Linken	(S.763-787) 763
4.8.	Der Prozeß der Abspaltung eines Teiles der radikalen SPD-Linken im Spätsommer und Herbst 1931	(S.788-804) 788
4.9.	Die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) am 4.10.1931	(S.805-810) 805
4.10.	Die entscheidende Schwächung der SPD-Linken als Folge der Bildung der SAPD (S.811-815)	811
Teil 3 - Schluß		
1.	Darstellung vorhandener Positionen zur Bewertung der Rolle der SPD-Linken in der Weimarer Republik	817

2.	Der ideologische Dissens zwischen den beiden SPD-Flügeln in der Weimarer Republik - Eine idealtypische Darstellung	827
3.	Ursachen der ständigen Minderheitsposition der SPD-Linken in diesem Zeitraum	848
4.	Persönliche Bewertung der SPD-Linken in der Weimarer Republik und ihrer Bedeutung für die aktuelle Debatte in der linken Sozialdemokratie	855
	Anmerkungen Vorwort	862
	Literaturverzeichnis (863-883)	863
	Anmerkungen (884-1003)	884

TEIL 1

DIE POLITISCHE HERKUNFT DER LINKSOPPOSITION IN DER SPD

1. Linksopposition in der SPD 1919-1921

1.1. Auseinandersetzungen über die Wehrpolitik und das Verhältnis zur USPD auf dem Reichsparteitag in Weimar 1919

Nach der Abspaltung der USPD von der SPD im April 1917 gab es in der SPD zunächst keine nennenswerte Opposition gegen die Parteiführung mehr, da die Gegner der Burgfriedenspolitik fast geschlossen die SPD verließen.

Erste Ansätze einer innerparteilichen Opposition in der SPD traten auf dem Parteitag in Weimar am 15. und 16. Juni 1919 auf.

Anzeichen für eine Unzufriedenheit mit der Parteiführung zeigten sich bereits in einzelnen Anträgen an den Parteitag. Im Zentrum der Kritik stand dabei die Politik des Reichswehrministers Noske. Der Ortsverein Altona forderte: "Sofortige Auflösung sämtlicher Freiwilligenverbände, als Ersatz dafür Gründung einer Volkswehr". 1) Der Ortsverein Weimar verlangte den Rücktritt Noskes als Reichswehrminister, der Ortsverein Münster sogar seinen Parteiausschluß. 2)

Mehrere Ortsvereine forderten den Parteivorstand auf, mit der USPD Verhandlungen über eine Zusammenarbeit der beiden Parteien mit dem Ziel der Vereinigung aufzunehmen. Am weitestgehenden war in dieser Frage der Antrag aus Jena: "Die Spaltung der Sozialdemokratie bedeutet eine empfindliche Schwächung derselben im Kampfe zur Erreichung ihres Zieles, der Umwandlung des kapitalistischen Staates in die sozialistische Gesellschaft. Da die Gegensätze zwischen den Parteien nicht grundsätzlicher, sondern lediglich taktischer Art sind, steht der Parteitag auf dem Standpunkt, daß die Wiedervereinigung der Parteien möglich ist. Er beauftragt deshalb den Vorstand, zu diesem Zwecke mit den Vorständen der U.S.P.D. und der K.P.D. unverzüglich in Verbindung zu treten." 3)

Daß dieser Antrag auf dem Parteitag ohne Chance auf Zustimmung sein würde, ließ sich bereits aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag herauslesen. Als Hauptprobleme der Vereinigung mit der USPD wurden genannt:

"Sie sind in der prinzipiellen Stellung zur Demokratie und der ihr gegenüber ins Feld geführten Diktatur des Proletariats auch dann, wenn nicht einmal die Mehrheit des Proletariats selbst sich für diese entschieden hat, zu suchen." 4)

Der Antrag Jenas wurde auf dem Parteitag durch die Annahme einer vom Parteivorstand vorgelegten Resolution als erledigt erklärt, in der in sehr vager Form die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen mit der USPD erklärt wurde, allerdings unter Bedingungen, die für die USPD damals unannehmbar waren: "Der Parteitag erklärt seine Bereitschaft, in Verhandlungen zur Einigung mit der U.S.P.D. auf der Grundlage des Erfurter Programms zu treten, sobald die U.S.P. den Grundsatz der Demokratie rückhaltlos anerkennt und jede Gemeinschaft mit der mit den Mitteln des Putschismus und unter Verwerfung aller demokratischen Grundsätze wirkenden K.P.D. aufgegeben haben wird." 5) Die Verhandlungen mit der USPD sollte der Parteivorstand allein führen. Der Antrag wurde, wie es im Protokoll heißt, "gegen eine kleine Minderheit angenommen." 6)

Wie diese Minderheit, die forderte, daß der Parteitag für diese Verhandlungen eine Kommission wählen sollte, von der Versammlungsleitung behandelt wurde, zeigt, daß dieser Antrag als Zeichen des Mißtrauens gegenüber dem Parteivorstand betrachtet wurde. Im Protokoll heißt es: "Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte diejenigen Genossen, die wünschen, daß mit der Führung der Einigungsverhandlungen eine besondere Kommission beauftragt wird, also nicht ohne weiteres der Parteivorstand, sich zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Das letztere ist die Übergroße Mehrheit. Jetzt stünde der Antrag insgesamt zur Abstimmung. Falls die Genossen, die namentliche Abstimmung beantragen haben, sich entschließen könnten, diesen Antrag zurückzuziehen (Rufe: Nein). Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist gestellt von: ... (Es folgt die Aufzählung von 20 Namen -E.W.)

Der Vorsitzende fragt die Unterzeichner des Antrags nach der Reihe, ob sie den Antrag zurückziehen. Da von einem der Unterzeichner die Frage bejaht wird, hat der Antrag nicht mehr die genügende Unterstützung." 7) Da laut der Geschäftsordnung des Parteitags 20 Unterschriften für das Einbringen eines Antrages auf dem Parteitag notwendig waren, mußte also nach dem gelungenen Einschüchterungsversuch des Parteivorsitzenden über diesen Antrag nicht mehr abgestimmt werden.

Bei der Debatte über die Frage, ob die Debatte über den Parteivorstandsbericht abgebrochen werden sollte, zeigte sich, daß sich die Vertreter der Minderheit als eigene Strömung in der Partei betrachteten. Der Delegierte Biester aus Hamburg verlangte die Fortsetzung der Debatte mit der Begründung, "...daß zwei Strömungen auf dem Parteitag sind. (Zuruf). Die erste Strömung ist reichlich zu Wort gekommen, die zweite Strömung derjenigen, die weiter links stehen, nicht." 8) Sein Antrag wurde gebilligt. Es kamen jedoch nur noch zwei Vertreter der Parteivorstandslinie zu Wort, bevor Schluß der Debatte beschlossen wurde.

Erst bei der Diskussion über den Bericht der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung kam der Führer der Opposition Biester zu Wort. In seinem Beitrag wurde deutlich, wie isoliert die maximal 20 von 370 Delegierten umfassende Opposition war. Er mußte zunächst darauf hinweisen, daß er schon seit 1912 Parteimitglied war, um auf die Kritik zu erwidern: er sei gar kein wirklicher Sozialdemokrat: "Es ist mir wiederholt der Vorwurf gemacht worden, ich hätte im November vorigen Jahres meinen Anschluß verpaßt und sei in eine verkehrte Partei gekommen. (Sehr richtig!) Das ist nicht sehr richtig." 9)

Im Mittelpunkt seiner Kritik stand die Wehrpolitik Noskes. Er sah die Notwendigkeit staatlicher Wehrformationen ein, erklärte aber dann: "Wogegen wir uns wenden, ist, daß diese Maschinerie sich mehr nach links als nach rechts wendet (Bravo!), daß diese reaktionären Freikorps für uns eine entscheidende Gefahr bedeuten in dem entscheidenden Moment, da wir abzurechnen haben mit denen von rechts." Als Alternative zu der Koalitions-

politik mit den bürgerlichen Parteien, die nach seinen Worten täglich zu für die Arbeiterschaft "unfaßbaren" Dingen führe, betrachtete er die Vereinigung von SPD und USPD. Er bedauerte den Inhalt der vom Parteitag angenommenen Einigungsresolution, da er der Überzeugung war, "daß die vom Parteitag angenommene Resolution zwar nicht die Einigung unmöglich macht, aber gehörige Felsblöcke in den Weg der Einigung gewälzt hat." 10)

In der Antragsberatung wurden alle Anträge des Parteivorstandes mit sehr großer Mehrheit gebilligt.

1.2. Die Kontroverse über die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien der Mitte auf dem Reichsparteitag in Kassel 1920

Nach dem Parteitag setzte die SPD die Regierungskoalition mit dem Zentrum und der DDP unter den Reichskanzlern Bauer und H. Müller fort.

Bei den Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 erlitt die SPD eine vernichtende Niederlage. Die SPD-Mandatszahl sank von 163 auf 102, während die der USPD von 22 auf 81 anstieg. 11)

Der mit der Regierungsbildung beauftragte SPD-Politiker Hermann Müller gab den Auftrag zurück, nachdem die USPD den Eintritt in eine Regierung mit SPD, DDP und Zentrum abgelehnt hatte, da sie nur zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung bereit war, die jedoch im Reichstag ohne Mehrheit war. Unter diesen Umständen beschloß eine Konferenz der SPD-Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses am 13.6.1911 bei nur 6 Gegenstimmen, daß die SPD sich nicht an einer neuen Reichsregierung beteiligen werde. Der Grund dafür war wohl vor allem die Angst vor einer erneuten Wahlniederlage bei der Fortsetzung der Koalition mit DDP und Zentrum und als neuem Partner der DVP, da die "Weimarer Koalition" aus SPD, DDP und Zentrum die Mehrheit im Reichstag bei den Wahlen verloren hatte.

Die SPD tolerierte jedoch im Reichstag fortan die rein bürgerliche Regierung Fehrenbach aus Zentrum, BVP, DDP und

SPD, da diese ohne SPD-Unterstützung keine Mehrheit im Reichstag hatte.

Die Notwendigkeit dieser Tolerierungspolitik wurde von der SPD mit der Verhinderung der Regierungsbeteiligung der monarchistischen DVP und der Unterstützung der Position der Regierung bei den Verhandlungen mit der Entente über die endgültige Reparationsregelung begründet.

Kastning beschreibt das Dilemma der SPD-Tolerierungspolitik treffend so: "So wurde sie (SPD-E.W.) zu einer Art Zwitter von Oppositions- und Regierungspartei."¹³⁾

Auf dem Parteitag der SPD in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920 stand die Haltung der SPD zur Regierung Fehrenbach und die Frage der Verständigung mit der kurz vor der Spaltung stehenden USPD im Mittelpunkt.

Im Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes setzte sich der Berichterstatter Weis mit den innerparteilichen Kritikern auseinander. Er verurteilte dabei v.a. die Haltung der Redaktion der "Chemnitzer Volksstimme", die vor den Reichstagswahlen den Austritt der SPD aus der Regierung gefordert hatte und jetzt das Ende der Tolerierung der Regierung Fehrenbach durch die SPD verlangte. 13) Die Anträge der linken SPD-Gliederungen, die sich für eine baldige Vereinigung mit der USPD aussprachen, lehnte er mit der Begründung ab, daß dies wegen der unklaren Aussagen der USPD zur "Diktatur des Proletariats" und ihres Verhältnisses zur KPD unmöglich sei: "Die allgemeine Verwirrung, die in der Arbeiterschaft und in der ganzen Bevölkerung als Folge des Krieges vorhanden ist, macht eine Einigung der Arbeiterschaft zurzeit unmöglich." 14).

Hauptredner der SPD-Linken waren Fellisch und Biester. Fellisch verteidigte die Auffassung der Redaktion der "Chemnitzer Volksstimme", deren Chefredakteur er war, damit, daß sie von der lokalen Parteigliederung und der Pressekommission gebilligt worden sei. Er forderte die SPD-Reichstagsfraktion auf, die Regierung Fehrenbach wegen ihrer reaktionären Wirtschafts- und Sozialpolitik zu stürzen, um Reichstags-Neuwahlen

zu erreichen, bei denen die SPD sicherlich wieder stärker werden würde. 15)

Die Vertreter der Parteimehrheit unterliefen die Kritik von Fellisch dadurch, daß sie sich prinzipiell für einen Sturz der Regierung Fehrenbach aussprachen, aber behaupteten, daß der richtige Zeitpunkt dazu noch nicht gekommen sei. Nur bei einem für die breiten Massen der Bevölkerung verständlichen Anlaß könne die SPD eine Regierungskrise verantworten.

Die Parteimehrheit benutzte das Trauma der Spaltung der SPD im Jahre 1917 dazu, die innerparteiliche Opposition einzuschüchtern. Der Parteivorstands-Vertreter Heilmann lobte zwar die gemäßigte Form der Rede Fellischs auf dem Parteitag, warnte aber die Parteiopposition vor organisierter Fraktionsbildung: "Ich warne ihn (Fellisch-E.W.) aber davor in der 'Chemnitzer Volksstimme' weiter von einer 'Richtung Fellisch' schreiben zu lassen. (Sehr richtig!). Wenn wir erst wieder in der Partei Richtungen züchten, dann sind wir der Spaltung nicht mehr allzuweit entfernt (Zustimmung)." 16)

Wie schon auf dem Weimarer Parteitag wurde ein Antrag der SPD-Linken auf Fortsetzung der Debatte über den Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes abgelehnt. Biester begründete den Antrag mit der auf die Ablehnung der Masse der Parteitagsdelegierten stoßenden These: "Wir haben noch etwas Zeit zur Aussprache, und das ist notwendig, denn im Lande ist die Mißstimmung größer als hier (Widerspruch)." 17)

Wels erklärte in seinem Schlußwort, daß der Parteitag der Politik des Parteivorstandes bereits dadurch sein Vertrauen bekundet habe, daß er den Antrag 308 a die Unterstützung versagt habe. 18) Der Antrag der SPD-Linken hatte also nicht die für die Behandlung auf dem Parteitag erforderliche Anzahl von 20 Unterschriften von Parteitagsdelegierten erhalten. Dies dokumentierte die Schwäche der SPD-Linken. Da dieser vom Ortsverein Schwarzenberg gestellte Antrag die Grundposition der SPD-Linken wiedergab, wird er hier dokumentiert. Er lautete: "Es ist das Empfinden weiter Kreise der Parteigenossen,

daß die Arbeit des Parteivorstandes in den letzten Jahren es an der nötigen Tatkraft hat fehlen lassen. Es ging dem Parteivorstand jede Initiative ab, er ließ sich treiben. Der Parteitag wird aufgefordert hier Wandel zu schaffen.

Die Generalversammlung (des Ortsvereines Schwarzenberg-E.W.) wünscht dringend, daß die Parteiinstanzen zu der jetzigen Regierungspolitik eine entschiedene Stellung einnehmen. Eine Mitarbeit mit der kapitalschützenden und reaktionsfreundlichen bürgerlichen Reichsregierung ist ausgeschlossen. Die Wege, die die jetzige Reichsregierung eingeschlagen hat, bedrohen die Sicherheit der Republik. Eine geschlossene Kampf-front des Proletariats ist der heiße Wunsch aller Proletarier. Es sind deshalb alle daraufhinzielenden Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern, soweit es ohne Aufgabe der Grundsätze unserer Partei möglich ist. 19)

Die SPD-Linke zog also die Zusammenarbeit der drei Arbeiterparteien weiterhin prinzipiell der mit den bürgerlichen Parteien der Mitte vor.

Diese Grundhaltung kam auch in einem die baldige Vereinigung mit der USPD fordernden Antrag des Ortsvereins Sörup zum Ausdruck, der vom Parteitag abgelehnt wurde: "Wir wünschen, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht wird, zwischen den sozialistischen Parteien eine Einigung zustande zu bringen. Wenn dieses sich nicht anders erreichen läßt, dann durch eine über die Köpfe der Führer hinweg vorgenommene Urabstimmung, damit es uns ermöglicht ist, zu gegebener Zeit eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Auf keinen Fall wünschen wir, in eine Koalitionsregierung der Rechtsparteien einzutreten." 20)

Trotz dieser Differenzen zwischen der Parteimehrheit und der SPD-Linken verabschiedete der Parteitag einstimmig einen Antrag zur Frage der Regierungsbeteiligung der SPD: "Ein Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung kann nur in Frage kommen, wenn die Interessen

des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und eine pazifistische auswärtige Politik erheischen, ihn zwingend erfordern.²¹⁾ Die Zustimmung der SPD-Linken zu diesem Antrag wurde dadurch erleichtert, daß ein Zusatzantrag ihres Vertreters Eckstein angenommen wurde, der implizit eine Koalition der SPD mit der DVP ausschloß: "Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht, kann nicht in Frage kommen." ²²⁾

Die Schwäche der SPD-Linken auf dem Parteitag kam auch bei der Wahl der zentralen Parteigremien zum Ausdruck, bei der kein Vertreter der Linken zu kandidieren wagte. Da bei der Wahl des Parteivorstandes Wels, der die Linke besonders scharf angegriffen hatte, 309 von 330 abgegebenen Stimmen erhielt, kann man davon ausgehen, daß die Linke wie bereits auf dem letzten Parteitag nur knapp 20 Delegierte stellte. ²³⁾

Nach dem Parteitag setzte die SPD-Reichstagsfraktion die Tolerierung der Regierung Fehrenbach fort. Begründet wurde dies damit, daß bei den Verhandlungen der Regierung mit den Entente-Mächten über eine endgültige Reparationsregelung eine Regierungskrise die Position Deutschlands entscheidend schwächen würde.

1.3. Das Erstarken des linken Parteiflügels im Jahr 1921 und seine Auswirkungen auf den Reichsparteitag in Görlitz

Der linke SPD-Flügel intensivierte nach der Spaltung der USPD auf dem Parteitag in Halle am 17.10.1920 seine Versuche, die Vereinigung von SPD und USPD zu fördern. Anfang März 1921 unternahmen die beiden linken SPD-Zeitungen Erfurter "Freie Presse" und "Chemnitzer Volksstimme" in einem Aufruf die Initiative zu einer engen Zusammenarbeit der beiden sozialistischen

Parteien - mit dem Ziel der baldigen Vereinigung. Sie forderten nach dem Modell der Ende Februar 1921 in Wien gegründeten "Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien" (der Internationale der linkssozialdemokratischen Parteien, der u.a. die USPD und die Sozialdemokratischen Parteien Österreichs, Frankreichs und der Schweiz angehörten, nicht aber die SPD - E.W.) die Bildung einer "nationalen Arbeitsgemeinschaft" der Arbeiterparteien Deutschlands und schlossen dabei sogar auch die KPD ein: "Fordern wir deshalb von unseren Führern, daß schleunigst Schritte unternommen werden zur Einberufung einer Konferenz, auf welcher die Frage der Gründung einer nationalen Arbeitsgemeinschaft erörtert wird." Sie verlangten eine Urabstimmung der SPD-Mitgliedschaft über dieses Thema.

Der "Vorwärts" lehnte diese Forderung mit den Argumenten ab, daß die KPD gar keine Einigung wolle und daß die Wiener Arbeitsgemeinschaft ausdrücklich die Annäherung an die "Reformisten" abgelehnt hätte. Nach der scharfen Ablehnung dieser Initiative durch den "Vorwärts", der die Meinung des Parteivorstandes wiedergab, verfolgte die SPD-Linke diesen Plan nicht weiter. 24)

Am 4. Mai 1921 trat die Regierung Fehrenbach zurück, weil sie nicht das Londoner Ultimatum der Ententemächte annehmen wollte, in dem diese die Gesamtsumme der Reparationen Deutschlands auf 132 Milliarden Goldmark festsetzten und bei einer Weigerung Deutschlands, diesen Betrag anzuerkennen, mit der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes drohten.

SPD, USPD und das Zentrum sprachen sich für die Annahme des Ultimatus aus, während Teile der DDP und der DVP dagegen waren.

Am 10. Mai 1921 beschloß die SPD-Reichstagsfraktion mit 56:20 Stimmen und der SPD-Parteiausschuß mit 28:13 Stimmen die Bereitschaft der SPD zum Eintritt in eine Koalitionsregierung, die die Annahme des Londoner Ultimatus gewährleisten

solle. Am 11. Mai wurde das Kabinett Wirth aus SPD, Zentrum und DDP gebildet, in dem die SPD 3 Reichsminister stellte. Am selben Tag billigte der Reichstag mit den Stimmen der Koalitionsparteien und der USPD die Annahme des Londoner Ultimatums. Die USPD hatte vorher das Angebot der SPD zur Beteiligung an einer Koalitionsregierung mit SPD, DDP und Zentrum abgelehnt und als Alternative eine Arbeiterregierung aus SPD und USPD und Vertretern der freien Gewerkschaften vorgeschlagen. Die SPD hatte dies abgelehnt, da diese Regierung im Reichstag keine Mehrheit hatte. 25)

Der "Vorwärts" veröffentlichte am 11. Mai eine Erklärung der SPD-Reichstagsfraktion über "Die Gründe des Regierungseintritts", in der als einzige Begründung die Notwendigkeit der Verhinderung der Besetzung des Ruhrgebiets genannt wurde. 26) Die in dem Beschluß des Kasseler Parteitages genannten Voraussetzungen für eine Regierungsbeteiligung wurden nicht erwähnt. Es wurde nicht erklärt, warum das Ziel der Vermeidung der Besetzung des Ruhrgebietes nicht auch durch eine Tolerierung einer Minderheitsregierung aus Zentrum und DDP durch die SPD hätte erreicht werden können. Es ist anzunehmen, daß Zentrum und DDP auf der Teilnahme der SPD an der Regierung bestanden, um nicht allein die Verantwortung für die Annahme des Londoner Ultimatums übernehmen zu können.

Im Sommer 1921 wuchs der Einfluß der bis dahin sehr schwachen SPD-Linken. Ursachen dafür waren: 1. Die wachsende Unzufriedenheit über den geringen Einfluß der SPD in der Regierung Wirth; 2. Die Kritik am Inhalt des Parteiprogrammentwurfes, den die auf dem Kasseler Parteitag gewählte Programmkommission am 25.8.1921 im "Vorwärts" veröffentlicht hatte; 3. Die Bildung von Koalitionsregierungen der SPD mit den bürgerlichen Mittelparteien unter Einschluß der DVP in Mecklenburg-Schwerin und Lippe. Der Parteiausschuß der SPD billigte indirekt am 8.12.1920 diese Koalitionen mit der DVP, indem er den Kasseler Parteitagsbeschluß, der Koalitionen mit nicht eindeutig republikanischen Parteien verbot,

als sich nur auf die Bildung der Reichsregierung beziehend interpretierte, der für die Bildung von Landesregierungen nicht gelte. 27)

Die in der SPD sich formierende Opposition bestand aus zwei Teilen: ein Teil lehnte nur Koalitionen mit der DVP ab, nicht aber die Koalitionen mit der DDP und dem Zentrum; ein Teil lehnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt Koalitionen auch mit der DDP und dem Zentrum ab, mit dem Argument, daß der Einfluß der SPD in der Koalitionsregierung zu gering sei und die Regierungsbeteiligung die Annäherung von SPD und USPD erschwere. Symptomatisch für die letztere Position war der Antrag des Ortsvereins Zwickau zur Koalitionspolitik, der unter Mitwirkung des führenden SPD-Linken Max Seydewitz formuliert wurde. Er lautete: "Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reiches oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die

1. grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform stehen und die die Republik zu verteidigen bereit sind;
2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde sind;
3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und Polizeiorganisationen,
4. für die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige,
5. für die Aufbringung der (Reparations- E.W.) Lasten in erster Linie durch größtmögliche steuerliche Heranziehung des Besitzes,
6. für eine pazifistische Außenpolitik eintreten.

Eine solche Regierungskoalition kann aber auch nur dann in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats sie zwingend erfordern und der sozialistische Einfluß so stark ist, daß er bestimmend auf die Geschehnisse einwirken kann." 28)

Der Antrag schloß wegen dieser Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung der SPD faktisch nicht nur jede Koalition mit der DVP aus, sondern auch jede Koalition mit der DDP und dem Zentrum, während er für eine Koalition mit der USPD kein Hindernis darstellte.

Mehrere Anträge der Linken forderten eine Verurteilung der Bildung der Länderregierungen in Mecklenburg-Schwerin und in Lippe.

Zahlreiche Anträge linker Parteigliederungen forderten mit den Argumenten, daß der Parteiprogramm-Entwurf wegen seiner späten Veröffentlichung noch nicht genügend diskutiert worden sei und er wegen seines Inhaltes die Einigung mit der USPD erschweren werde, die Vertagung der Beschlußfassung über das Parteiprogramm auf den Parteitag 1922. Der Ortsverein Dresden bezeichnete den Entwurf sogar als "indiskutabel", ohne dies näher zu begründen. Der Ortsverein Zwickau kritisierte ebenfalls den Entwurf und nannte dessen Mängel aus der Sicht der SPD-Linken:

"Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist keine geeignete Grundlage zur Schaffung eines neuen Parteiprogramms."

Die Notwendigkeit gründlicher, eingehender Erörterungen und Diskussionen über das zu schaffende Parteiprogramm gebietet, die Beschlußfassung darüber auf den nächsten Parteitag zu vertagen.

Dessen ungeachtet muß der Görlitzer Parteitag zur Befruchtung der abschließenden Programmarbeit die Programmfragen umfassend diskutieren und beschließen, daß unser neues Parteiprogramm enthalten muß:

1. Die Feststellung, daß uns der Sozialismus mehr ist, als eine nur ökonomische Angelegenheit, daß wir unter ihm die Gestaltung unseres gesamten sozialen Daseins verstehen, zu dessen Errichtung uns die sozialistische Gütererzeugung und -verteilung nur Voraussetzung, nicht Endzweck ist.

2. Das Bekenntnis zu der Notwendigkeit, in gleichem Maße für die Umstellung der ökonomischen Verhältnisse zu kämpfen und an der Erziehung des sozialistischen Menschen zu arbeiten.

3. Die Festlegung, daß jetzt die Verwirklichung des Sozialismus an Stelle der nunmehr verwirklichten politischen Demokratie zum ersten Angriffsziel in den Vordergrund getreten und die Demokratie nur noch Verteidigungsobjekt geworden ist.

4. Eine genaue Umschreibung des Wege, auf dem wir die Verwirklichung des Sozialismus erreichen wollen; vor allem eindeutige Stellungnahme für die Sozialisierung und zu dem wie der Sozialisierung.

5. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus.

6. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.

7. Ein klares Bekenntnis zum Klassenkampf." 29)

Die SPD-Linke vermißte also im Programm-Entwurf vor allem eine Konkretisierung des Weges zum Sozialismus, den sie offenbar in Deutschland für kurzfristig realisierbar hielt, und wandte sich gegen jeden ökonomistischen Fatalismus, der den Sozialismus als notwendiges Ergebnis der ökonomischen Entwicklung betrachtet.

Die meisten oppositionellen Anträge an den Parteitag stammten aus Gliederungen, die in der gesamten Phase der Weimarer Republik Hochburgen der SPD-Linken bleiben sollten: Frankfurt am Main, Berlin, Chemnitz, Zwickau, Dresden, Jena und Breslau.

Im Mittelpunkt des vom 18. - 24. September 1921 in Görlitz abgehaltenen Reichsparteitages der SPD stand zunächst die Frage der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien.

Der Parteivorstand verteidigte in seinem schriftlichen Rechenschaftsbericht die Teilnahme an der Regierung Wirth und den beiden Länderregierungen unter Beteiligung der DVP auf defensive Weise: "Die Koalition mit den bürgerlichen Parteien muß immer als das kleinere der möglichen Übel anerkannt werden, eine Erkenntnis, der sich neuerdings auch die Unabhängigen nicht verschließen können." 30) Im mündlichen Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes begründete Franz Krüger die Beteiligung an dem Kabinett Wirth mit der Möglichkeit, die Republik in der Regierung besser verteidigen zu können als in der Opposition: "In der heutigen zugespitzten politischen Situation wäre es ein politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse, wenn wir diese wesentlichste Machtposition, die die Arbeiterschaft sich im neuen Deutschland geschaffen hat, auf Grund taktischer Erwägungen oder falsch verstandenen, grundsätzlichen Erwägungen widerstandslos den Feinden der Republik und Demokratie überliefern würden (Sehr richtig!)." 31)

Eine Weigerung der SPD, mit der DVP Koalitionen einzugehen, lehnte er ab, da dies zu einer Ausschaltung der SPD aus der Regierungstätigkeit und einem Rechtsschwenk der bürgerlichen Parteien der Mitte führen würde. Innerhalb der DVP unterschied er zwei Flügel: einen, der sich der DNVP annähern und einen, der sich der DDP und dem Zentrum und damit auch der Republik annähern wolle.

In der Debatte kritisierten die Vertreter der SPD-Linken v.a. die Bewertung der DVP durch den Parteivorstand. Nach ihrer Auffassung verfolgte die DVP einheitlich aufgrund ihrer Geldgeber und ihrer Ideologie eine arbeiterfeindliche und monarchistische Politik, die v.a. den Interessen des Schwerkapitals entspreche. Die SPD dürfe daher prinzipiell keine Koalition mit der DVP eingehen. Als Alternative zur Erweiterung der Regierung Wirth nach rechts durch die DVP forderten sie die Erweiterung nach links durch die USPD, die

Franz Krüger unter Hinweis darauf, daß die USPD prinzipiell jede Koalition mit bürgerlichen Parteien ablehne, für völlig unrealisierbar erklärt hatte.

Die Position Krügers wurde von den Rednern der Parteimehrheit unterstützt. Nach langer, kontroverser Debatte beschloß der Parteitag in namentlicher Abstimmung mit 290:67 Stimmen einen Antrag des Parteivorstandes zur Koalitionspolitik. In ihm wurde die Regierungsbeteiligung der SPD mit der Absicht der Durchsetzung ihrer Politik und mit der Notwendigkeit des Schutzes der Republik begründet. 32) Als Voraussetzung für das Eingehen einer Koalition wurde die Einigung mit den Koalitionspartnern auf ein Aktionsprogramm genannt, das folgende Punkte umfassen müsse: "Anerkennung und Verteidigung der Republik.

Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes im Reich, Staat und Gemeinde.

Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane.

Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.

Politik der Völkerverständigung.

Loyale Erfüllung des Friedensdiktates in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes."

Dieser Forderungskatalog war so formuliert, daß er v.a. wegen des Verzichtes auf die Sozialisierung nicht von vornherein für die Parteien der Mitte unakzeptable Forderungen enthielt. Die Entscheidung über die Regierungsbeteiligung überließ der Antrag den Parlamentsfraktionen der SPD und dem Parteivorstand.

Durch die Annahme dieses Antrages wurden alle anderen Anträge zur Koalitionspolitik als erledigt erklärt.

Die 67 Nein-Stimmen stammten aus den Hochburgen der SPD-Linken: Sachsen, Thüringen, Hessen und Oberrhein. 33)

Im Mittelpunkt des zweiten Teiles des Parteitages stand

die Debatte über das neue Parteiprogramm. Zu Beginn des Parteitages war eine Programmkommission gewählt worden, die die Aufgabe erhalten hatte, den Programm-Entwurf zu überarbeiten, auf der Grundlage der zu ihm eingegangenen Anträge. In diese aus 28 Mitgliedern bestehende Kommission waren 4 Vertreter der Linken gewählt worden: Seydewitz, Marckwald, Eckstein und Ströbel. 34)

Seydewitz bemerkt in seinen Memoiren, daß die Linke aufgrund ihrer Minderheitenposition in dieser Kommission nicht viel habe ausrichten können. 35)

Im Bericht der Programmkommission erklärte Loebe, daß sie den theoretischen Teil des Programmentwurfs mit 24:2 Stimmen bei 2 Enthaltungen gebilligt habe, den Gesamtentwurf mit 26:2 Stimmen. Gegen den Entwurf stimmten, wie sie in ihren Diskussionsbeiträgen selbst erklärten, Ströbel (der 1919 von der USPD zur SPD zurückgekehrt war) und Marckwald (Chefredakteur der "Frankfurter Volksstimme"). Die 2 Enthaltungen stammten von Seydewitz und Eckstein.

Loebe bezeichnete den Programmentwurf als Fortschreibung des Erfurter Programms, der jedoch die neuen Verhältnisse in Deutschland seit 1918 berücksichtige. 36)

Ein Antrag Ecksteins, Stroebel ein Korreferat zu Loebes Bericht halten zu lassen, wurde abgelehnt. 37)

Stroebel kritisierte in seinem Diskussionsbeitrag im Rahmen der normalen Aussprache zum Bericht Loebes vor allem den unzureichenden wirtschaftspolitischen Teil des Programmentwurfs: "Vollends das Kardinalproblem unserer Zeit, das Sozialisierungsproblem, wird im Programm in einer Weise abgetan, die je nach dem Temperament des aufmerksamen Beurteilers Kopfschütteln oder auch starke Empörung auslösen muß (Sehr richtig). Der ganze Wirtschaftsteil des Programms ist von erschreckender Ideenlosigkeit und Ratlosigkeit. 38) "Es enthalte kein konkretes Sozialisierungsprogramm. Heftige Empörung der Parteitagsmehrheit erregte Ströbel, als er die Koalition mit der DVP unter Rückgriff auf ein Zitat des libe-

ralen Politikers Träger, der damit die Verbindung der Freisinnigen mit den Nationalliberalen kritisiert hatte, mit der Paarung von Karpfen und Kaninchen verglich: "Das Zusammengehen der bürgerlichen Linken mit der bürgerlichen Rechten wurde als Gipfel politischer Perversität gekennzeichnet. Heute denkt man an eine Koalition zwischen Schwerkapitalismus und Sozialdemokratie. Es gibt schlechterdings keinen Vergleich perverser Paarung aus dem Reich der Zoologie, der die Notwendigkeit dieser Koalition drastisch genug kennzeichnen kann." 39) Marckwald wiederholte weitgehend nur die Argumentation Ströbels. 40)

Im Sinne der Ausführungen Loebes äußerten sich die Parteivorstandsmitglieder Stampfer, Otto Braun, Adolf Braun, Bernstein und David. Stampfer verteidigte den wirtschaftspolitischen Teil des Programms und warf der Linken vor, nicht in der Lage gewesen zu sein, einen Alternativentwurf vorzulegen. Als Kern des Programms sah er das Bekenntnis der SPD zum bestehenden Staat an: "Wir dürfen uns keinen Augenblick darüber unklar sein, daß wir, indem wir die Republik bejahen, den Staat selber bejahen und daß damit der theoretische Streit beendet ist, der die Gemüter jahrzehntelang bewegte (Sehr richtig!)" "Er forderte die Partei auf, sich "mit beiden Beinen auf den Boden des Staates" zu stellen. 41)

Die Tatsache, daß die Parteiopposition nicht diese Abwendung der Parteimehrheit von der traditionellen marxistischen Staatstheorie (der These vom Klassencharakter der politischen Demokratie, der bei Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse weiterhin bürgerlich sei) in den Mittelpunkt ihrer Programmkritik stellte, sondern den wirtschaftspolitischen Teil, zeigte, daß sie keine prinzipiell andere Theorie und Strategie als die Parteimehrheit vertrat, sondern nur in den taktischen Fragen der Durchsetzung der sozialdemokratischen Ziele anderer Auffassung waren. Sie erstrebte eine Koalition unter Einschluß der USPD, während die Parteimehrheit eine Koalition mit der DVP nicht ausschloß.

Aus diesem Fehlen einer prinzipiellen Alternative zur Politik der Parteiführung läßt sich auch erklären, warum fast alle linken Parteitagsdelegierten für das Parteiprogramm stimmten. Nur 5 Delegierte lehnten das neue Programm ab.

Das Görlitzer Programm unterschied sich in seinen langfristigen Zielvorstellungen nicht wesentlich vom Erfurter Programm: Sozialisierung der Großindustrie und Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft. Die kurz- und mittelfristigen Forderungen im Bereich der Wirtschafts-, Sozial-, Rechts-, Bildungs- und Außenpolitik wurden lediglich aktualisiert. 43)

Grundlegend neu war nur das Bekenntnis zur Staatsform der demokratischen Republik als Staatsform auch der sozialistischen Gesellschaftsordnung: "Sie (SPD - E.W.) betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes." 44) Das Urteil Wolfgang Abendroths, das Görlitzer Programm unterscheide sich wesentlich vom Erfurter Programm und sei ein "eklektisches Konglomerat aus alten revisionistischen Theoremen und der Anpassung an die neue Lage" 45), erscheint mir daher als ebenso überzogen wie die These von Franz Osterroth / Dieter Schuster: "Mit diesem reformistischen Programm verläßt die SPD die theoretische Grundlage des Erfurter Programms von 1891." 46)

Zur Frage der Vereinigung mit der USPD wurde gegen die Stimmen der linken Delegierten ein Antrag des Parteivorstandes angenommen, der die Vereinigung nur als abstraktes Fernziel nannte und - im Gegensatz zu den Anträgen der Linken - nicht die Bereitschaft der SPD zu sofortigen Verhandlungen mit der USPD über die Vereinigung erklärte. Die Eigenständigkeit der SPD wurde besonders herausgestellt: "In ihrer (SPD-E.W.) Stärkung liegt die beste Gewähr für das Erstarken des Einheitsgedankens und für den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus." Alle anderen Anträge wurden als erledigt erklärt. 47)

Zum erstenmal seit der Spaltung der SPD 1917 gab es bei den Wahlen zum Parteivorstand Gegenkandidaturen, zum Vorschlag des bisherigen Parteivorstandes. Zusätzlich zur Kandidatenliste des Parteivorstandes wurden vorgeschlagen: Hoch, Ströbel, Fellisch, Broßwitz, Pietsch, Dr. Leber und Marckwald. Alle hatten die Resolution zur Koalitionspolitik des amtierenden Parteivorstandes abgelehnt. Hoch, Broßwitz, Pietsch und Leber lehnten jedoch die Kandidatur ab. Fellisch durfte als sächsischer Landesminister nicht kandidieren, da laut Parteistatut das Amt eines Ministers nicht mit der Mitgliedschaft im Parteivorstand vereinbar war. Nur Ströbel und Marckwald stellten sich als Vertreter der Parteiopposition zur Wahl. Beide wurden aber nicht gewählt. Ströbel erhielt 116 Stimmen der 376 Delegierten, Marckwald nur 14 Stimmen. 48)

Der "Vorwärts" stellte in seinem Kommentar zum Parteitagsverlauf den Beschluß zur Koalitionspolitik besonders heraus und gab den Wandel in der Einschätzung der DVP durch die SPD-Parteimehrheit offen zu: "In der Frage der Regierungsbildung war früher die Mehrheit der Partei der Meinung gewesen, man dürfe wohl mit Demokraten und Zentrumsleuten, aber niemals mit Volksparteilern. Die Minderheit vertrat dagegen die Ansicht, daß man sich in dieser Frage nicht binden solle. Jetzt hat sich dieses Verhältnis verschoben, die Mehrheit hat die unbedingte Festlegung gegen die Volksparteiler aufgegeben und eine Minderheit hält an ihr noch fest." 49)

Auch nach dem Beschluß des Görlitzer Parteitages zur Koalitionspolitik ging in der SPD die Debatte darüber unvermindert weiter. Auf einer Funktionärsversammlung der SPD Groß-Berlin am 29.9.1921 hielten Franz Krüger und Heinrich Stroebe die Referate, in denen sie die Argumente der Görlitzer Debatte nur wiederholten. Ströbel warnte vor einer Koalition der SPD mit der DVP im Reich oder in Preußen: "Eine Koalierung mit der Deutschen Volkspartei bedeutet das Begräbnis der Partei." Ein Antrag der Anhänger der Politik des Parteivorstandes Stampfer und Heinig, den Görlitzer Beschluß

zur Koalitionspolitik zu billigen, wurde mit Dreifünftelmehrheit abgelehnt. Ein Antrag der Linken, jede Koalition mit der DVP abzulehnen, wurde hingegen angenommen. Er hatte folgenden Inhalt: "Die heute tagende Versammlung der Berliner SPD-Funktionäre spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Görlitzer Parteitag im Hinblick auf eine eventuelle Koalition mit der Deutschen Volkspartei, denn nur um diese handelt es sich, allgemeine Grundsätze angenommen hat, die für eine Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien maßgebend sein sollen. Die heutige Funktionärsversammlung kann eine ausgesprochen kapitalistische, notorisch arbeiterfeindliche Partei, wie es die Deutsche Volkspartei ist, die dazu aus ihrer monarchistischen Gesinnung nie ein Kehrl macht, niemals als koalitionsfähig ansehen für eine wahrhaft sozialistische und demokratische Partei, wie es die SPD sein soll und muß. Die Versammlung erwartet daher, daß die SPD es nach wie vor ablehnen wird, mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung zu bilden." 50)

Ähnliche Beschlüsse faßten im Oktober 1921 die Ortsvereine Frankfurt am Main, Chemnitz und Stettin. 51)

Wie stark der Widerstand gegen den Görlitzer Beschluß war, bewies die Tatsache, daß im "Vorwärts" der Gegner des Beschlusses Bernhard Krüger die Gelegenheit erhielt, in einem Artikel die Revision des Beschlusses zu fordern und eine Regierungsbildung mit der USPD statt mit der DVP zu verlangen. 52)

Trotz dieser starken innerparteilichen Opposition wurde in Preußen nach dem Rücktritt der Regierung Stegerwald (Zentrum und DDP, aber von der SPD toleriert) am 5.11.1921 eine Regierung Otto Braun gebildet, der neben SPD, Zentrum und DDP auch die DVP angehörte. 53) Die Mehrheit der SPD wollte in Preußen wieder in der Regierung vertreten sein und nahm dafür auch die Koalition mit der DVP in Kauf. Der Parteivorstand billigte die Bildung des Kabinetts Braun ausdrücklich, wohl auch mit dem Ziel, die Zusammenarbeit in der

Regierung Wirth mit DDP und Zentrum nicht durch eine Regierungskrise in Preußen zu gefährden. Die SPD-Linke verurteilte die Bildung der Regierung Braun.

2. Die Entwicklung der USPD bis Anfang 1922

2.1. Überblick über die Geschichte der USPD 1917-1920

Die Geschichte der USPD in diesem Zeitraum kann hier nur sehr kursorisch behandelt werden. 1) Im Mittelpunkt der Analyse steht dabei die Entwicklung der Strömung der USPD, die später wieder zur SPD zurückkehren sollte.

Die USPD wurde am 6. April 1917 in Gotha als Sammelbecken der Gegner der Burgfriedenspolitik der SPD-Partei-führung gegründet. Ihr Spektrum reichte von dem Vertreter des Revisionismus Bernstein über die Führer des marxistischen Zentrums der Vorkriegs-SPD Haase und Kautsky bis zu den linken Radikalen Luxemburg und K. Liebknecht. Grundkonsens der heterogenen Partei war lediglich die Forderung nach einer baldigen Beendigung des Krieges.

Nach der Novemberrevolution war die USPD mit 3 Mitgliedern an der Regierung der Volksbeauftragten vom 10.11.1918 bis zum 29.12.1918 beteiligt. Sie verließ diese Regierung wegen der Zusammenarbeit der SPD mit der Reichswehr und Differenzen in der Frage, ob vor den Wahlen zur Nationalversammlung sozialistische Reformen durchgeführt werden sollten und ob die Arbeiter- und Soldatenräte neben der Nationalversammlung weiterbestehen sollte, was beides von der SPD abgelehnt wurde.

Am 30. Dezember 1918 spaltete sich der linksradikale Flügel der USPD, der im Spartakusbund organisiert war, von der USPD ab und gründete die KPD.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919 erhielt die USPD 2.317.290 Stimmen (7,6%) und blieb damit weit hinter der SPD (11.509.048 Stimmen, 37,9%) zurück.

Auf dem ersten Nachkriegsparteitag der USPD in Berlin vom 2.-6.3.1919 zeigte sich, daß sich in der Partei zwei Richtungen gegenüberstanden. Die Richtung um Hugo Haase

versuchte, sich gleichermaßen von der SPD und der KPD abzugrenzen. Eugen Prager beschreibt ihre Position so: "Er (Haase - E.W.) verlangte, daß klare Trennungslinien gezogen werden sollten, sowohl gegen die reformistische Politik von rechts, wie gegen die putschistische Taktik von links. Ebenso wie es eine Illusion sei, daß man durch die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum die Forderungen des Sozialismus erfüllen könne, so sei es unmöglich, wie es der Spartakusbund glaube,, daß eine kleine entschlossene Schar die politische Macht erobern und dauernd sichern könne. Die Unabhängige Sozialdemokratie müsse auf Grund der sozialistischen Erkenntnis die Massen des Proletariats für sich gewinnen und sie in den Kampf um den Sozialismus führen. Dann werde die Herrschaft des Proletariats, seine Diktatur kommen." 2)

Die linke Richtung um den Vertreter der revolutionären Obleute Ernst Däumig forderte die Einrichtung eines Räte-systems, lehnte den "bürgerlichen" Parlamentarismus der Nationalversammlung ab und verlangte die Aufhebung der Arbeitsteilung von sozialistischer Partei und Gewerkschaften durch die Bildung einer Einheitsorganisation. Diese Richtung vertrat also teilweise syndikalistische Positionen.

Der Parteitag verabschiedete ein Aktionsprogramm, das als Ergänzung zum Erfurter Programm bezeichnet wurde. 3) Da es ein Kompromiß der beiden Richtungen war, wurde es einstimmig verabschiedet.

Sein Kern lautete: "Die geschichtliche Aufgabe der U.S.P. ist es, die Bannerträgerin des klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei stellt sich auf den Boden des Räte-systems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volkemeinheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder

Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U.S.P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parlamente. Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems." Als "nächste Forderungen" verlangte das Aktionsprogramm u.a. die Einordnung des Rätessystems in die Verfassung, die Auflösung der bestehenden Reichswehr und ihre Ersetzung durch eine Volkswehr aus den "Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft", die sofortige Sozialisierung der Großindustrie, die Volkswahl der Beamten und Richter und den Ausbau der Sozialpolitik. Das Aktionsprogramm verstand sich selbst als programmatische Basis für eine Einigung der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Wie gespannt die Beziehungen zwischen den beiden Parteirichtungen war, zeigte die Weigerung Haases, zusammen mit dem ebenfalls gewählten Däumig den Parteivorsitz zu übernehmen. Anstelle Däumigs wurde schließlich Crispian zum Kovorsitzenden gewählt.

Das Jahr 1919 brachte einen enormen Aufschwung der USPD. Ihre Mitgliederzahl stieg von 300000 im März 1919 auf 800000 im November 1919. 4) Ihr Einfluß in den freien Gewerkschaften stieg ständig. Grundlage dieser Entwicklung war aber weniger die Attraktivität ihrer Politik, als die Diskreditierung der SPD in der Regierung der Weimarer Koalition, die v.a. in der Zusammenarbeit des Reichswehrministers Noske mit der Reichswehr bei der Niederschlagung der Rätebewegung ihre Ursache hatte.

Auf dem Parteitag der USPD vom 30.11. - 6.12.1919 in Leipzig zeigte sich wiederum die Gespaltenheit der USPD. 5) Kristallisationspunkt der Differenzen war nunmehr die Haltung der Partei zur im März 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale. Die linke Richtung der USPD erstrebte einen baldigen

Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale, da sie in ihr die Vereinigung der sozialrevolutionären Parteien und in Sowjetrußland das Modell einer erfolgreichen proletarischen Revolution sah. Stoecker war auf dem Parteitag der Hauptredner dieser Richtung.

Die andere Richtung vertrat Hilferding, der den sofortigen Beitritt der USPD zur Kommunistischen Internationale ablehnte. Er argumentierte, daß ein Beitritt die USPD von den anderen sozialrevolutionären Parteien Westeuropas isolieren würde, die zu diesem Schritt nicht bereit seien, und warnte vor der Unterordnung der USPD unter die Interessen der sowjetrussischen Außenpolitik. Er verurteilte ausdrücklich den Terror der Bolschewiki gegenüber den anderen Arbeiterparteien in Sowjetrußland. Wichtiger als die Zusammenarbeit mit den Bolschewiki sei für die USPD die mit den sozialrevolutionären Parteien Westeuropas, zu denen er v.a. die von der Linken dominierten Sozialdemokratischen Parteien Frankreichs, Österreichs und Italiens rechnete.

Nach heftigen Debatten wurde der Antrag Stoecker mit 169:114 Stimmen abgelehnt, der den sofortigen Beitritt der USPD zur Kommunistischen Internationale forderte.

Angenommen wurde mit 227:54 Stimmen, also mit den Stimmen auch der Mehrheit der linken Richtung, ein Kompromißantrag Ledeboers. Dieser stellte den endgültigen Bruch der USPD mit der von der Rechtssozialdemokratie beherrschten II. Internationale fest und forderte die Aufnahme von gemeinsamen Verhandlungen aller sozialrevolutionären Parteien Westeuropas mit der Komintern über den Beitrittsmodus. Nur wenn dieser geschlossene Beitritt aller sozialrevolutionären Parteien scheitern sollte, dürfe die USPD allein Verhandlungen über den Beitritt beginnen.

Der Parteitag beschloß einstimmig ein Aktionsprogramm, das im wesentlichen nur eine Überarbeitung des Aktionsprogramms des Berliner Reichsparteitages im März 1919 war. 6) Das Bekenntnis zum Räte-system fiel jedoch eindeutiger aus

und der bürgerliche Parlamentarismus wurde scharf abgelehnt: "Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei setzt der Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates die proletarische Herrschaftsorganisation des politischen Rätessystems entgegen, dem bürgerlichen Parlament als dem Ausdruck des Machtwillens der Bourgeoisie den revolutionären Rätekongreß.. Es bekannte sich zur Diktatur des Proletariats als Mittel zur "Erringung der sozialistischen Demokratie" und zur "proletarischen Revolution."

Bei den Wahlen zu den zentralen Parteigremien stellten die beiden Richtungen erstmals getrennte Listen auf. Hartmut Krause kommt zu dem Ergebnis, daß im Parteivorstand beide Richtungen etwa gleich stark vertreten waren, während in der Kontrollkommission und im Beirat die Linken eine knappe Mehrheit hatten. 7)

Beim Kapp-Putsch im März 1920 kam es zu einem Generalstreik der Arbeiterschaft. Nach dem Scheitern des Putsches schlug der ADGB-Vorsitzende Legien die Bildung einer Arbeiterregierung aus Vertretern der freien Gewerkschaften, der SPD und der USPD vor. Die USPD lehnte diesen Vorschlag aber mit dem Argument ab, sie wolle keine Regierung mit "Arbeitervertretern bilden."

Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 erhielt die USPD 14,04% der Stimmen und zog damit fast mit der SPD gleich, die nur mehr 16,98% erhielt. Die USPD lehnte ein Angebot der SPD ab, sich an einer Regierung zusammen mit der DDP und dem Zentrum zu beteiligen, da sie jede Koalition mit bürgerlichen Parteien ablehnte.

2.2. Die Spaltung der USPD auf dem Reichsparteitag in Halle im Oktober 1920 wegen des Verhältnisses zur Kommunistischen Internationale

Auf dem Höhepunkt des Masseneinflusses der USPD begann aber bereits ihr Niedergang. Den Anlaß dazu bildete die Ver-

schärfung des Konfliktes in der Partei in der Frage der Stellung zur Kommunistischen Internationale.

Im Auftrag des USPD-Parteivorstandes reisten im Juli 1920 die Parteivorstandsmitglieder Crispian, Däumig, Dittmann und Stoecker zum 2. Weltkongreß der Komintern nach Moskau. Diese Delegation der USPD zerfiel bei der Bewertung der vom Weltkongreß beschlossenen 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale in zwei Teile. Crispian und Dittmann lehnten diese 21 Bedingungen entschieden ab, während Stoecker und Däumig sie akzeptierten. Kernpunkt der Differenzen waren die Bedingungen 2, 7 und 20, die sich gegen die Tätigkeit der "Zentristen" und der "Reformisten" in den sozialrevolutionären Parteien richteten. 8) Die Bedingung 7 forderte den "vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des "Zentrums"". Als Exponenten dieser Politik wurden die führenden USPD-Mitglieder Kautsky und Hilferding namentlich erwähnt. Die Bedingung 20 verlangte, daß die Parteiführungen der Mitgliedsparteien der Komintern zu mehr als 2/3 aus Personen bestehen müßten, die bereits vor dem 2. Weltkongreß den Beitritt ihrer Partei zur Komintern gefordert hätten. Diese Bedingungen richteten sich explizit gegen die USPD-Rechte und waren daher für sie unannehmbar. Auf die Kritik Crispiens und Dittmanns stießen auch die Verbindlichkeit der Beschlüsse der Komintern für alle ihr angehörenden Parteien und die geforderte Umstrukturierung der Parteien nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, sowie die Verpflichtung zum schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Internationalen Gewerkschaftsbund.

Nach ihrer Rückkehr aus Moskau berichteten die 4 Delegierten auf einer Reichskonferenz der USPD in Berlin am 1. - 2.9.1920 über die Beschlüsse des Weltkongresses. 9) Auf dieser Reichskonferenz zeigte sich in den Berichten der Delegierten und in der Debatte, in der sich ein Befürworter und ein Gegner der Annahme der 21 Bedingungen immer abwechsel-

ten, daß in der USPD sich in dieser Frage zwei unversöhnliche Positionen gegenüberstanden, die nicht mehr wie bisher in der USPD üblich durch Kompromißresolutionen überbrückt werden konnten. Die Reichskonferenz faßte keinen Entschluß über die Annahme oder Ablehnung der 21 Bedingungen. Dieser sollte dem nächsten Reichsparteitag überlassen bleiben.

Bei der in Urwahl erfolgender Aufstellung der Reichsparteitagsdelegierten in den Untergliederungen der USPD kandidierten überall zwei getrennte Listen der Anhänger und der Gegner der 21 Bedingungen. Da aufgrund der Anwendung des Proportionalwahlrechts auch die jeweilige unterlegene Liste gemäß ihrem erhaltenen Stimmenanteil Parteitagsdelegierte stellte, spiegelte die Zusammensetzung des Reichsparteitags exakt den Willen der Teilnehmer der Urabstimmung wider. 10)

Obwohl der Parteiapparat und die Parteipresse mehrheitlich gegen die Annahme der 21 Bedingungen war, sprach sich die Mehrheit der sich an der Urabstimmung beteiligenden Parteimitglieder für die Annahme der 21 Bedingungen aus. Von den sich an der Urabstimmung beteiligenden Parteimitgliedern waren 136.685 (57,8 %) für die Annahme, 99.668 (42,2 %) gegen die Annahme der 21 Bedingungen. Fast die Hälfte der Minderheit stammte aus den Bezirken Leipzig und Berlin-Brandenburg. 11) Der Ablauf des am 12. Oktober 1920 in Halle beginnenden Reichsparteitages war durch die Wahl der Delegierten bereits präjudiziert. 12)

Nach der Debatte über den Geschäftsbericht der Zentraleitung, bei der sich die zwei Richtungen bereits scharfe Wortgefechte geliefert hatten, begann die Debatte über die Stellung zur Kommunistischen Internationale. In Grundsatzreferaten sprachen sich Stoecker, Däumig, der Komintern-Vorsitzende Sinowjew und der Vorsitzende der Revolutionären Gewerkschaftsinternationale Lossowski für die Annahme der 21 Bedingungen, Crispian, Hilferding, der französische Sozialdemokrat Longuet und der russische Sozialdemokrat Martow dagegen aus.

Die Alternative wurde in den Referaten auf den Kernpunkt zugespitzt; Entweder Annahme der 21 Bedingungen und Beitritt zur Komintern unter Anerkennung der führenden Rolle Sowjetrußlands als Zentrum der revolutionären Bewegung und der Übernahme der Organisationsprinzipien und Strategie der Bolschewiki oder der Versuch, eine Internationale der sozialrevolutionären Parteien Westeuropas zu schaffen, ohne Hegemonie einer Partei und unter Ablehnung der nicht auf Westeuropa übertragbaren Politik der Bolschewiki, aber auch der Politik der Rechtssozialdemokratie.

Am 17. Oktober 1920 stimmten 237 Parteitagsdelegierte für die Resolution Däumig-Stoecker, die den sofortigen Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale forderte, 156 Delegierte dagegen. 13)

Zu den Befürwortern der Resolution gehörten auch die späteren KPD-Führer Thälmann, Dahlem, Koenen und Remmele, sowie die später über die Zwischenstation der KAG wieder zur USPD zurückkehrenden Brass, Düwell, Adolph Hoffmann und Teuber.

Zu den Gegnern der Resolution gehörten nicht nur die USPD-Rechten wie Crispian, Dittmann und Hilferding, sondern auch spätere Führer der sich nach der Vereinigung von SPD und USPD 1922 sich bildenden Linksoption der VSPD wie Rosenfeld, Dißmann, Fleißner, Edel, Liebmann und Agnes. 14)

Sofort nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses meldete sich Crispian zu Wort und verkündete, daß die Befürworter der Resolution Däumig-Stoecker den Boden der USPD verlassen hätten und damit diese Versammlung aufgehört hätte, ein Parteitag der USPD zu sein. Die Delegierten der Minderheit verließen daraufhin den Saal und tagten gesondert weiter.

Der Parteitag der USPD-Mehrheit wählte Däumig und Hoffmann als Parteivorsitzende. Die USPD-Linke existierte nur noch wenige Wochen als eigene Partei weiter und vereinigte sich, wie nach dem Auszug der Minderheit beschlossen, mit der

KPD auf einem Vereinigungsparteitag am 4. - 7.12.1920 zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD). 15)

2.3. Der Versuch der USPD einen dritten Weg zwischen SPD und KPD zu entwickeln

Die USPD-Parteitagaminderheit verabschiedete in Halle ein "Manifest der USPD an das deutsche Proletariat". 16) Darin beanspruchte sie, allein die Tradition der USPD weiterhin zu verkörpern: "Die USPD bleibt bestehen als die deutsche, revolutionäre, sozialistische Partei". Sie bemühte sich im Manifest, sich gleichermaßen von der SPD und der KPD bzw. der USPD-Parteitagsmehrheit abzugrenzen und eine Alternative zum rechtssozial-demokratischen und zum kommunistischen Weg zum Sozialismus zu entwickeln. Da dieser Absatz des Manifestes auch die politische Position der SPD-Linken ab 1922 widergibt, wird er hier dokumentiert:

"Die Entwicklung seit dem 9. November (1918 - E.W.) hat den Bankrott des Reformsozialismus besiegelt. Seine Politik hat der Bourgeoisie zur Herrschaft verholfen, das Proletariat gelähmt.

Die kommunistische Partei aber hat ebenfalls die Politik des wissenschaftlichen Sozialismus aufgegeben und verfällt immer mehr dem Abenteuerertum durch putschistische Aktionen von Minderheiten, die Revolution erzwingen zu wollen. Diese Politik führt zur neuen Zersplitterung und zu gefährlichen Niederlagen.

Die USPD ruft die Arbeiterklasse auf, gegen den Opportunismus rechts und den Putschismus links zur Führung einer energischen Politik, die den Kampf um konkrete Ziele steigert, bis zur Entscheidung um den Besitz der politischen Macht." 17)

Im Manifest wurde der Komintern der Vorwurf der Spaltung der "Revolutionären Arbeiterbewegung" in Deutschland und der Unterordnung ihrer Politik unter die Bedürfnisse der russischen Außenpolitik gemacht.

Das Manifest bekannte sich zum Inhalt des Leipziger Aktionsprogramms und zur Erkämpfung der politischen Macht der Arbeiterklasse durch die Diktatur des Proletariats.

Die USPD-Parteitagsminderheit wählte eigene Zentralgremien. Zu Parteivorsitzenden wurden Crispian und Lodebour gewählt. Mitglieder dieser Zentralgremien wurden ebenso Anhänger der SPD-Mehrheitsrichtung ab 1922 wie Dittmann, Moses und Ludwig wie Angehörige der linken SPD-Minderheitsrichtung ab 1922 wie Rosenfeld, Wurm, Dißmann, Lipinski, Agnes, Bock und Fleißner. 18)

Die USPD-Parteitagsminderheit fand gute Bedingungen für ihre weitere Arbeit vor. Sie konnte die Mehrheit der Mitglieder des Parteiapparates und den Großteil Parteipresse (40 von 60 Zeitungen) übernehmen. Von den 81 USPD-Reichstagsabgeordneten gingen nur 22 zur USPD-Linken und später zur VKPD. Von den 893.000 USPD-Parteimitgliedern blieben aber nur 300.000 bei der USPD-Rechten, 300.000 gingen zur USPD-Linken bzw. zur VKPD, 300.000 zogen sich aus der Parteipolitik zurück. 19)

Trotz der Schwächung durch die Spaltung schien die USPD zunächst durchaus lebensfähig. Die weitere Entwicklung mußte aber zeigen, ob der Versuch, einen dritten Weg zwischen Reformismus und Bolschewismus einzuschlagen, erfolgreich sein würde. Stoecker hatte dies auf dem Parteitag in Halle für unmöglich erklärt: "In der heutigen Situation des verschärften Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist kein Raum mehr für eine Mittelpartei... Ein Teil von ihnen (nach rechts) wird sich ohne Zweifel zu den Rechtssozialisten zurückfinden (Widerspruch rechts) und der Rest der Parteigenossen, der wird in dem Kampf zwischen der konterrevolutionären Scheidemann-Partei und der revolutionären Massenpartei, die wir bilden werden, zerrieben werden." 20)

Die USPD versuchte auch im internationalen Bereich die Zusammenarbeit der Parteien, die weder die Politik der rechtssozialdemokratischen Parteien noch die der Komintern verfolgten, auszubauen. Im Februar 1921 beteiligte sie sich in Wien

an der Gründung der "Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien", der auch die Sozialdemokratischen Parteien Österreichs, Frankreichs und der Schweiz angehörten. 21)

Die USPD kritisierte scharf die Tolerierung der Regierung Fehrenbach durch die SPD. Dennoch war sie auf Länderebene bereit, mit der SPD Koalitionsregierungen zu bilden, so in Braunschweig, Sachsen und Thüringen. 22)

Auf Reichsebene war sie noch nicht bereit, sich an Koalitionsregierungen mit der SPD, der DDP und dem Zentrum zu beteiligen. Nach dem Rücktritt der Regierung Fehrenbach am 4. Mai 1921 lehnte die USPD-Reichstagsfraktion einstimmig ein Angebot der SPD zur Bildung dieser 4-Parteien-Koalition mit folgender Begründung ab: "Eine kapitalistisch-sozialistische Regierung kann nicht im Sinne des Sozialismus wirken. Die Kapitalisten haben sich in einer solchen Regierung noch immer durchgesetzt, weil sie gestützt auf die wirtschaftliche Macht, die Sozialisten daran hindern, sich die nötigen Machtpositionen zu schaffen. Die Kapitalisten dulden die Sozialisten allenfalls in der Regierung, um Teile des Proletariats zu verwirren, zu täuschen, vom Wege des Klassenkampfes abzubringen und so das gesamte Proletariat zu zersplittern, zu demoralisieren und zu beherrschen." 23) Der Gegenvorschlag der USPD, eine Arbeiterregierung aus Vertretern der freien Gewerkschaften und der SPD und der USPD zu bilden, hatte mehr agitatorischen Charakter, da diese Regierung im Reichstag keine Mehrheit gehabt hätte. Er wurde von der SPD abgelehnt.

Durch ihre Zustimmung zur Annahme des Londoner Ultimatums im Reichstag am 11.5.1921 ermöglichte die USPD indirekt die Bildung der Regierung Wirth, indem sie die Regierung vor einer Abstimmungsniederlage bewahrte. Sie begründete dieses Verhalten damit, daß sie die Erfüllungspolitik befürworte.

In der zweiten Jahreshälfte 1921 kam es zu einer Annäherung der USPD an die SPD.

Im Juli 1921 forderte die USPD-Parteileitung ihre Parlamentsfraktionen auf, Arbeitsgemeinschaften mit den Fraktionen

der SPD zu bilden, um so den sozialistischen Einfluß zu stärken.

Nach der Ermordung Erzbergers am 26.8.1921 kam es zu gemeinsamen Protestaktionen der SPD, der USPD und der freien Gewerkschaften. Der rechte Flügel der USPD um Kautsky und Breitscheid forderte die baldige Vereinigung von SPD und USPD.

Durch den Beschluß des Görlitzer Parteitages der SPD, der Koalitionen auch mit der DVP nicht ausschloß, wurde dieser Annäherungsprozeß aber unterbrochen.

Der SPD-Parteivorstand bemühte sich jedoch weiterhin um eine Einbeziehung der USPD in die Regierung Wirth und fragte die USPD nach ihren Bedingungen für den Eintritt in die Regierung. Die Antwort der USPD vom 1.10.1921 fiel bedeutend konzilianter aus als im Mai 1921. Sie stellte 5 maßvolle Mindestforderungen: Heranziehung des Besitzes zur Sicherung der Reparationen durch die Erfassung der Goldwerte, Maßnahmen zum Schutz der Republik u.a. durch die Entlassung monarchistischer Beamter, Ausbau der Sozialpolitik, Sozialisierung des Bergbaus und eine Außenpolitik der Verständigung und der Erfüllung des Londoner Ultimatums. Der "Vorwärts" interpretierte diesen Beschluß der USPD als "Aufgeben der grundsätzlichen Ablehnung gegenüber einer solchen Regierung" und stellte erfreut fest, daß die Mindestforderungen sich "im Rahmen des Möglichen" bewegten. 24)

Die Einbeziehung der USPD in die Regierung Wirth scheiterte jedoch an der Bedingung der DDP und des Zentrums, der Regierungsbeteiligung der USPD nur dann zuzustimmen, wenn auch die DVP in die Regierung Wirth aufgenommen werde. Zu dieser Koalition auch mit der DVP war aber die USPD nicht bereit, da sie mit ihr, die sie als Interessenvertreterin der Schwerindustrie betrachtete, keinerlei gemeinsame Regierungspolitik für möglich hielt. Die USPD erklärte unter Berufung auf die Forderung der DDP und des Zentrums ihr Angebot vom

1.10.1921 als gegenstandslos. Gleichzeitig erklärte sie sich aber zu einer Tolerierung der Regierung Wirth im Reichstag bereit, falls diese eine soziale Steuerpolitik und eine Politik des Schutzes der Republik betreibe.

Am 26.10.1921 stimmte die USPD im Reichstag geschlossen für das Vertrauensvotum für die neue Regierung Wirth aus SPD und Zentrum. Am 22.10.1921 war das erste Kabinett Wirth zurückgetreten, da die DDP die Hinnahme der Teilung Oberschlesiens abgelehnt hatte.

Die Abgrenzung der USPD zur SPD wurde immer schwieriger. Sie stand deshalb im Mittelpunkt des ersten Reichsparteitages der USPD seit der Spaltung in Halle, der vom 8. - 12.1.1922 in Leipzig stattfand. 25) Die USPD stagnierte bei 300000 Mitgliedern und hatte bei der Finanzierung ihrer 40 Parteizeitungen große Probleme.

In den Referaten wurde der Putschismus der KPD und die Unterdrückung in Sowjetrußland ebenso verurteilt wie die Koalitionspolitik der SPD. Dittmann bezeichnete die Koalitionspolitik der SPD mit den bürgerlichen Parteien als Haupthindernis für die Einigung der Arbeiterbewegung in Deutschland: "Die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien, die Ursache der proletarischen Ohnmacht unserer Tage, haben wir klar und scharf abgelehnt. Den Arbeitern aller Parteien haben wir diese Politik als Haupthindernis für eine Einigung denunziert und ihnen gesagt, daß nur der revolutionäre Klassenkampf den Boden für eine Einigung abgeben kann. 26)

In dem Parteitag einstimmig verabschiedeten Manifest hieß es dazu: "Indem die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, frei von jedweder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, ermöglicht sie den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien für den siegreichen Endkampf des Proletariats."

Die Abgrenzung von der SPD und von der KPD erfolgte im Manifest in demselben verbalradikalen Stil: "Im Gegensatz zu den Sozialreformisten, denen die Reformen immer mehr Selbst-

zweck werden, sieht die Unabhängige Sozialdemokratische Partei den Wert der Reformen darin, die Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die soziale Umwälzung zu stärken. Von den Putschisten (Kommunisten - E.W.) trennt uns dabei die Erkenntnis, daß die Kampfmittel den jeweiligen Machtverhältnissen der Klassen angepaßt werden müssen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei begeht weder den Fehler, das sozialistische Ziel um augenblicklicher Reformen willen aus dem Auge zu verlieren, noch vernachlässigt sie den Kampf des Tages in dem Irrtum, ohne diesen das Ziel sofort erreichen zu können." 27)

Der Parteitag bestätigte ausdrücklich die weitere Gültigkeit des Leipziger Aktionsprogrammes und des Haller Manifestes.

Auf dem Parteitag gab es keine offenen Flügelkämpfe. Bei den Wahlen zu den zentralen Parteigremien zeigte sich jedoch, daß weiterhin Richtungen fortbestanden. Die Vertreter der prinzipiellen Gegner einer Vereinigung mit der SPD wie Ladebour und Rosenfeld und die Vertreter einer baldigen Vereinigung mit der SPD wie Hilferding erhielten von allen Kandidaten die wenigsten Stimmen, da sie sich vor dem Parteitag zu sehr exponiert hatten, während die Vertreter der offiziellen Parteilinie wie Crispian und Dittmann die meisten Stimmen erhielten. 28)

3. Die Politik der KPD 1918-1921

3.1. Die KPD unter der Führung von Luxemburg und Liebknecht

Die Entwicklung der KPD 1919-1921 muß ausführlicher dargestellt werden, als es auf den ersten Blick in einem Kapitel über die Herkunft der Linksoption in der SPD notwendig erscheinen mag. 1) Der Grund für diese Vorgehensweise ist, daß der geistige Führer der Linksoption in der SPD in den Jahren 1922-1930, Paul Levi, die Politik der KPD 1919-1921 erheblich beeinflusste und sich in seinem Handeln und seiner Theorie in diesem Zeitraum all die wesentlichen Elemente aufzeigen lassen, die auch sein späteres Verhalten in der SPD bestimmen sollten. Die Darstellung der Geschichte der KPD wird im folgenden daher mit der politischen Entwicklung Paul Levis verbunden.

Am 30.12.1918 spaltete sich der Spartakusbund von der USPD ab, der er bis dahin in Form einer organisierten Opposition noch angehört hatte. Auf dem Gründungsparteitag der KPD zeigte sich jedoch, daß die Führer des Spartakusbundes Luxemburg, Liebknecht, Jogiches und Levi in der neuen Partei in wichtigen Fragen zunächst in der Minderheit waren, da ultralinke anarchosyndikalistische Strömungen überwogen. 2)

Der Gründungsparteitag sprach sich mit 62:23 Stimmen gegen die Teilnahme der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung aus, obwohl die genannten Führer des Spartakusbundes alle für die Beteiligung der KPD an den Wahlen waren.

Levi forderte in seiner Rede die Wahlteilnahme mit dem Argument, daß die Massen der Arbeiterklasse für die Wahlen zur Nationalversammlung seien und ihr politisches Bewußtsein von diesem Parlament entscheidend beeinflusst sein werde. "Sie (Nationalversammlung - E.W.) wird in das Bewußtsein der deutschen Proletarier eintreten, und gegenüber dieser Tatsache wollen sie (KPD-Linke - E.W.) draußen stehen und von

draußen wirken?" Levi sah es als Aufgabe der KPD an, in der Nationalversammlung als Oppositionspartei den "bürgerlichen Parlamentarismus" zu kritisieren und die Alternative des Rätessystems zu propagieren: "Die deutsche Bourgeoisie konstituiert sich, schafft sich ein Organ, um noch einmal die Revolution zu unterdrücken, und da kommen Sie und sagen, das richtet sich von selbst. Das richtet sich nicht von selbst. Es ist unsere Pflicht, in jenes Gebäude einzudringen, es ist unsere Pflicht, die Feuerbrände zu werfen, in diese Schanzen..." Levi hielt zwar die Entscheidung der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte vom 20.12.1918 für falsch, auf die eigene Macht zugunsten von Wahlen zur Nationalversammlung zu verzichten, akzeptierte sie jedoch als Ausdruck des Mehrheitswillens des Proletariats, der nicht durch eine rein agitatorische Kritik von draußen, sondern nur durch das Aufzeigen der Schwächen der Nationalversammlung von innen heraus langfristig verändert werden könnte.

Rosa Luxemburg teilte die Meinung Levis. Auch sie sah in der zu wählenden Nationalversammlung ein Instrument der Gegenrevolution, zog aber - wie Levi - daraus den Schluß: "Nun führt unser Weg durch dieses Bollwerk hindurch." Sie kritisierte die Verabsolutierung der Gewalt durch die KPD-Linke: "Sie verstehen: entweder Maschinengewehr oder Parlamentarismus. Wir wollen etwas verfeinerten Radikalismus. Nicht bloß dieses grobkörnige Entweder-Oder." 3)

Der Parteitag beschloß trotz der Kontroversen einstimmig ein Parteiprogramm, das von Rosa Luxemburg formuliert worden war. 4) Es enthält als Kern die Strategie der Machteroberung durch die Arbeiterklasse, die sich Luxemburg und Levi nur als Werk der Mehrheit der Arbeiterklasse, nicht aber als Putsch einer bewußten Avantgarde der Arbeiterklasse, vorstellen konnten. Im Parteiprogramm heißt es hierzu: "Die sozialistische Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann... Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren,

unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes." Die Anwendung von Terror wird im Programm ausdrücklich abgelehnt: "Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Massenmord. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes,...". Das Festhalten Levis an diesem Konzept der sozialistischen Revolution sollte 1921 zu seinem Konflikt mit der KPD-Führung und schließlich zu seinem Parteiausschluß führen.

Auf dem Gründungsparteitag wurde Levi in die Parteileitung der KPD gewählt.

Bereits wenige Tage nach Verabschiedung dieses Programms ließ sich die KPD zusammen mit dem ultralinken USPD-Flügel in Berlin zum sogenannten Spartakusaufstand hinreißen, der ein verzweifelter Versuch war, mit Gewalt durch die Revolution einer bewußten Minderheit ein Räte-system zu errichten und die Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern. Er scheiterte jedoch schnell wegen der zu geringen Basis in der Arbeiterschaft. Luxemburg und Levi nahmen aus Solidarität mit der Partei an diesem Aufstand teil, obwohl sie von vornherein von seiner Aussichtslosigkeit überzeugt waren und ihn als in Widerspruch zu ihrer Revolutionsstrategie stehend erkannten. Am 15.1.1919 wurden Luxemburg und Liebknecht ermordet.

3.2. Die Entwicklung der KPD unter dem Parteivorsitzenden Paul Levi

Nach der Ermordung von Jogiches übernahm Paul Levi im März 1919 die Führung der KPD. Er erkannte nach der Niederschlagung der Rätebewegung im Winter und Frühjahr 1919, daß in Deutschland die proletarische Revolution vorerst geschei-

tert war und forderte die Arbeiterbewegung auf, dies anzuerkennen und sich auf eine Defensivtaktik umzustellen. In der KPD-Theoriezeitschrift "Die Internationale" warf er am 4.8.1919 den bayerischen KPD-Führern vor, bei ihrer Ausrufung der 2. Münchner Räterepublik dies nicht gesehen zu haben: "Eine unabhängig-mehrheitliche-anarchistische 'Räterepublik', die ohne grundlegendes Fundament in den Massen errichtet war, ersetzen durch eine kommunistische Räterepublik, die ganz und gar denselben Fehler hatte... das heißt ein Nichts durch ein anderes Nichts ersetzen, willenloses Treiben im politischen Strudel... Schreitet die Masse zu Aktionen, die nur scheinbar revolutionär sind, dann haben wir die Pflicht, warnend aufzutreten, Kritik anzusetzen." 5)

Innerhalb der KPD hatte sich Levi weiterhin mit dem ultralinken Flügel auseinanderzusetzen, der anarchosyndikalistische Gedankengänge vertrat und immer noch an die Möglichkeit einer baldigen proletarischen Revolution in Deutschland glaubte.

Auf dem 2. Parteitag der KPD vom 20. - 24.10.1919 in Heidelberg gelang es Levi, für die von ihm formulierten 'Leitsätze des II. Parteitages über kommunistische Grundsätze und Taktik' eine Mehrheit von 31:18 Stimmen zu erhalten. 6) Die drei für die KPD-Linke unannehmbaren Punkte dieser Resolution waren: die Bereitschaft der KPD, sich an Parlamentswahlen zu beteiligen, die Ablehnung des anarchosyndikalistischen Planes einer Ersetzung der Partei und der Gewerkschaften durch eine wirtschaftlich-politische Einheitsorganisation und die Forderung nach einem zentralistischen Aufbau der Partei anstelle eines föderalistischen. Im Punkt 7 dieser Resolution wurden die Gegner dieser Leitsätze explizit zum Verlassen der Partei aufgefordert.

In einer weiteren Resolution wurden die KPD-Mitglieder zur Mitarbeit in der sozialdemokratisch dominierten freien Gewerkschaft aufgefordert, in der sie eigene Fraktionen bilden sollten.

Die Vertreter der KPD-Linken verließen aus Protest den Parteitag vorzeitig und schieden zum Großteil aus der Partei aus. Sie gründeten im April 1920 die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD). Fast die Hälfte der damals 100000 KPD-Mitglieder schloß sich der KAPD an, die jedoch bald zu einer bedeutungslosen politischen Sekte wurde. 7)

Kurz nach dem Parteitag wiederholte Levi seine These, daß in Deutschland zur Zeit keine proletarische Revolution möglich sei und daher alle Putschversuche gescheitert seien: "Ein Irrweg war der Glaube, ein paar stürmische Vortruppen könnten das Werk des Proletariats vollenden.

Berlin und Leipzig, Halle und Erfurt, Bremen und München haben diesen Putschismus durch die Tat widerlegt und haben gezeigt: nur der gesamten Klasse der Proletarier in Stadt und Land kann die politische Macht...gewinnen." 8)

Trotz des Sieges der Position Levis auf dem Heidelberger Parteitag, der ihn zum Vorsitzenden der KPD wählte, und dem Austritt der Ultralinken war die KPD nicht vor dem Rückfall in ultralinke Verhaltensweisen gefeit. Dies bewies ihr Verhalten beim Kapp-Putsch.

Am 13.3.1920 veröffentlichte die KPD-Zentrale in Berlin einen Aufruf, in dem sie den vom ADGB vorgeschlagenen Generalstreik zum Schutz der Republik gegen die rechten Putschisten ablehnte. Sie begründete dies so: "Das Proletariat wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik..." 2 Tage später revidierte die KPD-Zentrale jedoch diese Position und forderte ihre Mitglieder zur Teilnahme am Generalstreik auf. 9)

Levi, der zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis war, protestierte in einem Brief, der später in der Zeitschrift "Kommunistische Internationale" abgedruckt wurde, am 16.3.1920 gegen den Aufruf der KPD vom 13.3.1920: "Es ist ein Verbrechen, daß man schreibt: das Proletariat rührt keinen Finger für die Republik. Wißt ihr, was das heißt? Das heißt der größten Aktion des Proletariats in den Rücken fallen...(Es) gilt jetzt alles, daß der Putsch niedergeschlagen wird ohne Kompromisse...

Wie oft haben wir früher besprochen, kommt der gegenrevolutionäre Putsch, dann Aktion auch mit der SPD. Und nun 'keinen Finger rühren'." 10)

Der Kurs Levis setzte sich jedoch zunächst wieder durch. Am 21.3.1920 erklärte sich die KPD-Zentrale sogar bereit, gegenüber einer Arbeiterregierung aus Repräsentanten der freien Gewerkschaften, der SPD und der USPD eine Haltung "loyaler Opposition" einzunehmen. Diese wurde so definiert: "Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung eines Umsturzes, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen." Wegen der Weigerung der USPD, in eine Regierung mit den "Noskes" einzutreten, wurde diese Erklärung schnell obsolet. 11)

Dieser Aufruf wurde später vom Zentralausschuß als "ablenkend" kritisiert, da er die Arbeiter vom Kampf gegen die Reformisten abgelenkt habe. Der 4. Parteitag der KPD am 14./15.4.1920 billigte mit 37:6 Stimmen diesen Beschluß des Zentralausschusses. Levi, der auf dem Parteitag den Aufruf vom 13.3.1920 kritisierte und die Erklärung vom 21.3.1920 verteidigte, wurde dennoch wieder zum Parteivorsitzenden gewählt. 12)

Die Reichstagswahlen am 6.6.1920 zeigten, daß die KPD trotz der realistischen Politik Levis nur eine kleine Minderheit des Proletariats vertrat. Sie erhielt nur 441.000 Stimmen und 2 Reichstagssitze (Levi und Zetkin). Nennenswerte Stimmergebnisse erzielte sie nur in Halle, Berlin, Thüringen und Sachsen.

Zur Massenpartei wurde die KPD erst nach ihrer Vereinigung mit der USPD-Linken. Auf dem Vereinigungsparteitag von USPD-Linker (300000 Mitglieder) und KPD (50000 Mitglieder) in Berlin am 4.-7.12.1920 wurden Levi und Däumig zu Vorsitzenden der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) gewählt. 13) In den Vorstand der VKPD wurden neben den späteren Führern der KPD Brandler, Pieck, Remmele und Tählmann auch die Führer der später mit Levi zur SPD zurück-

kehrenden KAG Brass, Adolf Hoffmann und Curt Geyer gewählt. Mit der Bildung der VKPD schien das Ziel Levis, eine sozial-revolutionäre Massenpartei im Sinne Rosa Luxemburgs zu schaffen, endlich erreicht zu sein.

Unter der Führung Levis und Däumigs versuchte die VKPD sofort eine Annäherung an die beiden anderen Arbeiterparteien. Levi schrieb im Namen der VKPD-Zentrale am 8.1.1921 einen "Offenen Brief" an die SPD, USPD und die freien Gewerkschaften. 14) Darin wurden die anderen Organisationen zu einheitlichen Aktionen der Arbeiterklasse auf folgenden Gebieten aufgefordert: Lohnkämpfe, sozialpolitische Forderungen, Erlaß einer politischen Amnestie, Verbesserung der Beziehungen zu Sowjetrußland und Aufbau einer proletarischen Selbstschutzorganisation. Den anderen Organisationen wurde zur Annahme des Angebots eine Frist bis zum 13.1. gesetzt. Sollten sie dieses Angebot ablehnen, werde die VKPD diese Aktionen allein durchführen.

Das Zentralorgan der SPD "Vorwärts" lehnte den Offenen Brief sofort als "taktischen Kniff" ab. Er warf der VKPD vor: "Die Zerstörer der proletarischen Einheit stellen sich auf einmal als Förderer dieser Einigkeit vor und verlangen von der Sozialdemokratischen Partei binnen fünf Tagen eine Erklärung, ob sie unter der Führung von Däumig und Levi, in den Kampf ziehen wollen oder nicht." 15)

Der SPD-Parteivorstand lehnte den Offenen Brief am 10.1. ab, da er ein unehrliches Angebot sei, der nur der Entlarvung der "Reformisten" dienen solle und nicht der vertrauensvollen Zusammenarbeit. 16)

Da auch die freien Gewerkschaften und die USPD den Offenen Brief ablehnten, scheiterte dieser Versuch einer Annäherung der KPD an die anderen Arbeiterparteien.

Zu Jahresbeginn 1921 geriet Levi in einen scharfen Konflikt mit der Führung der Komintern. Anlaß dafür war die Aufnahme der KAPD als sympathisierende Organisation in die Komintern, die entgegen dem erklärten Willen der Zentrale der

VKPD erfolgte. Im Januar 1921 schrieb Levi unter der Überschrift "Eine unhaltbare Situation", das Verhalten der Komintern-Führung in der Frage der KAPD kritisierend: "Keine Bestimmung des Statuts der Kommunistischen Internationale verpflichtet uns...alle Beschlüsse des Ekkis (Exekutivkommités) als Geniestreiche zu erklären." 17)

Der Konflikt zwischen Levi und der Komintern eskalierte nach dem Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) in Livorno am 15. - 21.1.1921. 18) Levi unterstützte als Vertreter der VKPD auf diesem Parteitag die Haltung der Gruppe des "Zentrums" um Serrati, die eine Spaltung der PSI durch den Ausschluß aller Reformisten ablehnte, um die politische Einheit der italienischen Arbeiterbewegung zu erhalten. Die Vertreter der Komintern Rakosi und Kobaktschieff unterstützten hingegen den Kurs des linken Flügels um Bordiga und Gramsci, der sich in Livorno von der PSI trennte und bald darauf die PCI gründete.

In der "Roten Fahne" verteidigte Levi am 30.1. seine Haltung in Livorno. In einem Brief an das Exekutivkomitee der Komintern stellte er angesichts der Kontroverse mit den Komintern-Vertretern bereits die Frage: "Hält die Exekutive oder ihr deutscher Vertreter meine Entfernung vom Posten als Vorsitzender der Partei für nötig oder auch nur für wünschenswert?" 19) Das Zentralorgan der USPD "Freiheit" gelangte an diesen Brief und veröffentlichte ihn.

Auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD, die am 22.2.1921 begann, erzielte Levi für seinen Kurs des Offenen Briefes, der von den Vertretern der Linken als Rechtsopportunismus bezeichnet wurde, eine knappe Mehrheit. In der Frage seines Verhaltens auf dem Parteitag der PSI erlitt er nach einem Wortbeitrag des Komintern-Vertreters Rakosi eine politische Niederlage. Mit 28:23 Stimmen verurteilte der Zentralausschuß auf Antrag Thalheimers die Unterstützung Serratis durch Levi und billigte die Unterstützung Bordigas durch die Komintern. Aus Protest gegen diesen Beschluß traten daraufhin Levi und Däumig als Parteivorsitzende und Zetkin,

Brass und Hoffmann als Mitglieder der Zentrale zurück. 20)

Die Rede, die Levi auf der Zentralaussschußsitzung am 24.2. hielt, erschien nach seinem Parteiausschluß als Broschüre mit dem Titel "Der Beginn der Krise in der VKPD". 21) In dieser Rede tadelte er nochmals das Verhalten der Komintern in der Frage der KAPD. Die Abspaltung der Linken von der PSI verurteilte er als "mechanisches Spalten". Darunter verstand er den Fehler der Komintern, prinzipiell alle Sozialistischen Parteien durch die Gründung Kommunistischer Parteien zu spalten, auch dann wenn die Überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse diese Spaltung ablehnte. Zwar seien Parteispaltungen manchmal notwendig, aber sie seien dann falsch, "wo wir das Odium auf uns laden, weil die Massen nicht wissen, es geht ums Leben, solche Spaltungen müssen wir vermeiden."

22) Er warf der Komintern-Führung vor, den Charakter sozialrevolutionärer Massenparteien nicht richtig verstehen zu können, da sie auf das Modell der hierarchisch-zentralistischen Kaderpartei der Bolschewiki fixiert seien: "Unsere russischen Freunde haben nicht völlig erkannt, daß in einer Partei, die aus Massen besteht und eine andere geistige Struktur hat als etwa die illegale Partei Rußlands...Spaltungen nicht vorgenommen werden können auf Resolutionen, sondern Spaltungen nur vorgenommen werden können auf politisches Erleben hin." 23)

Er warnte vor einer Fraktionsbildung der KPD-Linken, die zu einer Spaltung der VKPD führen und zu ihrer Rückkehr in die politische Machtlosigkeit der Jahre 1919 und 1920 werde: "Wir haben in Deutschland doch schon die Erfahrung gemacht, was die Kommunisten sind in einer Revolution, in der Aktion, als kleiner Kreis von Kommunisten ohne jenen großen Kreis von Genossen, der kommunistisch orientiert ist und gewillt ist, der kommunistischen Führung sich zu fügen. Wir haben genau gewußt, Genossen, wie machtlos wir im Kern waren, wie unsere besten Gedanken und guten Gedanken einfach gescheitert sind, an der papiernen Wand der Organisation zwischen uns und

den Massen. Und den Weg wollen wir nicht mehr beschreiten um der Massen und unserer selbst willen. Um unserer eigenen Durchbildung und unseres eigenen Erlebens willen müssen wir eine solche kommunistische Massenpartei bleiben." 24) Er bezeichnete es als die "Lebensfrage der Partei", ob sie den von ihm gezeichneten Weg der Massenpartei und der Annäherung an die beiden anderen Arbeiterparteien gehen wolle oder den "Abweg" der von den Massen isolierten Kaderpartei.

Der "Vorwärts" konnte seine Schadenfreude über den Konflikt in der VKPD nicht verhehlen: "Immer kleinere Größen kommen ans Ruder. Die eben erst entstandene Vereinigte KPD wird bald in eine Veruneinigte umgewandelt sein." Er wies außerdem darauf hin, daß die VKPD-Führer mit der Annahme der 21 Bedingungen "ausdrücklich die Oberhoheit der Moskauer anerkannt" hätten: "Das haben die Levi, Däumig, Zetkin seinerzeit als besonderes Glück gepriesen und müssen jetzt die Konsequenzen daraus ziehen. 25)

Mitte März 1921 trat Levi eine Reise nach Italien an, als er in Wien die Nachricht vom Aufstand der VKPD in Mitteldeutschland erhielt. Er reiste sofort nach Deutschland zurück.

3.3. Die "Märzaktion" der KPD 1921 und der Parteiausschluß Levis

Im Rahmen dieser Arbeit kann nicht eingehend auf die Ursachen und den Verlauf der sogenannten "Märzaktion" der VKPD in Mitteldeutschland eingegangen werden. Es sei hier nur auf die Darstellung der "Märzaktion" bei Werner T. Angress "Die Kampfzeit der KPD", Düsseldorf 1973, S. 139-203 und aus der Sicht der kommunistischen Geschichtsschreibung in der "Geschichte der Arbeiterbewegung", Berlin 1967, Kapitel 8, S. 128-134 hingewiesen. 26) Entscheidend ist in dem Kontext meiner Arbeit nicht der immer noch umstrittene objekti-

ve Ablauf der "Märzaktion", sondern die Perzeption durch Levi und seine Anhänger einerseits und durch die VKPD- und Komintern-Führung andererseits.

Anlaß für den Ausbruch der Unruhen in Mitteldeutschland war der Einmarsch preußischer Polizeieinheiten auf Befehl des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Hösing (SPD) am 19.3.1921 in das Mansfelder Kohlenrevier. Die offizielle Begründung für den Einmarsch war die Verhinderung weiterer Feld- und Betriebsdiebstähle. Der wahre Grund dürfte die Absicht der Entwaffnung der kommunistischen Arbeiter in diesem Gebiet gewesen sein. Mansfeld war eine Hochburg der VKPD. Bei den preußischen Landtagswahlen im Februar 1921 hatte sie im Wahlkreis Merseburg 200000 Stimmen erhalten, die SPD und die USPD zusammen nur 150000 Stimmen. Auf Drängen der Emisäre der Komintern plante die VKPD-Zentrale ab Anfang März 1921 einen revolutionären Vorstoß in Deutschland, der von Mitteldeutschland ausgehen sollte, mit dem Ziel der politischen Machteroberung. Der VKPD-Zentralausschuß beschloß am 17.3.1921, erst nach Ostern loszuschlagen und wurde daher durch den Einmarsch der Hösing-Truppen überrascht.

Die VKPD-Zentrale proklamierte am 24.3.1921 den Generalstreik in ganz Deutschland aus Protest gegen das Vorgehen Hösings. Er wurde jedoch kaum befolgt. Im Mansfelder Revier wurde er teilweise durchgeführt. Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen der kommunistischen Arbeiter mit den einmarschierenden Truppen und zu Sabotageakten. Die Truppen Hösings setzten sich jedoch schnell durch. Am 1.4. mußte daher die VKPD-Zentrale zum Abbruch des Generalstreiks aufrufen. Zahlreiche VKPD-Mitglieder wurden später wegen der Teilnahme an der Märzaktion, die 150 Tote forderte, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Die Märzaktion zeigte die Isolierung der VKPD in der deutschen Arbeiterbewegung.

Der "Vorwärts" bewertete die Märzaktion am 22.3. so: "Die Sache in Mitteldeutschland ist an den Haaren herbeigezogen, um den Schein eines Vorwandes zu haben ... Wir wieder-

holen immer wieder: Moskau braucht Leichen! Die VKPD hat den Befehl des Ekki in den nächsten Tagen und Wochen blutige Zusammenstöße in Deutschland herbeizuführen." Ziel sei es, vom Kronstädter Aufstand abzulenken. 27)

Der Bundesausschuß des ADGB forderte am 23.3. seine Mitglieder auf, sich nicht am Generalstreik der VKPD zu beteiligen. 28)

Auch die USPD, die zunächst noch erfolglos eine Vermittlungsaktion des ADGB zwischen den Streikenden in Mansfeld und Hösing gefordert hatte, distanzierte sich vom Generalstreikaufruf der VKPD.

Paul Levi schrieb noch während der Märzaktion am 27.3. einen Brief an Lenin, in dem er diese Aktion scharf verurteilte, da sie die VKPD von den unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeitern isoliere, die durch den Kurs des Offenen Briefes für die Aktionseinheit mit der VKPD hatten gewonnen werden sollen.: "Wir haben erreicht, daß wir in offener Feindschaft zu jenen großen Arbeiterorganisationen stehen und zur Mehrheit des Proletariats...So wende ich mich persönlich mit der Bitte an Sie, die Situation zu überlegen...Ich werde auch jetzt nicht weitergehen als etwa eine Broschüre zu schreiben, in der ich meine Auffassungen darlege." 29)

Am 3./4.4.1921 verfaßte Levi die angekündigte Broschüre "Unser Weg. Wider den Putschismus", in der er schonungslos mit der Politik der VKPD-Zentrale abrechnete. 30) Nachdem es der Zentralaussschuß abgelehnt hatte, einem Antrag Zetkins zu entsprechen, Levi anzuhören, veröffentlichte Levi am 12.4. diese Broschüre.

Im Vorwort begründete er die Notwendigkeit der Veröffentlichung so: "Die Partei darf nicht geschlossenen Auges in Anarchismus bakunistischer Farbe hineingezerzt werden." 31)

Seinen Vorwurf des Putschismus versuchte er durch die Klärung der folgenden Fragen zu beweisen: "Welches ist das zahlenmäßige Verhältnis der deutschen Kommunisten zum deutschen Proletariat? Welche sind die Voraussetzungen für eine Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat?

Wie wird die Staatsgewalt erobert?" 32)

Er kam zu folgendem Ergebnis: Die Kommunisten sind nur eine Minderheit im Proletariat. Bei den preußischen Landtagswahlen erhielten sie im Februar 1921 nur 1/5 der Stimmen des Proletariats. Die VKPD-Mitglieder stellen nur 1/16 der organisierten Gewerkschaftsmitglieder.

Der Einfluß der VKPD auf Armee und Polizei ist minimal.

Sie beherrscht mit Ausnahme Mitteldeutschlands keines der Industriezentren Deutschlands.

In Deutschland existiert kein Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft oder/und den Mittelschichten. Die revolutionäre Welle ist seit Mitte 1919 nicht im Aufsteigen, sondern im Absteigen begriffen. Die Reichsregierung sitzt relativ fest im Sattel.

Levi warf der VKPD-Führung vor, den Aufstand nur auf das Drängen der Vertreter der Komintern hin unternommen zu haben. Er zitierte dabei aus dem ihm zugespielten Protokoll der Zentralaussschußsitzung vom 17.3.1921, was später die offizielle Begründung seines Parteiausschlusses liefern sollte. Trotz der von ihm aufgezeigten Defensivposition der VKPD und der Arbeiterbewegung insgesamt habe die VKPD-Führung den Befehl zur revolutionären Offensive gegeben. Der Generalstreikaufruf habe aber zwangsläufig an der Ablehnung der Massen der Arbeiterschaft scheitern müssen, die in realistischer Einschätzung der Lage nicht zur Offensive bereit gewesen seien: "Eine Aktion, die lediglich dem politischen Bedürfnis der Kommunistischen Partei und nicht dem subjektiven Bedürfnis der proletarischen Massen entspricht, ist verfehlt an sich. Die Kommunisten haben nicht die Möglichkeit und zumal nicht, solange sie eine solche Minderheit im Proletariat sind, die Aktion an Stelle des Proletariates, ohne das Proletariat, am Ende gar gegen das Proletariat zu machen. 33)

Zusätzlich zur Isolierung der VKPD habe beigetragen, daß die "Rote Fahne" am 20.3.1921 unter dem Titel "Wer nicht für mich ist, der ist wider mich", die SPD- und USPD-Mitglieder und -Anhänger aufgefordert habe, ihre Parteien

zu verlassen, wenn sie keine Arbeiterverräter werden sollten. Levi sah darin "eine Kriegserklärung für vier Fünftel der deutschen Arbeiter zu Beginn der Aktion!" 34)

Levi kritisierte die Terror- und Sabotageakte im Mansfelder Revier und die Versuche, unabhängige und sozialdemokratische Arbeiter zum Streik zu zwingen.

Er bewertete die Märzaktion wegen der fehlenden Massengrundbasis in der Arbeiterschaft als "der größte Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte." 35) Er forderte die VKPD-Führung auf, mit dieser putschistischen Strategie zu brechen und zur Beachtung des Kernsatzes des Spartakusprogrammes zurückzukehren: "Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Massen in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Methoden des Spartakusbundes." 36) Wenn es der VKPD nicht gelinge, das durch die Märzaktion verlorengegangene Vertrauen der Arbeiterschaft durch die Rückkehr zur Politik des Offenen Briefes wiederzuerlangen, werde sie zu einer politischen Sekte degenerieren.

Den Versuch der Komintern, die Politik der Kommunistischen Parteien in Westeuropa durch ihre Emissäre zu steuern, lehnte er entschieden ab: "Der jetzige Zustand mag für eine Internationale von Sekten gut sein; für eine Internationale von Massenparteien ist er verderblich." 37)

Er schloß die Broschüre mit der Aufforderung, daß die VKPD weder eine reformistische noch eine putschistische Politik treiben dürfe, wobei er auf ein Zitat seiner politischen Lehrmeisterin Rosa Luxemburg zurückgriff: "Die Vereinigung der großen Volksmasse mit einem über die ganze bestehende Ordnung hinausgehenden Ziele, des alltäglichen Kampfes mit der großen Weltreform, das ist das große Problem der sozialistischen Bewegung, die sich auch folgerichtig zwischen den beiden Klippen: zwischen dem Aufgeben des Massencharakters und dem Aufgeben des Endzieles, zwischen dem Rückfall in die

Sekte und dem Unfall in die kleinbürgerliche Reformbewegung, zwischen Anarchismus und Opportunismus vorwärtsarbeiten muß." Levi folgerte daraus: "Wir können nicht, um den einen Abgrund zu vermeiden, in den anderen fallen. Beides müssen vermieden werden. " 38)

Der Inhalt der Broschüre Levis wurde von der Presse der SPD und der USPD natürlich ausführlich erwähnt und als Argument gegen die VKPD-Politik verwendet. 39)

Am 15.4.1921 schloß die VKPD-Zentrale Levi mit der Begründung aus der Partei aus, daß seine Broschüre durch die Veröffentlichung geheimer Protokolle der Sitzungen der Zentralgremien der Partei schwer geschadet habe und Levi damit gegen die Parteidisziplin und -solidarität verstoßen habe. Er wurde aufgefordert, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Die "Rote Fahne" begründete am 16.4. den Parteiausschluß nur mit dem Verstoß gegen die Parteidisziplin, nicht mit dem Inhalt der Kritik Levis. Thalheimer feierte den Ausschluß Levis so: "Mit Paul Levi überwindet die kommunistische Bewegung in Deutschland einen Teil ihrer eigenen Vergangenheit... Mit Paul Levi trennt sich die Partei nicht nur von einem einzelnen Führer, sondern von der Vergangenheit, einer Kampfdisziplin, die nicht straff genug war. Mit dieser Trennung verpflichtet sie sich zum eisernen Gesetz der Disziplin..." 40)

Innerhalb der VKPD entstand eine Protestbewegung gegen den Parteiausschluß Levis. 8 Parteiführer, darunter die 4 ehemaligen Mitglieder der Zentrale Zetkin, Hoffmann, Brass und Däumig, das Zentrale-Mitglied Curt Geyer und die 3 Mitglieder der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale Malzahn, Neumann und Eckert solidarisierten sich in einem Aufruf in der "Roten Fahne" am 17.4. vollinhaltlich mit Levis Position, forderten die Rücknahme seines Ausschlusses und die Einberufung eines außerordentlichen Reichsparteitages. 41)

Levi hatte mit der Veröffentlichung der Broschüre bis nach der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD am 7./8.4.1921 gewartet, da er offenbar noch auf einen Kurswechsel der VKPD gehofft hatte.

Der Zentralausschuß billigte jedoch mit 26:14 Stimmen "Leitsätze über die Märzaktion", die trotz leichter Ansätze zur Selbstkritik die Aktion prinzipiell billigten. 42)

Die Leitsätze gingen davon aus, daß in Deutschland im März 1921 die Arbeiterschaft die "revolutionäre Initiative" habe ergreifen müssen: "Die Stunde gebot der Arbeiterklasse, sich zu selbständigem Handeln aufzuraffen, die Gegenrevolution im mächtigen Gegenangriff entgegenzutreten und ihr das Gesetz des Handelns vorzuschreiben." 43) Ausdrücklich wurde die Avantgarderolle der bewußten Minderheit der VKPD gegenüber der Masse der Arbeiterschaft herausgestellt: "Die VKPD war jedoch vermöge ihrer Stärke verpflichtet, über die bloße Propaganda und Agitation hinauszugehen. Sie mußte - wozu sie sich auch in ihrem Gründungsauftrag bekannt hatte - der Arbeiterklasse in der Aktion vorangehen, sie mußten in der Stunde, die vom Proletariat den Kampf erheischte, zeigen, daß sie bereit und willens war, ihm voranzukämpfen. Sie mußte den Versuch machen, gestützt auf die eigene Kraft, die Massen mitzureißen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie vorerst nur einen engen Kreis der Arbeiterschaft mit sich in den Kampf riss." 44)

Die Ablehnung des Generalstreiks durch die SPD- und USPD-Anhänger wurde nur mit ihren Illusionen über die bürgerliche Demokratie erklärt.

Aus der Niederlage der Märzaktion versuchten die Leitsätze eine Grundlage für zukünftige Siege zu machen: "Aber in Zeiten politischer Hochspannung sind solche Aktionen, auch wenn sie zu einer vorübergehenden Niederlage führen, die Voraussetzungen künftiger Siege...". 45)

Die Märzaktion wurde trotz des Eingeständnisses, daß sich die VKPD "von breiten Teilen der Arbeiterklasse isoliert" habe, als erfolgreiche "Demaskierung" der SPD- und USPD-Führer bezeichnet. 46)

Die Fortsetzung des Offensivkurses wurde angekündigt: "Die Märzaktion ist der erste natürlicherweise noch mangel-

hafte Schritt, durch den die VKPD die deutsche Arbeiterklasse zur revolutionären Offensive überleitet." 47)

Das Verhalten der Zentrale während der Märzaktion wurde ausdrücklich gutgeheißen, während die "passive und aktive Gegnerschaft einzelner Genossen während der Aktion" aufs schärfste verurteilt wurde.

Ein Antrag Zetkins, das Verhalten der Zentrale während der Märzaktion zu mißbilligen und einen außerordentlichen Reichsparteitag einzuberufen, wurde mit 43:6 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. 48)

Da Levi gegen seinen Ausschluß Revision einlegte, mußte sich die Zentralausschußsitzung am 4.5.1921 damit beschäftigen. Der Parteiausschluß Levis wurde mit 36:7 Stimmen bestätigt. Die 8 Unterzeichner der Solidaritätserklärung mit Levi wurden zwar getadelt, aber die Suspendierung von ihren Funktionen wurde aufgehoben. 49)

Levi hielt auf dieser Sitzung eine lange Rechtfertigungsrede, in der er im wesentlichen nur die Thesen seiner Schrift "Unser Weg. Wider den Putschismus" wiederholte. Der Text dieser Rede erschien später als Broschüre unter dem Titel "Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran?" 50)

Die Veröffentlichung der Broschüre rechtfertigte er neben Hinweisen auf ein ähnliches Verhalten Lenins im September 1917 und der Veröffentlichung seines Briefes vom 16.3.1920 auf Geheiß Sinowjews in der "Kommunistischen Internationale" gegen den Willen der KPD-Führung und der Absicht Luxemburgs, nach dem Spartakusaufstand eine Kritik daran zu veröffentlichen, mit der Pflicht der Arbeiterbewegung zur offenen Diskussion: "Es ist eine vollständig falsche Einstellung, als könnten Kommunisten ihre Fehler im stillen Kämmerlein unter sich abmachen. Die Fehler und Irrtümer der Kommunisten sind genau so ein Bestandteil des politischen Erlebens der proletarischen Klasse wie ihre Vorzüge. Sie können und dürfen weder das eine noch das andere den Massen vorenthalten. Haben

sie Fehler gemacht, so haben sie sie nicht für die Partei gemacht und selbst wenn die Partei darüber zugrunde ginge: wenn das der einzige Weg ist, auf dem das Proletariat die Lehre aus den Ereignissen ziehen kann, so müßte es sein, weil die Partei um des Proletariats willen da ist und nicht umgekehrt." 51)

In seiner Rede vor dem Zentralausschuß faßte Levi seine grundlegenden Differenzen zur Politik der VKPD-Führung zusammen, deren Basis sein Festhalten an der Theorie Rosa Luxemburgs war. Kernbestandteile dieser Theorie Levis, an der er auch nach seiner Rückkehr in die SPD 1922 festhielt, waren:

1. Die sozialrevolutionäre, marxistische Partei der Arbeiterklasse muß eine Massenpartei sein, die in ihrem Handeln niemals die enge Verbindung zum bestehenden Bewußtsein der Massen der Arbeiterschaft verlieren darf, da dies nur zu ihrer Isolierung und zu einer unrealistischen Politik führen könne. In hochentwickelten kapitalistischen Ländern mit politischer Demokratie sind kleine Kaderparteien von Berufsrevolutionären nicht anzustreben.
2. Innerhalb dieser Partei muß weitestgehende innerparteiliche Demokratie herrschen, da nur eine offene Diskussion begangene Fehler korrigieren kann.
3. Ein Zusammenschluß der sozialrevolutionären Parteien in einer Internationale ist notwendig zur Koordination ihrer Politik. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß die nationale Politik der Parteien nicht mehr in erster Linie von ihnen selbst, sondern vom Exekutivkomitee der Internationale gesteuert wird.
4. Spaltungen der sozialistischen Arbeiterparteien durch ihren sozialrevolutionären Flügel sind nur dann sinnvoll, wenn große Teile der Arbeiterschaft die Notwendigkeit dieses Schrittes einsehen und ihn bewußt anstreben.
5. Eine Aktionseinheit der sozialrevolutionären Arbeiterparteien mit den reformistischen Arbeiterparteien ist trotz der Differenzen über den Weg zum Sozialismus prinzipiell anzustreben, um soziale und politische Interessen der Arbeiterschaft gegen das Bürgertum durchzusetzen.

6. Aus demselben Motiv heraus ist eine Aufspaltung der umfassenden ökonomischen Interessenorganisation der Arbeitnehmer, der Gewerkschaft, abzulehnen, was aber nicht die Bildung von politisch begründeten Richtungen im Rahmen der Gewerkschaft ausschließt.

7. Die sozialrevolutionäre Partei muß sowohl die Gefahr des Reformismus, d.h. das völlige Aufgehen in die Tagespolitik im Rahmen des Kapitalismus - unter dem Verzicht auf die sozialistische Perspektive - wie die Gefahr der sektiererischen ultralinken Politik - d.h. den Verzicht auf den Kampf um Reformen im Interesse der Arbeiterschaft im Rahmen des Kapitalismus und die Hoffnung, durch einen Putsch einer bewußten Minderheit den Sozialismus einführen zu können, - vermeiden.

8. Eine soziale und politische Umwälzung, eine "soziale Revolution" im Sinne von Marx, hat in entwickelten kapitalistischen Staaten zur unabdingbaren Voraussetzung, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft und Teile der Mittelschichten sie bewußt will und dabei aktiv mitwirkt.

Auf der Sitzung des Zentralausschusses am 4./5.5.1921 solidarisierten sich 5 seiner Mitglieder (Brass, Däumig, Geyer, Neumann, Eckert) vollinhaltlich mit Levi und verurteilten seinen Parteiausschluß in einer Erklärung. 52) Zetkin kritisierte in einer eigenen Erklärung die Märzaktion und den Parteiausschluß Levis, an dem sie besonders bemängelte, "daß an die Stelle der politischen Kernfrage unserer Parteidifferenzen eine Frage rein formaler Disziplin geschoben worden ist,...". Sie gab der Hoffnung Ausdruck, daß der bevorstehende 3. Weltkongreß der Komintern ihrer und Levis Position recht geben werde: "Deshalb halte ich trotz des Beschlusses des Zentralausschusses die grundsätzliche politische Auffassung fest, die mich mit Genossen Levi verbindet." 53)

Der "Vorwärts" zog aus dem Parteiausschluß Levis die Schlußfolgerung, daß in der VKPD innerparteiliche Diskussionsfreiheit nicht mehr vorhanden sei. 54)

3.4. Das Scheitern des Versuchs der Anhänger Levis die KPD von innen heraus zu verändern

Paul Levi war zu diesem Zeitpunkt noch anderer Meinung als der "Vorwärts". Er hoffte - wie Zetkin - darauf, daß der 3. Weltkongreß seine Analyse der Märzaktion teilen werde und sich dann seine Anhänger in der VKPD um Zetkin und Däumig durchsetzen würden.

Er hielt es für notwendig, seine Ideen in einer eigenen Zeitschrift zu formulieren, da er nach seinem Parteiausschluß natürlich in der VKPD-Presse nicht mehr zu Wort kam. Er reaktivierte die seit 1919 in Wien erscheinende Theoriezeitschrift "Sowjet-Kommunistische Zeitschrift", deren erste Ausgabe des dritten Jahrganges unter seiner Redaktion am 1.5.1921 in Berlin erschien.

In seinem Geleitwort zu dieser Zeitschrift schrieb er: "Wir machen in der schwersten Stunde, die je eine Partei erlebte, den Versuch, das zu retten, was noch zu retten ist." Er warf der VKPD-Zentrale vor, alle Lehren der letzten drei Jahre vergessen zu haben und statt einer kommunistischen Strategie im Sinne Rosa Luxemburgs eine bakunistische Strategie zu verfolgen. Levi war noch voller Hoffnung in der VKPD seine Politik langfristig durchsetzen zu können: "So gehen wir getrost an die Aufgabe in diesen trüben Tagen dem Kommunismus eine Stätte zu bereiten." 55)

In einer Vorschau auf den 3. Weltkongreß übte Levi heftige Kritik an der Behandlung der unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter durch die VKPD und die Komintern. 56) Diese dürften nicht in erster Linie als politische Gegner behandelt werden oder gar als Klassenfeinde, sondern nur als Angehörige der eigenen Klasse mit fehlerhaften Auffassungen, die nur durch Überzeugungsarbeit, nicht aber durch Zwang oder Gewalt, von der Unrichtigkeit ihrer Meinung überzeugt werden könnten: "Der Kampf innerhalb der Arbeiterklasse kann nur ein organisatorischer und propagandistischer, ein

Kampf um den geistigen und politischen Einfluß sein. Die Kampfarten und die Kampfmittel, die der Vernichtung des Gegners dienen, scheiden innerhalb der Arbeiterparteien aus." 57) Nur durch eine vorbildliche Arbeit der Kommunisten in allen proletarischen Organisationen könnten sie neue Anhänger gewinnen. Dazu gehöre auch der Kampf um Tagesziele. Die Parteien der Komintern dürften nicht völlig kritiklos die Politik der Komintern-Führung billigen, sondern-falls notwendig-auch Kritik daran üben. Levi sprach sich für die Auflösung derjenigen kommunistischen Parteien in Westeuropa aus, die wegen ihrer geringen Verankerung in der Arbeiterschaft den Charakter von politischen Sekten hätten und nur "Atrappen" seien. 58)

In einem weiteren Artikel forderte Levi die VKPD und Komintern auf, anzuerkennen, daß die reformistischen Arbeiterparteien als Ausdrucksformen des Bewußtseins von großen Teilen des Proletariats noch eine langfristige Existenzberechtigung hätten und nicht einfach "zerschlagen" werden könnten: "Diese beiden Parteien müssen nebeneinander bestehen und es wäre ein Verlust viele wertvoller Jahre, wenn nicht die sozialrevolutionäre als eine Massenpartei neben die reformistische treten könnte." Im Kampf um die Interessen der Arbeiterschaft sei eine Zusammenarbeit, 59) ein "Kollaborationismus", aller Arbeiterparteien notwendig. Aufgabe der sozialrevolutionären Partei sei es dabei, immer wieder auf das sozialistische Endziel hinzuweisen: "Sie ist so der letzte Ausdruck jenes scheinbar inneren Widerspruchs zwischen der 'großen Weltreform' und dem täglichen Kleinkampf. Nie ist die kommunistische Partei sicherer, den richtigen Weg zu gehen, als wenn sie diese scheinbaren Widersprüche löst und zur Einheit bringt." 60)

Vom 22.6.-12.7.1921 fand in Moskau der 3. Weltkongreß der Komintern statt. 61) Auf ihm kam es zu heftigen Kontroversen der 3 Richtungen der Delegation der VKPD (Rechte um Zetkin, Mitte um Brandler, Linke um Reuter-Friesland) über die Bewertung der Märzaktion. Die Rechte verurteilte sie als

Putsch, während die Mitte und die Linke sie prinzipiell für richtig hielten. Trotzki verurteilte sie als leichtsinnige, schlecht vorbereitete Aktion. Lenin bezeichnete sie als "ein großer Schritt vorwärts, ungeachtet der fehlerhaften Führung." 62) Er übte aber Kritik an der mangelhaften Vorbereitung der Aktion, die zu einer zu geringen Massenbasis geführt habe: "Um zu siegen, braucht man aber die Sympathie der Massen: Nicht immer ist die absolute Mehrheit erforderlich; doch um zu siegen und die Macht zu behaupten, ist nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse erforderlich..., sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung. "Er billigte ausdrücklich den Kurs des "Offenen Briefes" vom 8.1.1921: "Er ist vorbildlich als erster Akt der praktischen Methode die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen."

In einer Kompromißresolution wurde die Märzaktion prinzipiell als ein "Schritt vorwärts" bezeichnet. Kritisiert wurde, daß die VKPD den defensiven Charakter des "der VKPD durch den Angriff der Regierung auf das mitteldeutsche Proletariat aufgezwungenen Kampfes" nicht genügend betont hätte. 63)

In weiteren Beschlüssen wurden die Kommunistischen Parteien unter der Parole "Heran an die Massen" zur Mitarbeit in den reformistisch dominierten Gewerkschaften und zu Angeboten zur Aktionseinheit an die Sozialdemokratischen Parteien aufgefordert.

Trotz dieser teilweisen Akzeptierung Levischer Gedankengänge wurde der Ausschluß Levis aus der VKPD wegen Disziplinbruches vom 3. Weltkongreß bestätigt.

Kurz vor Beginn des 3. Weltkongresses hatte Lenin in einem Gespräch mit Zetkin allerdings erklärt, daß damit noch nicht das letzte Wort in dieser Frage gesprochen werde: "Der Kongreß wird Paul Levi verurteilen, wird hart gegen ihn sein. Das ist unvermeidlich. Jedoch Pauls Verurteilung wird nur wegen Disziplinbruch erfolgen, nicht wegen seines grundsätzlichen politischen Standpunktes. Wie wäre das auch möglich in dem Augenblick, wo dieser Standpunkt in Wirklichkeit als

richtig anerkannt wird. Damit steht Levi der Weg weit offen, um sich zurück zu uns zu finden. Möchte er selbst sich diesen Weg nicht vermasseln. Sein politisches Geschick liegt in seiner Hand." 64)

Levi schrieb in einem Brief an Mathilde Jacob am 5.8.1921, daß ihm Lenin über die Vermittlung Zetkins die Rückkehr in die VKPD angeboten habe: "Clara kam mit drei Vorschlägen: 1. Viele Grüße (wozu die alten Juden sagen: macht Schabbes davon); 2. Die Zeitschrift (Sowjet - E.W.) und jede Organisation einstellen; 3. Sechs Monate Buße und bei guter Führung - Lobpreisung des bolschewistischen Allwesens - die Aussicht auf einen Leninschen Ablaß." 65)

Das Heft 7 der inzwischen in "Unser Weg-Sowjet" umgetauften Zeitschrift Levis war ganz der Analyse des 3. Weltkongresses gewidmet.

Levi sah in den Beschlüssen des Weltkongresses eine weitgehende Bestätigung seiner Theorie und Politik und die Abkehr vom "Offensivkurs". 66) Trotzki habe seine Kritik der Märzaktion übernommen und die Unmöglichkeit, in Deutschland zur Zeit eine Revolution durchzuführen, erkannt. Die Losung "Heran an die Massen" sei nichts anderes als "eine grausame...Kritik" 67) an der genau das Gegenteil bewirkenden bisherigen Politik des Exekutivkomitees der Komintern.

Ausdruck dieser Abkehr vom putschistischen Kurs sei auch der Beschluß, der KAPD den Status eines sympathisierenden Mitgliedes der Komintern abzuerkennen.

Levi kritisierte jedoch den Kompromißcharakter der Resolution zur Märzaktion, die auf eine Verurteilung der Position der VKPD-Führung verzichtet habe. Er sagte aber voraus: "die Auseinandersetzung mit dem Anarchismus, die wir in Deutschland durchführen mußten, wird auch der Internationale nicht erspart bleiben." 68)

Levi interpretierte die Rede Lenins als weitgehende Unterstützung seiner Position.

In einem namentlich nicht gezeichneten Artikel in

Levis Zeitschrift wurde das Ergebnis des Weltkongresses so analysiert: 1. Die Haltung Levis im Serrati-Konflikt sei durch die Einladung der Serrati-Gruppe zum 3. Weltkongreß bestätigt worden; 2. "das, was Trotzky in seiner Diskussionsrede über die Märzaktion gesagt hat, hat Levi 2 Monate zuvor behauptet...; 3. Der Kongreß hat Levi sachlich in allen Punkten rechtgegeben und gerade deshalb aus 'Autorität' und zum Beweis der Unfehlbarkeit ausgeschlossen." 69)

Im selben Artikel wurde die Minderheitenposition der Anhänger Levis in der VKPD offen zugegeben: "Und die so verschrieenen Leviten und andere Ketzler haben die ewige Wahrheit plus Lenin und Trotzky mit sich und den Parteiapparat, die Presse, die Organisation, die praktische Führung in der Exekutive gegen sich. Deshalb ist in Deutschland Lenin sozusagen graue Theorie und Bela Khun die Praxis." 70) Die innerparteiliche Opposition werde unterdrückt, da der demokratische Zentralismus durch einen "autoritativen" bzw. "bürokratischen" Zentralismus ersetzt worden sei. 71)

Auf einer Sitzung des Zentralausschusses der VKPD am 2./3.8.1921 wurden die Beschlüsse des 3. Weltkongresses ausdrücklich gebilligt und die Anhänger Levis in der VKPD aufgefordert, sich auf den Boden dieser Beschlüsse zu stellen. 72) Ein Antrag Zetkins, 2 Vertreter der Rechten in die Zentrale zu wählen, wurde abgelehnt. 73)

Kurz vor dem Beginn des 7. Parteitages der KPD (des 2. der VKPD) stellte Levi seine Position nochmals dar. 74) Er forderte die Mitarbeit der Kommunisten im ADGB und die Zusammenarbeit der 3 Arbeiterparteien in Deutschland. Auch die SPD sei keine Partei der "Arbeiteraristokratie", sondern eine Arbeiterpartei, zu deren Mitgliedern ein Verhältnis geschaffen werden müsse, "das bei aller scharfen Trennung der Gedanken und bei aller scharfen parteilichen Scheidung doch jederzeit die Möglichkeit des gemeinschaftlichen Kampfes gegen die Bourgeoisie offen läßt." 75) Er verurteilte nochmals den ambivalenten Beschluß des 3. Weltkongresses zur Märzaktion. Aus den Schlußsätzen des

Artikels ging hervor, daß Levi nicht mehr so recht an eine Erneuerung der VKPD von innen heraus in seinem Sinne glaubte: "Jetzt ist die VKPD an Mitgliederzahl zerrieben (die Mitgliederzahl der VKPD sank von Anfang 1921 500.000 auf 100.000 im August 1921 nach Angaben Levis - E.W.) und ideologisch ein Trümmerhaufen... Die Zahl derer, die behalten haben das, was sie hatten, ist gering geworden. Vielleicht wird es kommen und wenn nicht Wunder geschehen, wird es so kommen, daß die Kommunistische Partei das Schicksal des Tarimflusses haben wird, jenes Flusses in Zentralasien, der mit vielen Wassern aus dem Gebirge kommt, groß und stark, aber nie das Meer erreicht. Er zerrinnt in der sibirischen Steppe, 'als wäre er nie gewesen'. Dann hat das Schicksal dem deutschen Proletariat das Geschenk der großen sozialrevolutionären Partei, die so einheitlich revolutionär wie die Sozialdemokratie reformerisch ist, versagt. Dann wird eine große Arbeit von neuem anfangen müssen, unter neuen Umständen, unter neuen Verhältnissen, aber im alten Glauben. 76)

Kurz vor dem 2. Parteitag der VKPD wiederholte Lenin in einem Brief an die VKPD seine partielle Rechtfertigung der Position Levis, weil "Levi in seiner Kritik an der Märzaktion 1921 in Deutschland in vielem ...recht hat (natürlich nicht darin, daß die Märzaktion ein 'Putsch' gewesen sei; diese Behauptung Levis ist Unsinn). 77) Er hielt aber an der Berechtigung des Parteiausschlusses Levis fest.

Auf dem 7. Parteitag der KPD (2. Parteitag der VKPD) vom 22. bis 26.8.1921 in Jena setzte sich die bisherige Zentrale durch. 78) Die Beschlüsse des 3. Weltkongresses und damit auch die Resolution zur Märzaktion wurden bei nur 7 Gegenstimmen gebilligt. In die Zentrale wurden v.a. Vertreter der Mitte um den neuen Parteivorsitzenden Meyer gewählt, daneben auch Vertreter der Linken wie der neue Generalsekretär Reuter-Friesland und als Vertreterin des sich inzwischen von Levi distanzierenden Teiles der Rechten Zetkin. Im Sinne der Beschlüsse des 3. Weltkongresses wurde

eine Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft im Kampf um soziale und demokratische Reformen verlangt und die VKPD-Mitglieder zur Mitarbeit in den freien Gewerkschaften aufgefordert. Der Parteitag dokumentierte die Spaltung der Rechten. Während Zetkin in die Zentrale gewählt wurde, wurden die 2 Mitarbeiter der Levi-Zeitschrift "Unser Weg-Sowjet" Curt Geyer und Bernhard Düwell aus der Partei ausgeschlossen.

Zum Parteitag in Jena gab die Gruppe um Levi eine Sonderausgabe der Zeitschrift "Unser Weg-Sowjet" heraus. 79) Levi machte sich darin über die Tendenz des 3. Weltkongresses und des VKPD-Zentralausschusses lustig, die Differenzen zwischen den 3 Richtungen durch Kompromißbeschlüsse zu verdecken, aber die Levi-Anhänger aus der Partei zu drängen: "Und nun ist der heilige Moment der Reinigung gekommen. Und die Linken sagen, sie seien rechts und die Rechten sagen sie seien links und das Zentrum sagt, sie seien rechts und links... Und der Erfolg wird sein, daß das wenige, was noch ist, wird zerschlagen werden, weil viel wichtiger als der Kampf der Sinn des Kampfes ist. Aber Sinn des Kampfes das wäre: Aussprechen was ist! Daß aber zu sagen wäre ein Disziplinbruch! Und daß das Exekutivkomitee uns bewahre vor 'Disziplinbrüchen'!" 80) Der Stil des Artikels zeigte, daß Levi zu diesem Zeitpunkt die Hoffnung auf eine Durchsetzung seiner Position in der VKPD bereits aufgegeben hatte, wahrscheinlich wegen der Bereitschaft eines Teiles der Rechten um Zetkin, einen Kompromiß mit der Parteimehrheit auf der Basis der Beschlüsse des 3. Weltkongresses einzugehen. Levi hingegen war, trotz der teilweisen Bestätigung seiner Ideen durch den 3. Weltkongreß, nicht zu einem Kompromiß bereit.

Levi selbst nahm, wie aus einem Bericht des "Vorwärts" hervorgeht, auf der "Zuschauergalerie" am Parteitag in Jena teil. 81) Seine Anhänger legten eine Resolution mit dem Titel "Die nächsten Aufgaben der VKPD" vor, die nicht behandelt wurde. 82)

Levi kritisierte nach dem Parteitag in Jena neben der

von ihm als Kapitulation aufgefaßten Haltung der Rechten um Zetkin vor allem die Weigerung des Parteitages, sich vom Offensivkurs der letzten Monate zu distanzieren. 83) Als Ausdruck dieser fehlenden Überwindung des Offensivkurses sah er den Satz des Beschlusses zur Einheitsfrontpolitik: "Genügt der Druck der Kommunistischen Partei nicht, um das Proletariat in einheitlicher Front in den Kampf zu führen, so ist es die Pflicht der VKPD zu versuchen, selbständig große Teile der Arbeitermassen zum Kampfe zu führen."

Levi erblickte darin das Festhalten am Geist der Märzaktion: "Welch eine Vorstellung, die hinter diesen Worten liegt: Das Verhältnis der Kommunisten zu den Massen ist 'der Druck'... Die Vorstellung ist also die, daß die Kommunistische Partei ein den großen Massen entgegengesetztes Wesen ist, das an den Massen herumprobiert, ob sie geneigt sind, dem 'Druck' nachzugeben oder nicht... Der alte Gedankengang als könne man die Massen, wir sagten damals 'zur Revolution prügeln', kehrt jetzt in der Form wieder, als könne man sie zur Revolution 'drücken'. Der ganze Gedanke des Kommunismus des organischen Verwachsenseins der Kommunisten mit den Massen und des historischen Werdens der Aktion ist aufgegeben;..." 84) Levi las aus diesem Satz heraus, daß der Gedanke des Putschismus in der KPD noch lebendig sei: "Mit diesen Sätzen ist nicht nur die Theorie des Märzputsches zum Gesetz erhoben: nein, der Putsch in Permanenz ist zum geistigen Besitz und zu den obersten Pflichten der VKPD gemacht." Besonders betrüblich war es für ihn, daß eine "Einheitsfront von Radek bis Clara Zetkin" diese Vorstellung nunmehr teile. 85)

4. Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) als
"Rechtsabspaltung" von der KPD 1921/1922 1)

4.1. Der Aufbau der Organisation der KAG bis zur ersten
Reichskonferenz im November 1921

Nach dem Parteitag in Jena, auf dem wieder der Name der KPD angenommen wurde, sahen Levi und seine bis dahin noch in der Partei verbliebenen Anhänger keinerlei Möglichkeit mehr, ihre Politik in der Partei durchzusetzen.

Am 27.9.1921 traten 5 Reichstagsabgeordnete der KPD aus der Fraktion der KPD aus (Malzahn, Reich, Wackwitz, Däumig, Hoffmann) und bildeten zusammen mit den bereits ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten Levi, Dülwell und Geyer die neue Fraktion der "Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft."

Der "Vorwärts" sah in ihr den Keim für die Bildung einer neuen kommunistischen Partei: "Diese Fraktionsbildung dürfte der Beginn zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will." 2)

Anfang Oktober 1921 wurde unter der Herausgeberschaft von Hoffmann und Däumig die Wochenzeitschrift "Mitteilungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft" gegründet, die als Ergänzung zur Theoriezeitschrift "Unser Weg" konzipiert war. 3)

Die KAG baute zielstrebig einen eigenen Organisationsapparat auf. Sie gründete KAG-Ortsgruppen und führte öffentliche Versammlungen durch. An ihrer Spitze stand ein geschäftsführender Ausschuß, dem Levi, Däumig, Hoffmann, Geyer, Kunz, Sievers und Handke angehörten. 4)

Der KAG gelang es jedoch nicht, eine Massenbasis zu erhalten. Der Hauptgrund dafür war wohl, daß die Mehrheit der Rechten in der KPD um Zetkin in der KPD blieb, in der Hoffnung, ihre Politik langfristig mehrheitsfähig zu machen und daß die Perspektive der weiteren Zersplitterung der

Arbeiterbewegung durch eine 5. Partei (neben SPD, USPD, KPD, KAPD) alles andere als anziehend war. Fritz schreibt über die Aktivitäten der KAG: "Sieht man von Berlin ab, so war die Präsenz der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft doch sporadisch." 5)

Die KAG war eine Organisation der Generäle ohne Truppen. Ihr schloß sich nach und nach die Mehrheit der KPD-Reichstagsfraktion an. Bis zum 24.1.1922 stießen weitere 7 KPD-Abgeordnete (Teuber, F. Geyer, Berthele, Brass, Eichhorn, Fries, Pettner) zu ihr, so daß sie schließlich mit 15 Mitgliedern die laut Geschäftsordnung erforderliche Stärke für eine Reichstagsfraktion erreichte, während die KPD mit nur noch 7 Reichstagsabgeordneten die Fraktionseigenschaft verlor. 6) Die Masse der Mitglieder blieb jedoch der KPD treu. Es gibt keine Angaben über die Mitgliederstärke der KAG.

Die KAG hielt am 20.11.1921 in Berlin ihre erste Reichskonferenz ab. 7) Levi hielt das Hauptreferat mit dem Titel "Die politische Lage und die Aufgaben der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft." 8)

Er kritisierte die Politik der Komintern, die durch ihre Spaltungspolitik die Bildung sozialrevolutionärer Massenparteien verhindert habe. Durch die Märzaktion sei das Ziel des Aufbaues dieser Partei vorläufig zerstört worden: "Die USPD ist von Bedeutung geringer geworden und die KPD sicherlich nicht größer. So haben wir in Deutschland die Entwicklung zur großen sozialrevolutionären Massenpartei noch vor uns, nachdem im März dieser Werdegang so jäh unterbrochen wurde." 9)

Die Bildung einer neuen Arbeiterpartei durch die KAG lehnte Levi ausdrücklich ab, da angesichts der Defensivposition der Arbeiterklasse in Deutschland gerade das Gegenteil, "die Konzentration der sozialrevolutionären Arbeiterschaft", notwendig sei: "Die Zeit der Spaltungen ist vorüber. Umschichtungen werden noch kommen, sie werden sich vollziehen durch Konzentration und Zusammenfassung...Weil in Deutschland der Zeitpunkt der Konzentration gekommen ist, weil die

Arbeiterschaft in dem Zustand, der nicht zuletzt durch die Schuld der Kommunistischen Internationale und ihrer Märzstrategen entstanden ist, nicht beharren kann, weil sie an diesem Zwitterzustand zugrunde gehen würde, kann die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft keine neue Partei werden und müßte sie mit allen Mitteln verhindern, es zu werden, selbst wenn sie es könnte." 10)

Der KPD prophezeite er nur die Alternative der Anpassung an die USPD oder des Rückfalls in eine politische Sekte. In der KAG hätten sich die wahren Kommunisten versammelt. Eine baldige Rückkehr der KAG in die KPD schloß er aus, da die KPD zwischen einem Linkskurs und einem Rechtskurs hin und her schwankte.

Die organisatorische Perspektive der KAG ließ Levi offen: "Wir wollen das Werk der KPD fortsetzen wir bisher, die treibende Kraft in der KPD zu bilden, auch, wenn wir draußen stehen. Wir wollen die Konzentrationsbewegung im linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung fördern und wollen unsererseits versuchen, die Hoffnung der deutschen Arbeiter auf den Kommunismus, auf den Sozialismus nicht zugrunde gehen zu lassen. So bleiben wir vorläufig allein. Wie lange, das wissen wir nicht. Die Verhältnisse entwickeln sich schneller als man voraussehen kann." 11)

Die Reichskonferenz verabschiedete einstimmig eine Resolution über die politischen Ziele der KAG. 12) Darin wurde die Bildung einer eigenen Partei ausgeschlossen und die Konzentration des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung verlangt, die Mitglieder der KPD, der KAG, "die Übergroße Mehrheit der USP-Arbeiter und ein großer Teil ehrlicher, revolutionärer SPD-Arbeiter" umfassen solle.

Ziel bleibe die Entstehung einer "großen revolutionären Massenpartei". Wolle sich die KPD dieser Bewegung anschließen, müsse sie 5 Forderungen erfüllen: "1. Völlige materielle Unabhängigkeit von der Kommunistischen Internationale. 2. Unterstellung aller von auswärtigen kommunistischen Organisationen...erscheinenden Literatur unter die Mit-

kontrolle der deutschen Parteileitung. 3. Sicherheit gegen alle offenen oder verdeckten organisatorischen Eingriffe des Zentralexekutivkomitees der Kommunistischen Internationale neben, außerhalb oder gegen die Organe der deutschen Sektion. 4. Programmatische Festlegung einer Politik, die die Zusammenarbeit aller revolutionären Arbeiter in Deutschland ermöglicht, unter ausdrücklichem Verzicht auf alle putschistischen Bestrebungen im Sinne der Märzaktion. 5. Festlegung einer Gewerkschaftspolitik, die unbeschadet aller revolutionären Ziele die organisatorische Einheitlichkeit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften aufrechterhält."

Die Vorstellungen der KAG entsprechen voll der politischen Konzeption, die Levi vertrat. Hauptziel Levis blieb es, der reformistischen SPD eine sozialrevolutionäre Massenpartei entgegensustellen, in der sich Mitglieder der KPD, KAG, USPD und der SPD-Linken sammeln sollten: "Eine revolutionäre Bewegung ist zum Scheitern verurteilt, solange es in Deutschland nicht gelingt, eine an Kraft, Zahl, Einheitlichkeit und Geschlossenheit gleiche und überlegene sozialrevolutionäre Partei zu setzen. Wir sagten sozialrevolutionäre Partei, um in dieser Bezeichnung das jener sozialreformistischen Partei entgegengesetzte Grundprinzip anzudeuten." 13)

4.2. Der Anschluß der meisten KAG-Mitglieder an die USPD im Februar 1922

Nach der 1. Reichskonferenz der KAG spitzte sich der Konflikt mit der KPD immer mehr zu.

In einem Artikel "Zum Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht" am 15.1.1922 sprach Levi der KPD die Berechtigung ab, sich kommunistisch - im Sinne dieser bei-

den Parteigründer zu nennen, + und stellte den seiner Meinung nach vorhandenen Gegensatz der Politik Luxemburgs zur jetzigen Politik der KPD-Führung so dar: "...sie, der das Proletariat kein Spielzeug, der Klassenkampf kein Sportfest und die Partei keine Rekrutenschule war, stand himmelhoch über dem, was ein paar beschäftigungslose Abenteurer und ihre literarischen Trabanten aus der Kommunistischen Partei, aus dem kommunistischen Gedanken gemacht haben. Ihren Leib haben gedungene Mörder zerstören können, ihr letztes Werk ein paar Verbrecher und Narren zerschlagen: ihr Geist wird bleiben und in seinem Zeichen wird die deutsche Arbeiterklasse zu neuen Taten schreiten...". 14)

Der Stil Levis verdeutlichte, daß er jede Annäherung der KAG an die KPD nunmehr für absolut unmöglich hielt. Der Theorie des "Zerfalls der Produktivkräfte" in Deutschland der KPD-Führung stellte er die These der Stabilisierung des Kapitalismus und damit der Herrschaft der Bourgeoisie gegenüber. In dieser Defensivstellung der Arbeiterklasse sei eine Zusammenarbeit der 3 Arbeiterparteien notwendig.

Im Artikel Levis zeichnete sich eine Annäherung Levis an die USPD an. Erstmals sprach er nach der "Selbstliquidation" der KPD der USPD das Recht zu, die "revolutionäre Tradition" des Jahres 1918 heute noch am ehesten zu verkörpern. 16)

Er warnte jedoch die USPD davor, sich mit der SPD zu vereinigen, da beide Parteien nicht mehr dasselbe Endziel verfolgten: "Aus alledem schließen wir: durch Zusammenkleben des rechten und linken Flügels der Arbeiterbewegung wieder die alte Sozialdemokratie zu erzeugen ist eine Utopie. Der Spalt ist aus einem organisatorischen Akt zu einem historischen geworden. Er kann deshalb auch nicht durch einen organisatorischen Akt repariert werden, das wird Aufgabe der Politik und der Geschichte werden. Und was können wir dazu tun? Nichts anderes als vorläufig die Kräfte der Linken zusammenzunehmen." 17) Fernziel aber müsse die

Rückkehr zur Situation vor 1917 sein, also der Existenz nur einer Arbeiterpartei.

Die neue positive Einschätzung der USPD durch Levi hatte auch einen organisationspolitischen Hintergrund, nämlich die Bereitschaft der KAG zum Anschluß an die USPD.

Der "Vorwärts" meldete am 12.1.1922 unter der Überschrift "Levi will zur USPD", daß auf dem Reichsparteitag der USPD eine Delegation der KAG unter Führung Levis eingetroffen sei, um über den "Eintritt in die USP" zu verhandeln. Nach Meinung des "Vorwärts"-Berichterstatters war die USPD vom Angebot der KAG nicht besonders erfreut: "Im allgemeinen besteht keine Neigung, ein großes Aufnahme-Trara zu machen. Auch an die Gewährung eines Sitzes im Parteivorstand an einen Führer der Leviten für den Fall der Aufnahme scheint man nicht zu denken." 18)

Über den Verlauf der Verhandlungen zwischen KAG und USPD berichtete der "Vorwärts" im folgenden ebensowenig wie Levis Zeitschrift "Unser Weg."

Im Januar 1922 erhielt die KAG Verstärkung durch eine neue Dissidentengruppe der KPD. 19) Ihr Führer war pikanterweise der bis vor wenigen Monaten entschiedenste Gegner Levis und Repräsentant der KPD-Linken Ernst Reuter-Friesland. Dieser kritisierte die immer größer werdende Abhängigkeit der KPD von der Komintern und näherte sich auch in innenpolitischen Fragen zunehmend der Position der KAG an. Er wurde deshalb am 27.12.1921 von der Zentrale als Generalsekretär abgesetzt.

Am 22.1.1922 schloß der Zentralausschuß der KPD Reuter und seine wichtigsten Anhänger wegen ihrer ideologischen Nähe und ihrer Kontakte zur KAG aus der Partei aus. Die Gruppierung um Reuter schloß sich der KAG an. Reuter-Friesland übte in Levis Zeitschrift scharfe Kritik an der "primitiv subjektivistischen, revolutionaristischen Einstellung angeblich 'linker' Elemente" in der KPD-Führung, die in dem Tageskampf "nur Mittel zum Zweck, nur Konzessionen an die Unreife der Massen" sähen. 20)

Auf der 2. Reichskonferenz der KAG Anfang Februar 1922 kündigte Levi den Anschluß der KAG an die USPD an. Im Anstreben des sozialistischen Endzieles gäbe es zwischen KAG und USPD keine Differenzen. In der Tagespolitik bestehe angesichts der Defensivposition der Arbeiterklasse ohnehin zur Zeit kein Dissens, selbst zwischen USPD und KAG einerseits und SPD andererseits: "Das was heute den Reformismus vom Revolutionarismus trennt, das ist heute viel weniger das politische Tun als die Perspektive, unter der die politische Tat vor sich geht." 21) Der Unterschied zwischen Sozialrevolutionären und Reformisten bestehe nur im Endziel, nicht im Einsatz für die Tagesinteressen der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie.

Levi hoffte auf eine Annäherung der KPD-Arbeiter an die USP, da sie die Einheitsfrontparolen ihrer Führer im Gegensatz zu diesen ernst nähmen und nicht als "taktisches Manöver" auffaßten.

Am 10.2.1922 richtete die Geschäftsleitung der KAG ein Schreiben an die Zentralleitung der USPD, in dem sie nunmehr auch offiziell der USPD eine organisatorische und politische Annäherung vorschlug. 22)

Die Verhandlungen führten schnell zu einem Ergebnis.

Am 22.2.1922 beschloß eine Reichskonferenz der USPD einstimmig die Aufnahme der KAG in die USPD, allerdings nicht in Form einer automatischen Aufnahme aller KAG-Mitglieder, sondern in Form von Einzeleintritten in die USPD.

Der Beschluß lautet: "Die Reichskonferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der KAG, der USPD unter Anerkennung ihres Programms, des Leipziger Manifests und ihres Statuts beitreten zu wollen.

Da infolge dieser Erklärung der Aufnahme der Mitglieder der KAG keine grundsätzlichen Hindernisse entgegenstehen, ist zu verfahren nach den Bestimmungen unseres in Leipzig beschlossenen Organisationsstatuts, dessen § 2 besagt:

"Über die Aufnahme entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruchs hat jede Organisationsleitung im Reiche. Über die Einsprüche gegen die Aufnahme entscheidet nacheinander Bezirksleitung und Zentralleitung. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig." 23)

Es handelte sich also nicht um eine Vereinigung der KAG mit der USPD, sondern um den individuellen Eintritt der meisten KAG-Mitglieder in die USPD. 11 der 15 Reichstagsabgeordneten der KAG gingen zur USPD, während 4 sich - zunächst als Hospitanten - wieder der KPD-Reichstagsfraktion anschlossen (Eichhorn, Malzahn, Reich, Berthele). 24)

Die Zentralleitung der USPD stellte in einer Erklärung die Rückkehr der KAG-Mitglieder in die USPD, die sie 1918 und 1920 verlassen hatten, als Akt reumütiger Sünder dar: "Mit der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft und ihren Gründungsgenossen kehrt ein Teil der revolutionären Kämpfer zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zurück, die sie Ende 1918 und Mitte 1920 verlassen hatten in dem Glauben, links von ihr eine revolutionäre Massenpartei nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki bilden und in kühnem Anlauf sofort die politische Macht erobern, den Sozialismus zum Siege führen zu können. Bittere und schmerzliche Erfahrungen haben ihnen gezeigt, daß es keinen anderen Weg zu dem von ihnen wie von uns aus gleich heiß erschnitten Ziele gibt als den von unserer Partei unbeirrbar eingehaltenen Weg des proletarischen Klassenkampfes und der systematischen Machterweiterung des Proletariats innerhalb der nach der Revolution leider immer noch fortbestehenden kapitalistischen Klassengesellschaft." 25)

Der rechte Flügel der USPD war gegen die Aufnahme der KAG, da sie die Kluft zur SPD vergrößere. Kautsky bezeichnete in einem Offenen Brief die Aufnahme der KAG sogar als "Kriegsruf gegen die SPD." 26)

Am 24.2.1922 begründete die Leitung der KAG (Levi, Brass, C. Geyer, Reuter-Friesland, Hoffmann, Däumig) in einem auch im Zentralorgan der USPD "Freiheit" abgedruckten Aufruf "An die revolutionären Arbeiter Deutschlands" den Beitritt zur USPD. Darin wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich der USPD auch viele revolutionäre Mitglieder der KPD und SPD anschließen würden, so daß sie zur großen revolutionären Linkspartei würde. 27)

Der "Vorwärts" machte sich über den Aufruf der KAG lustig: "Man bezweifelt nicht ohne Grund, ob die KAG soviel Mitglieder hat, wie ihr sehr langer Aufruf in der heutigen 'Freiheit' Zeilen zählt." 28)

Paul Levi begründete in dem Artikel "Die Not der Stunde" in seiner Zeitschrift "Unser Weg", die im Untertitel nunmehr "Halbmonatsschrift für sozialistische Politik" hieß, den Eintritt in die USPD. 29)

Er sprach offen aus, daß weder die KAG noch die USPD dieses Ereignis euphorisch bewerteten: "Wir sind in die USPD eingetreten, ohne 'Hurrastimmung', und wir glauben an mehr als einem Zeichen annehmen zu können, daß auch bei unseren jetzigen Parteigenossen die Hurrastimmung fehlte." 30) In dem Beitritt zur USPD sah Levi nur einen ersten Schritt zu "einer anderen organisatorischen Gestaltung der proletarischen Gesamtbewegung." Das Fernziel bleibe "die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte" in einer Partei. 31)

Einen baldigen Zusammenschluß der USPD mit der SPD lehnte er jedoch erneut ab, da dies keine rein organisatorische, sondern eine inhaltlich-politische Frage sei.

In der Tagespolitik sei aber eine enge Zusammenarbeit der 3 Arbeiterparteien erforderlich, da alle gleichermaßen "...besiegt einem ausbeuterischen Kapitalismus gegenüberstehen, der sie alle mehr ausbeutet und unterdrückt, als er vor dem Krieg getan." 32)

In der Bereitschaft der KPD zu einem Treffen der 3 Internationalen in Berlin im April 1922 sah er erste Anzeichen für eine Abkehr der KPD vom Putschismus.

Levi plädierte für eine Aktionseinheit der 3 Arbeiterparteien, deren Aufgabe auf abschbare Zeit nicht im Kampf um die soziale Revolution bestehen könne, sondern in "einem langen, zähen, jahrelangen, vielleicht - wir hoffen es nicht - jahrzehntelangen Kampf, der mit allen parlamentarischen und nichtparlamentarischen, d.h. unter anderem auch gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und anderen Mitteln geführt wird." 33)

In der SPD sei diese Erkenntnis noch nicht verbreitet, aber sie werde von der "Dialektik der Geschichte" zur Teilnahme an der Aktionseinheit der Arbeiterschaft gezwungen werden, da die Arbeiter der 3 Parteien immer mehr sehen würden, daß ihre Klassenlage dieselbe sei.

Die Zeitschrift "Unser Weg" gab Levi auch nach der Auflösung der KAG weiterhin heraus. In einer Erklärung wies er am 20.4.1922 ausdrücklich darauf hin, daß die Aufgabe der Zeitschrift nicht darin bestehe, einen "Flügel" in der USPD zu bilden, sondern durch die Verbreitung des sozialrevolutionären Gedankens die Einigung der Arbeiterbewegung zu fördern. 34)

5. Der Annäherungsprozeß zwischen SPD und USPD im
Jahr 1922 bis zur Vereinigung zur VSPD auf dem
Nürnberger Parteitag im September 1922

5.1. Die Tendenz der USPD-Parteiführung zur Abgrenzung
von der SPD in der ersten Jahreshälfte 1922

Durch die Aufnahme der KAG wurde zunächst eine Annäherung der USPD an die SPD erheblich erschwert, da die KAG die Position des eine baldige Vereinigung mit der SPD ablehnenden linken Flügels der USPD stärkte, und ihr Beitreitt trotz des Widerstandes von Vertretern des rechten USPD-Flügels wie Kautsky zustandekam. Der "Vorwärts" beurteilte auf Grundlage dieser Einschätzung das Aufgehen der KAG in die USPD sehr negativ: "Die Leute von der KAG kehren zur USP zurück, nachdem sie diese gespalten und ruiniert haben...Nur äußerste Verlegenheit kann die USP veranlassen, den Zertrümmerern ihrer Partei die Tore wieder aufzumachen." 1) Als Folge des Anschlusses der KAG an die USPD prophezeite er "ein stärkeres Hervortreten der radikal klingenden Redewendungen und eine deutliche Abstoßung des klarer denkenden rechten Flügels (der USPD - E.W.)." 2)

Zwischen der Parteiführung der USPD und dem unter der geistigen Führung Kautskys, Hilferdings und Breitscheids stehenden rechten Flügel der USPD kam es im Februar 1922 zu einem schweren Konflikt. Entgegen dem Mehrheitsbeschuß der USPD-Reichstagsfraktion, gegen ein Vertrauensvotum für die Regierung Wirth aus Anlaß ihres Verhaltens im Eisenbahnerstreik zu stimmen, blieben 13 USPD-Reichstagsabgeordnete der Abstimmung im Reichstag am 15.2.1922 bewußt fern, um den Sturz der Regierung Wirth zu verhindern. Einer der 13, Breitscheid, begründete diesen Disziplinbruch damit, man habe nicht "den Stresemann und Helfferich die

Tore zur Macht öffnen" wollen. 3)

Der "Vorwärts" lobte natürlich das Verhalten der 13, da es indirekt die Regierung Wirth unterstützte, an der die SPD beteiligt war. Die 13 seien für eine "sachliche Arbeiterpolitik" anstelle des "ganzen Dittmann-Crispien-schen Phrasennebels" 4) und hätten sich dadurch ein Verdienst an der Arbeiterbewegung erworben.

Die Reichskonferenz der USPD am 23.2.1922 beschloß bei nur wenigen Gegenstimmen eine Billigung des Abstimmungsverhaltens der USPD-Fraktionsmehrheit am 15.2.1922, da sie dadurch ihre Ablehnung der unsozialen Wirtschaftspolitik der Regierung Wirth dokumentiert habe. Der Disziplinbruch der 13 wurde jedoch nicht explizit verurteilt. 5)

Der Konflikt zwischen der Mehrheit der Parteiführung der USPD und dem rechten Parteiflügel eskalierte im März 1922. Am 21.3.1922 sprachen die zentralen Parteigremien der USPD der Reaktion der Parteizeitung "Freiheit" das Mißtrauen aus. Am 27.3. traten daraufhin die Redakteure der "Freiheit" Hilferding, Hertz, Prager und Stein zurück. Neuer Chefredakteur anstelle Hilferdings wurde Dittmann. Politischer Hintergrund des Konfliktes war ein scharfer, politischer Gegensatz zwischen der Mehrheit der Parteiführung und der vom rechten Parteiflügel beherrschten Redaktion der "Freiheit", die für den Eintritt der USPD in die Regierung Wirth und die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Reichstagsfraktionen von USPD und SPD als Vorstufe einer baldigen Vereinigung der beiden Parteien war. Die Mehrheit der USPD-Parteiführung lehnte beides entschieden ab. 6)

Die Haltung der "Freiheit"-Redaktion wurde vom "Vorwärts" gelobt, der in ihr "eine Bestätigung (der SPD-Politik - E.W.), die sie nur selten aus dem Lager einer anderen (Partei - E.W.) empfangen haben dürfte" sah. 7) Aber auch die Parteiführung der USPD wollte keinen Sturz der Regierung Wirth.

Am 31.3.1922 enthielt sich die USPD-Reichstagsfraktion geschlossen bei einem Mißtrauensvotum der Rechtsparteien der Stimme. Begründet wurde dies damit, daß die USPD die Erfüllungspolitik der Regierung Wirth unterstütze. Dies ändere nichts an der Ablehnung der Innenpolitik des Kabinetts Wirth. 8)

Die Reichstagsabgeordneten der KAG stimmten fast alle am 31.3. für das Mißtrauensvotum, nur einer enthielt sich und einer sprach sogar der Regierung Wirth das Vertrauen aus. Dies zeigte, daß mit dem Beitritt der KAG zur USPD die inhaltlichen Differenzen nicht überwunden waren. Erst am 6.4.1922 löste sich die KAG-Reichstagsfraktion auf. 11 Mitglieder gingen zur USPD, 4 als Hospitanten zur KPD-Reichstagsfraktion. 9)

Im Frühjahr 1922 kam es zu einer Annäherung zwischen USPD und KPD. Auslöser dafür war das Treffen der 3 Internationalen in Berlin vom 2. bis 5. April 1922, das Hoffnungen auf eine Aktionseinheit der 3 Strömungen der Arbeiterbewegung in Deutschland weckte. 10)

Am 20.4.1922 führten in Berlin USPD und KPD gemeinsam eine Demonstration für die Durchsetzung der Beschlüsse des Treffens der 3 Internationalen durch. Die SPD beteiligte sich daran nicht, da sie der KPD vorwarf, in der Einheitsfront der Arbeiterparteien nur ein taktisches Manöver zu sehen. Der "Vorwärts" notierte am Tag der Demonstration: "'Die Freiheit' versichert in ihrer gestrigen Abendausgabe, daß ihr ein Kommunist lieber sei, als ein Rechtssozialist. Sie gibt damit der Wahrheit alle Ehre." Er erinnerte an die Spaltung der USPD 1920 in Halle: "Jetzt haben sie sich wiedergefunden und machen gemeinsame 'Einheitsfront'-Demonstrationen." 11)

Die USPD-Rechte kämpfte weiterhin für eine baldige Vereinigung mit der SPD. In ihrer Zeitschrift "Sozialist" veröffentlichte sie Ende April Fragen an die Führungen der beiden Parteien zum Thema der Vereinigung. Die prinzipielle Ablehnung der Vereinigung durch die USPD-Linke um Ledebour und Rosenfeld verurteilte sie scharf. Der "Vorwärts" drückte

die Hoffnung aus, daß die Mehrheit der USPD bald so denken werde wie die Herausgeber des "Sozialist". 12)

Den Standpunkt des die Parteiführung der USPD beherrschenden Zentrums stellte der Parteivorsitzende Crispian am 6.5.1922 in einem Artikel in der Zeitschrift "Unser Weg" dar. Er bemühte sich darin, die USPD als einzig wahre revolutionäre Kraft in Deutschland darzustellen, die von der SPD und KPD gleich weit entfernt sei. Er verurteilte den Putschismus und Aktionismus der KPD ebenso wie die Koalitionspolitik der SPD mit den bürgerlichen Parteien. Die USPD bezeichnete er als "die Partei der Sammlung der proletarischen Massen", deren Politik er so von der der SPD und KPD abgrenzte: "Die Unabhängige Sozialdemokratie ist, im Gegensatz zu den Rechtssozialisten und den Kommunisten, an keine Regierung gebunden, für keine kapitalistisch orientierte Regierungspolitik verpflichtet, sie ist weder rein reformerisch, noch ist sie putschistisch, sie führt den Kampf gegen die kapitalistischen Verelendungstendenzen, um Reformen, als Mittel zur Förderung des Kampfes um die Eroberung und Behauptung der Macht durch das Proletariat, bis zur Verwirklichung des Sozialismus." 13)

Auch der USPD-Führer Dißmann, der Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft DMV war, sah keine Chance für eine baldige Annäherung der USPD an die SPD. Auf dem ADGB-Bundeskongreß in Leipzig erklärte er am 20.6.1922: "Solange die einen Koalitionspolitik treiben und die anderen von Moskau Befehle erhalten, solange ist die Einigung nicht möglich."

Die USPD-Parteiführung bemühte sich im Sommer 1922 um eine scharfe Abgrenzung von der KPD, nachdem sie erkannt zu haben glaubte, daß die KPD keine wirkliche Einheitsfront in Form einer gleichberechtigten Zusammenarbeit wollte. Auf einen Offenen Brief der KPD an die USPD und SPD zu gemeinsamen Aktionen gegen die Reaktion antwortete die USPD-Zentralleitung u.a.: "Alle ihre (KPD - E.W.) Parolen und Briefe entstehen aus ihrer hinterhältigen Absicht heraus,

andere Arbeiterorganisationen nicht als Bundesgenossen zu gewinnen, sondern zu zertrümmern und als Verräterorganisationen zu verleumden und zu beschimpfen." 14)

Die Mehrheit der USPD hielt also an der Selbständigkeit der USPD und an der gleichen Distanz zur SPD wie zur KPD fest. Eine baldige Vereinigung der USPD mit der SPD erschien ausgeschlossen. Mit der Häufung von Terrorakten der Rechtsextremisten im Sommer 1922 veränderte sich jedoch diese Situation grundlegend.

5.2. Die Annäherung von SPD und USPD im Sommer 1922 wegen der Angriffe der Rechtsradikalen auf die Republik

Am 4. Juni 1922 überlebte der SPD-Führer Scheidemann ein Blausäureattentat der Organisation Consul nur schwer verletzt. Am 24. Juni 1922 wurde der Außenminister Rathenau (DDP) von Mitgliedern derselben Gruppe ermordet.

Die allgemeine Stimmung der Linken und der Mitte formulierte der Reichskanzler Wirth im Reichstag nach der Ermordung Rathenaus mit dem Aufruf: "Der Feind steht rechts!"

Am 25.6. veröffentlichten der SPD-Parteivorstand und die USPD-Zentralleitung einen gemeinsamen Aufruf zur Verteidigung der Republik durch die Arbeiterschaft, in dem es u.a. hieß: "Der grauenvolle Mord an Rathenau hat einen Entscheidungskampf zwischen der Republik und ihren Feinden eingeleitet." 15)

Erstmals seit den Tagen des Kapp-Putsches kam es wieder zu einer Zusammenarbeit der 3 Arbeiterparteien und der freien Gewerkschaften. Am 27.6. forderten sie im "Berliner Abkommen" energische Maßnahmen zum Schutz der Republik, so u.a. die Entlassung aller republikfeindlichen Beamten. 16)

Am 30.6. riefen diese Organisationen für den 4.7. zu einem halbtägigen Proteststreik auf, um den Willen der Arbeiterschaft zur Verteidigung der Republik zum Ausdruck zu bringen. 17)

Bei der Sitzung der USPD-Reichstagsfraktion am 25.6. zeigte sich ihre Spaltung in 3 Flügel. 18)

Der rechte Flügel um Hilferding und Breitscheid forderte den sofortigen Eintritt der USPD in die Regierung Wirth, da sie so am wirksamsten Maßnahmen gegen die Reaktion durchsetzen könne. Der linke Flügel um Ledebour, Rosenfeld, Dißmann und Levi lehnte die Regierungsbeteiligung ab, da in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien die Ziele der USPD nicht realisierbar seien. Ledebour befürchtete, daß die USPD in dieser Koalition zu einem "Anhängsel der Rechtssozialisten" degradiert werde. Der linke Flügel forderte die Bildung einer Arbeiterregierung aus SPD, USPD und freien Gewerkschaften. Das Zentrum um Crispian und Dittmann war zur Regierungsbeteiligung prinzipiell bereit, aber nur bei der Erfüllung von für die DDP und das Zentrum kaum erfüllbaren Forderungen, wie einer Mehrheit der sozialistischen Minister im Kabinett und der Veränderung der Wirtschaftspolitik im Interesse der Arbeiterschaft.

Die Position des Parteizentrums wurde von der Zentralleitung der USPD in einer Erklärung am 26.6. übernommen, in der sie sich zur Teilnahme der USPD an der Regierung bei der Erfüllung von Mindestbedingungen bereit erklärte.

Eine Reichskonferenz der USPD am 2.7.1922 billigte mit 39:26 Stimmen gegen die Stimmen der Linken die Erklärung der Zentralleitung vom 26.6. Der "Vorwärts" begrüßte diese Entscheidung der USPD und sah darin den Beginn einer "republikanischen Einheitsfront" aus SPD, USPD, DDP und Zentrum. 19)

Die Verhandlungen über die Erweiterung der Regierung Wirth scheiterten jedoch bald an der Forderung der DDP und des Zentrums, als Gegengewicht zur USPD auch die DVP in die Regierung aufzunehmen.

Dieses Verlangen war für die USPD unannehmbar, da sie in der DVP eine antirepublikanische Interessenvertreterin des Großkapitals sah.

Am 10.7. lehnte auch die SPD-Reichstagsfraktion die

Einbeziehung der DVP in die Regierung mit der Begründung ab, die DVP sei keine entschieden republikanische Partei und habe die Regierung Wirth ständig bekämpft. Der Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion ist v.a. unter dem Aspekt zu sehen, daß sie den begonnenen Annäherungsprozeß an die USPD nicht unterbrechen wollte. 20)

Das Kabinett Wirth blieb in unveränderter Form im Amt.

Am 14.7. beschlossen die Reichstagsfraktionen der SPD und USPD in getrennten Sitzungen die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden Fraktionen mit dem Ziel einer Koordination der Arbeit im Reichstag. In der SPD-Fraktion stimmten nur wenige Abgeordnete des äußersten rechten Flügels dagegen, in der USPD-Fraktion der linke Flügel. Beide Minderheitsflügel fürchteten, daß dies nur der erste Schritt zur Vereinigung der beiden Parteien sein würde. Der "Vorwärts" hoffte, daß damit der "Weg zu einer dauernden Einigung beschritten werden" würde. 21)

Der Konflikt in der USPD-Reichstagsfraktion zwischen der Mehrheit aus Zentrum und dem rechten Flügel einerseits und dem linken Flügel andererseits ging weiter. Die USPD-Reichstagsfraktion beschloß am 17.7. mit 40:17 Stimmen gegen den Widerstand der Linken, für das Republikschutzgesetz und für die Vertagung der Regierungsumbildung bis zum Herbst zu stimmen. Die USPD-Reichstagsfraktion stimmte im Reichstag am 18.7. geschlossen für das Republikschutzgesetz, das von den Rechtsparteien und der KPD abgelehnt wurde. 22)

Paul Levi begrüßte in einem Leitartikel in "Unser Weg" die Aktionseinheit der Arbeiterparteien und der freien Gewerkschaften nach der Ermordung Rathenaus, die er schon immer gefordert habe und die angesichts der Offensive der Rechten besonders wichtig sei. 23) Er machte sich jedoch keine Illusionen über die Perspektive der Arbeiterbewegung in Deutschland: "Naturnotwendig haben heute Massenbewegungen in Deutschland nur defensive Ziele, sie können nur das fest-

halten, was die Revolution von 1918 brachte. Das, was die Bewegung der Jahre 1918 bis 1920 der Arbeiterklasse in Deutschland versagte, das kann die absteigende Zeit, von 1921 an beginnend, ihr nicht bringen." 24)

Es gehe vorerst für die Arbeiterklasse v.a. um die Erhaltung der Republik, die aber nur möglich sei, wenn die Arbeiterschaft den sozialen Inhalt des staatlichen Handelns bestimme: "Ein Staatswesen existiert nur kraft der Interessen, das Klassen an ihm nehmen... Die deutsche Republik verdient ihr Leben nur dadurch, daß sie es täglich erobern muß. Das heißt: nur die soziale, die sozialistische Ausgestaltung der deutschen Republik wird das feste Band sein, das die deutsche Arbeiterklasse, die heute die Republik hält, dauernd an sie bindet." 25)

Levi befürwortete zwar eine Zusammenarbeit der USPD mit der SPD, lehnte aber eine sofortige Vereinigung ab, wegen des fortbestehenden prinzipiellen politischen Gegensatzes: "Die ideologischen Gegensätze, die in der Arbeiterklasse sind und sein müssen, die Reform und die Revolution, haben in diesen Organisationen ihr Gefäß, so, wie die Seele, das ihre im Leib hat." 26)

Auf einer Funktionärsversammlung der USPD Groß-Berlin am 20.7. begrüßte er die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der beiden Reichstagsfraktionen, im Gegensatz zu seinem Korreferenten Ledebour, lehnte aber eine Vereinigung der beiden Parteien auf der Basis des Görlitzer Programms der SPD ab: "Bei aller Treue zu der Arbeitsgemeinschaft haben wir die Pflicht genau wie wir Kritik an uns üben, Kritik zu üben an unseren Freunden, die jetzt mit uns in einer Arbeitsgemeinschaft stehen... Wir können gegenüber der Politik der Sozialdemokratischen Partei nach wie vor und mehr denn je betonen, daß wir auf den großen Gedanken der sozialen Revolution, der in der Arbeiterbewegung lebt und lebendig ist, einen Teil unseres Wesens bedeutet, auf den wir nicht verzichten können. 27)

Nach der Bildung der Arbeitsgemeinschaft wurde immer deutlicher, daß die Parteiführungen von SPD und USPD die Zeit für die Vereinigung gekommen hielten, da in der Tagespolitik in den Zielen der Verteidigung der Republik und der Stützung der Regierung Wirth Konsens bestand.

Am 28.7. tagten die Zentralgremien der SPD und USPD erstmals zusammen. Sie beschlossen, Verhandlungen über die Vereinigung der Parteien aufzunehmen und ab sofort auf gegenseitige Angriffe in der Öffentlichkeit zu verzichten. 28)

Levi kritisierte in einem Artikel in seiner Zeitschrift den Willen der USPD-Führung zur baldigen Vereinigung mit der SPD. 29) Der Beschluß der Reichskonferenz der USPD vom 2.7. habe durch die Annäherung an die Koalitionspolitik der SPD mit bürgerlichen Parteien diese Entwicklung präjudiziert. Der Beschluß, gegen den er gestimmt habe, sei ein Fehler gewesen, da die Grundvoraussetzung für eine Koalition von Arbeiterparteien mit bürgerlichen Parteien in Deutschland zur Zeit nicht gegeben sei, nämlich eine starke, lebendige, dauernde Bewegung der proletarischen Klasse, 30) die erst die Durchsetzung der Forderungen im Staatsapparat ermögliche.

Levi bedauerte die zu früh erfolgende Vereinigung von USPD und SPD, da nach seiner Meinung sie "nicht die Frucht organischen Werdens, sondern überstürzten Handelns" sei. 31) Mit resignativem Unterton stellte er fest: "Er (Beschluß der Reichskonferenz am 2.7.) unterbrach das Werk der USPD zu früh, das Werk brach ab, als noch vieles zu leisten war, nach rechts und vor allem nach links, er setzte das Ziel nicht an das Ende, sondern an die Mitte des Weges. 32)

Trotz dieser Ablehnung der Vereinigung mit der SPD, warnte Levi vor einer Spaltung der USPD wegen dieser Frage. Aufgabe der sozialrevolutionären Kräfte in der USPD sei es jetzt, "die Einigung, die kommt, fruchtbringend zu gestalten." 33) Darunter verstand er den Versuch, in der neuen Partei möglichst viele ihrer Ideen einzubringen und durchzusetzen.

Zu dieser Akzeptierung der Vereinigung dürfte auch beigetragen haben, daß Levi nicht die Chance sah, daß die KPD jemals wieder zu dem Kurs des Offenen Briefes des Jahres 1921 zurückkehren werde. Die KPD schwankte zwischen einer Einheitsfrontstrategie und einer "Entlarvungspolitik" der SPD- und USPD-Führer hin und her und stehe der - nach Meinung Levis - kapitalistischen Entwicklung in Sowjetrußland völlig unkritisch gegenüber. Obwohl in der KPD viele ehrlich sozialrevolutionär gesinnte Arbeiter organisiert seien, werde sie nicht mehr als kommunistische Partei im Geiste von Luxemburg und Liebknecht weiterexistieren, sondern nur noch als Protestpartei der Arbeiter gegen ihre wirtschaftliche Not: "So endigt eine Bewegung, der so viele der Besten ihr Blut und ihr Leben geopfert, und die so viele, viele Hoffnung trug. 'Es tut mir leid um dich, mein Bruder Jonathan'." 34)

Nach der Sommerpause begannen am 29.8. die Verhandlungen der Zentralgremien der SPD und der USPD über die Vereinigung, die schnell zu einem Abschluß gebracht wurden. Am 6.9. veröffentlichten SPD und USPD ein gemeinsames Aktionsprogramm, das der Vereinigungsparteitag verabschieden sollte. 35)

Das Aktionsprogramm war ein Kompromißpapier, das v.a. Forderungen zum Schutz der Republik, der Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft und zur Fortsetzung der Erfüllungspolitik enthielt, die schon bisher zwischen den beiden Parteien unumstritten waren. Strittige Punkte wie z.B. die Koalition mit bürgerlichen Parteien wurden ausgeklammert. Die beiden Parteiorgane "Freiheit" und "Vorwärts" waren voll des Lobes über das Aktionsprogramm.

Die plötzliche große Bereitschaft der USPD zur Vereinigung mit der SPD seit der Ermordung Rathenaus wird in der Literatur nicht nur mit der ideologischen Annäherung in der Koalitionspolitik und dem Willen zur Verteidigung der Republik erklärt. 36) Krause weist darauf hin, daß die USPD im Spätsommer 1922 kurz vor dem finanziellen Bankrott ge-

standen sei. Die Mitgliederzahl habe bei 300000 stagniert. Die Stimmenergebnisse bei Landtags- und Kommunalwahlen 1922 seien stark rückläufig gewesen.

Paul Levi, der sich inzwischen mit der Vereinigung abgefunden hatte, nannte in seinem Artikel "Warum gehen wir zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei?" als Hauptaufgaben der neuen Partei den Schutz der Republik und die Durchsetzung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft. 37) Angesichts der Defensivposition der Arbeiterbewegung in Deutschland sei auf absehbare Zeit keine soziale Revolution möglich. Nur durch eine energische Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft und der Mittelschichten könne die neue Partei neue Anhänger aus den Reihen der KPD und der bürgerlichen Parteien gewinnen. Daher dürften den bürgerlichen Parteien ohne reale Gegenleistungen keine Konzessionen gemacht werden.

5.3. Die Vorbereitung zur Vereinigung auf dem Parteitag der SPD in Augsburg und dem Parteitag der USPD in Gera

Vom 17.-23.9.1922 tagte in Augsburg der Parteitag der SPD. 38) Er bestätigte die Richtigkeit der Bedenken Levis, daß die organisatorische Einigung nicht eine ideologische Einigung bedeutete.

Otto Wels erklärte ausdrücklich: "Die organisatorische Einigung ist die Hauptsache - in der künftigen Programmberatungskommission haben dann die Theoretiker Zeit, sich gegenseitig zu befähigen (Heitere Zustimmung). "Zugleich warnte er aber davor, in der vereinigten Partei "die alten Richtungsstreitigkeiten" fortzusetzen. 39) Er bemühte sich, den Gegensatz von Sozialreform und Revolution als Scheinproblem darzustellen. Die SPD sei für einen demokratischen Weg zum Sozialismus, werde aber, falls die Bourgeoisie

Gewalt anwende, mit Gegengewalt antworten: "Ob eine Umwälzung sich reformatorisch oder revolutionär vollzieht, hängt von den Verhältnissen ab, unter denen sie erfolgt. Der Unterschied zwischen uns und den Unabhängigen ist taktisch jedenfalls nicht größer, als Unterschiede in der alten, vereinten Partei von jeher bestanden haben. (Sehr wahr)." 40)

Die SPD-Führung hielt, wie bereits das Eröffnungsreferat Hermann Müllers zeigte, an der Teilnahme an der Regierung Wirth und an der Unterstützung der Arbeitsgemeinschaftspolitik der freien Gewerkschaften mit den Unternehmern fest. Hermann Müller argumentierte, daß die SPD in der Regierung eher Interessen der Arbeiterklasse durchsetzen könne als in der Opposition. Er begründete dies - sich implizit mit der Haltung der USPD-Linken auseinandersetzend - so: "Für viele Kritiker scheint der Austritt aus der Regierung oder die Drohung damit eine Art Allheilmittel für die Überwindung aller Schwierigkeiten zu sein. (Heiterkeit). Aber damit wird der Arbeiterklasse und dem deutschen Volke am wenigsten gedient, wenn wir alle paar Monate einen Regierungswechsel haben (Sehr wahr!)...Wollten wir dauernd aus der Regierung herausgehen und uns in die Oppositionspolitik festlegen, so käme das praktisch dem Kapital und der Bourgeoisie zugute. Ich frage deshalb den Parteitag: Können wir unsere Politik so einstellen, daß auf die Dauer Schicksal und Rettung der deutschen Politik bei Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei liegen mit der Rückenstellung der Deutschnationalen, die sie brauchen, um die Mehrheit im Parlament und ihre Regierung zu erhalten? (Lebhafter anhaltender Beifall). 41) " Hermann Müller rechtfertigte die Regierungsbeteiligung also v.a. mit dem Ziel, die Regierungsbeteiligung der DVP und DNVP zu verhindern.

Die relativ geringen Erfolge der SPD in der Regierung Wirth erklärte Hans Vogel v.a. mit der Zusammensetzung des Reichstages, die auf der Unwissenheit vieler Wähler beruhe:

"Die Hauptschuld am unbefriedigenden Erfolg im Reichstag tragen die irregeleiteten Reichstagswähler von 1920." 42)

Die SPD-Linke kritisierte scharf die ihrer Meinung nach zu geringen Möglichkeiten der SPD, in der Regierung Wirth ihre Ziele durchzusetzen. Eckstein erklärte: "Die werktätige Bevölkerung hat kein Interesse an der Koalition, wenn sie von ihr nichts zu essen, zu trinken, zu kleiden und zu wohnen bekommt." 43)

Marckwald stellte die Alternative auf: "entweder Fortsetzung der Koalitionspolitik mit Säuberung der Reichswehr, unbedingter Demokratie und sichtbaren Opfern der Besitzenden, oder klare und scharfe Oppositionsstellung." 44)

Die SPD-Linke war schwächer vertreten als auf dem Görlitzer Parteitag 1921. Ihr Antrag auf die Forderung nach dem Rücktritt des Reichswehrministers Geißler erhielt nicht die für seine Behandlung erforderliche Anzahl von 20 Unterschriften, da 10 Delegierte ihre Unterschrift zurückzogen.

Der Parteitag war vom Willen geprägt, die Geschlossenheit der Partei zu dokumentieren. Als nach dem Referat von Wels die "Internationale und die Einigung des Proletariats" der Vertreter des Kreises um die Theoriezeitschrift "Neue Zeit" Cunow, der die Vereinigung mit der USPD ablehnte, da er die USPD für undemokratisch hielt, das Wort ergreifen wollte, wurde er sofort unterbrochen. Bei nur wenigen Gegenstimmen beschloß der Parteitag, keine Debatte über das Referat von Wels und damit über die Vereinigung mit der USPD zuzulassen. 45)

Das gemeinsame Aktionsprogramm mit der USPD wurde einstimmig gebilligt. Für den geplanten Vereinigungsparteitag mit der USPD wurden 144 Delegierte gewählt.

Bei den Wahlen zu den zentralen Parteigremien kandidierten diesmal keine Vertreter der SPD-Linken.

Der letzte USPD-Parteitag vom 20.-23.9.1922 in Gera verlief nicht so harmonisch wie der SPD-Parteitag. 46)

Bereits zu Beginn, bei der Debatte um den Bericht der Reichstagsfraktion, protestierte ein Teil des linken Flügels um Ledebour und Rosenfeld scharf gegen die faktische Tolerierung der Regierung Wirth durch die USPD. 47)

Dem Parteitag lagen 4 Anträge zum Thema Vereinigung mit der SPD vor: Die Resolution einer kleinen Minderheit des linken Flügels, die von Ledebour, Rosenfeld, Th. Liebknecht und Obuch eingebracht wurde, lehnte die Vereinigung prinzipiell wegen der Koalitionspolitik der SPD mit bürgerlichen Parteien ab und sah in der Vereinigung keine Verschmelzung der beiden Parteien, sondern "einen Übertritt der USPD in die SPD. "Sie forderte die Fortexistenz der USPD als selbständige Partei des revolutionären Klassenkampfes." 48)

Die große Mehrheit des linken Flügels und ein Teil des Zentrums brachte die Resolution Dißmann ein, die zunächst von 106 der 192 Parteitagsdelegierten unterzeichnet wurde. 49) Sie billigte die Vereinigung mit der SPD, stellte aber ausdrücklich fest, daß sie nicht "die Aufgabe der Gesichtspunkte und Auffassungen, von denen wir uns bisher haben leiten lassen", bedeute. Konkretisiert wurde dies anhand der Ablehnung der Koalitionspolitik der SPD mit den bürgerlichen Parteien: "In dieser Erkenntnis betont der Parteitag erneut, daß die Koalition mit bürgerlichen Parteien, wie sie bisher betrieben wurde, die Einigung der Arbeiterparteien bisher am meisten hindernd im Wege stand, daß sie dem Proletariat keinen Vorteil, sondern Schaden gebracht hat, daß sie tiefe Enttäuschung in die Reihen der Proletarier gesät hat und daß sie um geringer zeitweiliger Vorteile das dauernde Interesse des Proletariats in Gefahr gebracht hat. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, erklären die Delegierten des Parteitags, daß sie auch in der neuen Partei zur Koalitionspolitik im Sinne des Leipziger Manifestes der USPD und im Geiste der Beschlüsse des Leipziger Parteitages vom Januar 1922 wirken werden." Der Antrag Dißmann machte deutlich, daß die Mehrheit der Parteitagsdelegierten die Koalitionspolitik der

SPD, die der Augsburger Parteitag gerade bestätigt hatte, weiterhin ablehnte.

Die Resolution Berten forderte, den Erhalt des Selbstbestimmungsrechtes der Basisgliederungen gegenüber dem neuen Parteivorstand im Statut der neuen Partei zu verankern. 50)

Der Antrag Crispian, der von der Zentralleitung gestellt wurde, forderte die Vereinigung mit der SPD auf der Grundlage des Aktionsprogramms und der vereinbarten organisatorischen Richtlinien. 51)

Das Grundsatzreferat zur Einigungsfrage hielt der Parteivorsitzende Crispian. Er begründete die Notwendigkeit der Vereinigung v.a. mit der Pflicht zur Verteidigung der Republik gegen die Reaktion.

Er versuchte das Aktionsprogramm als eindeutiges Programm des Klassenkampfes im Sinne der Tradition der USPD zu interpretieren. Die Koalition mit bürgerlichen Parteien sei eine rein taktische Frage, eine "Frage der Zweckmäßigkeit", die von Fall zu Fall entschieden werden müsse und nicht prinzipiell abgelehnt werden könne. 52)

Die inhaltlichen Differenzen zwischen SPD und USPD in dieser Frage seien heute nicht größer als in der USPD selbst.

Die Vereinigung hielt er im Gegensatz zu Levi nicht für verfrüht: "Die Einigung kommt nicht zu rasch, sie kommt gerade noch zur rechten Zeit, um den Anstürmen der bürgerlichen Parteien eine mächtige sozialistische Partei entgegenzuwerfen." 53)

Das Korreferat hielt der andere Vorsitzende der USPD Ledebour. Er verurteilte die Einigung als "Selbstmord der USPD", die damit unter Verzicht auf die Ideen der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats in der Reformpartei SPD aufgehen werde. 54) Die Vereinigung sei keine "Verschmelzung gleichberechtigter Faktoren, sondern...das Aufgehen der USP in die SPD." 55) Er lehnte die Vereinigung mit den "Verrätern der Revolution" von 1918 ab und verlangte die Fortführung der USPD. 56)

In der Debatte forderte Dißmann das Festhalten "an unseren sozialistisch-revolutionären Grundsätzen" in der vereinigten Partei, was sowohl eine "Kriegspolitik" (Verhalten der SPD 1914-1918-E.W.) wie eine "Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien" ausschließe. 57) Er bezweifelte, ob alle Führer der USPD in der neuen Partei an der bisherigen Politik der USPD festhalten würden. Als kurzfristige Perspektive sah er offenbar die Bildung einer linken Opposition in der neuen Partei: "Wenn wir mit dem politischen Bankrott hinüber kommen, dann wird es hart für die SPD-Opposition." 58)

Ein Vertreter seiner Richtung, Zubeil, erkannte, daß der Hauptkonfliktpunkt in der neuen Partei die Koalitionspolitik sein werde.: "Die Koalitionspolitik wird uns noch sehr viel Kopfschmerzen verursachen. Ich habe wenig Vertrauen, daß die SPD auf Koalitionen mit bürgerlichen Parteien verzichtet." 59)

Sender beschrieb die Aufgabe der USPD-Linken als Brückenbauer "zwischen den beiden Extremen, zwischen jenen, die in Abhängigkeit von Moskau, und denen, die in Abhängigkeit vom Bürgertum sind. Ziel müsse sein, diese Position in der Partei mehrheitsfähig zu machen. 60)

Die Position Crispiens wurde in der Debatte von Breitscheid, Dobbert und Stein unterstützt. Ledebour erhielt nur von Rosenfeld Unterstützung.

Nach dem Schlußwort Crispiens zog Dißmann seine Resolution als Antrag zurück. Er begründete dies damit, daß nachdem 122 von 192 Parteitage delegierten sie inzwischen unterzeichnet hätten, damit der Wille zum Ausdruck gekommen sei, die bisherige USPD-Politik in der neuen Partei "zum Siege zu führen" und daher eine formale Abstimmung nicht mehr notwendig sei. Er gab die Resolution als Erklärung der Unterzeichner zu Protokoll. 61) Der wirkliche Grund für das Verhalten Dißmanns dürfte gewesen sein, daß die Annahme der Resolution durch den Parteitag wegen der scharfen Kritik an der SPD-Politik die Vereinigung gefährdet hätte.

Die Resolution Ledebour wurde bei nur 7 Ja-Stimmen abgelehnt.

Die Resolution Berten wurde einstimmig gebilligt.

Der Antrag Crispian wurde bei nur 9 Gegenstimmen angenommen.

Ledebour erklärte daraufhin, daß er zusammen mit seinen Freunden die USPD als selbständige Partei fortführen wolle. 62)

2 seiner Gefolgsleute allerdings, Rosenfeld und Kunert, gaben zu Protokoll, daß sie sich dem Parteitagebeschuß zur Vereinigung fügen würden. 63)

Der Parteitag wählte 139 Delegierte für den Vereinigungsparteitag. Im Schlußwort des Parteitages betonte Dittmann den Willen der Partei, an der bisherigen Politik in der neuen Partei festhalten zu wollen, aber nicht in Form einer Fraktion: "Unsere Partei hat die Ideen des revolutionären wissenschaftlichen Sozialismus in Krieg und Frieden mit größter Energie verfochten, und sie wird, wenn sie nunmehr aufgeht in der VSPD, diesen Grundsätzen treu bleiben. Sie wird keine Zellenbildung nach Moskauer Muster treiben, sondern wird offen und brüderlich in der großen geeinten Partei für ihre Auffassungen wirken und werben." 64)

5.4. Die Gründung der VSPD auf dem Nürnberger Vereinigungsparteitag am 24.9.1922

Am 24. September 1922 tagte in Nürnberg der Vereinigungsparteitag von SPD und USPD, der die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands gründete. 65)

Die Eröffnungsansprachen hielten die Parteiveteranen Pfannkuch (SPD) und Bock (USPD), die schon auf dem Vereinigungsparteitag von SDAP und ADAV 1875 in Gotha Delegierte waren.

Die beiden Hauptreferate hielten Hermann Müller (SPD) und Arthur Crispian (USPD). Beide forderten dazu auf, die

Konflikte der Jahre 1917-1922 zu vergessen und eng zusammenzuarbeiten, für das Nahziel der Erhaltung der Republik und das Endziel der Er kämpfung des Sozialismus.

Hermann Müller erklärte: "Wir haben und wir halten die Republik. Aber sie ist nicht unser Endziel. Unser Endziel ist und bleibt der Sozialismus. (Allseitige Zustimmung)." 66)

Nach den Grundsatzreferaten fand keine Diskussion statt, um das Bild der Einigkeit nicht zu gefährden. Das Aktionsprogramm wurde einstimmig angenommen.

Die organisatorischen Vereinbarungen, die die Vorstände der SPD und USPD am 6.9.1922 getroffen hatten, wurden einstimmig gebilligt. Darin war auch der Proporz zwischen den ehemaligen SPD- und USPD-Mitgliedern geregelt worden, an den sich der Vereinigungsparteitag in der einstimmig erfolgenden Wahl der Parteiführung hielt.

Parteivorsitzende der VSPD wurden H. Müller (SPD) und Crispian (USPD); Kassierer Bartels (SPD), Heinrich (SPD) und Ludwig (USPD); Sekretäre des Parteivorstandes A. Braun (SPD), Juchacz (SPD), F. Krüger (SPD), Molkenbuhr (SPD), Pfannkuch (SPD) und Dittmann (USPD); Beisitzer im Parteivorstand wurden aus den Reihen der SPD Fischer, Franck, Hildenbrand, Ritter, Ryneck und H. Schulz, aus den Reihen der USPD Hilferding, Moses, Nemitz und Künstler. In die Kontrollkommission wurden 7 SPD- und 4 USPD-Mitglieder gewählt. 67)

Die ehemaligen USPD-Mitglieder waren also in der neuen Parteiführung eindeutig in der Minderheit. Ursache dafür war die weitaus geringere Mitgliederzahl der USPD im Vergleich zur SPD (290 000 gegenüber 1 127 000). 68)

In die Programmkommission, die ein Parteiprogramm der neuen Partei entwerfen sollte, wurden 10 SPD- und 7 USPD-Mitglieder gewählt, in die Organisationskommission, die u.a. ein Parteistatut erarbeiten sollte, 8 SPD- und 8 USPD-Mitglieder. 69)

Auffallend ist, daß bei der Wahl in diese Gremien der linke USPD-Flügel weitgehend übergegangen wurde. In den Parteivorstand kam nur Künstler, in die Kontrollkommission Agnes und Bock, in die Programmkommission Sender und in die Organisationskommission Fuchs.

Zum Abschluß verabschiedete der Nürnberger Parteitag ein "Manifest an die deutsche Arbeiterklasse", das eine Kurzfassung des Aktionsprogramms darstellte. 70)

Wels beschloß den in euphorischer Stimmung begangenen Parteitag mit dem Appell zur Einigkeit der neuen Partei: "Meinungsverschiedenheiten müssen im brüderlichen Sinne ausgetragen werden. Aber unerschütterlich soll das Wort von Nürnberg stehen: Einigkeit! (Stürmischer, oft wiederholter, lang anhaltender Beifall)." 71)

Aber die Chancen, daß dieser Wunsch in Erfüllung gehen sollte, waren gering. Dies hatten die Ablehnung der Koalitionspolitik der SPD durch die Mehrheit der Delegierten des USPD-Parteitages in Gera und durch eine kleine Minderheit des SPD-Parteitages in Augsburg dokumentiert.

Der Kern der innerparteilichen Opposition in der VSPD gegen die Fortsetzung der Koalitionspolitik bildete der ehemalige linke USPD-Flügel. Seine Führer waren Dittmann, Rosenfeld, Sender und Levi.

Verstärkt wurde diese Gruppierung durch die bisher schwache alte SPD-Linke um Seydewitz, Eckstein und Marckwald.

Regionale Zentren dieser linken Opposition in der VSPD waren Sachsen, Thüringen, Groß-Berlin, Halle, Hessen und Breslau.

Der rechte USPD-Flügel und Teile des Zentrums der USPD um Dittmann, Moses, Breitscheid und Ludwig paßten sich schnell der Ideologie der bisherigen SPD an und wurden reibungslos in die Führung der Partei und der Reichstagsfraktion der VSPD integriert.

Von den 290 000 Mitgliedern der USPD schlossen sich nach den Berechnungen Morgans etwa 206 000 der VSPD an. 72) Ein Teil wurde politisch indifferent oder ging zur KPD. Nur wenige blieben in der von Ledebour und Th. Liebknecht fortgeführten USPD, die eine politische Sekte blieb und bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 nur 235 000 Stimmen und damit keinen Reichstagsitz erhielt. Sie ging 1931 schließlich in der SAPD auf. 73)

Der Parteiapparat von SPD und USPD wurde im Herbst 1922 zusammengelegt. Das Zentralorgan der USPD "Freiheit" stellte am 30.9.1922 sein Erscheinen ein, zwei seiner Redakteure Stein und Reuter wurden in die Redaktion des Zentralorgans der VSPD "Vorwärts" übernommen. 74) Der "Vorwärts" wurde ein Sprachrohr des Parteivorstandes, in dem Vertreter der linken innerparteilichen Opposition fast nie zu Wort kamen.

Auf der konstituierenden Sitzung der Reichtagsfraktion der VSPD am 17.10.1922 wurden die ehemaligen SPD-Mitglieder Müller, Wels und Scheidemann sowie die ehemaligen USPD-Mitglieder Dittmann und Henke zu Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Wahl der weiteren 15 Mitglieder des Fraktionsvorstandes erfolgte einstimmig. 75)

Das Ergebnis des Nürnberger Vereinigungsparteitages wurde vom "Vorwärts"-Chefredakteur Stampfer so geschildert: "Es war ein Tag der Freude und der Harmonie in dieser Zeit bitterer Not und schriller Dissonanz." 76)

In einem anderen "Vorwärts"-Artikel wurde der Parteitag hymnisch gelobt: "Sagen wir es ruhig heraus, über der Nürnberger Tagung lag etwas von religiöser Weihe und viele Tausende fanden hier eine Erhebung der Herzen, die sie an anderer Stätte vergeblich suchen." 77)

Im selben Artikel wurde klar ausgesprochen, daß die Parteiführung der VSPD an der Mitarbeit in der Regierung Wirth festhalten wollte, trotz der daran geübten innerparteilichen Kritik: "Einstweilen dürfte in unserer Partei die Meinung vorherrschend bleiben, daß man die Möglichkeit zu einer unmittelbaren Einflußnahme auf die Staatsgeschäfte nicht preisgeben dürfe, um für sie die Vorteile einer ungehemmten Propagandatätigkeit einzutauschen." 78)

In seinem Artikel "Nürnberg" vom 29.9.1922 in "Unser Weg" beurteilte Levi den Nürnberger Parteitag weniger positiv als der "Vorwärts". Er wiederholte seine Kritik, daß es eine "rein organisatorische Wiedervereinigung" sei. 79) Die inhaltlichen Gegensätze seien in der neuen Partei nicht

Überwunden. Levi forderte dazu auf, diese Gegensätze v.a. in der Bewertung der Frage der Koalition mit bürgerlichen Parteien, offen innerhalb der VSPD auszutragen: "Die Möglichkeit, diese Verschiedenheiten innerhalb der Organisation auszutragen bestand früher; die Möglichkeit besteht auch heute und ohne sie wäre eine wirkliche Arbeiterpartei nicht denkbar, denn jeder Widerstreit ist die dialektische Entwicklung, in der die Arbeiterklasse aufwärts geht, nicht nur im Gegensatz zur Bourgeoisie, sondern auch im Widerspiel ihrer eigenen Vorzüge und Wirrungen." 80)

5.5. Das Ende der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie durch den Rücktritt von Reichskanzler Wirth

Levi plädierte für den Rückzug der VSPD aus der Regierung Wirth, da in ihr die sozialen und politischen Interessen der Arbeiterklasse angesichts des Widerstandes der DDP und des Zentrums nicht durchsetzbar seien. Nur in der Stellung als Opposition im Reichstag könne die VSPD neue Anhänger aus den Reihen der KPD und der bürgerlichen Parteien gewinnen. 81)

Dieser Wunsch Levis und der gesamten VSPD-Linken wurde schnell erfüllt. Ursache dafür war aber nicht die Durchsetzung dieser Position in der VSPD, sondern das Bestreben der DDP und des Zentrums, als Gegengewicht zur fast 40% aller Reichstagsabgeordneten stellenden VSPD die DVP in die Regierung Wirth aufzunehmen, um so den wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der VSP besser Widerstand leisten zu können.

Am 10.11.1922 begannen Verhandlungen über die Aufnahme der DVP in die Regierung Wirth. Bereits am 13.11. erklärte die VSPD, daß die Differenzen zur DVP in der Frage der Wirtschaftspolitik, besonders beim Problem der Stabilisierung der Reichsmark, unüberbrückbar seien. 82)

Am 14.11. lehnte die VSPD-Reichstagsfraktion, laut "Vorwärts" mit "einer Mehrheit, die an Einstimmigkeit grenzte", eine Koalition mit der DVP endgültig ab. Sie begründete diese Entscheidung mit den unakzeptablen wirtschaftspolitischen Vorstellungen der DVP, die "keine Garantie für die Durchführung der (Reichsmark-E.W.) Stabilisierungsaktion und damit für die Förderung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems" darstellten. 83)

Teile der Parteimehrheit um den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der um den Fortbestand seiner Koalition unter Einschluß der DVP fürchtete, forderten auf der Fraktionssitzung am 14.11. vergeblich die Teilnahme an der Großen Koalition mit der DVP.

Einer seiner Mitstreiter, das Parteivorstands-Mitglied Molkenbuhr, notierte nach dieser Entscheidung enttäuscht in seinem Tagebuch: "Für diejenigen, deren Reden und Schreiben sich darauf beschränkt, auf die Regierung zu schimpfen, ist es viel bequemer, wenn wir draußen sind... Wir werden wieder einmal in die Regierung hineinkommen und es dann als einen Riesenerfolg bezeichnen, wenn wir nur den Einfluß erlangen, den wir gehabt haben und den wir hätten behalten können, wenn wir uns von der Politik ferngehalten hätten, durch die die Unabhängigen ihre Partei so heruntergewirtschaftet hatten." 84)

Bei der Entscheidung der großen Mehrheit der Reichstagsfraktion am 14.11. spielte sicherlich eine entscheidende Rolle, daß die gerade vollzogene Vereinigung zur VSPD durch das Eingehen einer Koalition mit der DVP in Frage gestellt worden wäre.

Die VSPD-Linke sah im Ende der Koalition Wirth - Wirth trat am 14.11. wegen der Weigerung der VSPD mit der DVP zu koagulieren zurück - den Beginn einer Rückkehr zur Oppositionspolitik im Reichstag.

Doch schon die nächsten Wochen sollten zeigen, daß die VSPD-Mehrheit dies ablehnte.

TEIL 2

DIE ENTWICKLUNG DER LINKSOPPOSITION IN DER SPD VOM
NÜRNBERGER VEREINIGUNGSPARTEITAG 1922 BIS ZUR
ABSPALTUNG DER SAPD 1931

1. Die Phase der schweren Krise im Jahr 1923

1.1. Die Tolerierung der Regierung Cuno durch die VSPD und der Widerstand der VSPD-Linken dagegen (ab 27.11.1922)

1.1.1. Der Konflikt in der VSPD über die Haltung zum Kabinett Cuno

Mit der Regierungsbildung wurde vom Reichspräsidenten Ebert der parteilose, der DVP nahestehende, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Wilhelm Cuno beauftragt.

Am 22.11.1922 stellte er sein Kabinett vor, das als "Kabinett der Fachleute" ohne feste Koalitionsabsprache zustandekam. 5 der 12 Kabinettsmitglieder waren parteilos, 7 gehörten der DDP, DVP, BVP und dem Zentrum an. Gegenüber der Regierung Wirth bedeutete dieses Kabinett, in dem viele Interessenvertreter der Industrie vertreten waren, und das deshalb als "Kabinett der diskontfähigen Unterschriften" bezeichnet wurde, eine eindeutige Verschiebung nach rechts. Es war daher von vornherein klar, daß es weniger Rücksichten auf die Interessen der Arbeiterschaft nehmen würde als die Regierung Wirth. 1)

Die an der Regierung beteiligten Parteien hatten jedoch im Reichstag keine Mehrheit. Sie waren auf die Unterstützung der VSPD und/oder der DNVP angewiesen.

Der "Vorwärts" deutete bereits am Tag der Bildung der Regierung Cuno an, daß die VSPD im Reichstag keine bedingungslose Oppositionspolitik betreiben werde: "Sie wird keine Bosheitspolitik treiben, weil sie nicht in der Regierung sitzt, sondern sachliche Opposition treiben, wo dies notwendig ist." 2)

Die Reichstagsfraktion der VSPD beschloß nach kontroverser Debatte - gegen die Stimmen des linken Flügels -, die Regierung Cuno zu tolerieren, um so zu versuchen, deren Abhängigkeit von der DNVP zu verhindern. 3)

Der "Vorwärts" verschwieg diese Gegensätze in der Reichstagsfraktion. 4)

In der Debatte über die Regierungserklärung Cunos übten die Redner der VSPD Sollmann und Breitscheid heftige Kritik am Regierungsprogramm. Breitscheid bezeichnete die Regierung Cuno als Ausdruck des vorläufigen Sieges des Kapitalismus über die Sozialdemokratie und sprach ihr jeden Überparteilichen Charakter ab, da sie faktisch eine Koalition von DVP, DDP, BVP und Zentrum darstelle. Die Stellung der VSPD zur Regierung Cuno definierte er folgendermaßen: "Wir empfinden für die Regierung kein Wohlwollen, wir werden ihr nicht neutral gegenüberstehen, wir werden, wenn es notwendig ist, zu ihr in schärfste Opposition treten." Er prophezeite ein baldiges Ende dieses Kabinetts: "Diese Regierung selbst wird noch die letzte Legende zerstören: daß man ohne oder gar gegen die Arbeiterschaft in Deutschland regieren kann." 5)

Obwohl der VSPD-Fraktionsvorsitzende Müller erklärte, daß die VSPD in "sachlicher Opposition" zur Regierung Cuno stehe, stimmte die VSPD am 15.11.1922 ebenso wie die Regierungsparteien und die DNVP für die Billigungserklärung des Reichstages für die Regierung Cuno. 6)

Begründet wurde dieses widersprüchliche Verhalten mit dem Willen, angesichts der schwierigen Reparationsverhandlungen mit der Entente eine lange Regierungskrise zu vermeiden, und der Absicht, eine Regierungsbeteiligung der DNVP zu verhindern. Ein weiterer - nicht ausgesprochener - Grund dürfte gewesen sein, daß die Mehrheit der VSPD-Reichstagsfraktion die von der linken Minderheit aufgestellte Forderung nach Auflösung des Reichstags und Neuwahlen ablehnte, da sie angesichts der Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterschaft während der Regierung Wirth eine Wahlniederlage befürchtete. 7)

Die Zustimmung der VSPD zur Billigungserklärung für die Regierung Cuno stieß auf die Ablehnung der VSPD-Linken.

Aus Protest gegen diese Haltung beteiligten sich etwa 10 linke VSPD-Reichstagsabgeordnete am 25.11. nicht an dieser Abstimmung. Der "Vorwärts" anerkannte diese Verhaltensweise als das traditionelle "selbstverständliche Recht" eines jeden Fraktionsmitglieds, damit seine Ablehnung der Mehrheitsmeinung der Fraktion auszudrücken. 8)

Der VSPD-Bezirksparteitag des von der Linken beherrschten Bezirkes Halle beschloß am 26.11.1922 nach einem Referat Paul Levis, die Ablehnung der Koalition mit der DVP zu billigen. Indirekt wurde die Zustimmung der VSPD-Reichstagsfraktion zur Billigungserklärung und die von Breitscheid geäußerte Hoffnung auf einen baldigen Wiedereintritt der VSPD in die Reichsregierung kritisiert. Gefordert wurde eine energische Opposition der VSPD im Reichstag. Der Beschluß lautete: "Da sich die Regierung Cuno durch ihr Wirtschaftsprogramm diese Forderungen des kapitalistischen Bürgertums zu eigen macht, fordert der Parteitag von unserer Fraktion schärfsten Kampf gegen das Kabinett Cuno. Der Parteitag ist sich dessen bewußt, daß der wachsende Einfluß der Schwerindustrie in Deutschland für absehbare Zeit eine Koalitionsregierung der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien unmöglich macht, und daß nur durch schärfsten Klassenkampf das Proletariat seine Ziele erreichen kann." 9)

Die Parteivorstands-konformen Parteitage der Bezirke Hamburg und Westliches Westfalen billigten hingegen die Haltung der Reichstagsfraktion. 10) Auf dem Parteitag des Bezirkes Groß-Berlin kam es zu einer scharfen Kontroverse zwischen dem Parteivorstands-Mitglied A. Braun und dem führenden Vertreter der VSPD-Linken Rosenfeld. Während Braun eine Große Koalition mit der DVP nur zur Zeit ausschloß, nicht aber prinzipiell, verlangte Rosenfeld, daß die VSPD grundsätzlich jede Koalition mit der DVP ablehnen müsse. Der Bezirksparteitag billigte schließlich das Verhalten der Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung Cuno, forderte sie aber auf, in Zukunft vor solch wichtigen Entscheidungen Stellungnahmen aller Bezirksorganisationen der VSPD einzuholen. 11)

Paul Levi gab in zwei Grundsatzartikeln in seiner Zeitschrift "Unser Weg" seine prinzipielle Stellungnahme zur Koalition der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien ab, die repräsentativ für die Einstellung der gesamten VSPD-Linken war.

Als natürliche Stellung der Arbeiterbewegung im Parlament, solange sie keine Mehrheit hat, sah Levi die der Opposition an: "In Wirklichkeit ist Opposition die Form, in der eine anders gerichtete Schicht oder Klasse ihre Willensmeinung über jedes staatliche Problem faßt, indem sie mit der gefundenen Form um die Zustimmung der Mehrheit der Volksgenossen wirbt." 12) Die Opposition sei keine "pure Neinsagerei", 13), sondern habe zur Aufgabe, den Gegensatz der Arbeiterpartei zur Politik der bürgerlichen Parteien aufzuzeigen, und zwar durch die Formulierung positiver Alternativen, die über das bestehende Gesellschaftssystem hinausweisen. Nur durch eine klare Abgrenzung zu den bürgerlichen Parteien könne die VSPD neue Wählerschichten gewinnen und die Abwanderung enttäuschter Wähler verhindern: "Das aber erreicht die proletarische Partei nur im Kampf; in klarster, einfachster und packendster Gegenüberstellung ihrer Interessen gegenüber dem Bestehenden sammelt sie ihre Scharen und eine klarere und einfachere Antithese gibt es nicht als die der Opposition." 14) In dem Ende der Regierungsbeteiligung sah er daher eine "Kur" für die VSPD: "In ihr (Opposition-E.W.) und durch sie wird die Arbeiterbewegung gesund." 15)

Unter Hinweis auf Rosa Luxemburgs Artikel über den Regierungseintritt Millerands betonte Levi jedoch, daß eine Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht prinzipiell auszuschließen sei. Sie sei dann notwendig, wenn es darum gehe, mit Teilen des Bürgertums die demokratische Republik gegen die Reaktion zu verteidigen. In dieser zeitweiligen Koalition dürfe die Arbeiterpartei jedoch nicht darauf verzichten, den Klassenkampf gegen das Bürgertum fortzusetzen und nicht vergessen, daß die ökonomische Ausbeutung der Arbeiterklasse weiterbestehe. Die prinzipielle Ablehnung jeder Koalition mit

bürgerlichen Parteien durch die KPD lehnte er daher ab: "Wer seine ganze Grütze an die Antithese Koalitionspolitik oder Klassenkampf verschwendet, eine Antithese, die keine ist, kann natürlich kein Gehör verlangen, wenn es sich um eine ernsthafte Kritik der Koalitionspolitik handelt." 16)

Levi lehnte die Koalition mit bürgerlichen Parteien zur Zeit ab, da die demokratische Republik nicht ernsthaft bedroht sei und sie nur zur "Vertuschung bestehender sozialer Gegensätze" führen werde. In Italien hingegen wäre diese Koalition zur Abwehr des Faschismus notwendig gewesen: "Krankt in Deutschland die sozialistische Bewegung an der Koalition, so krankt sie in Italien an der Nichtkoalition." 18)

Die Zustimmung der VSPD-Reichstagsfraktion zur Billigungserklärung für die Regierung Cuno erwähnte Levi mit keinem Wort.

1.1.2. Die Auseinandersetzung in der VSPD über den Kampf gegen die Besetzung des Ruhrgebiets

Zu Jahresbeginn 1923 spitzte sich der Gegensatz zwischen der Regierung Poincaré und der Regierung Cuno immer mehr zu. 19a)

Die Regierung Poincaré wartete nur auf eine Gelegenheit, durch eine Politik der "produktiven Pfänder" die Reparationszahlungen Deutschlands kontrollieren zu können.

Die Regierung Cuno lieferte den Anlaß dazu, als Deutschland, das die Geldzahlungen einhielt, mit der Lieferung von Sachleistungen (Holz für Telephonstangen und Steinkohle) leicht in Rückstand geriet.

Am 9.1.1923 beschloß die Reparationskommission mit den Stimmen Frankreichs, Belgiens und Italiens gegen die Stimme Großbritanniens, daß Deutschland vorsätzlich seine Reparationsverpflichtungen gebrochen habe.

Am 11.1.1923 besetzten französische und belgische Truppen als Sanktionsmaßnahme das Ruhrgebiet. Als Ziel dieser

Aktion bezeichnete es die Regierung Poincaré, die Arbeit der alliierten Kontrollkommission und Ingenieurkommission bei der Sicherstellung der deutschen Reparationsleistungen zu sichern.

Der politökonomische Hintergrund dieser Aktion war auf Seiten der französischen Regierung die Absicht, der französischen Schwerindustrie die Beherrschung des Ruhrgebietes zu sichern. In dieser Einschätzung sind sich das Institut für Marxismus-Leninismus der SED und der liberal-konservative Historiker Karl-Dietrich Erdmann einig. 19b)

Die Besetzung des Ruhrgebietes wurde von allen deutschen Parteien gleichermaßen verurteilt. Es entstand die Stimmung einer nationalen Einheitsfront, wie sie im August 1914 geherrscht hatte.

Die Regierung Cuno und der Reichspräsident Ebert reagierten am 11.1. auf die Ruhrbesetzung mit einem Aufruf, in dem sie scharf dagegen protestierten. 20) Die deutschen Reparationsleistungen wurden sofort eingestellt. Die freien Gewerkschaften verurteilten am selben Tag die Ruhrbesetzung als "Ausdruck schlimmster imperialistischer Gewaltpolitik." 21)

Der Aufruf des VSPD-Parteivorstandes begann mit den Sätzen: "Der französische Imperialismus ist mit belgischen Hilfstruppen in das Ruhrgebiet eingedrungen. Er gibt vor, die im Versailler Diktat ihm zugesprochenen Reparationen sichern zu wollen. Die angeblichen deutschen Verfehlungen geben der französischen Regierung aber nach dem Vertrag nicht das geringste Recht zur Anwendung dieser brutalen Methoden der Gewalt, sondern nur das Anrecht auf Ersatz der Sachleistung durch Barzahlung."

Die scharfe Verurteilung des "französischen Militarismus" wurde verknüpft mit der Hoffnung, daß die internationale Arbeiterbewegung die Sozialdemokratie Deutschlands unterstützen werde.

Der Parteivorstand erkannte die Gefahr einer Wie-

derholung des Geistes von August 1914 und forderte die VSPD-Mitglieder auf, nicht mit "Nationalisten" zusammenzuarbeiten, die nicht "Völkerverständigung", sondern "Völkerverhetzung" wollten. 22)

Am 13.1. kündigte Cuno im Reichstag die Einstellung aller Reparationsleistungen an. Er forderte die Beamten im Ruhrgebiet auf, den Weisungen der Besatzungstruppen nicht Folge zu leisten, und er appellierte an die Arbeiter, beim Abtransport der Reparationsleistungen nicht mitzuwirken. Er rief zu einer Politik des passiven Widerstandes auf. In diesem Abwehrkampf sei eine "festeste Einigung aller Schichten unseres Volkes" notwendig.

Redner aller Reichstagsfraktionen verurteilten, wenn auch mit unterschiedlicher Begründung und Diktion, die Ruhrbesetzung. 23)

Der Reichstag beschloß mit 283 Ja-Stimmen und nur 12 Nein-Stimmen der KPD und bei 16 Enthaltungen eine gemeinsame Protesterklärung gegen die Ruhrbesetzung. Auch die VSPD stimmte ihr zu.

Die VSPD-Reichstagsfraktion war jedoch in dieser Abstimmung am 13.1.1923 in drei Teile gespalten. Die Mehrheit stimmte für diese Resolution; ein Teil der linken Minderheit machte vom Gewohnheitsrecht der Reichstagsabgeordneten der SPD Gebrauch, durch Fernbleiben von der Abstimmung ihren Protest gegen die Haltung der Fraktionsmehrheit zu dokumentieren; ein Teil der linken Minderheit enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme. Der "Vorwärts" erklärte das Abstimmungsverhalten der Fraktionsminderheit damit, daß diese prinzipiell gegen gemeinsame Erklärungen mit bürgerlichen Parteien sei. Er gestand auch ein, daß in der der Reichstagsitzung vorausgehenden Fraktionssitzung nur eine "knappe Mehrheit" für die Zustimmung zur Resolution gewesen sei. 24)

Auch in der preußischen VSPD-Landtagsfraktion brach ein Konflikt in dieser Frage aus. Die VSPD-Fraktionsmehrheit stimmte zusammen mit den anderen Regierungsparteien und der DNVP für eine gemeinsame Protestresolution

gegen die Ruhrbesetzung. Die VSPD-Fraktionsminderheit stimmte sogar zusammen mit der KPD gegen diese Resolution, was ihr laut Bericht der "Roten Fahne" Zurufe ihrer Fraktionskollegen wie "Geht doch zu den Kommunisten" eintrug. Fast alle stammten aus der ehemaligen USPD-Fraktion. 25)

Das Verhalten der VSPD-Reichstagsfraktionsmehrheit am 13.1. stieß auf den Protest linker Parteigliederungen. Eine Funktionärsversammlung der VSPD Stettin verurteilte am 20.1. die inkonsequente Opposition gegen die Regierung Cuno. In einer Kampfabstimmung beschloß sie mit 55:46 Stimmen, die VSPD-Reichstagsfraktion aufzufordern, daß sie "in Zukunft in unzweideutiger Weise eine klare ablehnende Stellung gegenüber der Regierung Cuno einnimmt." 26)

Ein Teil des Mehrheitsflügels der VSPD forderte angesichts der nationalen Notsituation sogar den Beitritt von VSPD-Vertretern in die Regierung Cuno. Severing begründete dies in einem Artikel in den "Sozialistischen Monatsheften" mit der notwendigen "untrennbaren Einheit von Volk und Staat." 27) Die Bildung einer Regierung der Großen Koalition von VSPD bis DVP sei das Gebot der Stunde. Sie müsse in der Innenpolitik den "Radikalismus von rechts und links" 28) gleichermaßen bekämpfen.

Als Antwort auf diesen Artikel veröffentlichte die linke VSPD-Reichstagsabgeordnete Toni Sender eine Broschüre mit dem programmatischen Titel "Große Koalition? Gegen ein Bündnis mit der Schwerindustrie!" Sie forderte von der VSPD-Reichstagsfraktion die Ablehnung jeder Koalition mit bürgerlichen Parteien, da ein Kompromiß zwischen den sozialen Interessen von Proletariat und Bürgertum zur Zeit unmöglich sei. Sie verlangte von der eigenen Partei: "Die Vertretung einer eigenen Politik, die Aufnahme eines klaren Kampfes gegen den Bürgerblock, gegen weitere Steuerabzüge bei gleichzeitiger Steuerflucht der Besitzenden, gegen Abschaffung des Achtstundentages und Streikrechts, für eine gesicherte von monarchistischen Anschlägen geschützte

Republik, für eine erträgliche Existenz aller Nichtbesitzenden und schließlich für die Verwirklichung des Sozialismus." 29)

Auch innerhalb der freien Gewerkschaften brach ein Konflikt über die Frage der nationalen Einheitsfront gegen die Ruhrbesetzung aus, der die Differenzen in der VSPD in dieser Frage widerspiegelt.

Am 24.1.1923 veröffentlichten die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften einen gemeinsamen Aufruf, in dem sie Arbeitnehmer und Unternehmer zu Spenden für einen gemeinsamen Ruhrhilfefonds aufforderten. Der ADGB-Bundesausschuß faßte den Beschluß zur Unterschrift mit 33:11 Stimmen. 30) Innerhalb der linken VSPD- und der KPD-Mitglieder der freien Gewerkschaften wurde diese Entscheidung scharf kritisiert. Die größte Einzelgewerkschaft im ADGB, der DMV unter der Führung des linken VSPD-Reichstagsabgeordneten Dißmann, beschloß am 7.2.1923 demonstrativ die Einrichtung eines eigenen proletarischen Ruhrhilfefonds. Das Verhalten des ADGB-Bundesausschusses wurde ausdrücklich verurteilt: "Eine solche Zustimmung ist unmöglich angesichts der immer schärfer hervortretenden Kampfesstellung der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse, so u.a. in ihrem Kampfe zur Beseitigung des Achtstundentages, ihrer Unterstützung der Nationalsozialisten und der Gelben." Unter Absage an jede "Haß- und Revanchepolitik" wurde die Regierung Cuno aufgefordert, sofort mit Frankreich Verhandlungen aufzunehmen, was die Regierung Cuno vor dem Ende der Ruhrbesetzung ablehnte. 31)

Die prinzipielle Haltung der VSPD-Linken in der Frage der Haltung zur Ruhrbesetzung und zur Regierung Cuno kam in einem Ende Januar verabschiedeten Beschluß des VSPD-Unterbezirksvorstandes Groß-Leipzig zum Ausdruck, der hier deshalb fast in voller Länge dokumentiert wird:

"Dieser Kampf (gegen die Ruhrbesetzung - E.W.) muß geführt werden als ein selbständiger Kampf der Arbeiterklasse, und muß gerichtet sein ebenso gegen Poincaré

als den Träger der französischen Montaninteressen, wie gegen das deutsche Großkapital.

Damit ist die Kampffront gegeben. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei hat alle bürgerlichen Bestrebungen, die den Abwehrkampf Schulter an Schulter mit den besitzenden Klassen führen wollen, grundsätzlich abzuweisen. Die Arbeiterklasse wehrt sich gegen den Chauvinismus der nationalistischen Kreise, die lediglich bestrebt sind, durch einen Konflikt mit den Besatzungstruppen der Republik den Garaus zu machen, um eine Diktatur der faschistisch-deutsch-völkischen Elemente aufzurichten. Darum fordert die Kreisorganisation von Groß-Leipzig von den Zentralinstanzen der VSPD wie auch von denen der Gewerkschaften, daß jede Kampfgemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt und die Abwehr gegen die Ruhraktion restlos auf dem Boden des Klassenkampfes geführt wird. Die Kreisorganisation Groß-Leipzig stellt fest, daß der Konflikt mit der französischen Regierung, wenn nicht herbeigeführt, so doch gefördert wurde durch die Sabotagebestrebungen aller kapitalistischen Kreise in Deutschland, die sich wehrten, eine aktive Politik auf finanz- und währungspolitischen Gebiet durchzuführen. Diese war nur möglich auf dem Wege der Erfassung der Sachwerte, daher der Widerstand der Besitzenden gegen alle Sanierungsforderungen, die von der VSPD vertreten wurden. Dr. Cuno ist der Vertreter der schwerkapitalistischen Interessen in Reinkultur." Groß-Leipzig forderte von der VSPD-Reichstagsfraktion die Politik der Regierung Cuno im Reichstag abzulehnen. 32)

Am 6.2.1923 tagte in Berlin der Parteiausschuß der VSPD, das Gremium, in das jeder Bezirk Vertreter entsandte und in dem daher auch die Linke aufgrund der von ihr dominierten Bezirke stärker vertreten war als im Parteivorstand. Er faßte einstimmig eine Kompromißresolution, in der zwar die Fortsetzung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet gefordert wurde, aber auch ein Verlangen der Linken aufgenommen wurde: "Zugleich erinnert er (Parteiausschuß - E.W.)

an die Notwendigkeit, scharf den Trennungsstrich gegen die nationalistische Verhetzung zu ziehen und den Kampf gegen die politische Reaktion fortzusetzen." 33) "Der Kampf gegen die Ruhrbesetzung müsse als internationaler Kampf der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus, nicht als Konkurrenzkampf der Kapitalisten verschiedener Länder, geführt werden. Auf eine Aussage zum Verhältnis der VSPD zur Regierung Cuno wurde ebenso verzichtet, wie auf die Forderung an die Regierung Cuno, Verhandlungen mit Frankreich nicht vom vorherigen Ende der Ruhrbesetzung abhängig zu machen.

Doch schon wenige Tage später brachen die Differenzen in der VSPD wieder offen aus. Am 11.2.1923 forderte eine Konferenz der führenden Parteikörperschaften des linken VSPD-Bezirks Thüringen mit 20:9 Stimmen von der Regierung Cuno die Rückkehr zur Erfüllungspolitik, also die Wiederaufnahme der Reparationszahlungen, da dies die Voraussetzung für Verhandlungen mit der Entente sei. 34) Diese Forderung war vom Parteiausschuß vom 6.2. nicht aufgestellt worden, da die VSPD-Parteimehrheit der Einstellung der Reparationszahlungen im Reichstag am 13.1. zugestimmt hatte.

Nur durch eine Rückkehr zur Erfüllungspolitik könne eine politische und wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland verhindert werden. Die VSPD-Parteiführung übernahm jedoch nicht diese Forderung der VSPD Thüringens, wohl aus der Angst heraus, bei einem Eintreten für die Rückkehr zur Erfüllungspolitik als "vaterlandslose Gesellen" beschimpft zu werden und die Möglichkeit der Koalition mit den bürgerlichen Parteien zu gefährden.

Aufgrund dieser Weigerung der VSPD-Führung, ihre Politik der Tolerierung der Regierung Cuno und des gemeinsamen nationalen Abwehrkampfes gegen die Ruhrbesetzung zu beenden, nahm die innerparteiliche Opposition an Schärfe zu.

- 1.1.3. Die Gründung der reichsweiten Zeitschrift der VSPD-Linken "Sozialistische Politik und Wirtschaft" durch Paul Levi im Februar 1923

Zum Kristallisationspunkt der linken Parteiopposition entwickelte sich die von Paul Levi seit dem 15.2.1923 herausgegebene Zeitschrift "Sozialistische Politik und Wirtschaft."

Am 10.12.1922 war die letzte Ausgabe der Zeitschrift "Unser Weg" erschienen, in der die Einstellung dieser Zeitschrift mit der angesichts der Inflation "unerschwinglichen Teuerung des Papierpreises" begründet worden war. 35) Levi bemühte sich sofort darum, eine Nachfolgezeitschrift aufzubauen, da er offenbar eine eigene Zeitschrift der VSPD-Linken für unverzichtbar hielt.

In seinem Nachlaß befinden sich Briefe der führenden DMV-Funktionärin und Reichstagsabgeordneten Sender und des Vorsitzenden der Angestelltengewerkschaft AfA-Bund Aufhäuser, die Levi über den Plan der neuen Zeitschrift informiert hatte.

Toni Sender schrieb Levi am 24.12.1922, daß sie Robert Dißmann, den DMV-Vorsitzenden, "über die Frage der Korrespondenz und den Entwurf Ihres Rundschreibens" informiert habe und beide mit dem Projekt der Herausgabe der Zeitschrift und dem Rundbrief, in dem die Herausgabe öffentlich angekündigt werden solle, prinzipiell einverstanden seien. Das Problem der Bildung einer Richtung in der gerade wiedervereinigten Sozialdemokratie ansprechend, kritisierte sie jedoch die Passage in Levis Entwurf des Rundschreibens: "die Korrespondenz soll keine Gruppe in der jetzt vereinigten Partei aufrecht erhalten oder gar bilden." Sie erinnerte Levi an den Satz: "Qui s'excuse s'accuse." Sie fragte Levi, welche Autoren schon ihre Mitarbeit an der Zeitschrift zugesagt hätten und wann die erste Ausgabe erscheinen werde. Levis Antwort an Sender befindet sich nicht im Nachlaß. 36)

Siegfried Aufhäuser schrieb am 22.12.1922 an Levi, daß er "mit dem Unternehmen selbst und der vorgeschlagenen Art der Vorbereitung" einverstanden sei. Er regte an, daß die Zeitschrift regelmäßig auch einen Gewerkschaftsteil enthalten solle. 37)

Leider fehlen im Nachlaß Levis weitere Quellen, aus denen sich eine Vorbereitung der neuen Zeitschrift konstruieren liessen.

Die erste Ausgabe der Zeitschrift "Sozialistische Politik und Wirtschaft" erschien am 15.2.1923 in hektografiert Form in Berlin.

Sie kam zunächst zweimal in der Woche heraus, später wöchentlich.

Die Leitartikel stammten meist von Paul Levi. In der VSPD wurde sie daher auch als Levi-Korrespondenz bezeichnet. Als presserechtlich Verantwortliche und Betreuerin der Adressenkartei zeichnete die nicht der VSPD angehörende Vertraute Levis Mathilde Jacob, die die Privatsekretärin Rosa Luxemburgs gewesen war.

Über die Höhe der Auflage gibt es keinerlei Angaben. Sie dürfte jedoch nicht allzu groß gewesen sein. Die Zeitschrift wurde aber von allen führenden Funktionären der VSPD-Linken gelesen, da sie bis 1927 die einzige auf Reichsebene erscheinende Zeitschrift der VSPD-Linken war.

Die "Sozialistische Politik und Wirtschaft" wurde zunächst in dem von der Parteimehrheit beherrschten Teil der Parteipresse totgeschwiegen.

Nur in den wenigen von der VSPD-Linken kontrollierten Parteizeitungen wurde aus ihr häufig zitiert. Die wichtigsten dieser Zeitungen waren: "Leipziger Volkszeitung", "Dresdener Volkszeitung", "Chemnitzer Volksstimme", "Sächsisches Volksblatt" (Zwickau), "Volkszeitung für das Vogtland" (Plauen), "Das Volk" (Jena), "Ostthüringer Tribüne" (Gera) und "Frankfurter Volksstimme" (Frankfurt am Main).

Die "SPW" erschien ab dem 21.8.1923 nicht mehr in hektografiert Form, sondern in gedruckter Form. Ab dem Jahrgang 1925 erschien sie nicht mehr zweimal in der Woche, sondern nur noch einmal. Sie umfaßte nunmehr regelmäßig 8 Seiten.

Auf die Probleme, die Levi die Herausgabe dieser Zeitschrift mit dem VSPD-Parteivorstand einbrachte, wird später eingegangen.

Im Leitartikel der ersten Ausgabe der "SPW" begründete Levi die Notwendigkeit der Herausgabe damit, daß auf Reichsebene neben dem "Sozialdemokratischen Pressedienst" nach der Einstellung der Theoriezeitschrift "Neue Zeit" kein weiteres Diskussionsorgan bestehe und diese Lücke gefüllt werden müsse. Entgegen der Warnung Senders, glaubte Levi betonen zu müssen, daß die Zeitschrift kein Fraktionsorgan der ehemaligen USPD-Mitglieder in der VSPD werden solle: "Wir glauben nicht, daß es nötig sei, es zu betonen, möchten wir aber nicht unterlassen, es zu sagen: irgendwelchen organisatorischen Erinnerungen dient diese Zeitschrift nicht. Es sollen an ihr Genossen, gleichgültig welcher (ehemaligen -E.W.) Parteizugehörigkeit, mitwirken..." 38) Als Genossen, die ihre Mitarbeit an der neuen Zeitschrift zugesagt hätten, nannte Levi: Siegfried Aufhäuser, Arthur Crispian, Tony Sender, Heinrich Ströbel und Hermann Wendel. (Von Crispian erschien jedoch nie ein Artikel. Es ist zu vermuten, daß seine Parteivorstandskollegen ihn aufforderten, nicht an diesem Fraktionsorgan der Linken mitzuarbeiten.)

1.1.4. Die Kritik der VSPD-Linken an der Politik der Regierung Cuno im Winter 1923

Im Mittelpunkt der Artikel der ersten Ausgaben der "SPW" stand die Kritik an der Tolerierung der Regierung Cuno durch die VSPD und die Verurteilung der Außen- und Innenpolitik dieses Kabinetts.

Aufhäuser kritisierte in der ersten Ausgabe der "SPW" Tendenzen in der VSPD und in den freien Gewerkschaften, wie 1914-1918, eine Burgfriedenspolitik betreiben zu wollen. Die Arbeiterklasse müsse den Abwehrkampf gegen die Ruhrbesetzung selbständig führen und jede Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Unternehmern ablehnen: "Dieser Abwehrkampf der deutschen Arbeiterklasse darf aber keinen Augenblick dazu führen, ein Moratorium des Klassenkampfes gegen die Kapitalisten im eigenen Lande zu schaffen." 39) Die Arbeiterschaft habe auch kein Interesse an einer Schonung der Regierung Cuno, die die Forderungen der freien Gewerkschaften, wie z.B. die Sozialisierung des Bergbaus, ablehne. Aufhäuser verurteilte, ohne diesen Begriff zu erwähnen, die Arbeitsgemeinschaftspolitik der ADGB-Führung und die Tolerierungspolitik der VSPD-Führung gegenüber der Regierung Cuno: "Der klare Trennungsstrich der gewerkschaftlichen Ruhrgebietsaktion gegenüber den Nationalisten und gegenüber den Unternehmern ist deshalb das Gebot der Stunde. Unsere Bundesgenossen im Kampfe gegen den Imperialismus sind die Arbeiter aller Länder. In dieser Situation eines verschärften Klassenkampfes sollte es strafbar sein, den Gedanken einer Einheitsfront mit der Bourgeoisie irgend eines Landes auch nur auszusprechen." 40)

Der preußische VSPD-Landtagsabgeordnete Emil Rabold wies die Befürchtung der Parteimehrheit zurück, dadurch Anhänger zu verlieren: "die Angst durch das Werben für Verständigung innenpolitischen Schaden zu stiften, ist nicht nur lächerlich, sie ist auch gefährlich." 41) Die VSPD-Linke war der Meinung, daß durch eine Anpassung der VSPD an nationalistische Stimmungen letztlich nur die Reaktion gestärkt werde.

Levi kritisierte, daß die Regierung Cuno bisher keine konkreten Ziele des passiven Widerstandes genannt habe. Ihr wahres, nicht öffentlich ausgesprochenes Maximalziel, "die Politik der Nichterfüllung, der Zerreißung des Versailler Vertrages in seiner Gänze", sei völlig unrealistisch. 42) Die VSPD dürfe dem Nationalismus keinerlei Konzessionen

machen. In sehr vagen Formulierungen forderte Levi verklausuliert die Beendigung der Tolerierung der Regierung Cuno durch die VSPD. Die VSPD müsse eine Politik der Sammlung der proletarischen Kräfte betreiben, "die doch wieder da sein müssen, wenn die Regierung Cuno Deutschland an das Ende geführt hat, das keiner wünscht und da: so viele sehen." 43)

Auch Dißmann war sich sicher, daß die Politik des passiven Widerstandes letztlich nur die soziale Lage der Arbeiterschaft verschlechtern werde: "auf dem Rücken der Arbeiterklasse aller Länder wird der Streit an der Ruhr ausgetragen und die Folgen seines Abschlusses werden lasten auf ihr." 44)

Ende Februar 1923 nahm der Konflikt in der VSPD über die Haltung der Partei zur Regierung Cuno an Schärfe zu. Die VSPD-Linke forderte jetzt immer offener den Sturz der Regierung Cuno durch die VSPD.

Der Wille der Parteimehrheit zur Fortsetzung der Tolerierungs- und Burgfriedenspolitik wurde kritisiert. Der Ton der Auseinandersetzung wurde immer erhitzter. So beurteilte die von der VSPD-Linken kontrollierte "Ostthüringer Tribune" in Gera einen Artikel des "Vorwärts"-Chefredakteurs Stampfer, in dem er die Weigerung der Reichsregierung vor dem Abzug der Besatzungstruppen aus dem Ruhrgebiet mit Frankreich zu verhandeln verteidigt hatte, folgendermaßen: "Was in den Ausführungen Stampfers im Namen des internationalen Sozialismus auftritt, hat nur die sozialistische Geste und Drapierung aufzuweisen, vom echten sozialistischen Geiste enthält es keine Spur. Mit seiner vollständigen Ignorierung der Rolle, die die herrschende Klasse Deutschlands in der Reparationsfrage seit vier Jahren gespielt haben, die nur fortgesetzt und gesteigert wird, mit der gewissenlosen Taktik der Ruhrbesetzung, zeigt Stampfer nur, daß er ein guter Sozialpatriot ist." 45) Die Zeitung forderte den Sturz der Regierung Cuno durch die VSPD-Reichstagsfraktion.

Auf dem Bezirksparteitag der VSPD Groß-Berlin am 25.2. 1923 kam es zu einer Kontroverse zwischen den beiden Parteiflügeln. 46)

Wels sprach sich gegen den Sturz der Regierung Cuno aus, da dies nur zu einem politischen und wirtschaftlichen Chaos führen würde und zu einem Zusammenbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet. Diese Position wurde auch von Stampfer, Hertz, Heinig und R. Schmidt vertreten. Rosenfeld hingegen forderte schärfste Opposition der VSPD gegen die Regierung Cuno, "selbst auf die Gefahr hin,...daß die Regierung Cuno gestürzt wird." Er begründete dies mit der Weigerung der Reichsregierung zu Verhandlungen mit Frankreich und mit deren Unwillen, die Inflation ernsthaft zu bekämpfen. Rosenfelds Forderung wurde von Aufhäuser, Levi und Crispian unterstützt.

Mit knapper Mehrheit beschloß der Bezirksparteitag, die VSPD-Reichstagsfraktion aufzufordern, den Reichswehretat abzulehnen. Dies war ein Erfolg der Linken, da damit indirekt das Ende der Tolerierungspolitik verlangt wurde.

In der "SPW" begründete der Reichstagsabgeordnete Henke diese Forderung damit, daß die Regierung Cuno die Kontakte der Reichswehr zu illegalen rechten Wehrverbänden nicht unterbinden wolle. 47) Die VSPD-Fraktion dürfe sich dabei auch nicht von Rücktrittsdrohungen der Reichsregierung irritieren lassen.

Die VSPD-Reichstagsfraktion setzte jedoch ihre Tolerierungspolitik fort. Am 27.2.1923 stimmte sie, trotz ihrer in der Debatte geäußerten Kritik an den Verbindungen der Reichswehr zu rechten Wehrverbänden, dem Reichswehretat zu, um die Regierung Cuno nicht zu gefährden. 48) In der Debatte über die Ruhrbesetzung im Reichstag am 7.3.1923 befürwortete der VSPD-Redner David ausdrücklich die Fortsetzung der Politik des passiven Widerstandes gegen den "französischen Imperialismus", die "bis jetzt die besten Erfolge gebracht hat." Er wandte sich aber gegen jeden ge-

waltsamen Widerstand und er verlangte die baldige Aufnahme von Verhandlungen mit Frankreich. 49)

Levi warf der Regierung Cuno erneut vor, garnicht ernsthaft Verhandlungen mit Frankreich anzustreben. Sie werde außenpolitisch zunehmend handlungsunfähig, mit einer Politik, "die das eine nicht will und das andere vermeidet: den Krieg nicht will und den Frieden vermeidet." 50) Wegen dieser Haltung sei diese Regierung unfähig, den Ruhrkonflikt zu beenden. Nur durch eine Stärkung der VSPD seien Verhandlungen mit Frankreich durchzusetzen. Levi ließ offen, welche Form der Regierung nach dem von ihm verklausuliert geforderten Sturz der Regierung Cuno folgen solle.

Im Gegensatz zur Parteimehrheit, die mit allen Mitteln eine ihrer Meinung nach nach dem Sturz der Regierung Cuno zwangsläufig erfolgende Aufnahme der DNVP in die Reichsregierung verhindern wollte, ging die VSPD-Linke - zumindest in den mir zugänglichen Artikeln - nie darauf ein, wie die politische Entwicklung nach dem Ende der Regierung Cuno verlaufen würde.

Neben der Außenpolitik stand die Wirtschafts- und die Finanzpolitik und die Reichswehrpolitik der Regierung Cuno im Mittelpunkt der Kritik der VSPD-Linken.

Die VSPD-Linke warf der Regierung Cuno vor, die Inflation nicht ernsthaft zu bekämpfen. Erklärt wurde dies damit, daß von der Inflation die Sachwertbesitzer profitierten, also vor allem die großindustriellen Förderer der Regierung Cuno, da die Kredite immer billiger würden, die Schulden gesenkt würden und die Preise viel schneller stiegen als die Löhne. Opfer der Inflation seien vor allem die Arbeiterschaft und kleinen Selbständige, also die Geldwertbesitzer, um deren Interessen sich die Regierung Cuno als Interessenvertreterin des Großkapitals nicht kümmere.

Bereits am 26.2.1923 sagte H.Mann in der "SPW" voraus, daß die Währungspolitik der Regierung Cuno statt zu einer Stabilisierung der Reichsmark zu ihrer "Labilisierung" und zu einer ökonomischen Katastrophe führen werde. 51)

W. Necker warf der Regierung vor, neben der Ankurbelung der Notenpresse den Staatshaushalt fast nur mit Massensteuern zu finanzieren, während die Besitzsteuern zurückgingen. 52)

Toni Sender prognostizierte am 20.3.1923 in der "SPW" eine bald beginnende "allgemeine Produktionskrise, deren Ursache sie in der riesigen "Spanne zwischen Kaufkraft und Preishöhe" sah, also in der zu geringen Kaufkraft der Massen. 53) Da die Löhne viel langsamer stiegen als die Preise, nehme die "Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes" immer mehr ab. Die Fortsetzung der die Preiserhöhungen fördernden Wirtschaftspolitik der Regierung Cuno werde, falls sie von der Arbeiterklasse nicht gestoppt werde, "eine völlige Verelendung der deutschen arbeitenden Bevölkerung" zur Folge haben.

Als Mitte April 1923 der Fall des Reichsmarkkurses ins uferlose begann, nach einer relativen Stabilisierung vom Februar 1923 an, sah die VSPD-Linke ihre Prognose als bestätigt an. Die "SPW" diagnostizierte "das völlige Fiasko der Währungs- und Finanzpolitik der Regierung Cuno" 54) und prophezeite im Gegensatz zur bürgerlichen Presse, die eine "Hurra-Stimmung" verbreiten wolle, eine Verschärfung der Wirtschaftskrise. 55)

Die VSPD-Linke warf der Regierung Cuno vor, die Kontakte der Reichswehr zu "monarchistischen Verschwörerorganisationen" aktiv zu fördern, nicht nur zu dulden, wie die VSPD-Parteimehrheit behauptet. 56) Die "SPW" unterstellte dem Reichswehrminister der von der VSPD tolerierten Regierung Cuno Geßler zusammen mit General von Seeckt "mit den Verschwörern gegen die Republik Hand in Hand" 57) zu arbeiten. Sie forderte sogar dazu auf, "das Blutnest im Reichswehrministerium, die Verschwörerverbindungen in der Reichswehr" 58) auszuräuchern, ohne zu konkretisieren, mit welchen Mitteln dies erfolgen solle.

Die Duldung und teilweise Förderung der rechten Wehrverbände durch die Reichsregierung, trotz der Existenz des Republikschutzgesetzes, bezeichnete Rabold als "politischen Skandal allerersten Ranges." 59) Falls die Regierung Cuno diese Politik fortsetze, habe die Arbeiterschaft das Recht und die Pflicht, als Akt der Notwehr eigene proletarische Wehrorganisationen aufzubauen: "Die Arbeiter wollen sich nicht einfach 'abkehlen' lassen, sie wollen mit dabei sein, wenn um das Schicksal der deutschen Republik gerungen werden soll... Politisch und rechtlich liegen die Verhältnisse ganz einfach so - was den monarchistischen Verschwörerbanden erlaubt ist, kann den republikanischen Arbeitern zumindest nicht verboten werden." 60) In den Hochburgen der VSPD-Linken, v.a. in Sachsen und Thüringen wurden im Frühjahr 1923 eigene VSPD-Parteiordnertruppen oder gemeinsame "Proletarische Hundertschaften" mit der KPD gebildet. (Vgl. dazu das Kapitel über die Entwicklung in Sachsen und Thüringen 1923).

Die VSPD-Parteimehrheit lehnte die Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen ab. Der preußische Innenminister Severing begründete dies damit, daß der Schutz der Republik allein Aufgabe der Reichswehr und der Polizei sei.

Die "Ostthüringer Tribüne" verurteilte diese Äußerungen Severings. Solange die Reichsregierung das Treiben der rechten Verschwörer dulde, sei es notwendig, unbewaffnete "Proletarische Ordnerdienste" aufzubauen. 61)

1.1.5. Die Verschärfung der Auseinandersetzung in der VSPD vor dem Hintergrund der zunehmenden Staats- und Wirtschaftskrise

Auch im Frühjahr und im Sommer 1923 konzentrierte sich die Aktivität der VSPD-Linken auf Angriffe auf die Tolerierung der Regierung Cuno durch die VSPD-Reichstagsfraktion. Hauptkritikpunkte blieben die Außen-, Wirtschafts-

und Reichswehrpolitik der Reichsregierung.

Innerhalb der VSPD und der freien Gewerkschaften ging die Auseinandersetzung über die Art des Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung weiter. Als der ADGB zusammen mit den Spitzenorganisationen der christlichen und der liberalen Gewerkschaften einen Protestaufruf aus Anlaß eines Zusammenstoßes von Arbeitern mit französischen Truppen vor dem Krupp-Werk in Essen am 31.3., bei dem 13 Arbeiter getötet wurden, unterschrieb, in dem das "Massaker von Essen" dem "französischen Militarismus" 62) angelastet wurde, reagierte die linke VSPD-Zeitung "Leipziger Volkszeitung" mit dem Vorwurf: "Statt den deutschen Nationalisten durch ihre Einheitsfrontstellung fortwährend Handlangerdienste zu leisten, hätte der Gewerkschaftsbund die Aufgabe, die Herrschaften mit Nachdruck zu bekämpfen." Der ADGB befinde sich in seiner Außenpolitik immer mehr "im Nachtrab der Nationalisten." 63)

Die VSPD-Reichstagsfraktion forderte in der außenpolitischen Debatte des Reichstages am 16.4.1923 erstmals die Regierung Cuno auf, trotz der Ruhrbesetzung, der Entente ein konkretes Angebot über die Höhe der deutschen Reparationszahlungen zu machen. Für den Fall, daß die Regierung Cuno dazu nicht bereit sei, drohte H. Müller jedoch keinerlei Sanktionen der VSPD an. Die Fortsetzung des passiven Widerstandes wurde von ihm ausdrücklich verlangt. 64)

Paul Levi hingegen befürwortete einen Tag später in der "SPW" die Beendigung der Tolerierung der Regierung Cuno durch die VSPD, wenn die Regierung nicht sofort Verhandlungen mit Frankreich aufnehme: "Wenn die Regierung weiterhin nichts will, als Reden halten, oder wenn sie verhandeln will, sie nicht verhandeln kann, so muß dem Ziel der Verhandlungen der Bestand der Regierung untergeordnet werden." 65) Ziel der VSPD müsse dann sein, eine Regierung zu installieren, die zur Rückkehr zur Erfüllungspolitik bereit sei. In Deutschland gebe es zur Zeit nur die Alternative "Erfüllungspolitik treiben mit dem Proletariat oder das Gegenteil mit der Bourgeoisie". Die Arbeiterschaft müsse die deutsche

Bourgeoisie dazu zwingen, die Hauptlast der unvermeidbaren Reparationszahlungen zu leisten. Levi machte wiederum keine konkreten Angaben darüber, welche Art der Regierung nach dem Sturz des Kabinetts Cuno folgen solle.

In einem Artikel zum 1. Mai machte er jedoch deutlich, daß ihm eine Arbeiterregierung nach dem Modell des Vorschlages Legiens nach dem Kapp-Putsch vorschwebte. In Deutschland sei eine Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen notwendig, die aber nicht auf der gewaltsamen Unterdrückung eines Teiles der Arbeiterbewegung durch einen anderen beruhen dürfe, wie seit 1917 in Sowjetrußland und im Jahre 1919 in Deutschland. Das Verhältnis der Arbeiterparteien in Deutschland müsse so sein: "Weder werden die einen die anderen, noch die anderen die einen niederschlagen. Das Verhältnis der verschiedenen Strömungen der Arbeiterklasse und damit die geistige, materielle und organisatorische Fortentwicklung der Arbeiterklasse gemeinhin kann nur geregelt und gesichert werden durch geistige Auseinandersetzung um das gemeinsame Werk." 66)

Während die VSPD-Parteimehrheit an der Zusammenarbeit mit der DDP, DVP, BVP und dem Zentrum festhielt, orientierte die VSPD-Linke - vor dem Hintergrund der partiellen Kooperation mit der KPD in Sachsen und Thüringen - auf die Einheitsfront mit der KPD, mit dem Ziel der Errichtung einer Arbeiterregierung auf Reichsebene.

Levi erkannte allordings, daß in der VSPD große Teile der Partei an der Burgfriedenspolitik festhalten wollten. Der "Geist von 1914" sei in der Arbeiterbewegung immer noch lebendig: "Noch ist der Wahn, daß der Sozialismus und der internationale Friede zu finden seien auf dem Marsche hinter den Bannern der nationalen Bourgeoisie, nicht zerstört."

Er stellte fest, daß, wie von ihm vorausgesagt, trotz der organisatorischen Vereinigung der Sozialdemokratie in der VSPD die ideologischen Gegensätze unvermindert fortbestünden, wie die gegenwärtigen innerparteilichen Kon-

flikte um die Stellung gegenüber der Regierung Cuno bewiesen: "Und wer denken mochte, daß aus der Verschmelzung eine neue sozialistische Partei entstehen würde, ohne die Spuren der alten, der hat sich getäuscht. Es sind von uns keine intellektuellen Opfer gebracht worden; wir haben sie von niemand erwartet. Aber auch wir haben keine intellektuellen Opfer gebracht und niemand hat sie von uns verlangt."

Auch Tony Sender kritisierte die Politik der VSPD- und ADGB-Führung: "Hat sie ob des zu bekämpfenden ausländischen Gegners ganz den Gegner im eigenen Lande vergessen?" 67)

Die Regierung Cuno kam schließlich angesichts der Erfolglosigkeit ihrer bisherigen Außenpolitik und der zunehmenden wirtschaftlichen Probleme der Finanzierung des passiven Widerstandes dem Drängen der VSPD nach einem Verhandlungsangebot an die Entente entgegen. Am 2.5.1923 sandte sie eine Note an die Ententemächte, in der sie sich zur Zahlung von Reparationen in einer Gesamthöhe von 30 Milliarden Goldmark bereit erklärte. Sie hielt aber an der Forderung fest, daß vor dem Beginn der Verhandlungen darüber, sich die französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückziehen müßten: "Ausgangspunkt der Verhandlungen muß sein, daß innerhalb kürzester Frist der Status quo ante (vor dem 10.1.1923 - E.W.) wiederherzustellen ist." 68)

Die Regierungen Frankreichs und Belgiens lehnten dieses Angebot sofort als unannehmbar ab, da es nur 1/4 der Summe der Reparationen des Londoner Ultimatums umfasse, das Deutschland 1921 akzeptiert habe, und zudem nur unzureichende Garantien für die Zahlungsbereitschaft biete. 69) Auch Großbritannien, auf dessen Vermittlungsaktion die Regierung Cuno gesetzt hatte, zeigte sich über den Inhalt des Angebots enttäuscht.

Die VSPD-Parteiführung billigte trotz Detailkritik im großen und ganzen die Note der Regierung Cuno.

Die VSPD-Linke sah in der Note nur ein Scheinangebot, da diese an der Räumung des Ruhrgebietes als Voraussetzung

jeder Verhandlungen festhielt, keine wirklichen Garantien für die Zahlungsbereitschaft anbot und ausdrücklich auf der Fortsetzung des passiven Widerstandes bestand.

Levi sah in dem Inhalt der Note den endgültigen Beweis dafür, daß man von der Regierung Cuno nur "die 'nationale', die 'Nichterfüllungspolitik'" erwarten könne. 70) Die Note werde nur die intransigente Haltung der Regierung Poincaré verstärken und die Aufnahme von Verhandlungen erschweren. Die Regierung Cuno habe als Interessenvertreterin des Kapitals kein Interesse an einer Erfüllungspolitik. Trotz der Krise der Regierung Cuno wegen interner Auseinandersetzungen über den Inhalt der Note sah Levi noch keine Chance für die Bildung einer Arbeiterregierung im Reich, da die Macht der Arbeiterklasse dazu bisher nicht ausreiche. In verklausulierter Form warnte er vor der Bildung einer Regierung der Großen Koalition von dem VSPD bis zur DVP. Eine solche Koalitionsregierung werde die wirtschaftliche und außenpolitische Krise nur verschleppen, aber wegen der unüberwindlichen Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum nicht lösen können.

Am 8.5.1923 wurde in der "SPW" von Gerhart Seger offen die sofortige Beendigung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet verlangt. 71) Begründet wurde diese Forderung mit der katastrophalen wirtschaftlichen Lage im Ruhrgebiet und im Reich, sowie mit der zunehmenden Tendenz zum gewaltsamen aktiven Widerstand im Ruhrgebiet durch rechte Wehrverbände. Der Abbruch des passiven Widerstandes werde der Regierung Poincaré jeden Vorwand gegen die Aufnahme von Verhandlungen mit Deutschland rauben.

Trotz des Scheiterns der Note der Regierung Cuno vom 2.5. und der sich immer wieder verschlechternden ökonomischen Lage, hielt die VSPD-Reichstagsfraktion an der Tolerierung der Regierung Cuno fest. Am 16.5.1923 lehnte sie zusammen mit den Regierungsparteien Mißtrauensanträge der Rechtsparteien ab. Der "Vorwärts" begründete dieses

Verhalten mit dem "nationalen Verantwortungsgefühl" der VSPD; die wisse, daß ein Sturz der Regierung Cuno eine "ausweglose innere Krise" mit "unabsehbaren Konsequenzen" zur Folge haben würde. 72) Die VSPD-Reichstagsfraktion leistete sich, im Gegensatz zu den Rechtsparteien, nicht "den Luxus einer demagogischen Opposition." Die VSPD-Parteimehrheit hielt also an ihrer ambivalenten Stellung zur Regierung Cuno fest. Während sie die Regierungspolitik im Reichstag faktisch unterstützte, betonte sie immer wieder, daß sie "außerhalb der Regierungsverantwortlichkeit" stehe. 73)

Sie forderte zwar die baldige Aufnahme von Verhandlungen mit Frankreich, wollte aber, anders als die VSPD-Linke, nicht die Einstellung des passiven Widerstandes. Am 31.5.1923 beschloß eine Konferenz der VSPD-Abgeordneten der besetzten Gebiete mit Vertretern des VSPD-Parteivorstandes und des ADGB-Vorstandes ausdrücklich, daß auch während der Verhandlungen mit der Entente der passive Widerstand mit gleicher Energie wie bisher fortgesetzt werden müsse, da ein vorzeitiger Abbruch die Unterwerfung unter den französischen Imperialismus und Militarismus bedeute. Der "Vorwärts" lobte diese Haltung. 74)

Am 7.6.1923 richtete die Regierung Cuno eine neue Note an die Entente. 75) Sie nannte darin keine Summe der Reparationen mehr. Diesen Betrag und die Zahlungsgarantien sollte eine "unparteiliche internationale Instanz" festlegen. Der Vorschlag dieser Instanz sollte die Verhandlungsgrundlage bilden. Anders als bei der ersten Note wurde die Verhandlungsbereitschaft nicht mehr von der vorherigen Räumung des Ruhrgebietes abhängig gemacht. Allerdings wurde nicht die sofortige Beendigung des passiven Widerstandes angeboten.

Frankreich lehnte das Memorandum sofort als unannehmbar ab, da es nicht die Beendigung des passiven Widerstandes anbot, keine Gesamtsumme der Reparationshöhe vorschlug und an die Stelle der bestehenden Reparationskommission der Entente ein neues Gremium setzen wolle. 76)

Die "SPW" bewertete zwar die neue Note als "kleinen Fortschritt", erkannte aber, daß Frankreich diese ablehnen werde und warf der Regierung Cuno vor, die Reparationen v.a. durch eine Erhöhung der Massensteuern finanzieren zu wollen. Die Strategie der Arbeiterschaft müsse sein, die Bourgeoisie zu zwingen, die Hauptlasten der Reparationen zu zahlen: "Die von der deutschen Wirtschaft aufzubringende Leistung wird nicht erhandelt werden können, sie wird erzwungen werden müssen in umfassenden Kämpfen der bedrückten und unterdrückten Klasse." 77)

Im Reichstag setzte die VSPD-Reichstagsfraktion die Tolerierung fort. Da die KPD-Reichstagsfraktion mit 15 Mitgliedern nicht die zur Einbringung eines Mißtrauensvotums notwendige Anzahl von 30 Unterschriften aufbringen konnte, bat sie die VSPD-Fraktion um Unterstützung. Die VSPD lehnte dies jedoch mit der Begründung ab, der Antrag sei nur ein "kommunistischer Agitationstrick", da die bürgerliche Reichstagsmehrheit mit Sicherheit gegen das Mißtrauensvotum stimmen werde. Zudem bestimme die VSPD selbst, wann sie den Sturz der Regierung für sinnvoll halte. Auch die linken VSPD-Reichstagsabgeordneten hielten sich an die Fraktionsdisziplin und verweigerten dem KPD-Vorschlag am 9.6. ihre Zustimmung, obwohl die VSPD-Linke immer offener den Sturz der Regierung Cuno forderte. 78)

Am 19.6. plädierte Levi in der "SPW" erneut für die Beendigung der Tolerierungspolitik. 79) Die Regierung Cuno sei außenpolitisch völlig handlungsunfähig, da sie weder zum aktiven Widerstand übergehen wolle, wie es die Reaktion wünsche, noch zu sofortigen Verhandlungen mit Frankreich und zur Einstellung des passiven Widerstandes bereit sei: "Die Regierung Cuno kann nicht handeln und damit ist ihr Los für die Gegenwart gefallen." Die VSPD müsse durch einen Sturz der Regierung Cuno die "Liquidation des Ruhrkrieges" einleiten und dadurch die Passivität und Lähmung der Arbeiterschaft, die durch die Tolerierungspolitik entstanden sei, überwinden:

"Im ganzen Ruhrkrieg hat das Proletariat bisher nur leiden dürfen. Darf es erst einmal handeln, ist in kurzem jener Bann gebrochen." Levi konkretisierte wiederum nicht, welche Form der Regierung nach dem Sturz Cunos folgen sollte.

Auf der Tagung des Parteiausschusses der VSPD am 21.6.1923 konnte sich die VSPD-Linke nicht durchsetzen. 80) Der Parteiausschuß billigte nach einem Referat des Parteivorsitzenden H. Müller die innen- und außenpolitische Haltung der VSPD-Reichstagsfraktion und damit auch die Fortsetzung der Tolerierungspolitik. Er beschloß auch den für dieses Jahr geplanten Reichsparteitag auf das Frühjahr 1924 zu verschieben, mit dem Argument, daß er dann als Auftakt des Reichstagswahlkampfes dienen könne. Der "Vorwärts" gab keine Abstimmungsergebnisse bekannt, doch es ist zu vermuten, daß die Vertreter der linken Bezirke dagegen stimmten.

Der linke Bezirksvorstand Zwickau-Plauen beschloß am Tag darauf einstimmig einen Antrag, der zum Ziel hatte, die VSPD-Reichstagsfraktion in einen Konflikt mit der Regierung Cuno zu bringen. 81) Er forderte die VSPD-Reichstagsfraktion auf, einen Antrag zur "Erfassung der Sachwerte" (d.h. staatliche Beteiligung an Großunternehmen mit dem Zweck der Zahlung der Reparationen aus den Gewinnanteilen - E.W.) einzubringen. Zur Unterstützung des Antrages seien gemeinsame Kommissionen mit den freien Gewerkschaften und "eventuell mit den Kommunisten" zu bilden, um "außerparlamentarische Aktivitäten" zur Durchsetzung dieses Zieles vorzubereiten. Die Koalition der VSPD mit bürgerlichen Parteien wurde entschieden abgelehnt: "Jeder Versuch, jetzt zu einer Koalition mit den kapitalistischen Parteien zu kommen, ist dem proletarischen Kampf in diesem Stadium schädlich."

Der "Vorwärts" verschwieg diesen Beschluß, der auch von der Reichstagsfraktion nicht aufgegriffen wurde,

wahrscheinlich, weil er die Verbindung zu den Regierungsparteien empfindlich gestört hätte und angesichts der bürgerlichen Reichstagsmehrheit chancenlos gewesen wäre.

Die VSPD-Reichstagsfraktion stimmte am 7.7.1923 zusammen mit den Regierungsparteien der Vertagung des Reichstages auf unbestimmte Dauer zu. Trotz dieser Fortsetzung der Tolerierungspolitik bemühte sich der "Vorwärts", diese Entscheidung nicht als Billigung der Regierungspolitik erscheinen zu lassen: "In der sozialistischen Arbeiterschaft ist zu dieser Regierung, in der sie nicht vertreten ist und die mit Erfolgen nicht aufwarten kann, Vertrauen nicht vorhanden. Man begreift vielleicht zur Not noch, daß es die Sozialdemokratie unter den gegebenen außenpolitischen Verhältnissen nicht darauf angelegt hat, eine ausweglose Krise zu eröffnen, aber dieses Verstehen kann in keiner Weise der Regierung das Vertrauen der arbeitenden Massen ersetzen, das sie braucht und das ihr fehlt. 82) Der "Vorwärts" hielt immer noch an der Politik des passiven Widerstandes fest und lehnte jede "Kapitulation vor dem Machtwillen des französischen Imperialismus" ab.

In der "SPW" forderte wenig später Emil Rabold hingegen erneut die sofortige Einstellung des passiven Widerstandes, da unter seinen Folgen v.a. die Arbeiterschaft leide. Die Perspektive des passiven Widerstandes charakterisierte er so: "Solange das Reich, das heißt die breiten Massen die Kosten der Ruhraktion tragen, denkt die Industrie nicht daran, den Widerstand aufzugeben. Sobald die Schulden- und Kreditwirtschaft aufhört und die Industrie keine Vorteile mehr aus der Ruhraktion ziehen kann, wird sie aufhören Widerstand zu leisten und schließlich - das ist die logische Schlußfolgerung - ihren Pakt mit den Franzosen machen." 83)

Im Mittelpunkt der Kritik an der Innenpolitik der Regierung Cuno durch die VSPD-Linke stand weiterhin die Wirtschafts- und Reichswehrpolitik. Ab Mitte April 1923 steigerte sich die Inflationsrate, die vom Februar bis April durch Devisenaufkäufe der Reichsbank vorübergehend gestoppt worden war, auf astronomische Höhen. Eine der Ursachen dieser Inflation, auf die hier nicht eingegangen werden kann,⁸⁴⁾ war die Finanzierung der Hilfen der Reichsregierung für die Bevölkerung des Ruhrgebietes durch das Ankurbeln der Notenpresse. Der Kurs der Reichsmark fiel ins Bodenlose. Während im April 1923 die Parität der Reichsmark zum Dollar noch 1:20000 war, war sie im Juni 1:100000, im Juli 1:350000 und im August 1.600000. ⁸⁵⁾

Da die Preise viel schneller stiegen als die Löhne, sank der Reallohn der Arbeiterschaft immer mehr. Er betrug im Sommer 1923 nur mehr 1/3 des Vorkriegsniveaus. ⁸⁶⁾

Die "SPW" stellte am 24.5. bereits fest, daß der zaghafte Versuch der Regierung Cuno die Währung zu stabilisieren endgültig gescheitert sei. ⁸⁷⁾ Der Fall der Reichsmark sei nicht mehr zu stoppen. Die Regierung Cuno habe kein wirkliches Interesse daran, die Inflation aufzuhalten, da der Zerfall der Währung den Sachwertbesitzern durch die Befreiung von Schulden und die Senkung der Exportpreise und der Reallohne nütze.

Auch in der Wirtschaftspolitik zeigte sich sehr das Mißtrauen zwischen den beiden VSPD-Flügeln.

Der Anlaß dazu war die Stellungnahme zu einem Angebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie an die Reichsregierung vom 25.5.1923. Darin bot der RDI an, eine Garantie für die Beteiligung an den jährlichen Reparationszahlungen zu übernehmen, wenn sich der Staat weitgehend aus der Wirtschaft zurückziehe, die Besitzsteuern senke und die Verordnung über den Achtstundentag abschaffe. ⁸⁸⁾

Die VSPD-Reichtagsfraktion lehnte das Angebot des RDI am 30.5. entschieden ab, da es nur das Ziel verfolge, "die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse" abzubauen. Auch die freien Gewerkschaften wiesen am 1.6.1923 das Angebot zurück. 89)

Die VSPD-Linke stellte jedoch die Ernsthaftigkeit dieser Ablehnung offen in Frage. Die "Leipziger Volkszeitung" kritisierte einen "Vorwärts"-Artikel, der sich gegen das RDI-Angebot wandte, so: "Der 'Vorwärts' war der Führer der Politik der fortdauernden Anpassung (der VSPD an die Regierung Cuno-E.W.), und wenn er jetzt schreibt, daß das Angebot der Schwerindustriellen die Regierung in dem entschiedenen Widerspruch zur Sozialdemokratie bringe, dann wäre nur zu wünschen, daß der 'Vorwärts' nicht, wie das bei dem Zentralorgan anderer Parteien leider alltäglich ist, in den nächsten Tagen schon das Angebot als Basis der Verhandlungen anerkennen wird." 90)

Die VSPD-Linke lehnte das Angebot natürlich ab. Aufhäuser bezeichnete es als "Programm der wirtschaftlichen Gegenrevolution" und "Bekenntnis zum reinen Manchestertum", das eine Herausforderung an die Arbeiterklasse darstelle: "Die besitzende Klasse, die in bestimmten Stadien der Ruhrbesetzung von der nationalen Einheitsfront so viel geredet hat, will heute den Kampf mit den Arbeitern und Angestellten. Sie soll ihn haben." 91)

Die Regierung Cuno reagierte sehr vorsichtig auf das Angebot, das sie weder pauschal ablehnte noch billigte.

Emil Rabold formulierte in der "SPW" das wirtschaftspolitische Forderungsprogramm der VSPD-Linken: Stopp der Notenpresse, sofortige Beendigung des passiven Widerstandes, Erhöhung der Besitzsteuern, Erfassung der Sachwerte und Indexierung der Löhne an die Lebenshaltungskosten. 92)

Die Forderung nach Erfassung der Sachwerte und nach der Lohnindexierung wurde auch von den freien Gewerkschaften geteilt.

Die VSPD-Reichstagsfraktion verabschiedete trotz der Forderung der VSPD-Linken kein wirtschaftspolitisches Alternativprogramm zur Politik der Regierung Cuno.

In Verhandlungen mit der Reichsregierung versuchten VSPD und freie Gewerkschaften eine staatliche Lohnindexierung durchzusetzen, was aber schließlich an der Weigerung der Regierung scheiterte, in die Tarifautonomie einzugreifen. Die "SPW" gab diesen Verhandlungen im Gegensatz zum "Vorwärts" von vornherein keine Erfolgchance, da die Regierung Cuno am Reallohnabbau interessiert sei. Sie prophezeite am 5.7. den völligen Zerfall der Reichsmark. 93)

Wegen des Scheiterns des Versuches, die Indexlöhne durchzusetzen, sank der Lebensstandard der Arbeiterschaft immer mehr. Als Folge davon kam es Ende Juli zu sogenannten Hungerunruhen in mehreren Großstädten, bei denen Geschäfte geplündert wurden. Emil Rabold charakterisierte die Lage in Deutschland Anfang August 1923 so: "Das Deutschland der Cuno-Mark ist eine Hölle für die Besitzlosen und ein Paradies für Kapitalisten und Sachwertverdiener, für Schieber und Wucherer." 94)

Die VSPD-Linke setzte ihre scharfe Kritik an den Kontakten der Reichswehr zu rechten Wehrverbänden fort und forderte weiterhin die Bildung proletarischer Wehrverbände.

In ihrer Überzeugung, daß die Regierung Cuno diese Kontakte nicht nur duldete, sondern aktiv förderte, fühlte sie sich bestätigt, als bekannt wurde, daß Reichskanzler Cuno den Freikorpsführer und Mitglied der Deutschvölkischen Freiheitspartei Roßbach zu einem Gespräch über die 'Ertüchtigung der Jugend' und die Arbeit der von Roßbach geleiteten paramilitärischen "Turnerschaften" heimlich empfangen hatte. Levi bezeichnete das Verhalten Cunos als "Hoch- und Landesverrat". 95) Selbst der "Vorwärts" tadelte, wenn auch in gemäßigterem Ton, das Verhalten Cunos. 96)

Die VSPD-Parteimehrheit hielt an ihrer Ablehnung der Bildung proletarischer Abwehrorganisationen fest, da

ihrer Meinung nach der Schutz der Republik allein Aufgabe der Armee und Polizei sei.

Der preußische Innenminister Severing verbot am 12.5.1923 die Proletarischen Hundertschaften der KPD, wegen der Annäherung staatlicher Hoheitsrechte. Der "Vorwärts" lobte diese Entscheidung: "Es geht nicht an, daß man irgendeiner Partei gestattet, militärische Formationen zur Bekämpfung eines anderen Volksteiles aufzustellen. Wenn man in dieser Beziehung eine völlige Freiheit herstellen würde, so muß das naturnotwendig eines Tages zum Bürgerkrieg führen." 97)

Die "SPW" kommentierte dieses Verbot nicht. Aus einem Artikel Rabolds aus Anlaß des ersten Jahrestages der Verabschiedung des Republikschutzgesetzes geht jedoch hervor, daß sie dem bestehenden Staatsapparat nicht den Willen zubilligte die Republik im Ernstfall schützen zu wollen: "In der Verwaltung, der Justiz, in großen Teilen der Polizei ist die Reaktion unerschüttert geblieben, und die Reichswehr, der eigentliche Brennpunkt des Gefahrenherdes, ist selbst von Reformmaßnahmen verschont geblieben, geschweige denn, daß eine grundlegende Änderung erfolgt wäre." 98)

Nach einem Sprengstoffanschlag auf die VSPD-Parteidruckerei in Münster am 24.6.1923 forderte die "SPW" erneut den Aufbau proletarischer Selbstschutzorganisationen, da die Regierung Cuno gegen die "rechten Terrortruppen" niemals vorgehen werde. 99)

In Sachsen und Thüringen baute die VSPD gegen den Willen des Parteivorstandes weiterhin eigene Selbstschutztruppen auf oder bildete zusammen mit der KPD "Proletarische Hundertschaften".

1.1.6. Die Eskalierung des innerparteilichen Konflikts
bis zur Sonderkonferenz von 30 linken VSPD-Reichs-
tagsabgeordneten in Weimar am 29.7.1923

Ende Juli 1923 spitzte sich der in der VSPD schon lange schwelende Konflikt über die Fortsetzung der Tolerierungspolitik dramatisch zu. Ursache dafür war die soziale Verelendung großer Schichten der Arbeiterschaft, der Stillstand in der Außenpolitik und die immer deutlicher sichtbare Vorbereitung der rechten Wehrverbände auf einen Putsch.

In einem leidenschaftlichen Appell forderte Levi im Artikel "Eine Frage an das Schicksal" in der "SPW" am 24.7.1923 den sofortigen Sturz der Regierung Cuno. 100) Bei einer Fortsetzung der Tolerierungspolitik drohe der VSPD der Verlust eines Großteiles ihrer Anhänger an die KPD. Der Ausgang der Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz am 6.7.1923 sei ein "Menetekel" für die VSPD. (Die VSPD verlor 7 ihrer bisherigen 15 Mandate, die KPD steigerte sich von 1 Sitz auf 7 Sitze). 101)

Die VSPD müsse jetzt den Preis für ihre "Zwitterstellung" im Reichstag zahlen. Sie werde von vielen Arbeitern für die Politik der Regierung Cuno, "dieser Regierung, die größeres Unheil über Deutschland heraufbeschworen hat als irgendeine Regierung je zuvor, die kaiserliche miteingeschlossen," mitverantwortlich gemacht.

Levi forderte die VSPD-Reichstagsfraktion auf, eine sofortige Einberufung des Reichstages zu beantragen, um dort die Regierung Cuno wegen ihrer Innen- und Außenpolitik zur Rede zu stellen. Die Fraktion müsse dabei "deutlich werden und auf jeden Fall, selbst auf den Cunos hin."

Nur zwei Tage später sah sich Levi veranlaßt, erneut das Wort zu ergreifen, nachdem in Breslau Hungerunruhen ausgebrochen waren und in Frankfurt am Main nach einer gemeinsamen Kundgebung von VSPD und KPD ein Staats-

anwalt, der der DNVP angehörte, gelyncht worden war, da er angeblich auf die Menge geschossen hatte.

Levi sah darin Verzweiflungstaten der Massen, die ihre Ursache in der wirtschaftlichen Not hätten. 102) Schuld an dieser unkontrollierten Massenbewegung sei das fehlerhafte Verhältnis der VSPD und der KPD zu außerparlamentarischen Massenaktionen: "Halten die Kommunisten die Massen jederzeit zu allem 'reif', und lauert so im Hintergrund immer der Gedanke der 'direkten Aktion', so wissen unsere die Parteifeder führenden Genossen den Massen nichts anderes als die Unreife der Verhältnisse vorzuerzählen." Er verurteilte gleichermaßen die Neigung der KPD-Führung zum Putschismus wie die Tendenz der VSPD-Führung zum ständigen Nachgeben gegenüber den bürgerlichen Parteien und zur Beschränkung auf parlamentarische Aktivitäten. Die Haltung der VSPD-Parteiführung seit November 1922 stellte er so dar: "Sie hat geglaubt, den Kampf der Massen durch Pakte, Programme und Koalitionen ersetzen zu können. Sie hat sechs Monate lang noch nicht einmal gewagt, ihnen zu erzählen von einer Regierung, die Land und Volk ruiniert und sie aufzufordern, eine Regierung des größten zeitgeschichtlichen Bankrotts zu beseitigen."

Selbst in den parteivorstandskonformen Parteibeiraten der VSPD nahm die Kritik an der Regierung Cuno immer mehr zu. Der Bezirksvorstand Mittelschlesien forderte die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit Frankreich, die Einführung wertbeständiger Löhne und die Republikanisierung der Sicherheitsorgane. Von der VSPD-Reichstagsfraktion wurde die "Verschärfung der Opposition gegen die Cuno-Regierung" verlangt. Einen ähnlichen Beschluß faßte der Bezirksvorstand Schleswig-Holstein. 103)

Am 27.7.1923 beschäftigte sich eine Funktionsversammlung des VSPD-Bezirk Groß-Berlin mit der Stellung der VSPD zur Regierung Cuno. 104) Der Referent des Partei-

vorstandes Robert Schmidt verlangte mit folgender Begründung eine weitere Tolerierung der Regierung Cuno: "Wir sind nicht an das Kabinett Cuno gebunden. Aber welche bürgerlichen Männer wollen Sie an seine Stelle setzen? Ich verzichte darauf, in die Regierung einzutreten." Die Redner der Linken Altmeier, Lidtke und Rabold forderten hingegen den sofortigen Sturz der Regierung Cuno. Ein Antrag, der von der VSPD-Reichstagsfraktion die Durchsetzung der auch vom Bezirk Mittelschlesien aufgestellten Forderungen verlangte, wurde mit großer Mehrheit gebilligt. Ein Zusatzantrag der Linken, der die Einberufung des Reichstages mit dem Ziel des sofortigen Sturzes der Regierung Cuno forderte, wurde mit knapper Mehrheit angenommen.

Am Tag darauf verteidigte im "Vorwärts" der Parteivorsitzende H. Müller das Festhalten der Parteiführung an der Tolerierung der Regierung Cuno mit dem Argument, daß auf diese Regierung nur eine noch rechtere Regierung folgen werde: "Wer die Regierung Cuno stürzen will, muß sich klar darüber sein, daß keinerlei Besserung für die Arbeiterklasse erfolgt, wenn hinterher nichts gemacht wird als schärfste Opposition." Er appellierte an die bürgerlichen Mittelparteien, die Forderungen der VSPD zu akzeptieren. Er deutete offen die Bereitschaft der VSPD an, eine Koalitionsregierung mit diesen Parteien zu bilden: "Auch die Sozialdemokratische Partei wird sich der positiven Mitarbeit in der Regierung nicht entziehen können, wenn ohne sie eine Regierung nicht zu bilden ist." 105)

Wahrscheinlich nicht zuletzt wegen dieser Koalitionsbereitschaft der Parteiführung sah sich die Linke in der VSPD-Reichstagsfraktion veranlaßt, auf einem eigenen Treffen die programmatistischen Ziele der VSPD-Linken in dieser Situation zu artikulieren.

Am 29.7.1923 fand in Weimar eine Sonderkonferenz von 30 linken VSPD-Reichstagsabgeordneten statt.

In einem zwei Tage später erschienenen Artikel in der "SPW" wurde die Notwendigkeit der Abhaltung dieser Tagung mit dem Gefühl vieler Parteimitglieder begründet, "daß das Schiff der Partei führerlos und willenlos im Sturm treibe." 106) Ziel der Konferenz sei es gewesen, Vorschläge zur Überwindung der Krise des Landes und der Partei zu machen. Da es der Reichstagsfraktionsvorstand abgelehnt habe, den Beschluß der Konferenz entgegenzunehmen, den ihm die Abgeordneten Levi, Rosenfeld und Fries hätten unterbreiten sollen, müsse man "notgedrungen diesen unvollkommenen Ausweg" der Veröffentlichung in der "SPW" ergreifen.

Da der Beschluß der Sonderkonferenz die einzige "quasi-offizielle" programmatistische Erklärung der VSPD-Linken im Jahre 1923 darstellte, wird er hier in voller Länge dokumentiert:

- "Die Arbeit der Fraktion und die Führung der Partei müssen sich in folgender Linie bewegen:
1. Sofortige Einberufung der Fraktion und Forderung des Rücktritts der Regierung Cuno, ohne Rücksicht darauf, ob die bürgerlichen Fraktionen der von uns geforderten Einberufung des Reichstages zustimmen.
 2. Erklärung gegen die Sabotageakte (im Ruhrgebiet -E-W.).
 3. Anbahnung direkter Verhandlungen mit Frankreich und Belgien unter Angebot einer bestimmten Reparationssumme für Räumung des Ruhrgebietes, die durch Vermögensabgabe zu erheben ist.
 4. Alle a) zur Bilanzierung des Etats, zur Stillegung der Notenpresse und gegen Währungsverfall, b) zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung nötigen Maßnahmen.
 5. Ablehnung jeder Koalition, solange nicht die Partei durch eine klare, selbständige proletarische Politik sich die Macht sichergestellt hat, die ihr das Übergewicht in jeder Koalition sichert.
 6. Unter vollster Wahrung unserer Anschauungen, Ziele und

- Selbständigkeit möglichstes Zusammenarbeiten mit den Kommunisten zur Erreichung der nächsten proletarischen Ziele.
7. Engstes Zusammenarbeiten der parlamentarischen Parteivertretungen im Reiche mit denen der Länder.
 8. Einheitliche Maßnahmen der VSPD in den Ländern, Regierungen und Landtagen gegen den Faschismus; Aufbau eines einheitlichen Selbstschutzes durch die Partei.
 9. Energischste Ausnutzung aller möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Machtmittel in engster Verbindung mit den Gewerkschaftsorganisationen.
 10. Sofortige Einberufung eines Parteitages." 107)

Der Beschluß enthielt einige für die Parteiführung unannehmbare Forderungen, wie die Ablehnung der Koalition mit den Mittelparteien, die Forderungen der Zusammenarbeit mit der KPD und der Einberufung eines Reichsparteitages.

Er verzichtete darauf, auf die Frage eine Antwort zu geben, welche Form die Reichsregierung nach dem gewünschten Sturz der Regierung Cuno haben würde. Auf das Argument der Parteimehrheit, daß eine noch rechtere Regierung drohe, wurde nicht eingegangen. Es ist anzunehmen, daß die VSPD-Linke keinen qualitativen Unterschied zwischen der Regierung Cuno und einer anderen bürgerlichen Regierung mehr sah und darauf hoffte, daß die VSPD durch eine konsequente Oppositionspolitik im Reichstag und im außerparlamentarischen Bereich wieder an Anhängerschaft gewinnen werde und später zusammen mit der KPD eine Arbeiterregierung bilden werden könne.

Die Forderungen der Reichskonferenz wurden von den linken VSPD-Zeitungen, wie der "Chemnitzer Volksstimme", dem "Sächsischen Volksblatt" und der "Ostthüringer Tribune", unterstützt. Nur die "Leiziger Volkszeitung" verurteilte die Abhaltung einer Sonderkonferenz als "Rückfall in die Überwundene USPD-Zeit". 108)

Der "Vorwärts" berichtete erst am 3.8.1923 über die Sonderkonferenz der linken VSPD-Reichstagsabgeordneten. 109) Er rechtfertigte die Weigerung des Fraktions-

vorstandes, Levi, Rosenfelds und Frios zu empfangen, damit, "daß ihre Anhörung geradezu die Anerkennung von Sonderkonferenzen bedeutet haben würde, die im Hinblick auf die Konsequenzen, die sich daraus für die Zusammenarbeit in der Reichstagsfraktion ergeben müßten, nicht statthaft sei. Das "Elaborat von Weimar" wurde als "sehr wenig überlegte Arbeit" bewertet. Auf besondere Kritik stieß die Forderung nach einer Zusammenarbeit mit der KPD. Auf den Inhalt des Beschlusses wurde in der Polemik kaum eingegangen. Besonders verurteilt wurde die Vorgehensweise der 30, ihren Beschluß in der "SPW" der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, statt ihre Wünsche nur intern in der Fraktion vorzubringen. Herablassend kommentierte der "Vorwärts": "Vielleicht hätte dann die in der Fraktion geübte Kritik erreicht, daß sich die Antragsteller von der gelinde gesagt Unvollkommenheit ihres Programms überzeugt und es zurückgezogen hätten." Die Sonderkonferenz sei "kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Partei."

1.1.7. Die Debatte in der Sozialdemokratie über die Bildung einer Reichsregierung der Großen Koalition in der Endphase der Regierung Cuno

In der VSPD verdichteten sich die Gerüchte, daß der VSPD-Parteivorstand bereit sei, eine Beteiligung der VSPD an einer Regierung der Großen Koalition als Nachfolgerin der Regierung Cuno zu unterstützen. Levi befaßte sich am 30.7.1923 daher in einem Grundsatzartikel mit der Problematik der Koalition mit bürgerlichen Parteien. 110) Darin warf er der bisherigen Koalitionspolitik der Sozialdemokratie seit 1919 vor: "Was ist der Grundgedanke der Koalitionspolitik? Es ist der Gedanke, ein Minus an politischer Macht durch parlamentarische Bindung auszugleichen. Was ist der Grundfehler der Koali-

tionspolitik? Daß sie dieses Minus als eine unveränderliche Tatsache hinnimmt und also darauf verzichtet, sie durch Steigerung unseres politischen Einflusses in den Massen, durch klare, entschiedene, oppositionelle proletarische Politik zu beheben."

Die Bildung einer Großen Koalition lehnte er entschieden ab, da sie von den bürgerlichen Parteien nur mit dem Ziel eingegangen werden würde, die VSPD durch ihre Diskreditierung in den Augen der Arbeiterschaft weiter zu schwächen. Die Parole der bürgerlichen Parteien sei: "avilir , puis demolir. Erst erniedrigen, dann zerstören; erst in das Lotterbett der Koalition zwingen, und dann die Trümmer auf den Haufen werfen: nicht nur die Trümmer der Partei, sondern v.a. - darauf kommt es ihnen auch noch an - der Gewerkschaften. Nein: eine Koalition in dieser Situation ist eine Unmöglichkeit für Partei und Gewerkschaften: sie wäre das Ende von beiden." Levi kündigte an, daß die Frage der Bildung der Großen Koalition die "Schicksalsfrage" der VSPD sein werde.

Auf den Einwand der Parteimehrheit, die VSPD-Linke sei nicht in der Lage, positive Ziele anzugeben, erwiderte er, daß die "Realpolitiker" der Reichstagsfraktionsmehrheit bisher nie positive Ziele der Tolerierungspolitik hätten angeben können. Sein eigenes positives Programm war jedoch wie üblich sehr abstrakt: "Was wir 'positiv' wollen: Vorläufig nur den Grad von sozialer und politischer Macht, den wir brauchen, um politische Aufgaben, die daraus uns erwachsen, 'positiv' zu lösen und diese Macht wollen wir uns durch unversöhnlichen Kampf und unbeugsame Politik bereiten."

Am 30.7.1923 tagten der VSPD-Parteivorstand und der Fraktionsvorstand. Sie beschlossen, ein finanzpolitisches Forderungsprogramm an die Regierung Cuno zu richten, in dem die Abkehr von der Inflationspolitik und die Rückkehr zur Deckung der Staatsausgaben durch Steuern ge-

fordert wurde. Der Rücktritt der Regierung Cuno wurde nicht verlangt. 111)

Die VSPD-Linke war daher vom Ergebnis dieser Tagung enttäuscht. Das "Sächsische Volksblatt" interpretierte das Forderungsprogramm als Koalitionsangebot der VSPD: "Anstatt endlich den Mut zu einer proletarischen internationalistischen und rücksichtslos zum Klassenkampf bestimmten Politik zu finden, macht man Programme für Regierungsbildungen." Ihr Urteil über die Sitzung fiel vernichtend aus: "Worauf warten wir denn eigentlich noch? Auf den Bürgerkrieg? Mit einem Wort, der Zustand ist unbegreiflich und unhaltbar: Levi hat recht, wenn er feststellt, daß unsere Führung versagt hat." 112) Die "Chemnitzer Volksstimme" zog folgende Bilanz der Regierung Cuno, die die Parteiführung bisher nicht zu stürzen wage: "Zusammenbruch der Ruhraktion ... und der Finanzen, Diktatur von Stinnes, gewaltige Erstarkung des Faschismus, Verbrüderung der Reichswehr mit den erbitterten Feinden der Republik, drohendes Diktat der Entente, drohende Abtretung des Ruhrgebietes, Verlust der Souveränität und Zertrümmerung der Republik, Auflösung des erstrebten Einheitsstaates noch vor seiner Verwirklichung." 113)

Die Kritik an der geplanten Großen Koalition wurde schließlich in der Partei so stark, daß der "Vorwärts" einen Gegner dieses Projekts, einen der drei Parteivorsitzenden, Arthur Crippen, zu Wort kommen ließ. 114) Er lehnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt jede Koalition mit bürgerlichen Parteien ab, da die Klasseninteressen zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum unvereinbar seien. Indirekt Kritik an der Tolerierungspolitik der eigenen Partei übend, stellte er ihr das Verhalten der bürgerlichen Parteien gegenüber: "Sie haben eben Klassenbewußtsein und nehmen ihre Klasseninteressen wahr." Die "Katastrophenpolitik" der Regierung Cuno habe bewiesen, daß das Bürgertum rücksichtslos seine Interessen durchsetzen wolle. Daher komme für ihn keine Koalition in Frage:

"Und mit diesen großkapitalistischen Mächten sollen wir uns verbünden können zum Wohle der Allgemeinheit? Mich bewahren rund dreißig Jahre sozialistischer Schulung und Tätigkeit vor einem solchen Köhlerglauben." Die VSPD dürfe nicht vor dem Sturz der Regierung Cuno und einer eventuellen Regierungskrise und Reichstagsneuwahlen zurückschrecken. Nur durch eine "selbständige, proletarische Politik" könne sie die Arbeitermassen, die sie in den letzten Monaten an die KPD verloren habe, wieder zurückgewinnen.

In seiner Replik auf den Artikel Crispiens befürwortete der "Vorwärts"-Chefredakteur Stampfer offen die Bildung einer großen Koalition, als das "kleinere Übel" im Vergleich zu einer Rechtsregierung oder Neuwahlen. Wegen der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands seien Neuwahlen zur Zeit kaum durchführbar, und sie würden zudem nicht zu einer Mehrheit der VSPD führen. Die VSPD müsse als Vorbedingung für die Regierung der großen Koalition die Vereinbarung eines festen Regierungsprogramms stellen. Das Modell für die Lebensfähigkeit einer großen Koalition bilde seit 1921 die Regierung Braun in Preußen. 115)

Am 2./3.8.1923 tagte die VSPD-Reichstagsfraktion. Sie beschloß mit Mehrheit eine Resolution, in der zwar die Passivität der Regierung Cuno auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet und ihr Nachgeben gegenüber bürgerlichen Interessengruppen und reaktionären Bestrebungen kritisiert wurde, aber entgegen den Anträgen der linken Abgeordneten nicht der Rücktritt der Regierung gefordert wurde. Die weitere Stellung der VSPD zur Regierung Cuno wurde lediglich von ihrer Reaktion auf das finanzpolitische Forderungsprogramm der VSPD vom 30.7. abhängig gemacht. 116)

Ein Antrag Levi-Rosenfeld-Quessel wurde von der Fraktionsmehrheit abgelehnt. Er lautete: "Die Fraktion

hat zur Regierung Cuno nicht das Vertrauen, weder, daß sie überhaupt willens und imstande ist, den Ruhrkonflikt zu liquidieren, noch daß sie willens und imstande ist, von der Bourgeoisie die Mittel zu erzwingen, die erforderlich sind, um bis zur Beendigung des Ruhrkonflikts dessen finanzielle Lasten zu tragen und die aus ihm entspringende Not zu lindern. Sie wird daher bei der bevorstehenden Debatte im Reichstag der Regierung das Mißtrauen aussprechen. Die Fraktion lehnt die Große Koalition ab." 117)

Ein weiterer Antrag der Linken, von Crispian gestellt, zur Entscheidung über die Frage der Bildung einer großen Koalition einen außerordentlichen Reichsparteitag einzuberufen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Nach dieser Sitzung war klar, daß die Parteiführung eine große Koalition anstrebte. Entsprechend kritisch fiel die Reaktion der VSPD-Linken aus. Von der Linken kontrollierte Parteizeitungen wie die "Frankfurter Volksstimme", die "Chemnitzer Volksstimme", die "Ostthüringer Tribüne" und das "Sächsische Volksblatt" verurteilten den Beschluß der Reichstagsfraktion, den sie alle als Willenserklärung zur Bildung einer großen Koalition interpretierten. Die Parteiorganisationen Leipzigs, Jenas und Chemnitz' lehnten die Haltung der Reichstagsfraktion ab. 118) Eine Funktionärsversammlung des Bezirks Groß-Thüringen forderte gegen nur wenige Stimmen, trotz eines vorausgegangenen Referats H. Müllers, die Reichstagsfraktion zur "schärfsten Opposition gegen die Regierung Cuno mit dem Ziel des Sturzes" auf. In einer Resolution übernahm die Funktionärsversammlung fast alle Forderungen der Weimarer Sonderkonferenz. Die Bildung einer großen Koalition wurde abgelehnt, da sie "nur die Unterordnung der Sozialdemokratie unter ein tatsächlich bourgeoises Herrschersystem bedeutet." 119)

Paul Levi kritisierte die Ergebnisse der Fraktions-

sitzung in einem Artikel mit der Überschrift "Eine begrabene Hoffnung", da sie die künftige Politik der VSPD weitgehend offen gelassen habe. Neben der Weigerung, die Regierung Cuno sofort zu stürzen, bemängelte er v.a., daß sie nicht zur Beendigung des passiven Widerstandes aufgerufen habe, sondern dieses Problem in ihrer Resolution verschwiegen habe. Levi war sich aber sicher, daß das baldige Ende der Regierung Cuno ebenso gewiß sei, wie das Ende des passiven Widerstandes. 120)

Reichskanzler Cuno lehnte am 8.8.1923 im Reichstag die Beendigung des passiven Widerstandes ausdrücklich ab. 121)

Im Auftrag der VSPD-Reichstagsfraktion legte am 9.8. Hilferding ein Programm der Reichsmarkstabilisierung vor, in dem u.a. die Stilllegung der Notenpresse, die Auflegung einer Goldanleihe und der Übergang zur Goldwährung gefordert wurde. 122)

H. Müller trug dieses Programm am 9.8. in der Reichstagsdebatte über die Erklärung Cunos vor. Er nahm nicht Stellung zur Frage, wie lange die VSPD noch zur Tolerierung bereit sei.

Am 10.8. stimmte die VSPD im Reichstag noch Gesetzesvorlagen der Reichsregierung zu. 123)

In der Arbeiterschaft wurde die Forderung nach einem Sturz der Regierung Cuno wegen der aussichtslosen wirtschaftlichen Lage immer stärker. Am 10.8.1923 kam es in Berlin zu einem Treffen der ADGB- und AFA-Bundesvorstände und von Vertretern der VSPD, KPD und USPD. Die VSPD- und Gewerkschaftsvertreter lehnten die Forderung der KPD nach einem Generalstreik zum Sturz der Regierung Cuno ab. 124)

Daraufhin riefen am 11.8.1923 die KPD und der von ihr beherrschte Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte zum reichsweiten Generalstreik auf, als dessen Ziel u.a. der Rücktritt der Regierung Cuno, die Bildung einer Ar-

beiter- und Bauernregierung und die Bildung weiterer Proletarischer Hundertschaften genannt wurden. Der Streikaufruf wurde in Berlin, Sachsen, Westfalen und anderen Hochburgen der KPD teilweise befolgt.

Unter dem Druck dieses Streikaufrufes und der wachsenden Unzufriedenheit der eigenen Parteimitglieder erkannte die VSPD-Parteiführung, daß die Regierung Cuno nicht mehr zu halten war.

Am 11.8.1923 beschloß die VSPD-Reichstagsfraktion mit großer Mehrheit, der Regierung Cuno das Mißtrauen auszusprechen. Sie erklärte aber zugleich die Bereitschaft der VSPD, sich an einer Regierung zu beteiligen, die folgende Maßnahmen treffen wolle: Finanzreform auf der Grundlage der Heranziehung der Wirtschaft, Währungsreform durch Einführung einer Goldwährung, Durchsetzung wertbeständiger Löhne, Loslösen der Reichswehr von allen illegalen Organisationen und Aktivitäten zur Lösung der Reparationsfrage.

Der "Vorwärts" begrüßte diesen Beschluß und deutete an, daß seine Ziele am besten in einer Reichsregierung mit VSPD-Beteiligten realisiert werden können. Die "verbrecherische Generalstreikhetze der Kommunisten" wurde verurteilt. 125)

Am 12.8.1923 erklärte Cuno unter Hinweis auf den Beschluß der VSPD seinen Rücktritt.

Mit der Bildung einer neuen Reichsregierung wurde der DVP-Vorsitzende Stresemann beauftragt. Bereits in seiner Morgenausgabe am 13.8. kündigte der "Vorwärts" an, daß eine Regierung Stresemann unter Teilnahme der VSPD so gut wie sicher sei. Er appellierte an die Gegner dieser großen Koalition in der VSPD, "ihre abweichende Meinung zurückzustellen" und die neue Regierung zu unterstützen, die die Ruhrbesetzung und die Inflation beenden wolle und die Republik gegen die "Bolschewiken von rechts und links" verteidigen solle. 126)

Der erweiterte Bezirksvorstand der VSPD Groß-Berlin forderte hingegen am Abend des 12.8. die Reichstagsfraktion auf, die Bildung einer großen Koalition abzulehnen. 127)

1.2. Die Beteiligung der VSPD an der Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Stresemann (ab. 13.8.1923)

1.2.1. Der Protest der VSDP-Linken gegen die Regierungsbeteiligung

Am 13.8.1923, also bereits einen Tag, nachdem er den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten hatte, konnte Stresemann sein Kabinett der Großen Koalition aus Ministern der DVP, DDP, BVP, des Zentrums und der VSPD vorstellen. Die kurze Dauer der Regierungsbildung zeigte, daß bereits seit längerer Zeit Kontakte zwischen diesen Parteien über die Bildung dieser Form der Koalition bestanden haben mußten.

Die VSPD erhielt 4 Kabinettsposten: Robert Schmidt wurde Vizekanzler und Minister für Wiederaufbau, Radbruch Justizminister, Sollmann Innenminister und Hilferding wurde Finanzminister.

Die Entscheidung in der VSPD-Reichstagsfraktion für die Teilnahme an der Regierung Stresemann fiel mit 83:39 Stimmen gegen den Widerstand des linken Flügels. 1)

Der "Vorwärts" begründete die Notwendigkeit der Regierungsbeteiligung rein defensiv. Sie sei nichts anderes als "eine an sich wenig erfreuliche politische Notwendigkeit." Die VSPD habe lange Zeit gezögert, diese schwere Entscheidung zu fällen: "Man hat sie zu vermeiden gesucht, solange sie zu vermeiden war und hat sie schließlich angenommen, weil nur noch zwischen ihr zu wählen war und dem hoffnungslosen Chaos. "Die VSPD werde in der Regierung versuchen ihr Programm vom 11.8. durchzusetzen. Dazu sei aber die Geschlossenheit der Partei die Voraussetzung. 2)

Am 14.8. gab Stresemann die Regierungserklärung ab, in der er Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung ankündigte und die Bereitschaft zu einer endgültigen Re-

gelung der Reparationen betonte. Er erklärte aber, daß der passive Widerstand fortgesetzt werde.

H. Müller sagte in der Debatte, daß die VSPD in dieser Regierung ihre am 11.8. beschlossenen Forderungen durchsetzen wolle. 3)

Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die neue Regierung beteiligten sich 43 VSPD-Abgeordnete aus Protest gegen die Bildung der Großen Koalition nicht an der Abstimmung. 4)

Der Reichstag sprach der Regierung mit 240 gegen 76 Stimmen (DNVP, DVFP, KPD) bei 25 Enthaltungen das Vertrauen aus.

Die Bildung der Regierung Stresemann führte zu einer schweren Belastungsprobe für die VSPD. Der linke Parteiflügel sah darin eine Unterordnung unter die Interessen des Bürgertums und bekämpfte die neue Regierung von Anfang an. Der Mehrheitsflügel betrachtete sie als einzige Möglichkeit, auf parlamentarischem Weg Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft und zur Beendigung des Ruhrkonflikts zu ergreifen.

Gleich am Tage der Regierungserklärung Stresemanns wurde die Kontroverse in der VSPD öffentlich ausgetragen. Die 43 linken VSPD-Reichstagsabgeordneten blieben nicht nur dem Vertrauensvotum fern, sondern verurteilten in einer Erklärung am 14.8. die Regierungsbeteiligung der VSPD. Da diese Erklärung die Auffassung der gesamten VSPD-Linken wiedergab, wird sie hier vollständig wiedergegeben:

"Angesichts der durch die berechnete Empörung der deutschen Arbeiterschaft geschaffenen kritischen Lage und in voller Überzeugung von der Schuld der bürgerlichen Parteien am Zusammenbruch der Wirtschaft und dem dadurch geschaffenen ungeheuren Elend des Volkes lehnten wir den Antrag auf Eintritt in die Große Koalition ab.

Die derzeitige gespannte Lage hätte es mehr denn je geboten, im Kampf gegen die Bourgeoisie, eine Entspan-

nung der allgemeinen Notlage herbeizuführen, statt sich mit den ausgesprochenen Vertretern des Großkapitals und den Nutznießern des Markverfalls zu koalieren. Die letzte Entwicklung der deutschen Wirtschaft hat auch immer klarer gezeigt, daß nur durch die Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsmethoden und die Überwindung ihrer Träger eine Gesundung Deutschlands denkbar ist.

Der Beschluß der (Fraktions-E.W.) Mehrheit bedeutet daher eine schwere Belastung unserer Partei und stützt ungewollt die Parolenpolitiker, die Verwirrung in die Arbeiterbewegung tragen.

Trotz dieser schweren Besorgnis darf der verheißungsvolle Ansatz zur Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, wie er in der Vereinigung der U.S.P. mit der S.P.D. heute gegeben ist, nicht preisgegeben oder geschwächt werden. Die unterzeichnenden Genossinnen und Genossen werden deshalb ungeachtet ihrer Gegnerschaft zur Großen Koalition allen Zersplitterungsversuchen unserer Partei entgegenwirken und im Rahmen der Partei auf die Steigerung der proletarischen Macht hinarbeiten. Sie erwarten von den Genossen im Lande, die diese ablehnende Haltung zur Großen Koalition teilen, daß sie eine Enttäuschung nicht zur Entmutigung werden lassen. Unsere Haltung ist von dem unverbrüchlichen Glauben diktiert, daß über allen Erwägungen des Augenblicks hinweg schließlich die ökonomische Entwicklung für die Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele entscheidend sein wird." 5)

Zu den Unterzeichnern, die meist aus der früheren USPD-Reichstagsfraktion stammten, gehörten u.a. Agnes, Aufhäuser, Bock, Crispian, Dißmann, Levi, Lipinski, Rosenfeld, Wurm und Zubeil. Sie waren fast alle Abgeordnete aus den Hochburgen der VSPD-Linken Sachsen, Thüringen und Groß-Berlin.

Levi kommentierte in der "SPW" diesen Beschluß. 6)

Die Entscheidung der Fraktionsmehrheit bewertete er als verhängnisvoll: "Dieser Beschluß wird in vielen, den meisten Mitgliedschaften wirken wie eine Bombe. Er war und ist durch nichts vorbereitet: er ist unverstündlich, in einem Augenblick, in dem die Massen sich einer widerwärtigen Ausplünderung gegenübersehen durch die, die von jetzt an ihnen Freund und Bruder sein sollen." Er forderte völlige innerparteiliche Meinungsfreiheit für die Gegner der Großen Koalition, die nach seiner Ansicht die Mehrheit der Parteimitglieder stellten: "Und wenn wie es hier geschah, die Führung in so schreiendem Widerspruch zur Mitgliedschaft gekommen ist, so ist es das schlechteste Rezept 'Maulhalten' zu kommandieren: was dann noch belehrend wirkt auf Mitgliedschaft und Organisation, das ist die Kritik an Beschlüssen, die nun einmal verhängnisvoll sind."

Eine Parteispaltung lehnte er ausdrücklich ab: "An Spaltung, das möchten wir versichern, denkt kein Mensch. Aber eine Partei kann auch anders zugrunde gehen als durch Spaltung: sie kann in sich selbst zusammenstürzen und die Gefahr ist groß."

Die Durchsetzung der Forderungen der VSPD am 11.8. sei in dieser Koalition, die er in Übernahme der Rede Ströbels auf dem Görlitzer Parteitag als "Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen" bezeichnete, unmöglich, da sie den Klasseninteressen der bürgerlichen Parteien widersprächen.

Zusätzlich zur Erklärung der 43 verlangte Levi die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Reichsparteitages der VSPD, der den Beschluß zum Eintritt in die Regierung rückgängig machen solle.

Am 16.8.1923 beschloß der Parteiausschuß der VSPD mit "übergroßer Mehrheit" die Billigung der Entscheidung der Reichstagsfraktion zum Eintritt in die Große Koalition. Anträge der linken Minderheit im Parteiausschuß, der Vertreter der Bezirke Sachsens und Thüringens, den Eintritt

in die Regierung Stresemann zu verurteilen und einen außerordentlichen Reichsparteitag einzuberufen, wurde abgelehnt. 7)

Dieser Beschluß des Parteiausschusses beendete aber nicht die am Tage der Kabinettsbildung Stresemanns beginnende Kontroverse in der VSPD. Die von den Linken beherrschte Parteipresse verurteilte die Bildung der Regierung Stresemann. Als Beispiel sei hier nur die Stellungnahme der "Leipziger Volkszeitung" genannt, die diese Regierung als für die Arbeiterklasse "untragbar" bezeichnete. Die 4 VSPD-Reichsminister würden im Kabinett "lediglich ein Folgebatt bilden für die Politik des Dr. Stresemann, die trotz seiner Sirenenklänge, die er seit Monaten in Wort und Schrift erklingen läßt, nur allzubald den schwerkapitalistischen Pferdefuß zeigen wird." 8)

Die von der Linken beherrschten Bezirke kritisierten die Bildung der Großen Koalition.

Der Bezirksvorstand des Bezirks Zwickau-Plauen drückte am 15.8. in einem einstimmig gefaßten Beschluß sein "tiefes Bedauern" über die Haltung der Reichstagsfraktionsmehrheit aus. 9) Er begrüßte die Erklärung der 43. Schon die Regierungserklärung Stresemanns habe bewiesen, daß in diesem Kabinett die Mindestforderungen der Fraktion vom 11.8. nicht durchsetzbar seien. Er forderte die Einberufung eines außerordentlichen Reichsparteitages. Ähnliche Beschlüsse faßten auch die Bezirksvorstände Dresdens, Leipzigs und von Chemnitz.

Der Bezirksvorstand Groß-Thüringen verurteilte am 21.8. die Entscheidung des Parteiausschusses, keinen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. 10) Die VSDP-Linke konnte die Einberufung dieses Parteitages nicht erzwingen, da laut Parteistatut diese Forderung von 14 Bezirken aufgestellt werden mußte und sie zu diesem Zeitpunkt nur 5 Bezirke kontrollierte.

Die Diskussion über die Große Koalition belastete das Parteiklima schwer. Am 13.8. endete die Funktionärsversammlung des Bezirks Groß-Berlin in einem Tumult. Sie wurde abgebrochen, als die Linke die Entscheidung des Versammlungsleiters Schlegel anzweifelte, daß die die Haltung der Fraktionsmehrheit billigende Resolution die Mehrheit der Stimmen erhalten habe. Der "Vorwärts" verschwieg in seinem Bericht diesen Vorfall, während die "SPW" ihn ausführlich schilderte. 11)

Wegen des Willens der Linken, die gerade errungene Einheit der Sozialdemokratie nicht in Frage zu stellen, bestand jedoch trotz der Schärfe der Auseinandersetzung noch nicht die Gefahr einer Parteispaltung.

1.2.2. Die Kritik des linken VSPD-Flügels an den ersten Maßnahmen des Kabinetts Stresemann

Vom ersten Tag deren Bestehens an kritisierte die VSPD-Linke die Politik der Regierung Stresemann. Im Mittelpunkt stand dabei die Wirtschafts- und Außenpolitik.

Sender bemängelte an der Regierungserklärung, daß Stresemann nur von einer Belastung der Sachwerte zur Deckung der Reparationszahlungen gesprochen hatte, nicht aber von einer Erfassung der Sachwerte, also der staatlichen Beteiligung am Betriebseigentum in Höhe von 1/4 bis 1/3 des Betriebskapitals und der Gewinne. 12)

Aufhäuser bezweifelte den Willen der Bürokratie, die vom Reichstag beschlossenen höheren Besitzsteuern energisch einzutreiben und die Steuersabotage der Besitzenden zu verhindern. Die Steigerung der Besitzsteuern sei unzureichend und kein Ersatz für die Erfassung der Sachwerte. 13)

Levi teilte in seinem Artikel im "Sächsischen Volksblatt" die Zweifel Aufhäusers. Wegen der Unfähigkeit der Reichsregierung, die soziale Lage der Arbeiter-

schaft zu verbessern, drohten neue Hungerunruhen. An die Niederschlagung der Rätebewegung 1919 erinnernd stellte er die Frage: "Wenn die Massen in Unruhe bleiben, will die Sozialdemokratie von neuem wie 1919 'Ordnung' stiften? Soll ein Regiment Noske, das unselige, unter anderem Namen, neu beginnen?" 14) Dieses Zitat Levi zeigte, daß die Gräben der Jahre 1917-1922 in der VSPD durch die Koalitionsentscheidung wieder aufgerissen wurden.

Ende August 1923 sah Levi die Prognose der Steuersabotage der Besitzenden bereits als bestätigt an. Aus der Tatsache, daß nur noch 0,8 % der Einnahmen des Reiches durch Steuern gedeckt wurden, zog er die Schlußfolgerung: "die letzte Steuergesetzgeberei hat Bankrott gemacht" und forderte die Partei auf: "Heraus aus dieser Regierung des Bankrotts!" 15)

Am 13.8.1923 legte der Wirtschaftsminister von Raumer (DVP) in einer programmatischen Rede die Grundlagen der Wirtschaftspolitik der Regierung Cuno dar. Die Stilllegung der Notenpresse sei erst nach einem Ende der Ruhrbesetzung möglich. Bis dahin müsse man sich mit Beihilfemaßnahmen begnügen. Eine Gesundung der Wirtschaft erfordere die Senkung der Exportpreise. Als Perspektive der Regierung bezeichnete er die "Herstellung der Volksgemeinschaft" und die "Verwischung der Klassengegensätze." 16)

Diese Rede wurde von der VSPD-Linken als Provokation empfunden. Sender faßte den Kern ihrer Ausführungen - aus der Sicht der VSPD-Linken - so zusammen: "Herabsetzung der Löhne, das ist der eine ebenso konkrete wie falsche Programmpunkt des Herrn von Raumer. Der andere ist die völlige Durchbrechung des Achtstundentages." 17)

Im Gegensatz zum "Vorwärts", der die Rede trotz Detailkritik lobend erwähnte, war für sie der Grundtenor der Rede vom Standpunkt der VSPD aus völlig inakzeptabel, da er laute: "Das deutsche Proletariat hat die Opfer zu geben, muß mehr arbeiten und weniger Lohn verlangen, dann

kann die deutsche Wirtschaft noch einmal gerettet werden!" Sie forderte ein eigenes Wirtschaftsprogramm der VSPD, machte allerdings in diesem Artikel keine Vorschläge hierzu.

Fritz Schröder stellte Kernforderungen eines wirtschaftspolitischen Programms der VSPD dar: sofortige Beendigung des passiven Widerstandes als Grundvoraussetzung der Sanierung, Übergang zu einer vom Staat, nicht von der Privatwirtschaft, gedeckten Goldwährung und die Erfassung der Sachwerte durch eine "50 prozentige Vermögensabgabe" an den Staat. 18)

Das von der Reichsregierung am 10.9.1923 beschlossene Programm wurde von der VSPD-Linken abgelehnt, da es die Sanierung der Währung durch eine von der Privatwirtschaft gedeckten Goldnotenbank erreichen wollte. Necker kritisierte, daß dieses Konzept den kapitalistischen Interessentengruppen Tür und Tor öffne. Die Tatsache, daß die VSPD-Reichstagsfraktion kein eigenes Wirtschafts- und Währungssanierungsprogramm aufstelle, sei "beschämend." 19)

Am 19.9. legte Hilferding das auf dem Kabinettsbeschuß vom 10.9. beruhende Währungsprogramm vor, das die Bestände der Goldnotenbank durch eine Grundsuld des Bodenbesitzes decken wolle. 20)

Die VSPD-Reichstagsfraktionsmehrheit und der "Vorwärts" rechtfertigten die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Stresemann damit, daß sie das Ergebnis eines Kompromisses zwischen der VSPD und den bürgerlichen Regierungsparteien sei. Sie erfülle daher nicht alle Forderungen der Arbeiterschaft, sei aber für sie erheblich günstiger als die einer rein bürgerlichen Regierung.

Die VSPD-Linke verlangte im Gegensatz zur Parteilichkeit weiterhin die sofortige Beendigung des passiven Widerstandes und kritisierte daher die Weigerung der Regierung Stresemann, ihn einzustellen.

Franz Künstler forderte von der VSPD, jede sinnlose "Durchhaltepolitik" im Ruhrkonflikt abzulehnen und ihn so bald wie möglich zu liquidieren. Die Regierung müsse einen "sofortigen Schritt zu direkten Verhandlungen mit Frankreich" unternehmen. Es sei vorzuziehen, weiterhin auf eine Vermittlungsaktion Großbritanniens zu hoffen. 21)

Paul Lange begrüßte die Rede Stresemanns in Stuttgart am 2.9. als ersten Schritt in die richtige Richtung, dem aber klarere Verhandlungsangebote der deutschen Regierung folgen müßten. Die VSPD müsse dies durchsetzen und dürfe sich daher selbst vor einer neuen "Dolchstoßlegende" nicht fürchten. 22)

Der Vorstand der VSPD-Reichstagsfraktion beschloß am 18.9.1923, daß die Reichsregierung alles tun müsse, um schleunigst zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen, mit dem Ziel der Befriedung des Ruhrgebietes und der Regelung der Reparationen. Er wagte allerdings noch nicht die sofortige Beendigung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu verlangen. 23) Dies forderte der "Vorwärts" erstmals am 23.9. 24) Er begründete dies v.a. mit wirtschaftlichen Argumenten. Werde dies von der VSPD nicht durchgesetzt, drohe ein wirtschaftliches Chaos und die Restauration der Monarchie. Diese Forderung wurde in der "SPW" begrüßt. Im Gegensatz zum "Vorwärts", der auf jede Schuldzuweisung an dem Scheitern des passiven Widerstandes verzichtete, gab Otto Jenson der "Verschleppungspolitik des deutschen Imperialismus" die Alleinschuld daran, da er bewußt Verhandlungen mit Frankreich hinausgezögert habe. 25)

In der Debatte um die Regierung Stresemann war die VSPD-Linko nunmehr gezwungen, eine positive Alternative zur großen Koalition zu entwickeln. Bereits nach 10 Tagen der Amtszeit der Regierung Stresemann prophezeite Levi das baldige Ende dieser Regierung, da sie die Wirtschaftskrise nicht lösen könne. 26) Ihr werde keine

bürgerliche Regierung der Mitte mehr folgen. Wegen der Zuspitzung der Klassengegensätze sei die Alternative nur noch: politische Macht der Arbeiterklasse oder politische Macht der Bourgeoisie. Einen dritten Weg gäbe es nicht: "Dann sowohl politisch, wie auch wirtschaftlich, die Frage zwischen Proletariat und Bourgeoisie: wir oder ihr. Und dann steht die Sozialdemokratie vor der Entscheidung, was sie an die Stelle der Fiktion einer Macht setzen will: ob die reelle Macht im Staate oder den endgültigen Verzicht." Vorbedingung für die Erfolgchance der Arbeiterklasse sei die Herstellung ihrer Einheit, also die Zusammenarbeit von VSPD und KPD: "Jene Stunde höchster Not muß eine geschlossene, einheitliche Arbeiterklasse finden."

Am 7.9.1923 formulierte Levi in einem Grundsatzartikel "Über die gegenwärtigen Aufgaben der Partei" erneut die seiner Ansicht nach in Deutschland gegenwärtig einzig vorhandene Perspektive: entweder Fortsetzung der Diktatur der Bourgeoisie oder Übergang zur Diktatur des Proletariats. 27) Wichtig zum Verständnis ist Levis Definition der Diktatur als sozialer Inhalt der Herrschaft einer Klasse, nicht als politischer Form einer Minderheitenherrschaft: "Diktatur aber ist, das haben die letzten Jahre praktisch erwiesen, nicht politische Form, sondern sozialer Inhalt des Staatswesens." Deutschland sei seit 1919 in der Form der demokratischen Republik weiterhin eine Diktatur der Bourgeoisie geblieben, da diese auf der Grundlage ihrer wirtschaftlichen und sozialen Macht auch den Staat beherrsche, selbst dann, wenn die VSPD an der Regierung beteiligt sei.

Levi forderte die VSPD auf, "über die, als Schlagwort fast zu Tode gehetzte, Diktatur des Proletariats von neuem sich Gedanken (zu) machen." Das Modell der Diktatur des Proletariats Sowjetrußlands sei aber wegen der völlig anders gearteten Verhältnisse nicht auf Deutschland über-

tragbar. Die Diktatur des Proletariats müsse in Deutschland an die "gegebene Staatsform" anknüpfen, könne also z.B. eine "sozialistische Minderheitsregierung" ohne Reichstagsmehrheit sein.

Levi vertrat dieses Konzept auf zahlreichen Parteiversammlungen der VSPD. Vor der Mitgliederversammlung der VSPD Leipzig erklärte er Anfang September 1923: "Die Koalitionsregierung ist der Schild, hinter dem das Kapital den Dolch gegen die Arbeiterschaft schleift. Für die deutsche Sozialdemokratie ist unausweichlich die Frage gestellt, ob Diktatur des Proletariats oder Diktatur der anderen . . . Die Diktatur des Proletariats ist notwendig. Die politische Macht besteht nicht nur in Sitz und Stimme im Parlament, sondern hauptsächlich in den aktiven Volksmassen." 28)

Vor der Generalversammlung der Berliner Buchdrucker Mitte September schloß Levi nicht mehr gewaltsame Auseinandersetzungen um die politische Macht aus. Laut einem Bericht der "Roten Fahne" führte er aus: "Es gebe keinen anderen Ausweg als Diktatur entweder der Arbeiterklasse unter Führung der Sozialisten und Kommunisten oder der rechtsstehenden Parteien, d.h. der Fachisten. Die Erfüllung der Reparationen sei nur möglich, wenn die Arbeiterklasse die Macht ergreift und die Konfiskation der Vermögen der großen Gauern, die Erfassung der Sachwerte und die Kontrolle der Produktion durchführt. Die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse werde nicht auf gesetzlicher Basis vor sich gehen. Selbst die Minister des gegenwärtigen Kabinetts sind der Auffassung, daß sie die letzte gesetzliche Regierung in Deutschland seien - deshalb ist die Einigung des Proletariats, Zielklarheit und rasche und rücksichtslose Entschlossenheit notwendig. Die Diktatur des Proletariats sei die einzige Rettung aus der schweren Lage des deutschen Proletariats." 29)

Die Parteimehrheit der VSPD hielt aber trotz

der Kritik der innerparteilichen Opposition an der Großen Koalition fest. Karl Kautsky begründete im "Vorwärts" den Eintritt in die Regierung Stresemann damit, daß es für die Sozialdemokratie zur Zeit keine bessere Alternative gebe: "Es ist die einzige Regierung, die noch die Möglichkeit eines Ausweges bietet aus der entsetzlichen Situation, in die Deutschland in den letzten Monaten geraten ist. "Bei Reichstagsneuwahlen würde die VSPD keine Mehrheit erhalten. Mit der KPD sei keinerlei Zusammenarbeit möglich, da die Kommunisten "eine Koalition von Radek-Ludendorff und Koehnen-Hitler" der mit der VSPD vorzögen. 30)

Im September 1923 vergrößerte sich wegen der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage die innerparteiliche Opposition in der VSPD gegen die Fortsetzung der Großen Koalition über die Hochburgen der VSPD-Linken in Sachsen und Thüringen hinaus.

Ende August 1923 forderte der Bezirksvorstand Braunschweig den Austritt der VSPD aus der Regierung, da diese immer mehr eine "schwere Belastung für die Partei" werde. 31)

Der Landesvorstand der VSPD Hessen stellte fest, "daß die in die Große Koalition gesetzten Erwartungen bis jetzt nicht erfüllt worden sind." 32) Die Inflation steige weiter und die Not der Volksmassen werde unerträglich. Sollte die Regierung Stresemann ihren Kurs nicht binnen kürzester Zeit grundlegend verändern, müsse die VSPD ihre Minister aus der Regierung zurückziehen. Andernfalls drohe die Abwanderung der Masse der Arbeiter in das Lager der Kommunisten und der Indifferenten und der "Zusammenbruch" der Sozialdemokratie.

Der Bezirksparteitag der VSPD Halle-Merseburg beschloß am 9.9. nach einem Referat Levis mit 38:17 Stimmen, daß die Regierung Stresemann "untauglich" für die Lösung der Probleme sei und forderte den Parteivor-

stand auf, "eine Befragung der Genossen im Lande vorzunehmen, ob die Partei länger in der Regierung bleiben soll." Nur durch außerparlamentarische Aktionen der Arbeiterklasse könne der Widerstand der Bourgeoisie gebrochen werden. 33)

Am 9.9. befaßte sich eine Funktionärsversammlung des Bezirks Groß-Berlin mit der Stellung zur Großen Koalition. 34) Während Severing unter Hinweis darauf, daß nur durch die Regierungsbeteiligung der VSPD eine Republikanisierung der Reichswehr möglich, für die weitere Teilnahme an der Regierung Stresemann plädierte, forderte sein Korreferent Crispian den sofortigen Austritt aus der Regierung. Keine der Hauptforderungen der VSPD vom 11.8. sei bisher realisiert worden, weder die Eindämmung der Inflation noch die Erfassung der Sachwerte noch die Reform der Reichswehr. Er rief aus: "Es muß endlich einmal weniger staatsmännische Politik getrieben werden, dafür aber mehr sozialistische Politik." Anstelle der "Koalition mit den Bürgerlichen" müsse eine "Koalition der Arbeiter" - v.a. im außerparlamentarischen Bereich - treten, die aber nicht unter der Führung der putschistischen KPD-Führer stehen dürfe, die er, wie Levi 1921, als "Turkestaner" bezeichnete. Der Bezirksparteitag faßte keinen Beschluß und vertagte sich auf den 23.9. Die Linke konnte jedoch durchsetzen, daß auf ihm der sächsische Ministerpräsident Zeigner sprechen und ein neuer Bezirksvorstand gewählt werden sollte.

Am 23.9. beschloß nach einer kontroversen Debatte, bei der sich Zeigner, Aufhäuser und Crispian für und Heinig und Bernstein gegen die Forderung nach dem Austritt der VSPD aus der großen Koalition ausgesprochen hatten, der Bezirksparteitag mit Mehrheit, die Partei zum Verlassen der Regierung aufzufordern. 35) Begründet wurde dies damit, daß alle Erwartungen der Arbeiterschaft von der Regierung enttäuscht worden seien: "Sie hat nicht

vermocht, die vom Besitz geübte Steuerumgehung, Steuerabwälzung und Produktionssabotage zu unterbinden noch dem Währungsverfall Einheit zu gebieten." Sie stehe stark unter dem Einfluß des Großkapitals. Als Alternative verlangte der Bezirksparteitag, "daß die Sozialdemokratie ohne Rücksicht auf trügerische Bündnisse den Kampf für die Lebensnotwendigkeit der deutschen Arbeiterklasse aufnimmt." Die Ziele seien dabei u.a. die Erfassung der Sachwerte, die Erhaltung des Achtstundentages, Währungsreform unter Beibehaltung der ausschließlich staatlichen Kontrolle über die Währung, die Auswechslung der Reichswehrführung und der Beamten durch Ernennung von Republikanern und die sofortige Anbahnung von Verhandlungen mit Frankreich. Über die konkreten Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele schwieg sich der Beschluß aus, der dazu nur die abstrakte Formel anbot: "Die Antwort des Proletariats auf die kapitalistische Politik der bürgerlichen Parteien kann nur der Sozialismus sein. Er muß zu einem wesentlichen Bestandteil der unmittelbaren praktischen Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei gemacht werden, um die Unabhängigkeit der proletarischen Politik zu sichern und ihre Überlegenheit zu erweisen."

Bei den Neuwahlen des Bezirksvorstandes erhielt die Linke die Mehrheit. Vorsitzender wurde der Reichstagsabgeordnete Franz Künstler. Der Bezirk Groß-Berlin bildete ab diesem Zeitpunkt zusammen mit den Bezirken Sachsens und Thüringens das Zentrum der Linksopposition in der VSPD.

Die Auseinandersetzungen in der VSPD um die Haltung zur Regierung Stresemann erreichten nunmehr eine solche Schärfe, daß sich der "Vorwärts" veranlaßt sah, Gerüchte über eine mögliche Spaltung der Partei als Wunschträume der KPD zu bewerten. In der Frage der Einschätzung der Großen Koalition handle es sich nicht um prinzipielle Gegensätze, sondern nur um "taktische Meinungsverschiedenheiten", die die Parteeinheit daher nicht gefährdeten:

"Es geht nicht noch einmal nach Halle, sondern es bleibt bei Nürnberg." 36)

Ende September 1923 spitzte sich die Lage in Deutschland dramatisch zu. In Westdeutschland breitete sich mit französischer Hilfe eine separatistische Bewegung aus. Im Ruhrgebiet häuften sich gewaltsame Sabotageakte Rechtsradikaler. In Bayern sammelten sich rechtsextreme Wehrverbände für einen "Marsch nach Berlin". Die KPD traf Vorbereitungen für einen Aufstand, der von Sachsen ausgehen sollte. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich immer mehr. Zur Inflation kam nun eine rapide wachsende Arbeitslosigkeit hinzu.

Am 22.9. tagten daher unter der Leitung des Reichspräsidenten Stresemann, Sollmann, Geßler und Seeckt, um Maßnahmen zur Verhütung von Putschversuchen vorzubereiten. Die Reichsregierung gab nach diesem Gespräch bekannt, daß sie gegen Umsturzversuche, von welcher politischen Seite sie auch kommen mögen, mit allen Machtmitteln des Staates vorgehen werde. 37)

Von der VSPD-Linken wurde dieser Erklärung kein Glauben geschenkt. Rabold behauptete, daß die Reichswehr zwar jeden linksgerichteten Putschversuch sofort niederschlagen werde, aber sie - wie ihre Haltung beim Kapp-Putsch gezeigt habe - gegen "monarchistische Putschisten" nicht vorgehen werde. Die Arbeiterschaft müsse daher für eine "sozialistische Regierung" kämpfen. 38)

Der Vorwurf der VSPD-Linken an die Reichsregierung, an der die eigene Partei beteiligt war, sie könne einem rechten Umsturzversuch keinen Widerstand leisten, zeigte wie tief ihr Mißtrauen gegen die Regierung war.

26.9. sah sich die Reichsregierung wegen der katastrophalen wirtschaftlichen Lage gezwungen, den Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu verkünden. In der Erklärung hieß es: "Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. Mit furchtbaren

Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. ... Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen." 39)

Am selben Tag erläßt der Reichspräsident eine "Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet". Darin wurde die gesamte vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister übertragen, der diese den Militärbefehlshabern übertragen konnte. Die Militärbefehlshaber wurden berechtigt, der Zivilverwaltung Weisungen zu erteilen, an die diese gebunden war. Viele demokratische Grundrechte wurden eingeschränkt. Die Strafen für politische Delikte wurden erhöht. Deutschland war damit faktisch zu einer Militärdiktatur geworden. 40)

Der "Vorwärts" billigte beide Maßnahmen der Reichsregierung. Das Ende des passiven Widerstandes sei zwar wegen des Sieges der französischen Bojonette über die "moralischen Kräfte einer unbewaffneten Verteidigung" bedauerlich, aber wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage unvermeidbar. Die Verhängung des Belagerungszustandes sei wegen des Separatismus und der Gefahr eines von Bayern ausgehenden Rechtsputsches notwendig. Die Möglichkeit, daß sich diese Maßnahme gegen links richten könne, sah der "Vorwärts" nicht. 41)

Am 27.9. billigten der VSPD-Parteivorstand und der Vorstand der VSPD-Reichstagsfraktion in einem Aufruf die Verhängung des Belagerungszustandes. Darin begründeten sie die Notwendigkeit dieser Aktion ausschließlich mit dem Ziel der Reichsregierung gegen Rechtsradikale vorzugehen. Die Parteimitglieder wurden ermahnt, nur dann gegen die "'völkischen' Volksverderber" vorzugehen, wenn die Parteiführung dazu aufrufe und keine Sonderaktionen

zu unternehmen. Dies war eine Warnung an die VSPD-Linke. 42)

Die VSPD-Linke sah im Gegensatz zur Parteiführung in der Verhängung des Belagerungszustandes keine gegen rechts gerichtete Handlung, sondern eine v.a. gegen die Linksregierungen in Sachsen und Thüringen gerichtete Aktion. Levi kritisierte, daß "die Reichswehr zum alleinigen unumschränkten Herrn über Deutschland" geworden sei und Geßler mit einer Machtfülle ausgestattet worden sei, wie sie der deutsche Militarismus noch nie besessen habe. Der Arbeiterbewegung drohe eine große Gefahr, weil sich diese Machtkonzentration in erster Linie gegen sie richte. Nur durch die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, auch gegen den Widerstand bestimmter Führer, könne die Arbeiterbewegung die Pläne der Reaktion vereiteln. Der Zusammenschluß der Arbeiterschaft müsse durch die Bildung von VSPD/KPD-Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen eingeleitet werden. 43)

Rabold warf der Reichsregierung vor, freiwillig alle Macht an die Reichswehr abgegeben und somit der Errichtung einer "Militärdiktatur" zugestimmt zu haben. 44) Er verurteilte die These des "Vorwärts", daß in Bayern der Staatskommissar von Kahr einen Rechtsputsch Ludendorffs und Hitlers verhindern wolle. Alle drei seien sich im Ziel eines Rechtsputsches einig, der von Bayern aus geleitet werden solle: "Vielleicht ist die Stunde schon nicht mehr fern, wo Herr von Kahr als Diktator nicht in München, sondern in Berlin sitzt." Der Belagerungszustand wende sich nicht gegen die Rechtsradikalen, sondern, wie das Vorgehen des Generalleutnants Müller in Sachsen beweise, gegen die "sozialistischen Machtpositionen" in Sachsen und Thüringen. Es sei unverständlich, daß die VSPD-Parteiführung dies hinnähme. Angesichts dieser Lage müsse sich die Arbeiterschaft darauf einstellen, daß der "Entscheidungskampf" mit der Bourgeoisie bald ausbrechen werde. Sie dürfe jetzt jedoch nicht zu putschistischen Aktionen

greifen, da diese der Rechten den Vorwand für eine gewaltsame Zerschlagung der Arbeiterbewegung liefern würden.

Im Gegensatz zum "Vorwärts" verherrlichte Levi nicht den passiven Widerstand im Ruhrgebiet. 45) Die Ruhrbesetzung wäre vermeidbar gewesen, wenn die Regierung Cuno im Dezember 1922 eine wirkliche Erfüllungspolitik getrieben hätte. Weder die Regierung Cuno noch die Regierung Stresemann hätten eine ernsthafte Verständigungspolitik mit Frankreich versucht. Die Verhandlungsbereitschaft sei "nur nach außen eine Phrase und nach innen eine Sabotage" gewesen. Die Arbeiterschaft könne nur eine wirkliche Erfüllungspolitik durchsetzen, bei der die Bourgeoisie die Hauptlast der Reparationszahlungen leisten müsse, wenn sie statt einer Koalitionspolitik eine Klassenkampfpolitik verfolge.

1.2.3. Das Scheitern des ersten Kabinetts Stresemanns und die Bildung des zweiten Kabinetts Stresemanns

Anfang Oktober 1923 wurden die Gegensätze zwischen den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der VSPD und der DVP immer größer. Unter dem Einfluß der Industriellenverbände forderte die DVP die Aufhebung des Achtstundentages. Wirtschaftsminister von Raumer trat am 2.10. zurück, da er mit den Plänen seiner Parteifreunde nicht einverstanden war. Stresemann und die DVP forderten von ihren Koalitionspartnern die Verabschiedung eines Ermächtigungsgesetzes für den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, da dies der einzige Weg sei, die zur Sanierung der Währung und der Staatsfinanzen erforderlichen Maßnahmen schnell durchzuführen. Im Rahmen dieses Ermächtigungsgesetzes wollte die DVP den Achtstundentag abschaffen. Die VSPD wehrte sich gegen die Einbeziehung der Arbeitszeitregelung in das Ermächtigungsgesetz, da,

wie Vizekanzler Robert Schmidt sagte, der Achtstundentag "das einzige, was der Arbeiterschaft noch geblieben sei" darstelle. 46) Der "Vorwärts" nannte die Forderungen der DVP eine "Generaloffensive der reaktionären Kräfte gegen die gesamte Arbeiterbewegung." 47)

Da der Achtstundentag eine Symbolbedeutung für die sozialpolitischen Errungenschaften der Novemberrevolution hatte, waren auch Teile des Mehrheitsflügels der VSPD-Reichstagsfraktion gegen ein Nachgeben in dieser Frage. Die VSPD-Reichstagsfraktion beschloß am 3.10. mit der knappen Mehrheit von 61:54 Stimmen gegen den Rat ihrer 4 Reichsminister einen Vermittlungsvorschlag der DDP, die Arbeitszeitverordnung aus dem Jahre 1918 durch ein Arbeitszeitgesetz zu ersetzen, das allerdings nicht in den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes fallen sollte, abzulehnen. 48)

Das Kabinett Stresemann trat daraufhin zurück. Der "Vorwärts" gab allein der DVP die Schuld am "Scheitern des Experiments der Großen Koalition", da sie den "Willen der Schwerindustrie" der Arbeiterklasse als Diktat aufzwingen solle. 49)

Stresemann plante zunächst, eine Minderheitsregierung der Mitte zu bilden, die von der VSPD toleriert werden sollte. Dies scheiterte an der Ablehnung durch die VSPD.

Am 6.10.1923 einigten sich schließlich die bisherigen Koalitionspartner auf die Bildung eines neuen Kabinetts Stresemann, in dem an Stelle von Hilferding der parteilose Luther Finanzminister wurde. Die anderen VSPD-Minister behielten ihre Ämter.

Der Kompromißvorschlag der DDP über die Regelung der Arbeitszeit durch ein Arbeitszeitgesetz wurde übernommen, allerdings unter der von der VSPD durchgesetzten Maßgabe, daß eine Durchbrechung des Achtstundentages nur als Ausnahmeregelung statthaft war. 50)

Die VSPD-Reichstagsfraktion billigte die Bildung des 2. Kabinetts Stresemann laut "Vorwärts" mit "großer Mehrheit". die linke Minderheit stimmte dagegen. 51)

Der Parteiausschuß der VSPD begrüßte am 6.10 die Entscheidung der Reichstagsfraktion gegen wenige Stimmen der linken Minderheit. In seinem Beschluß hieß es: "Der Parteiausschuß würdigt die schwerwiegenden Gründe, die unsere Fraktion bestimmt haben, der Aufrechterhaltung der Koalition zuzustimmen. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf die stets wachsenden Gefahren der politischen und sozialen Reaktion und fordert von allen Parteigenossen in dieser Situation die Geschlossenheit der Partei zu wahren und die Organisation zu stärken." 51)

Am 7.10.1923 gab Stresemann im Reichstag die Regierungserklärung ab. Er betonte darin die Bereitschaft zu Verhandlungen mit Frankreich, bescheinigte der Reichswehr das absolute Vertrauen der Reichsregierung und forderte Bayern auf, die Regelung des Belagerungszustandes des Reiches zu übernehmen. 53) Am 8.10. billigte der Reichstag die Regierungserklärung gegen die Stimmen der DNVP, DVFP und KPD.

Die VSPD-Reichstagsfraktion beschloß am 9.10. einstimmig eine Kompromißresolution. 54) Darin wurden sowohl die Argumente der Befürworter und der Gegner der Fortsetzung der großen Koalition dargestellt. Die Befürworter begründeten ihre Entscheidung v.a. damit, daß eine Rechtsregierung unter Beteiligung der DNVP, die von den rechten Flügeln der DVP und des Zentrums angestrebt worden sei, zwangsläufig zu einer Rechtsdiktatur und einem Bürgerkrieg mit der Arbeiterschaft geführt hätte. Durch die Regierungsbeteiligung von VSPD würden die Gefahren der politischen und sozialen Reaktion verringert. Die Gegner waren der Meinung, daß die drohende Errichtung einer "kapitalistischen Diktatur" nicht durch einen Kompromiß mit Teilen des Bürgertums verhindert

werden könne, sondern nur durch Kampf aus der Opposition heraus: "gegenüber diesem offenen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse durch ihre ausgesprochenen Klassegegner könne es kein Ausweichen, auch keinen nochmaligen Überbrückungsversuch geben, da dieses Vorgehen seinen Grund nicht in der Eigenwilligkeit einzelner Persönlichkeiten habe, sondern in der ökonomischen Entwicklung, der Zuspitzung der Klassengegensätze und der hieraus zwangsmäßig sich ergebenden Notwendigkeit, den Konflikt auszutragen." Das dauernde Zurückweichen der VSPD werde die Partei schwächen und ihre Lage in dem unvermeidbaren Kampf mit der Reaktion verschlechtern. Die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes sei wegen der "Ausschaltung der Demokratie" für die Arbeiterschaft ebenso unerträglich wie die im Ermächtigungsgesetz und im Arbeitszeitgesetz vorgesehene Rückgängigmachung sozialer Errungenschaften. Der Beschluß endete nach dieser Darstellung der Differenzen mit einem Appell zur Einheit der Partei: "Mehrheit und Minderheit waren sich einig in der Erkenntnis, daß der Partei und den Gewerkschaften die schwersten Kämpfe bevorstehen. Sollen wir diese erfolgreich bestehen, so bedarf es, ungeachtet der herrschenden Meinungsverschiedenheiten, der höchsten Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation."

1.2.4. Der Widerstand der VSPD-Linken gegen die Fortsetzung der Großen Koalition und das Ermächtigungsgesetz

Die Reaktion der VSPD-Linken zeigte aber, daß dieser Appell folgenlos bleiben sollte.

Rabold warf der VSPD-Fraktionsmehrheit vor, faktisch in eine Regierung der "Diktatur der Mitte" eingetreten zu sein, die "die gewünschte Strangulierung der Arbeit-

terklasse vornimmt" und deren Besonderheit darin bestehe, "daß ihr zum Zwecke eines besseren Gelingens die Sozialdemokratische Partei einstweilen noch als Kulisse dienen muß." 55) Die VSPD-Fraktionsmehrheit verkenne völlig, daß die entscheidende Macht nicht die Regierung besitze, sondern die Reichswehr und das Kapital. Wegen der unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie werde die Große Koalition aber schnell auseinanderbrechen. Für die Arbeiterklasse gehe es dann um "Sein oder Nichtsein". Sie müsse sich entscheiden, ob sie "kämpfend sich behaupten" oder "willenlos sterben" wolle. Über die Mittel des Kampfes schwieg sich Rabold aus.

Seger sah bei der Fortsetzung der Großen Koalition die Parteeinheit gefährdet: "Es hat keinen Zweck den Kopf in den Sand zu stecken. Die Partei geht in die Brüche, wenn die gegenwärtige Politik noch lange fortgesetzt wird." Er forderte die Ersetzung der bisherigen Parteiführung durch "neue Männer". 56)

Levi zeichnete folgendes Bild der seiner Meinung nach völlig vom Großkapital beherrschten Republik: "Stück um Stück haben die Feudalherren auf industrieller Basis die Mauer der Reichsgewalt abgetragen; die Steuergewalt haben sie mit der Währungsverschlechterung zerbrochen, die Staatsmachtmittel durch staatsfeindliche Organisationen, die Staatseinheit durch Finanzierung des Separatismus und ihm verwandten Strömungen in Bayern und im Rheinland. Sie haben diesem Staat alles genommen: sie haben dem Reich und seinen Bürgern den Rock und das Hemd gestohlen ...". 57) Er warf der VSPD-Reichstagsfraktionsmehrheit vor, um der Rettung der Staatform willen die letzten Reste seines für die Arbeiterschaft wichtigen sozialen Inhaltes (z.B. Achtstundentag) geopfert zu haben. Sie habe "das Soziale geopfert, um das Demokratische zu retten, hat den Inhalt für die Form dahingegeben." Aber damit

habe sie unbewußt das für die Arbeiterschaft Entscheidende preisgegeben und der Republik ihren einzigen Freund, die Arbeiterklasse, genommen.

Als Alternative zur großen Koalition, in der die VSPD nur "fiktive" Staatsmacht besitze, nannte er die Koalitionsregierungen von VSPD und KPD in Sachsen und Thüringen, in denen die Arbeiterschaft "reelle" Staatsmacht ausübe. Die VSPD müsse sich darauf einstellen, daß die entscheidende Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie bald nicht im Reichstag und in der Regierung stattfinden werde, sondern im außerparlamentarischen Kampf, dessen Mittel er nur andeutete. Es komme in kurzer Zeit der Tag, "an dem eine Partei nicht mehr gemessen wird nach ihren 173 Sitzen und Sitzgelegenheiten im Parlament, sondern nach den Köpfen, die sie draußen hat und nach den Machtmitteln, über die sie verfügt."

Die von der Linken beherrschten Parteigliederungen verurteilten den Beschluß zur Fortsetzung der Großen Koalition. Ein außerordentlicher Bezirksparteitag der VSPD Groß-Berlin beschloß am 7.10. nach Referaten des Koalitionsbefürworters Hilferding und des Koalitionsgegners Aufhäuser mit Mehrheit: "Der ... Bezirks-Parteitag der VSPD Groß-Berlin spricht der Mehrheit der Reichstagsfraktion, die sich erneut für die Große Koalition ausgesprochen hat, seine schärfste Mißbilligung aus. Er billigt ausdrücklich die Haltung der Minderheit dem Kabinett Stresemann gegenüber und stellt sich hinter die Opposition in der Reichstagsfraktion. Der Bezirks-Parteitag verlangt, daß die Reichstagsfraktion mit aller Energie für die sofortige Beseitigung des Ausnahmezustandes eintritt." 58) Der "Vorwärts" verschwieg diesen Beschluß.

Die ganze Verbitterung der VSPD-Linken über die Bildung des zweiten Kabinetts Stresemann kam im Beschluß des erweiterten Bezirksvorstandes Zwickau-Plauen zum Aus-

druck, dessen Kernsätze lauteten: "In der Erkenntnis, daß 1. die erste Regierung Stresemann in außen- und innenpolitischer Beziehung versagt hat, 2. eine Regierung der Großen Koalition nicht geeignet ist, die Reparationsfrage zu lösen, und 3. auch die bayerische Front gegen die Reichsgewalt zu brechen nicht willens und in der Lage ist; in der Überzeugung, daß die neue Regierung der Großen Koalition, in der die Sozialdemokratie noch einflußloser als vorher ist, eine Gefahr für die verfassungsrechtlichen und sozialpolitischen Freiheiten der Arbeiterklasse ist, protestiert der Bezirk gegen die Entscheidung der Reichstagsfraktion und erklärt sie für einen Schlag gegen die Partei, der sie vor die Existenzfrage stellt, zumal die Entscheidung für die zweite Koalition mit der Volkspartei ebenso wie die für die erste gegen den klaren Willen der Mehrheit der Parteimitgliedschaft gefallen ist." 59)

Der Bezirksvorstand Zwickau-Plauen forderte die sofortige Einberufung eines Reichsparteitages und ermahnte seine Reichstagsabgeordneten, der neuen Regierung nicht das Vertrauen auszusprechen.

Der Ton der Auseinandersetzungen in der VSPD wurde immer gereizter. Der "Vorwärts" sah sich daher veranlaßt, zu fordern: "Dem 'Sächsischen Volksblatt' und gleichgesinnten Organen sei aber folgendes gesagt: Wer dafür eintritt, daß den Kommunisten gegenüber Ausschreitungen der Polemik vermieden werden, muß gegenüber den eigenen Parteigenossen zum mindestens die gleiche kameradschaftliche Rücksicht walten lassen. Für ein Parteiorgan ist das doch nur selbstverständliche Pflicht." 60)

Die erste Bewährungsprobe für das neue Kabinett Stresemann war die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes für die Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die VSPD-Linke lehnte es ab, da sie befürchtete, daß es von den bürgerlichen Regierungsparteien zum Abbau aller sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter-

schaft und zur Beseitigung des Koalitions- und Streikrechts ausgenutzt werden würde. Auch die Dachorganisationen der drei freien Gewerkschaftsbünde (ADGB, ADB und AfA-Bund) teilten diese Befürchtung, lehnten aber wie die VSPD-Mehrheit die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes nicht ab, da sie darauf vertrauten, daß die VSPD in der Regierung schlimmeres verhüten werde. Sie warnten in einer Erklärung am 12.10.1923 vor jedem Versuch, "auf dem Wege des politischen Umsturzes und der wirtschaftlichen Diktatur die alten Herrenrechte wieder in Kraft zu setzen, die das Proletariat in unvergeßlichen Kämpfen ein für allemal beseitigt hat." 61)

Am 13.10. verabschiedete der Reichstag das wirtschafts- und sozialpolitische Ermächtigungsgesetz, dessen Kern lautete: "Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf die Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Renten der Versicherten und Rentenempfänger in der Sozialversicherung, sowie der Kleinrentner und Leistungen aus der Erwerbslosenversicherung." 62)

Bei der Schlußabstimmung erhielt das Ermächtigungsgesetz die erforderliche 2/3-Mehrheit mit 316 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen. DNVP und KPD blieben der Abstimmung fern. 63)

Die Gespaltenheit der VSPD-Reichstagsfraktion drückte sich im Abstimmungsverhalten der linken Reichstagsabgeordneten aus. 64)

Bei den Einzelabstimmungen über die verschiedenen Absätze des Gesetzes stimmten 40 bis 50 VSPD-Abgeordnete dagegen.

Bei der Schlußabstimmung hielten sich etwa 30

linke VSPD-Abgeordnete an die beschlossene Pflicht zur Anwesenheit und stimmten zusammen mit der Fraktionsmehrheit für das Gesetz, um die erforderliche 2/3-Mehrheit nicht zu gefährden. In einer Erklärung rechtfertigten sie diese Unterwerfung unter die Fraktionsdisziplin: "Nicht weil wir unsere sachliche Meinung geändert haben, sondern weil wir die Einheit der Partei wahren wollten und wahren mußten. Nun hat der Parteitag zu entscheiden."

Mehrere Führer der VSPD-Linken, darunter Aufhäuser, Bock, Brass Dißmann, Levi und Sender, entzogen sich der Schlußabstimmung, indem sie nicht in Berlin anwesend waren. Der "Vorwärts" meldete, daß von 14 VSPD-Abgeordneten, die bei der Schlußabstimmung fehlten, etwa die Hälfte aus politischen Gründen nicht anwesend war. Rosenfeld und Wurm verließen den Reichstag demonstrativ erst kurz vor der Schlußabstimmung und wurden von der Reichstagsfraktion dafür später getadelt. 65)

Innerhalb der VSPD ging die Auseinandersetzung über die Haltung zur Regierung Stresemann weiter. 66) Für den Austritt der VSPD aus der Regierung sprachen sich u.a. die Parteigliederungen in Erfurt, Hagen, Leipzig, Chemnitz, Frankfurt am Main, Stettin und Zeitz aus.

Für die Fortsetzung der Großen Koalition plädierten die Bezirke Hamburg, Ostpreußen, Hannover und Brandenburg. Letzterer nannte die Kritik der linken Parteiopposition an der Parteiführung "unverantwortlich".

Innerhalb der Partei konnte die VSPD-Linke mit der Gewinnung der Mehrheit im Bezirk Groß-Berlin ihren Einfluß ausbauen. Auf dem Bezirksparteitag am 21.10.1923 wurde in einer Reihe von Kampfabstimmungen ein rein linker Bezirksvorstand gewählt. 67) Franz Künstler besiegte bei der Wahl zum Bezirksvorsitzenden den bisherigen Amtsinhaber Schlegel mit 263:157 Stimmen eindeutig.

Der Bezirksparteitag forderte die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Sollten die bürgerlichen

Regierungsparteien dazu nicht bereit sein, müsse die VSPD die Regierung verlassen.

In einem Beschluß wurde die einseitige Berichterstattung des "Vorwärts" im Sinne der Parteiführung verurteilt und die Absetzung seines Chefredaktors Stampfer verlangt. In der Entschließung wurde gefordert, "die Schreibweise des "Vorwärts" im Sinne des Proletariats zu ändern und die Chefredaktion einem Genossen zu übertragen, der unser Zentralorgan zu einer scharfen geistigen Waffe im Interesse des proletarischen Klassenkampfes gestaltet. "In einem weiteren Absatz wurde verlangt, das weitgehende Totschweigen der inhaltlichen Positionen der Parteilinken im Zentralorgan zu beenden: "Um die Berliner Parteigenossenschaft hinreichend über die politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen zu unterrichten, soll künftig der "Vorwärts" nicht nur die Meinung der Mehrheit des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion vertreten, sondern auch die der Minderheiten der beiden Körperschaften und die überwiegende Mehrheit der Groß-Berliner Mitgliedschaft hinreichend zu Worte kommen."

Dieser Antrag artikulierte ein Grundproblem der VSPD-Linken. Im Zentralorgan der Partei kam sie so gut wie nie mit eigenen Artikeln zu Wort. Alle Redakteure des "Vorwärts" vertraten die Position des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktions-Mehrheit. Nur sehr selten wurden im "Vorwärts" Beschlüsse linker Gliederungen abgedruckt. Daran sollte sich trotz dieses und zahlreicher anderer Anträge nichts ändern. Für die Berliner Organisation war dieses Problem besonders gravierend, da der "Vorwärts" zugleich die Parteizeitung für das Berliner Gebiet war und die linke Berliner Parteiführung daher im Gegensatz zu den anderen Bezirken mit linker Mehrheit nicht die Möglichkeit hatte, eine von ihr kontrollierte Parteizeitung herauszugeben.

Der Bezirk Groß-Berlin entwickelte sich nach diesem Bezirksparteitag zu einem der Zentren der innerparteilichen Opposition.

Aufgrund der wachsenden Unzufriedenheit in der Partei über die Anwendung des Belagerungszustandes in Sachsen und Thüringen forderte der VSPD-Parteivorstand am 17.10. die Aufhebung des Belagerungszustandes, machte aber von der Erfüllung dieser Forderung im Gegensatz zu den Beschlüssen der VSPD-Linken nicht den weiteren Verbleib in der Regierung Stresemann abhängig. 68)

Am 20.10. erhoben auch die 3 freien Gewerkschaften diese Forderung. 69)

1.2.5. Das Ende der Regierungsbeteiligung der VSPD wegen der Reichsexekution gegen Sachsen

Die Reichsexekution in Sachsen leitete das Ende der Großen Koalition ein. Auf die Ergebnisse in Sachsen wird in einem eigenen Kapitel ausführlich eingegangen.

Die VSPD-Parteiführung verfolgte zwar die Politik der Regierung Zeigner wegen der Beteiligung der KPD mit Mißtrauen, kam aber nicht umhin, das harte Vorgehen der Reichswehrbefehlshaber in Sachsen zu kritisieren und das Fehlen eines Vorgehens der Regierung Stresemann gegen Bayern zu verurteilen, dessen Generalkommissar von Kahr mit der Vereidigung der bayerischen Reichswehr auf die bayerische Regierung offenen Verfassungsbruch begangen hatte.

Der "Vorwärts" warnte in der zweiten Oktoberhälfte vor einer Reichsexekution gegen Sachsen. 70)

Das Ultimatum Stresemanns und Geßlers an die Regierung Zeigner vom 27.10., binnen 24 Stunden zurückzutreten, wurde vom "Vorwärts" als "verhängnisvoll" bewertet, da es vorschnell gefaßt worden sei und ange-

sichts des Nichtvorgehens gegen die bayerische Regierung einseitig den Interessen des Bürgertums entspreche. Der "Vorwärts" plädierte für eine Verständigung zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung, was nach Lage der Dinge nur die Beendigung der Koalition mit der KPD bedeuten konnte. 71)

Die Absetzung der Regierung Zeigner wurde v.a. deswegen kritisiert, weil der Zeitraum des Ultimatums für die Distanzierung von der KPD zu gering gewesen sei. Die Entwicklung der Distanzierung der VSPD in Sachsen von der KPD sei mit dieser Aktion unterbrochen worden, und sie werde nur eine entgegengesetzte Tendenz in der VSPD Sachsens auslösen. 72)

Am 29.10. sah sich der "Vorwärts" sogar gezwungen, Gerüchte zu dementieren, die auch innerhalb der VSPD zirkulierten, die VSPD-Reichsminister hätten dem Ultimatum an die Regierung Zeigner zugestimmt. 73) Die Entscheidung sei allein vom Inhaber der vollziehenden Gewalt Reichswehrminister Geßler getroffen worden: "Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vollziehenden Gewalt nahm den Standpunkt ein, daß er die Maßnahmen gegen Sachsen ohne Zustimmung des Kabinetts vornehmen könne, aber er teilte seinen Entschluß loyal der Regierung mit." Die VSPD-Reichsminister hätten sich zwar für ein Ausscheiden der KPD-Minister aus dem Kabinett Zeigner ausgesprochen, aber die Absetzung der Regierung Zeigner abgelehnt.

Am selben Tag drohte der Innenminister Sollmann in einer Kabinettsitzung den Austritt aus der Regierung an, falls die Regierung nicht gegen die bayerische Regierung genau so vorgehe, wie sie es in Sachsen getan habe. Der VSPD-Parteivorstand verurteilte in einer Erklärung die Absetzung der sächsischen Regierung, die verfassungsmäßig zustandegekommen sei, als nicht "gerechtfertigt". Mit viel größerem Recht hätte diese Maßnahme gegen die bayerische Regierung erfolgen müssen. Zugleich betonte der Parteivorstand aber, daß er für ein Ende der Koalition

mit der KPD in Sachsen und Thüringen schon vor der Reichsexekution gewesen sein. 74)

Am 31.10. formulierte die VSPD-Reichstagesfraktion Bedingungen für den Verbleib der VSPD in der Regierung Stresemann: Sie forderte: Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes, entschiedenes Vorgehen gegen Bayern, die Reichswehr dürfe in Sachsen nur noch auf Befehl des Zivilkommissars vorgehen, rechtsextreme Angehörige der Reichswehr seien sofort zu entlassen und die Reichsregierung müsse wertbeständige Löhne garantieren. 75) Sollmann stellte diese Forderungen am 1.11. im Kabinett. Sie wurden jedoch von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Am 2.11. beschloß daraufhin die VSPD-Reichstagsfraktion gegen 19 Stimmen von Vertretern des Mehrheitsflügels den Austritt der VSPD-Minister aus der Regierung Stresemann, die zunächst weiteramtierte. 76)

Die Absetzung der Regierung Zeigner durch eine Reichsregierung, an der die VSPD beteiligt war, führte zu einer bis dahin nicht gekannten Härte der Auseinandersetzung in der VSPD, da die VSPD-Linke der eigenen Parteiführung vorwarf, mitschuldig am Sturz der VSPD/KPD-Regierung in Sachsen zu sein.

Paul Levi kritisierte in einem Artikel in der "SPW" mit dem ironisch gemeinten Titel "Die Verteidiger der Republik" das Verhalten der VSPD-Reichsminister. 77) Nicht die Regierung in Bayern, "wo die Verfassung seit Wochen mit Füßen getreten wird", sondern die Regierung Zeigner von Sachsen, "das der sicherste Hort eben dieser Verfassung ist", sei abgesetzt worden. Dabei hätten führende Sozialdemokraten eine wichtige Rolle gespielt, denn die Absetzung der Regierung Zeigner sei erfolgt: "Im Namen eines Reichspräsidenten, der nicht nur Republikaner, sondern auch Sozialdemokrat ist! Und im Namen eines Kabinetts, in dem ebenfalls drei Sozialdemokraten sitzen, die ihre Zustimmung gaben zu diesem Akt, der in der Ge-

schichte nahezu ohne Beispiel ist. "Wegen ihrer Zustimmung zur Verhängung des Belagerungszustandes sei die gesamte Parteiführung der VSPD mitschuldig an der Reichsexekution, da der Belagerungszustand die formalrechtliche Grundlage für diese Aktion darstelle: "Mögen noch so viele Entschuldigungen gesucht und gefunden werden. Keine Macht der Welt wird die offizielle Leitung der Sozialdemokratischen Partei reinwaschen von der Mitschuld an den abscheulichen Vorgängen in Sachsen. "Auch wenn diese Genossen subjektiv glaubten, durch ihr Verhalten die Republik zu retten, begingen sie objektiv ein politisches Verbrechen, da ihre Politik der Reaktion, nicht der Arbeiterklasse, nütze. Daher verdienten "diese Staatsmänner, daß ihnen Ludendorff ein Denkmal setzt." Durch die Reichsexekution gegen Sachsen begehe die Republik Selbstmord, da sie ihre einzige wahre Verteidigerin, die Arbeiterschaft, von ihr entfremde.

In einem anonym verfaßten Kommentar in der "SPW" mit der Überschrift "Der Dolchstoß gegen Sachsen. Ein Dokument der Schande" wurde den VSPD-Spitzengremien vorgeworfen, "durch ihre Abneigung gegen die sächsische Arbeiterregierung" und "ihre Begeisterung für die Große Koalition" zur Vorbereitung der Reichsexekution "einen redlichen Teil" beigetragen zu haben. 78) Der "Sozialdemokratische Pressedienst" des Parteivorstandes habe am 26.10. Verständnis für den Einmarsch der Reichswehrtruppen nach Sachsen gezeigt, da eine Regierung mit Beteiligung der KPD dem Staatswohl widerspreche. Jede Erwiderung auf diesen Artikel erübrige sich: "Wir wollen den Herren, die diese frivole Hetze gegen das sozialistische Sachsen führen, nicht die Ehre einer Polemik wiederfahren lassen." Im Gegensatz zu den Erklärungen des Parteivorstandes, die Regierung Zeigner sei bereits vor der Absetzung zu einem Bruch mit der KPD bereit gewesen, wurde betont, daß VSPD und KPD in der Regierung gut zusammengearbeitet hätten. Die Parteizeitungen der VSPD-Führung

hätten durch ihre "Hetze" gegen die Regierung Zeigner ihre Absetzung ideologisch vorbereitet. Ein Teil der eigenen Partei habe den Sturz der Regierung Zeigner gewünscht und ihr zusammen mit den bürgerlichen Parteien schließlich den Todesstoß versetzt: "Die Reaktion kann sich beglückwünschen. Sie hat gute Helfer gefunden, die ihr glänzend in die Hände gearbeitet haben. Der Dolchstoß gegen die sächsische Arbeiterfront ist nur aus den eigenen Reihen gekommen."

Der Stil der Angriffe der VSPD-Linken auf die Parteiführung zeigte, daß nach der Absetzung der Regierung Zeigner sich die beiden Fichtungen in der Partei unversöhnlich gegenüberstanden. Eine Parteispaltung wäre bei einem Verbleiben der VSPD in der Regierung Stresemann wohl unvermeidbar gewesen.

Ähnlich wie die "SPW" verurteilten auch linke Untergliederungen der VSPD in Beschlüssen die Haltung der Parteiführung.

Die Funktionärsversammlung der VSPD Groß-Berlin bewertete die Reichsexekution einstimmig als Verletzung der verfassungsmäßig gesicherten Demokratie. Aus Protest dagegen sollten die freien Gewerkschaften einen Generalstreik in Deutschland aufrufen. Gegen diesen Absatz stimmten einige Vertreter des rechten Flügels. Gegen eine starke Minderheit wurde sogar der Parteiausschluß des Reichspräsidenten Ebert gefordert: "Die Funktionärsversammlung Groß-Berlin schließt sich dem Vorgehen der Funktionäre von Leipzig an und verlangt den sofortigen Ausschluß des Reichspräsidenten Ebert aus der Partei. Eine Begründung nach den letzten Handlungen des Reichspräsidenten erübrigt sich." Dieser Beschluß wurde vom "Vorwärts" heftig kritisiert. 79)

Die Bezirkskonferenz der VSPD Groß-Thüringen beschloß am 31.10. in Weimar: "Die Konferenz verurteilt die Haltung des Parteivorstandes zum Belagerungszustand

und zur sächsischen Frage." 80)

Gegen die Vorwürfe der innerparteilichen Opposition verteidigte sich Wilhelm Dittmann in einem "Vorwärts"-Artikel. 81) Die Koalition von VSPD und KPD in Sachsen sei schon vor der Reichsexekution am Ende gewesen: "Die sozialistisch-kommunistische Koalition in Sachsen war bereits faktisch erledigt, und der Ministerpräsident Zeigner wollte schon demissionieren, ehe das Ultimatum kam." Zeigner habe am 28.10. erklärt, er werde zwar das Ultimatum ablehnen, aber am 30.10. die KPD-Minister entlassen. Dittmann versuchte also den Eindruck zu erwecken, die VSPD/KPD Koalitionsregierung Zeigner sei in Wahrheit nicht an dem Eingreifen der Reichsregierung gescheitert, sondern an internen Gegensätzen.

In einem Aufruf des Parteivorstandes vom 4.11. wurde diese These wiederholt. 82) Die Reichsexekution sei als "politisch töricht" zu bewerten, "weil die Sozialdemokratische Partei im Begriff war, ohne jeden Druck von außen das Regierungsbündnis mit den treulosen und verräterischen Kommunisten zu lösen." Die Reichsexekution wurde also als politische Dummheit verurteilt, die eigentlich überflüssig gewesen sei, da die VSPD selbst die KPD in Sachsen aus der Regierung habe drängen wollen. Der Parteivorstand stellte im Aufruf die doppelte Frontstellung seiner Politik gegen die rechtsextremistische Gefahr und gegen die KPD, die die "Zertrümmerung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung" wolle, dar.

Trotz des Austrittes der VSPD aus der Regierung Stresemann ging die innerparteiliche Kontroverse mit unverminderter Schärfe weiter.

Levi hielt ungeachtet aller Dementis des Parteivorstandes an seiner These fest, daß die Reichsexekution gegen Sachsen mit Wissen und Billigung der VSPD-Partei-

führung stattgefunden habe, um die Regierung Zeigner zu stürzen: "Sie hatten ja nur ein Parteimanöver gemeint, um den verblendeten "Illusionisten", die da glaubten, die Kommunisten seien auch Arbeiter, von der Blindheit ihrer Illusionen zu kurieren: ... In Sachsen gedachten ein paar sozialdemokratische "Staatsmänner" ein Kriegchen gegen einen Teil ihrer eigenen Partei zu machen; in Sachsen macht daraus die Bourgeoisie einen Krieg gegen uns alle miteinander und geschlagen kehren unsere Staatsmänner jetzt heim." Die Parteiführung habe mit ihrer Politik den Willen der Mehrheit der Parteimitglieder mißachtet. Das Programm einer notwendigen neuen Parteiführung müsse auf dem schärfsten Kampf gegen die bürgerlichen Parteien und dem Versuch der Zusammenarbeit mit der KPD beruhen. Levi forderte die Einberufung eines Reichsparteitages der VSPD, dessen Hauptaufgabe es sein werde, "die Homogenität zwischen Mitgliedschaft und Führung herzustellen, die uns abhanden gekommen ist." 83)

Auch Otto Jenssen nannte als Ziele eines Reichsparteitages die Ersetzung der bisherigen Parteiführung durch eine neue von der Linken gestellte und einen völligen politischen Kurswechsel, da die Koalitionspolitik nur dazu geführt habe, daß die "Riesenpartei der VSPD einem trägen Koloß auf tönernen Füßen" gleiche. 84)

Der Vorsitzende des AfA-Bundes Aufhäuser sah in dem Scheitern der großen Koalition eine Bestätigung der Prognosen der VSPD-Linken: "Die Große Koalition hat sich als die große Illusion ihrer Befürworter erwiesen. Ihre Gegner in der Sozialdemokratie, die es ablehnten, dem bestehenden scharfen Konflikt der Klassen auszuweichen, waren die Relapolitiker." 85) Wegen des Mißerfolges der Großen Koalition war sich Aufhäuser sicher, daß das Ende der "burgfriedlichen Illusionen" in der VSPD begonnen habe und die Koalitionspolitik

sich endgültig desavouiert habe, denn die Regierung Stresemann habe gezeigt, daß in einer Koalitionsregierung die Regierungsbeteiligung der VSPD "keine Machtpositionen bedeutet, ja noch nicht einmal eine wesentliche Einflußsphäre verschaffen kann." Nur durch eine klare Oppositionspolitik im Reichstag könne die VSPD wieder erstarben.

Nach dem Einmarsch der Reichswehrtruppen in das vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Frölich regierte Thüringen am 6.11.1923 war klar, daß die Regierung Stresemann keinen Wert mehr auf eine Verständigung mit der VSPD-Parteiführung legte. Die Kritik der VSPD an der Regierung verschräufte sich noch nach dem gescheiterten Hitler-Putsch am 9.11.1923. Als Ursache der Möglichkeit eines rechtsextremen Putschversuches bewertete der "Vorwärts" die Weigerung der Regierung Stresemann, gegen die bayerische Regierung mit einer Reichsexekution vorzugehen. Grundlage dieses Verhaltens sei der Wunsch der bürgerlichen Regierungsparteien, an Stelle ihrer Minderheitsregierung eine Mehrheitsregierung unter Einschluß der DNVP zu bilden. 86)

Am 9.11. beschloß die VSPD-Reichstagsfraktion mit großer Mehrheit gegen die Stimmen einiger Vertreter des rechten Flügels, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Stresemann mit folgendem Wortlaut einzubringen: "Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand gegen Sachsen und Thüringen, ohne daß hierfür sachliche Gründe vorlagen, in schärfster Form angewandt, gegen die verfassungswidrigen Zustände in Bayern aber nichts entscheidendes getan. Sie hat daher nicht das Vertrauen des Reichstages." 87) Am 20.11. trat der Reichstag, der seit dem 13.10. nicht mehr getagt hatte, wieder zusammen.

In der Debatte forderte Stresemann zwar die bayerische Regierung zur Rückkehr zur Anerkennung der

Reichsverfassung auf, kündigte aber keine Initiative für ein Vorgehen der Reichsregierung an. Die Reichsexekution gegen Sachsen und Thüringen rechtfertigte er mit Terrorakten und "Unterbrechungen des wirtschaftlichen Lebens" in diesen Ländern. Geschickt wies er auf die Rolle der VSPD-Reichsminister hin: "... die Entsendung der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen ist in den Zeiten der Großen Koalition erfolgt, und sie wäre wohl nicht erfolgt, wenn man nicht in allen Parteien der Meinung gewesen wäre, daß dort eben Verhältnisse waren, die unbedingt Remedur verlangten."

Wels begründete den Mißtrauensantrag der VSPD mit der Ungleichbehandlung der Regierungen in Sachsen und Thüringen mit der in Bayern. Erstmals bei einer wichtigen Plenumsdebatte des Reichstages erhielt ein Vertreter der Fraktionsminderheit, Rosenfeld, die Gelegenheit neben Wels als Repräsentant der VSPD aufzutreten. Er verurteilte das brutale Vorgehen der Reichswehr in Sachsen, das schon 34 Tote gefordert habe: "Solange die früheren kaiserlichen Offiziere, die Deutschland ins Unglück gebracht haben (Unruhe rechts) noch eine Rolle bei uns spielen, ist die Republik gefährdet. Nicht Dank gebührt der Reichswehr, sondern Protest." Auch die VSPD-Ministerpräsidenten Sachsens und Thüringens Fellisch und Frölich verurteilten die Übergriffe der Reichswehr in ihren Ländern.

Ein Antrag der VSPD, den Belagerungszustand sofort aufzuheben, wurde vom Reichstag gegen die Stimmen der VSPD und KPD abgelehnt. Ein Antrag der KPD gegen Kahr, Hitler und Ludendorff ein Verfahren wegen Hochverrats einzuleiten, wurde mit 193:168 Stimmen gegen die Stimmen der VSPD, KPD und eines Teiles der DDP abgelehnt. 88)

Ein Vertrauensantrag der Regierungsparteien für die Regierung Stresemann wurde bei nur 155 Ja-Stimmen und 230 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Gegen das Vertrauensvotum stimmten neben der VSPD und der KPD auch die DNVP und die BVP, die eine Rechtsregierung anstrebten. Daraufhin trat das Kabinett Stresemann, ohne verfassungsrechtlich dazu gezwungen zu sein, zurück. 89)

Der Wille der VSPD-Parteiführung, Stresemann jede Unterstützung zu entziehen, hatte mehrere Ursachen:

1. Die Weigerung Stresemanns gegen Bayern vorzugehen;
2. Die Ablehnung den Belagerungszustand aufzuheben;
3. Das Verhalten der Reichswehr gegenüber den sozialdemokratischen Regierungen Föllisch und Frölich;
4. Die Vermeidung einer Spaltung der VSPD, die bei einer Tolerierung der Regierung Stresemann wohl unvermeidbar gewesen wäre.

Die VSPD-Parteimehrheit war trotz der schlechten Erfahrungen in der Großen Koalition aber weiterhin prinzipiell zur Bildung von Koalitionsregierungen mit den bürgerlichen Mittelparteien bereit. Am Tage nach dem Rücktritt Stresemanns erklärte der "Vorwärts", die bürgerlichen Mittelparteien hätten jetzt die Wahl einer Koalition mit der VSPD oder aber mit der DNVP. Am 27.11. 1923 bedauerte er, daß wegen der Haltung der Mittelparteien zur Zeit keine Koalition auf Reichsebene mehr möglich sei: "Die Möglichkeit einer Koalitionspolitik mit der Sozialdemokratie ist nur deshalb nicht gegeben, weil die bürgerlichen Parteien nicht wollen, was die Voraussetzung einer solchen Politik ist, nämlich ein republikanisches, der nackten Kapitalherrschaft widerstrebendes und fortschrittliches Regime." 90)

Levi hingegen sah die Koalitionspolitik der VSPD-Parteiführung, die "'positive' Politik, die Politik der 'Realpolitiker'" am Ende. 91) Solange die Arbeiterparteien im Reichstag in der Minderheit seien, sei eine Koalition mit bürgerlichen Parteien in der Regel ausgeschlossen, denn die Sozialdemokratie sei dann die "geborene

Oppositionspartei". Sie müsse den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Politik des bürgerlichen Staates artikulieren, der auch in der Form der Republik noch seinen "kapitalistischen Charakter" beibehalte, solange die Arbeiterparteien nicht die alleinige politische Macht hätten. Ziel der VSPD müsse es in der Opposition sein, für die Alternativen der Partei gegenüber der bürgerlichen Politik zu werben, mit dem Bestreben langfristig die Mehrheit der Bevölkerung für den Sozialismus zu gewinnen. Levi kündigte an, daß die VSPD-Linke trotz vereinzelt geäußelter Ausschlußdrohungen an dieser Konzeption festhalten werde.

Der linke Reichstagsabgeordnete Ernst erklärte, daß für die VSPD nur eine Oppositionspolitik in Frage komme, solange es in Deutschland keine "ehrlich demokratisch-bürgerliche Massenpartei" gebe. 92)

Auch nach dem Sturz der Regierung Stresemann verlor die innerparteiliche Auseinandersetzung in der VSPD nicht an Schärfe.

Auf dem württembergischen Landesparteitag der VSPD, der die Politik der Parteiführung mit großer Mehrheit billigte, kritisierte der Parteivorsitzende Wels "die unsachliche Kritik an der Politik der Fraktionsmehrheit, die von dem Genossen Dr. Levi und dem um ihn sich gruppierenden Kreis in der Parteipresse getrieben wird ...". 93)

Die ex-Reichsminister Schmidt, Radbruch und Sollmann wiesen im "Vorwärts" am 27.11. nochmals den Vorwurf der VSPD-Linken zurück, sie hätten im Kabinett Stresemann der Reichsexekution gegen Sachsen und der Ernennung des DVP-Politikers Heinze zum Reichskommissar in Sachsen zugestimmt. Sie erklärten, daß beide Entscheidungen allein im Verantwortungsbereich des Inhabers der Militärbefehlsgewalt während des Belagerungszustandes Geißler gelegen hätten. 94)

Die VSPD-Linke ließ sich durch die Kritik der Parteiführung nicht einschüchtern. Levi berichtete von Ausschußdrohungen gegen VSPD-Linke: "da und dort wird schon unerklärt davon gesprochen, daß man die Störenfriede wieder los werden müßte, so rasch wie möglich." Aus dieser Forderung spreche die Enttäuschung darüber, daß nicht "die ganze (ehemalige -E.W.) VSPD ein Haufen ausgemergelter Eunuchen sei ...". Die VSPD-Linke werde trotz aller Drohungen ihrer Position treu bleiben- 95)

Eine Funktionärsversammlung des Bezirks Zwickau-Plauen, an der 2000 Teilnehmer mitwirkten, beschloß Ende November 1923 nach einem die Politik des Parteivorstandes verteidigenden Referates Dittmanns dennoch einstimmig der Parteiführung das Mißtrauen auszusprechen: "Da der Parteivorstand diese (Koalitions -E.W.) Politik bis zu ihrem Zusammenbruch fortgesetzt hat, hat er nicht mehr das Vertrauen der Partei." 96)

1.2.6 Das Vorgehen der VSPD-Parteiführung gegen die "organisierte Opposition" in der Partei

Am 26. und 27.11.1923 befaßte sich der Parteiausschuß mit den innerparteilichen Konfliktthemen. 97) Die Politik des Parteivorstandes erhielt in allen Fragen eine große Mehrheit, da die VSPD-Linke nur wenige Bezirke der Partei dominierte. Die Politik der Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung Stresemann wurde mit großer Mehrheit gebilligt.

Hauptthema der Sitzung war der Vorwurf des Parteivorstandes an die VSPD-Linke, - durch die Bildung einer organisierten Opposition - die Parteieinheit zu gefährden. Wels unterstellte der Gruppierung um die Zeitschrift "SPW", an der Bildung einer "organisierten Opposition" zu arbeiten. In einem Beschluß, der 8 Gegen-

stimmen der Linken erhielt, wurde dieser Versuch verurteilt: "Der VSPD-Parteiausschuß erklärt das Bestehen und die Forderungen geschlossener oppositioneller Gruppen innerhalb der Partei und das Bestehen eines besonderen Organs mit besonderen parteipolitischen Tendenzen (gemeint war die "SPW" -E.W.) für unvereinbar mit dem Organisationsstatut der Partei. Der Parteivorstand wird aufgefordert, dagegen mit allen zweckdienlichen Mitteln einzuschreiten. "Weder der Parteiausschuß, noch der Parteivorstand, noch der "Vorwärts", begründeten anhand von konkreten Beispielen den gegen die VSPD-Linken erhobenen Vorwurf der Gründung einer organisierten Fraktion in der VSPD.

Nach dieser Parteiausschußsitzung mußte sich erweisen, ob der Parteivorstand Führer der VSPD-Linken ausschließen würde. Besonders der Herausgeber der "SPW" und geistige Führer der Linksopposition Levi war unmittelbar vom Parteiausschluß bedroht.

Zwei weitere Beschlüsse des Parteiausschusses richteten sich ebenfalls gegen die Politik der VSPD-Linken.

Bei 5 Gegenstimmen beschloß der Parteiausschuß das Verbot jeder Zusammenarbeit mit der KPD, die am 23.11. verboten worden war: "Die KPD bereitet auf Befehl der Moskauer Zentrale den gewaltsamen Angriff auf die republikanische deutsche Verfassung vor. Die VSPD, die den Kampf für den Sozialismus auf dem Boden der Verfassung durchführen wird, lehnt daher jede organisatorische und politische Verbindung mit der KPD ab. Der Parteiausschuß erwartet, daß alle Organisationen im Reich dementsprechend handeln."

Bei 6 Gegenstimmen entschied der Parteiausschuß, daß allein die Landtagsfraktionen für die Verhandlungen über die Bildung der Landesregierung zuständig seien. Er unterstützte damit die Auffassung der parteivorstandskon-

formen Landtagsfraktionsmehrheit der VSPD in Sachsen, nicht die des von der Linken beherrschten Landesarbeitsausschusses. Der "Vorwärts" bekannte dies offen: "Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß die besonderen Verhältnisse in Sachsen diese Stellungnahme des Parteiausschusses notwendig machten." 98)

1.3. Die Entwicklung in den Hochburgen der VSPD-Linken
Sachsen und Thüringen im Jahre 1923

1.3.1. Die Entwicklung in Sachsen

1.3.1 1. Die Tolerierung einer VSPD-Minderheitsregierung
durch die KPD vom Dezember 1920 bis zum Januar
1923

Nach dem Sturz der Monarchie regierte in Sachsen zunächst eine Regierung der Volksbeauftragten aus Vertretern der SPD und USPD mit Lipinski (USPD) als Vorsitzenden. Im Januar 1919 verließ die USPD aus Protest gegen das Vorgehen der Polizei gegen eine Demonstration der KPD in Dresden diese Regierung. 1)

Bei den Wahlen zur Volkskammer (Landtag) am 2.2.1919 erhielt die SPD 42, die USPD 15 und die bürgerlichen Parteien insgesamt 39 Sitze. Die KPD boykottierte die Wahlen.

SPD und USPD konnten sich wegen Differenzen über die Weiterführung der Arbeiter- und Soldatenräte, der Inangriffnahme der Sozialisierung und der Demobilisierung der Reichswehrtruppen in Sachsen nicht auf die Bildung einer Koalitionsregierung einigen. Am 14.3.1919 wurde daher eine SPD-Alleinregierung unter Ministerpräsident Gradnauer bei Stimmenthaltung der USPD und DDP gewählt. Sie war in der Folge von der Tolerierung durch diese beiden Parteien oder wechselweise durch eine der beiden Parteien angewiesen.

Der rechte Flügel der SPD strebte im Herbst 1919 eine Koalitionsregierung mit der DDP an. Er wurde darin vom Parteivorstand unterstützt. Die Landesversammlung der PSD Sachsens beschloß am 15.9.1919 jedoch mit 59 zu 24 Stimmen mit der USPD über die Regierungsbildung zu verhandeln. Die Verhandlungen scheiterten bald an den Forderungen der USPD auf die Verankerung der Arbeiter- und

Soldatenräte in der Landesverfassung und auf die paritätische Zusammensetzung der Landesregierung.

Trotz großen Widerstandes des linken Flügels der SPD wurde daraufhin am 6.10.1919 ein Koalitionskabinett aus SPD und DDP gebildet.

Nach dem Kapp-Putsch verstärkte sich in der SPD der Wille zur Zusammenarbeit der Arbeiterparteien. Auf Druck des linken Parteiflügels trat Gradnauer am 22.4.1920 zurück. Der linke Parteiflügel um den Landtagsabgeordneten Fellisch, der wegen ihrer regionalen Hochburg "Chemnitzer Richtung" genannt wurde, strebte eine Koalitionsregierung mit der USPD an. Die USPD-Landesversammlung entschied sich am 23.4.1920 jedoch gegen die Regierungsbeteiligung.

Unter dem neuen Ministerpräsidenten Buck (SPD) wurde wiederum eine Koalitionsregierung aus SPD und DDP gebildet, bei deren Wahl im Landtag sich die USPD der Stimme enthielt, um ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der SPD zu dokumentieren.

Am 14.11.1920 fanden Landtagswahlen statt. Die große Mehrheit, die die Arbeiterparteien in der Volkshammer gehabt hatte, schrumpfte auf 2 Sitze zusammen. Die SPD erhielt 27 Sitze, die USPD-Rechte 13, die USPD-Linke 3, die KPD 6 und die bürgerlichen Parteien zusammen 47 Sitze.

In der SPD setzte sich der linke Flügel durch. Die Landesversammlung beschloß mit großer Mehrheit, sich für die Bildung einer Koalitionsregierung mit der USPD auszusprechen. Mitausschlaggebend für dieses Abstimmungsergebnis war, daß eine Koalition aus SPD und DDP im Landtag ohne Mehrheit und daher auf die Tolerierung durch die DVP angewiesen gewesen wäre. Die USPD beschloß am 21.11.1920, für die Bildung einer "sozialistischen Regierung" einzutreten. Die inzwischen mit der USPD-Linken zur VKPD vereinigte Kommunistische Partei erklärte sich bereit,

eine Minderheitsregierung aus SPD und USPD von Fall zu Fall zu tolerieren.

Im Dezember 1920 wurde vom Landtag die SPD/USPD-Koalitionsregierung Buck mit den 48 Stimmen der drei Arbeiterparteien gegen 47 Stimmen gewählt. Die Regierung Buck führte eine konsequente Reformpolitik durch. Sie realisierte eine grundlegende Demokratisierung der Gemeindeordnung und des Bildungswesens. Im Bereich der Justiz, Polizei und Verwaltung wurden republikanische Beamte eingestellt. In der Sozialpolitik wurden v.a. die Interessen der Arbeiterschaft berücksichtigt. Sachsen entwickelte sich daher zu einem Modellfall für die Politik einer sozialistischen Landesregierung im Rahmen der Weimarer Verfassung. 2)

Fast zwei Jahre tolerierte die KPD die Regierung Buck. Am 14.9.1922 stimmte die KPD jedoch einem Antrag auf Auflösung des Landtages, der von den bürgerlichen Oppositionsparteien eingebracht wurde, zu. Der Antrag wurde mit 53 zu 39 Stimmen angenommen. Grund des Verhaltens der KPD in dieser Abstimmung war wohl die Hoffnung gestärkt aus Neuwahlen hervorzugehen. Der "Vorwärts" verurteilte es als "Einheitsfront mit den übelsten Reaktionären". 3)

Bei den Landtagswahlen am 5.11.1922 erhielt die VSPD 40 Sitze, die KPD 10 und die bürgerlichen Parteien 46 Sitze. Da durch die Vereinigung von SPD und USPD in der VSPD ein starker linker Flügel vorhanden war, schien die Bildung einer Koalitionsregierung aus KPD und VSPD möglich. 4)

Bereits vor der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien dominierte in den SPD-Parteibezirken Chemnitz-Erzgebirge und Zwickau-Plauen der linke Parteiflügel, der die Koalitionspolitik der SPD im Reich kritisierte und die Zusammenarbeit mit der KPD der mit der DDP vorzog. Er erhielt durch die meist links stehenden ehemaligen USPD-Mitglieder eine enorme Verstärkung. Bald nach der Gründung der VSPD eroberte die Linke auch in den

beiden anderen sächsischen Parteibezirken Leipzig und Ostsachsen (Dresden) die Mehrheit. 5)

Am 10.11.1922 forderten die Landesinstanzen der SPD Sachsens die KPD zur Mitarbeit in einer Koalitionsregierung auf, unter der Bedingung der Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung. 6)

Die sächsische KPD formulierte als Voraussetzung für ihre Regierungsbeteiligung ein 10-Punkte-Programm. Es enthielt neben wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen, die denen der VSPD ähnelten, auch 4 Forderungen, die die VSPD schwerlich akzeptieren konnte: die Bildung von Arbeiterwehren aus Mitgliedern beider Arbeiterparteien, die Entfernung aller antirepublikanischen Beamten, die Billigung aller Gesetzesentwürfe der Landesregierung durch den periodisch zusammentretenden Landesbetriebskongreß und der Kampf gegen die Reichsregierung Wirth, an der die VSPD beteiligt war. Die KPD forderte ausdrücklich: "Die wichtigste Aufgabe der Arbeiterregierung Sachsens ist, die Massen gegen die verhängnisvolle und bankrotte Koalitionspolitik zu führen und den Kampf aufzunehmen für eine Arbeiterregierung im Reiche mit einem klaren Programm über die gesamte innere und auswärtige Politik der deutschen Republik." 7)

Die VSPD-Parteizeitung "Leipziger Volkszeitung" lehnte diese vier Forderungen der KPD ab und warf der KPD vor: "Die Kommunistenführer verfahren hier wieder nach ihrem alten Grundsatz, unerfüllbare Forderungen zu stellen, um deren Ablehnung dann zu einer wüsten Hetze gegen die Arbeitervertreter auszunutzen." 8)

Am 20.11.1922 antwortete der Landesarbeitsausschuß der VSPD auf die Forderungen der KPD. Er lehnte die Forderungen nach Bildung gemeinsamer Arbeiterwehren ebenso ab, wie den Kampf gegen die Reichsregierung. Der Wunsch der KPD, den Landesbetriebsrütetekongreß faktisch zum obersten Gesetzgeber zu machen, wurde als im Widerspruch zur Landesverfassung stehend verurteilt. Die VSPD sei aber weiterhin

zu Verhandlungen mit der KPD über die Bildung einer Koalitionsregierung bereit. 9)

Die VSPD bracht in diese Gespräche ein eigenes 10-Punkte-Programm ein, das sich bemühte, der KPD etwas entgegenzukommen. Eine zu gründende Arbeitnehmerkammer sollte das Recht zur Beratung von Gesetzesentwürfen bekommen und auch selbst Gesetzesentwürfe in den Landtag einbringen können. Alleiniger Gesetzgeber sollte aber der Landtag bleiben. Die Bildung gemeinsamer Arbeiterwehren wurde zwar abgelehnt, aber eine Zusammenarbeit der Parteiordnergruppen von VSPD und KPD vorgeschlagen. In der Frage der Reichspolitik schlug die VSPD vor, daß die sächsische Landesregierung energisch auf die Reichsregierung einwirken solle - in Richtung auf eine Sozialisierung der Schlüsselindustrie und eine Steuerreform. Der Vorsitzende des Landesarbeitsausschusses der VSPD Edel appellierte in einem auch im "Vorwärts" erscheinenden Grundsatzartikel an die KPD, dieses Kompromißangebot zu akzeptieren. 10)

Der Verhandlungsführer der KPD Böttcher verurteilte das Angebot der VSPD als "menschewistisches Kautschukprogramm", das dem Konflikt mit der Reichsregierung aus dem Wege gehen wolle und die Betriebsrätekonferenzen von der Mitwirkung an der Regierungsarbeit ausschließen wolle. 11) Die Verhandlungen zwischen der VSPD und der KPD scheiterten am 29.11.1922 an den unüberbrückbaren Differenzen in den Bereichen des Vorgehens gegen die Reichsregierung und der Rechte des Landesbetriebsrätekongresses. 12)

Die KPD erklärte sich jedoch bereit, eine Minderheitsregierung der VSPD zu tolerieren, solange sie "Arbeiterinteressen" vertreten würde. Am 5.12.1922 sprach der Landtag der Regierung Buck mit den 49 Stimmen von VSPD und KPD gegen die Stimmen der bürgerlichen Oppositionsparteien das Vertrauen aus. 13) Die Tolerierung durch die KPD dauerte jedoch nur knapp zwei Monate.

Am 30.1.1923 wurde Innenminister Lipinski durch ein von der KPD eingebrachtes Mißtrauensvotum mit den 54 Stimmen der KPD und der bürgerlichen Parteien bei 39 Gegenstimmen der VSPD das Mißtrauen ausgesprochen. Den Anlaß für diese Aktion der KPD bildete die Weigerung Lipinskis, eine Kundgebung der rechtsextremen Deutschvölkischen Freipartei in Leipzig am 24.1. zu verbieten. Lipinski begründete sein Verhalten mit der Pflicht zur Wahrung des Rechts auf Versammlungsfreiheit. Die Regierung Buck trat nach dem Sturz ihres Innenministers zurück. 14)

Die VSPD-Landtagsfraktion verurteilte am 31.1. das "arbeiterfeindliche Treiben" der KPD als "Vorrat an der Arbeiterklasse". Das Mißtrauensvotum gegen Lipinski sei völlig ungerechtfertigt gewesen. Die VSPD werde ihre Anhänger gegen weitere Anschläge der "bürgerlichen Reaktion und ihre kommunistischen Helfershelfer" mobilisieren. 15) Auch der "Vorwärts" bezeichnete die KPD als "Vortrupp der Reaktion" und "Zutreiber für antirepublikanische Tendenzen". Er setzte sie sogar mit den Faschisten gleich: "Deshalb gehören sie (Kommunisten -E.W.) in eine Linie mit den stillen und öffentlichen Faschisten. Sie müssen von den Arbeitern mit derselben Energie bekämpft werden, wie jene Kreise um Hitler und Wulle." 16)

1.3.1.2. Die Debatte in der sächsischen VSPD über das Verhältnis der KPD und der DDP bzw. DVP Anfang 1923

Trotz dieser scharfen Kritik an der KPD entschied der Landesarbeitsausschuß der VSPD sowohl mit der KPD wie mit der DDP über die Bildung einer Koalitionsregierung zu verhandeln. Dies war ein Kompromiß zwischen den beiden Parteiflügeln der VSPD.

Der rechte Flügel um Buck plädierte für eine

Koalition mit der DDP, da die KPD endgültig mit dem Sturz Lipinskis bewiesen habe, daß sie zu einer Zusammenarbeit mit der VSPD nicht bereit sei. 17)

Er wurde vom Parteivorstand der VSPD in Berlin unterstützt. Das Zentralorgan der VSPD, der "Vorwärts", sprach sich am 8.2.1923 in dem Artikel "Die Regierungsbildung in Sachsen" klar für ein Regierungsbündnis mit der DDP aus und lehnte jede Zusammenarbeit mit der KPD ab. 18) Der Parteivorstand wollte das im Reich seit 1919 praktizierte Modell der Kooperation der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien der Mitte auf Sachsen übertragen. Da eine Koalition aus VSPD und DDP ohne Mehrheit im Landtag gewesen wäre, wäre sie auf eine Tolerierung durch die DVP angewiesen gewesen.

Der linke Flügel der sächsischen VSPD hingegen war für die Bildung einer Koalitionsregierung mit der KPD. Er interpretierte die Beschlüsse des Ende Januar 1923 in Leipzig stattfindenden Reichsparteitages der KPD zur Einheitsfrontpolitik als Zeichen der Bereitschaft der KPD zur Zusammenarbeit mit der VSPD. Die Parteizeitung der VSPD in Plauen "Volkszeitung für das Vogtland" appellierte an die Mitglieder der KPD: "Nicht ohne Not dürfen die Gegensätze im Proletariat noch mehr erweitert werden. Das sollten endlich die kommunistischen Arbeiter ihren Führern in Sachsen ganz deutlich sagen. Von der proletarischen Einheitsfront ist genug gesprochen worden. Laßt uns in Sachsen den Anfang mit ihr machen im Kampfe gegen Verelendung, Nationalismus und Faschismus!" 19) Jede Koalition mit der DDP wurde prinzipiell abgelehnt: "Auch für die Regierungskrise in Sachsen gilt, daß uns der proletarische Bruder näher steht als der kapitalistische Sklavenhalter und seine Beauftragten." 20)

Die Verhandlungen der VSPD mit der DDP und der KPD führten zunächst zu keiner Einigung. Am 6.2. und am 13.2. scheiterte im Landtag die Wahl eines Ministerprä-

sidenten, da jede Partei einen eigenen Kandidaten aufstellte. 21)

Die Entscheidung über den Vorschlag der VSPD zur Lösung der Regierungskrise sollte auf einem Landesparteitag fallen. Die KPD richtete am 27.2. einen Offenen Brief an die sozialdemokratischen Landesparteitagsdelegierten. 22) Sie erklärte die Bereitschaft der KPD zur Bildung einer Arbeiterregierung mit der VSPD. Das Programm dieser Regierung sollte von einem Landesbetriebsrätekongreß beschlossen werden. Als wesentliche Bestandteile des Regierungsprogrammes forderte die KPD erneut die Kontrolle der Regierung durch den Landesbetriebsrätekongreß, die Bildung von Arbeiterwehren zum Schutz der Arbeiterschaft vor Faschisten und die Förderung aller Bestrebungen zur Bildung einer Arbeiterregierung im Reich. Das Mißtrauensvotum gegen Lipinski wurde mit dessen Weigerung, entschieden gegen die Reaktion vorzugehen, begründet. Die KPD schien also an ihren Maximalforderungen festzuhalten. Damit wurde die Bildung einer Koalitionsregierung aus VSPD und DDP immer wahrscheinlicher.

Auf dem am 3.3. in Dresden tagenden Landesparteitag der VSPD schlug die Mehrheit des Landesausschusses den Delegierten diese Form der Regierung vor, da die Verhandlungen mit der KPD "an den unerfüllbaren, lediglich dem Agitationsbedürfnis der KPD dienenden Forderungen" gescheitert seien. Die Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses wurde abgelehnt, da die KPD ihn nur zur Störung der Gewerkschaftsarbeit benutzen wolle. Die Verhandlungen mit der DDP sollten von einer gemeinsamen Kommission aus Vertretern des Landesarbeitersausschusses und der Landtagsfraktion geführt werden. 23)

Die Delegierten des linken Parteiflügels brachten einen Antrag ein, der die Zusammenarbeit mit der DDP ablehnte und Verhandlungen mit der KPD über die Bildung einer Arbeiterregierung verlangte. Er lautete:

"Die Landesversammlung wolle beschließen:

1. Eine Koalition mit den Demokraten ist abzulehnen.
2. Die Verhandlungen mit der KPD sind fortzuführen mit dem Bestreben, sie zur Teilnahme an der Regierung zu veranlassen.
3. Der Landesparteitag betrachtet die neuen Vorschläge der KPD als geeignete Verhandlungsgrundlage für eine gemeinsame Regierungsbildung mit der KPD. In diesem Sinne sind die weiteren Verhandlungen zu führen.
4. Um die Verhandlungen der VSPD mit der KPD zum Abschluß zu bringen, wählt der Landesparteitag einen siebengliedrigen Ausschuß.
5. Kommt die sozialistisch-kommunistische Regierung oder die sozialistische Minderheitsregierung zustande, ergeben sich aber Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der VSPD mit der KPD, dann ist die Verhandlungskommission sofort zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, wenn ein Mitglied dieser Kommission die Zuziehung verlangt." 24)

Die letzten beiden Punkte drückten das Mißtrauen der Linken gegen die Mehrheit des Landesarbeitsausschusses und der Landtagsfraktion aus, der sie zutrauten, die Verhandlungen mit der KPD zu sabotieren.

Der Antrag der Linken, der von Graupe, Edel und Liebmann eingebracht wurde, wurde mit der überraschend großen Mehrheit von 93 zu 32 Stimmen angenommen. In die Siebenerkommission wurden mit der Ausnahme von Schulz nur Vertreter der Linken gewählt: Arzt, Edel, Liebmann, Graupe, Böchel und Seydewitz. Damit war gewährleistet, daß für die KPD von vornherein unakzeptable Forderungen, um die Verhandlungen zu sabotieren, nicht gestellt werden konnten.

Mit der Mehrheit von jeweils 68 zu 57 Stimmen wurden weitere Anträge der Linken angenommen, die die freien Gewerkschaften in Sachsen aufforderten, ihre Ablehnung eines Landesbetriebsrätekongresses aufzugeben und sich für die sofortige Auflösung des Landtages aussprechen,

falls keine Einigung mit der KPD zu erreichen sei. 25)

Der "Vorwärts" gab keinen eigenen Kommentar zu diesen Beschlüssen ab, die dem politischen Kurs der VSPD-Parteiführung widersprachen. Er ließ den gemäßigt linken Leipziger Bezirksvorsitzenden Lipinski zu Wort kommen. Lipinski gab zu, daß die Beschlüsse des Landesparteitages "wenig Verständnis bei den Genossen außerhalb Sachsens" fänden. Die große Mehrheit gegen die Bildung einer Koalition mit der DDP erklärte er damit, daß diese Koalition auf eine Tolerierung durch die DVP angewiesen gewesen wäre, gegen die die Arbeiter in Sachsen "eine unüberwindliche Abneigung" hätten. Eine Koalitionsregierung mit der KPD schloß er aus. Die Alternative war für ihn nur die Tolerierung einer VSPD-Minderheitsregierung durch die KPD oder Landtagsneuwahlen. 26)

Der geistige Führer der Parteilinken Levi begrüßte die Entscheidungen des Landesparteitages, die gegen die "Absichten und Ratschläge der oberen Parteikörperschaften" gefaßt worden seien. 27) Die sächsische VSPD habe dadurch der Gesamtpartei einen Dienst erwiesen, da eine Koalition mit der DDP unter Tolerierung durch die DVP den Weg zu einer Regierung der Großen Koalition im Reich erleichtert hätte. Der Wille zur Verständigung mit der KPD sei Ausdruck des "gesunden Gefühls der proletarischen Solidarität". Levi hoffte darauf, daß sich in der KPD der realistische Flügel gegenüber dem utopistischen durchsetzen werde. Als Fernziel schwebte ihm eine Zusammenarbeit der VSPD mit der KPD, nicht nur in Sachsen, sondern auch im Reich vor: "Im weiteren Sinne erweisen die sächsischen Sozialdemokraten dem Proletariat einen Dienst, indem sie auf ihrem Wege dem Ziel zustreben, es als Klasse zu sammeln und zu organisieren." 28)

Die Verhandlungen der Siebenerkommission der VSPD mit der KPD führten schnell zu einer Einigung, da die KPD auf die Forderung der Kontrolle der Landesregierung

durch den Landesbetriebsrätekongreß verzichtete. Die KPD war jedoch nicht bereit, Landesminister zu stellen. 29)

Die Verhandlungsdelegationen der beiden Parteien schlugen Richtlinien für die Arbeit einer von der KPD tolerierten VSPD-Minderheitsregierung vor. Diese waren:

1. Abwehrmaßnahmen gegen den Faschismus durch die Bildung gemeinsamer proletarischer Abwehrorganisationen aus Mitgliedern beider Parteien.
2. Bekämpfung des Preiswuchers durch die Einrichtung staatlicher Preisprüfungsstellen und proletarischer Preiskontrollausschüsse aus Vertretern der VSPD, KPD und der freien Gewerkschaften.
3. Bildung von Arbeiterkammern auf Landes- und Regionalebene, die gegenüber den Parlamenten Beratungs- und Gesetzesinitiativrechte haben sollten. Alleiniger Gesetzgeber sollte aber der Landtag bleiben.
4. Amnestie für alle politischen Straftäter und aus wirtschaftlicher Not straffällig gewordenen. 30)

Der Landesvorstand der KPD billigte das Verhandlungsergebnis gegen den Widerstand des ultralinken Flügels mit 21 zu 7 Stimmen. Böttcher erklärte den Willen zur Zusammenarbeit mit der VSPD im Kampf gegen die faschistische Gefahr und die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft. Er behauptete: "Die KPD ist soweit entgegengekommen, als das proletarische Klasseninteresse es erlaubt." 31)

Der Landesarbeitsausschuß und die Landtagsfraktion der VSPD billigten am 20.3. einstimmig das Verhandlungsergebnis. Im Vorschlag der VSPD für eine neue Landesregierung dominierten Vertreter des linken Parteiflügels. Zeigner sollte Ministerpräsident werden, Liebmann Innenminister, Graupe Arbeitsminister und Fleißner Volksbildungsminister. Als Vertreter der Parteimitte sollte Fellisch Wirtschaftsminister werden. Als einziger Repräsentant der Parteirechten sollte Held Finanzminister werden. Lipinski und Buck lehnten die Mitarbeit in diesem Kabinett ab. 32) Die KPD-Parteizeitung "Rote Fahne" jubelte: "Buck und Lipinski

ausgeschifft.“ 33) Böttcher kommentierte zufrieden:
"An die Stelle der rechten Führergarnitur tritt jetzt
ein linkssozialdemokratisches Kabinett." Damit sei der
KPD durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik die
"Aufrollung der inneren Front der VSPD" gelungen, also
die verschärfte Polarisierung in der VSPD. 34)

1.3.1.3. Die Tolerierung der VSPD-Minderheitsregierung Zeigner durch die KPD

Am 21.3. wurde Zeigner mit den 49 Stimmen der VSPD
und KPD zum Ministerpräsidenten gewählt. Kaiser (DVP) er-
hielt 38 Stimmen, Seiffert (DDP) 8 Stimmen. Zeigner bildete
sein Kabinett aus den genannten Personen. 35)

Sehr schnell zeigte sich, daß Teile der VSPD
nicht bereit waren, einen wesentlichen Punkt der Verein-
barung mit der KPD zu akzeptieren, die Bildung von prole-
tarischen Selbstschutzorganisationen aus Mitgliedern der
VSPD und der KPD. Am 27.3. beschloß die Bezirksleitung
der VSPD Leipzig unter Führung Lipinskis die Gründung
eines eigenen "Sozialdemokratischen Ordnungsdienstes" zum
Schutz der Parteiveranstaltungen. Mit den Parteiordner-
diensten der KPD sollten lediglich Gespräche über eine
punktuelle Zusammenarbeit geführt werden. 36) Der Be-
zirk Leipzig unterlief damit einen Kernpunkt der Regie-
rungsvereinbarung mit der KPD und gefährdete damit die
Existenz der Regierung Zeigner.

Der linke Parteiflügel forderte hingegen die
sofortige Bildung von gemeinsamen Arbeiterwehren aus Mit-
gliedern beider Arbeiterparteien. Die Plauener Parteizei-
tung der VSPD "Volkszeitung für das Vogtland" verlangte
sogar die Bewaffnung dieser Arbeiterwehren, mit dem Argu-
ment, daß die Wehrverbände der Rechten geheime Waffen-
lager besäßen: "Gewiß wird damit die Gefahr des Bürger-

kriegen akut; aber die Arbeiterklasse ist nicht der angreifende Teil. Sie wird von ihren Abwehrorganisationen abgehoben, sobald die der kapitalistischen Klasse vollständig vernichtet sind. Solange aber drüben weiter gerüstet und provoziert werden kann, solange ist der proletarische Selbstschutz notwendig, damit das Proletariat nicht von dem Boden gedrängt wird, den es braucht, wenn es durch weitere Kämpfe zum Sieg kommen und die letzten Aufgaben der Sozialdemokratie durchführen soll." 37)

In seiner Regierungserklärung am 10.4. begrüßte Zeigner den Aufbau unbewaffneter, proletarischer Abwehrorganisationen zum Schutz der Republik. 38) Die Notwendigkeit der Bildung dieser Organisationen begründete er mit Angriffen auf die Reichswehr: "Mit Bitterkeit haben wir feststellen müssen, daß auch die Reichswehr sich nicht freigehalten hat von engen Beziehungen zu diesen reaktionären, faschistischen Organisationen. In dieser Situation kann es der Arbeiterschaft nicht verdacht werden, wenn sie zum Schutze ihrer Versammlungen und Einrichtungen Abwehrmaßnahmen gegen Überfälle ergriffen hat. "Diese proletarischen Abwehrorganisationen wollte Zeigner "im Bedarfsfall", d.h. eines Putschversuches der Rechten, der Landespolizei unterstellen. Der Reichswehr warf er vor: "Sie, die der Republik dienen, sie schützen sollte, die gedacht ist als ein Machtinstrument der Republik, hat sich mehr und mehr zu einer Bedrohung der Republik entwickelt." Der einzige wirkliche Verteidiger der Republik sei die Arbeiterschaft. An der Politik der Reichsregierung Cuno kritisierte er das Fehlen eines energischen Vorgehens gegen die rechtsradikalen Wehrverbände und Parteien. In dieser Regierungserklärung deuteten sich schon die entscheidenden Konfliktpunkte der Regierung Zeigner mit der Reichsregierung und der Reichswehr an.

In der sächsischen VSPD ging die Auseinandersetzung über die Bildung gemeinsamer Abwehrorganisationen

mit der KPD weiter. Parteigliederungen, die von dem rechten Parteiflügel oder dem gemäßigt linken Flügel beherrscht wurden, bildeten VSPD-Parteiorbnergruppen. Auch der Unterbezirk Leipzig beschloß dies am 29.4., obwohl Innenminister Liebmann auf dieser Versammlung für die Bildung gemeinsamer Proletarischer Abwehrorganisationen plädierte. Lipinski begründete die Haltung der Mehrheit des Unterbezirks mit dem Mißtrauen gegenüber den Kommunisten, die "nicht die Staatsmacht stützen, sondern ein Sowjet-Sachsen errichten wollen". Der "Vorwärts" unterstützte natürlich diese Entscheidungen: "Die meisten Organisationen unserer sächsischen Organisationen haben es abgelehnt, Abwehrorganisationen gemeinsam mit den Kommunisten zu schaffen, da die sozialdemokratischen Arbeiter nicht daran denken, sich von der klaren Linie sozialistischer Politik durch die Kommunisten ablenken zu lassen." 39) Linke Parteigliederungen der VSPD hingegen bildeten zusammen mit der KPD gemeinsame "Proletarische Hundertschaften" als Abwehrorganisation.

Der Landesvorstand der KPD forderte am 3.5. in einem Aufruf die VSPD zur Einhaltung der Regierungsvereinbarung auf, zu der auch die Bildung gemeinsamer proletarischer Abwehrorganisationen gehöre. Falls sich in dieser Frage die "rechten Führer" der VSPD durchsetzen sollte, würde dies einen Bruch der Regierungsvereinbarung darstellen und die Tolerierung der Regierung Zeigner durch die KPD gefährden. 40)

Am 17.5. einigte sich der Landesarbeitsausschuß der VSPD in dieser Frage auf einen Kompromiß. Einstimmig wurde beschlossen, daß überall gemeinsame Abwehrorganisationen mit der KPD angestrebt werden sollten. An den Orten, wo dies nicht möglich sei, sollten eigene VSPD-Parteiorbnergruppen gebildet werden. Der Beschluß sanktionierte also nur die bisherige Praxis. 41)

Trotz scharfer Kritik an dieser Entscheidung als Zurückweisen der VSPD-Linken vor den Rechten, setzte

die KPD ihre Tolerierung der Regierung Zeigner fort. Sie verstärkte aber die Angriffe auf die Regierung Zeigner, der sie vorwarf, dem Bürgertum zu viele Zugeständnisse zu machen.

Ende Mai und Anfang Juni kam es wegen der Zunahme der Wirtschaftskrise in vielen Städten zu Unruhen. Diese "Hungerunruhen" wurden von der KPD zwar als Provokationen von Rechtsextremisten bezeichnet, die damit die Absetzung der Regierung Zeigner durch die Reichsregierung erreichen wollte, sie forderte aber wegen des brutalen Vorgehens der Polizei in Leipzig gegen Demonstranten aus der Arbeiterschaft die Absetzung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Fleißner. 42)

In der VSPD traten in dieser Frage wieder die Differenzen zutage. Die "Leipziger Volkszeitung" verteidigte unter der Überschrift "Die Blutschuld der Kommunisten" das Vorgehen der Polizei. Die unter der Leitung von Seydewitz stehende Zwickauer Parteizeitung "Das Sächsische Volksblatt" hingegen verurteilte das Vorgehen der Polizei. 43) Der "Vorwärts" erhoffte wegen des Falles Fleißner ein baldiges Ende der Zusammenarbeit von VSPD und KPD in Sachsen. 44)

In der Landtagsdebatte am 12.6. vertrat Innenminister Liebmann die Position der VSPD-Linken. Er gab die Schuld an den Zusammenstößen in Leipzig nicht der KPD, sondern der fehlenden Zusammenarbeit von VSPD und KPD in dieser Stadt. In Dresden sei eine Demonstration, die von den gemeinsamen Proletarischen Hundertschaften geschützt worden sei, und sich ebenfalls gegen die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung gerichtet habe, ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Seine Schlußfolgerung war daher: "Was in Dresden möglich gewesen ist, war nur möglich auf Grund der Tatsache, daß die proletarischen Parteien zusammengewirkt haben. ... Wäre man in anderen Städten in gleicher Weise vorgegangen, hätten wir wahrscheinlich die

tiefbedauerlichen Erscheinungen dort nicht zu verzeichnen gehabt (Lebhafte Zustimmung links).“ Er scheute also nicht davor zurück, indirekt den rechten Parteiflügel seiner eigenen Partei vor dem Landtag zu attackieren. 45)

Die KPD war mit dieser Erklärung Liebmanns zufrieden und setzte, obwohl Fleißner im Amt blieb, die Tolerierung der Regierung Zeigner fort. Die "Rote Fahne" sah die Kampffront nach dieser Landtagsdebatte sogar "zwischen Bourgeoisie und den Lipinski-Sozialdemokraten auf der einen Seite und den Zeigner-Liebmann-Sozialdemokraten und Kommunisten als Verfechter der proletarischen Einheitsfront auf der anderen Seite" verlaufen. 46)

Der "Vorwärts" unterstützte weiterhin die Richtung um Lipinski, die der Zusammenarbeit mit der KPD sehr skeptisch gegenüberstand. In zwei Artikeln konnte Lipinski seine Ablehnung der Proletarischen Hundertschaften begründen. In einem demokratischen Staat wie dem bestehenden sei der bewaffnete Schutz des Staates allein die Aufgabe der Armee und der Polizei. Mit den Kommunisten könne es keine Zusammenarbeit bei der Verteidigung der Demokratie geben, denn: "Wir wollen die Republik erhalten und sie verteidigen. Die Kommunisten wollen ein Sowjetsachsen mit einer nur aus Kommunisten bestehenden "Arbeiterregierung". Die KPD wolle die Proletarischen Hundertschaften nur als "legale Deckung" für ihre geheimen bewaffneten Verbände benutzen. 47)

Das "Sächsische Volksblatt" warf daraufhin dem "Vorwärts" vor, nur Gegner der Proletarischen Hundertschaften zu Wort kommen zu lassen und nicht objektiv über die Lage in Sachsen zu berichten: "Der "Vorwärts" hat sich bis heute nicht aufrufen können, ein sachliches, den Tatsachen entsprechendes Bild über die Situation in Sachsen zu geben." Der Leipziger VSPD warf er vor, erst gar nicht "den ernsthaften Versuch zur gemeinschaftlichen Arbeit mit den Kommunisten" machen zu wollen. 48)

In den Mittelpunkt des Interesses rückte im Sommer 1923 zunehmend das Verhältnis der Regierung Zeigner zur Reichswehr und zur Reichsregierung, die Zeigner in seiner Regierungserklärung scharf angegriffen hatte. Die bürgerlichen Oppositionsparteien in Sachsen forderten von der Reichsregierung die Absetzung der Regierung Zeigner. Ein Gutachten des Reichsinnenministers Oeser kam jedoch zu dem Ergebnis, daß eine Reichsexekution auf der Grundlage des Artikels 48 der Reichsverfassung erst dann möglich sei, wenn die Proletarischen Hundertschaften bewaffnet würden. In einem Gespräch mit sächsischen Industriellen kündigte Oeser an, daß die Reichsregierung plane, den Reichszuschuß für die sächsische Landespolizei zu sperren, falls die Landespolizei in Zukunft nicht energischer gegen Erwerbslosendemonstrationen vorgehen werde. Nach einem Treffen von Zeigner mit Reichskanzler Cuno in Dresden am 31.5. kam es zunächst zu einer gewissen Entspannung im Verhältnis der beiden Regierungen. 49)

Eine Rede von Zeigner am 16.6. in Niederplanitz verschärfte aber wieder den Konflikt mit der Reichsregierung. Er warf der Reichswehr erneut vor, enge Kontakte zu rechten Wehrverbänden zu unterhalten. Die Reichsregierung dulde dieses Vorgehen. Er forderte die Regierung Cuno deswegen und wegen ihrer unsozialen Wirtschaftspolitik und ihrer Außenpolitik zum Rücktritt auf. Zeigner sah die Gefahr eines Rechtsputsches im Reich, dem große Teile der Reichswehr unterstützend oder wohlwollend neutral gegenüberstehen würden. 50)

Vor dem Landtag verteidigte er den Inhalt seiner Rede. Ein Mißtrauensantrag der DVP wurde am 28.6. mit den Stimmen der VSPD und KPD abgelehnt. 51)

Am 10.7. reiste Zeigner nach Berlin, um Cuno seine Rede in Niederplanitz zu erläutern. In einem Bericht über dieses Gespräch vor dem Landtag erklärte er, daß mit der Reichsregierung weiterhin "Meinungsverschiedenheiten

von großer Tragweite" bestünden. Er wiederholte seine Kritik an der Reichswehr. Obwohl die KPD seine Reise nach Berlin als "Canossagang" verurteilte, setzte sie durch die Zustimmung zum Etat, zur Gemeindereform und zur Beamtenpolitik die Tolerierung der Regierung Zeigner fort. 52)

Die linken sächsischen VSPD-Parteizeitungen begrüßten die Haltung Zeigners. Die "Chemnitzer Volksstimme" erklärte: "Die Kreise um die deutsche Republik werden enger und enger gezogen, die Formationen der Hitler-Garden halten in aller Öffentlichkeit ihre Gefechtsübungen ab, und wer heute noch daran zweifelt, daß die Vorbereitungen zum blutigen Bürgerkrieg von der Konterrevolution mit zäher Energie betrieben werden, der ist ein Narr oder ein Verbrecher. Der Genosse Zeigner, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, hat als einziger Staatsmann in Deutschland gewagt, im Gefühle seiner tiefen Verantwortung die Dinge beim Namen zu nennen." Die Arbeiterschaft Sachsens sei zum Kampf gegen den Faschismus bereit. 53)

Die Reichsregierung reagierte auf die Reden Zeigners am 18.7. mit einer Erklärung, daß Pressemeldungen über die Gefahr eines bevorstehenden Bürgerkrieges in Deutschland jeder realen Grundlage entbehrten. Die Reichsregierung werde in Zusammenarbeit mit der preußischen Landesregierung jeden Versuch, die Reichsverfassung anzutasten, entschieden abwehren. Sei sei bereit, mit den Landesregierungen in Sachsen und Thüringen zu einer Verständigung zu kommen. 54)

Reichsinnenminister Oeser stand weiterhin im ständigen Kontakt mit sächsischen Industriellen und der sächsischen DVP. Er bedauerte dabei, bisher keine rechtliche Handhabe für eine Absetzung der Regierung Zeigner zu besitzen. Der Verband der sächsischen Industriellen forderte am 19.7. und 23.7. die Regierung Cuno zur Reichsexekution gegen die Regierung Zeigner auf. 55)

Die Regierung Zeigner antwortete am 25.7. in

einer Note auf die Erklärung der Reichsregierung. Sie kritisierte darin, daß die Reichsregierung unterstellt habe, die Bürgerkriegsgefahr gehe von Sachsen und Thüringen aus und nicht von der Rechtsregierung in Bayern, die bewaffnete rechte Wehrverbände dulde. 56) Die Reichsregierung erwiderte am 2.8. auf die Note der sächsischen Regierung, wick aber einer klaren Antwort aus. 57)

Selbst der "Vorwärts" verteidigte die Regierung Zeigner. Von ihr gehe im Gegensatz zur bayerischen Regierung keine Gefahr für die Verfassung aus. 58) Es verdichteten sich immer mehr Gerüchte, daß die Regierung Cuno eine Reichsexekution gegen Sachsen plane. Auf einer Kundgebung der Deutschen Friedensgesellschaft in Hamburg erklärte am 1.8. von Gerlach: "Es ist Tatsache, daß im Schoße der Reichsbehörden Erwägungen über eine Exekutive gegen Sachsen und Thüringen stattgefunden haben, während man über die Vorgänge in der Ordnungszelle (Bayern -E.W.) hinweggeht." 59) Die Redaktion der von Levi herausgegebenen Zeitschrift der VSPD-Linken "SPW" forderte daraufhin die Regierung Cuno auf, sofort dazu Stellung zu nehmen und appellierte an die Arbeiterschaft, die VSPD-Minderheitsregierungen in Sachsen und Thüringen mit allen Mitteln zu verteidigen: "Die Stellung der Regierung Cuno gegen Sachsen und Thüringen ist keine lokale Angelegenheit. Sie geht das ganze deutsche Proletariat an, das sich den sächsisch-thüringischen Arbeitern auf Gedeih und Verderb verbunden fühlt und nicht dulden wird und nicht dulden darf, daß diese Front heimtückisch gemeuchelt wird." 60)

Auch die KPD rechnete mit der akuten Gefahr einer Absetzung der Regierungen Zeigner und Frölich. Die "Rote Fahne" forderte die Arbeiterschaft für diesen Fall zum bewaffneten Widerstand auf. 61)

In einer erneuten Note an die Reichsregierung wies die Regierung Zeigner am 7.8. den Vorwurf zurück, sie bedrohe die Reichsverfassung. Sie bekannte ausdrück-

lich, daß sie fest auf dem Boden der Reichs- und Landesverfassung stehe und jeden Putschversuch bekämpfen werde. 62)

Am gleichen Tag griff Zeigner in einer Rede in Leipzig Reichswehrminister Geßler scharf an, da er nicht willens sei, die Verbindungen der Reichswehr zu rechten Wehrverbänden zu unterbinden. Als Reaktion darauf lehnte der Kommandeur der Reichswehr in Sachsen die Teilnahme an der Verfassungsfeier der sächsischen Landesregierung am 11.8. ab. Reichswehrminister Geßler billigte ausdrücklich dieses Verhalten. Im Reichskabinett konnte sich Geßler mit seinem Antrag, Zeigner wegen seiner Rede am 7.8. wegen Landesverrates verhaften zu lassen, nicht durchsetzen. 63)

Nach der Bildung der Regierung der Großen Koalition im Reich unter der Führung Stresemanns kam es zunächst zu einer leichten Entspannung im Verhältnis der Regierung Zeigner zum Reich. Am 18.8. trafen sich in Berlin der neue Reichskanzler Stresemann und Zeigner. Die beiden Politiker erklärten nach ihrem Gespräch, daß ihre Regierungen bereit seien, "die Grundlagen der bestehenden Staatsordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen." 64)

Zeigner setzte aber seine Angriffe gegen Geßler und die Reichswehr fort. Der Landesarbeitsausschuß der VSPD unterstützte ausdrücklich am 31.8. seine Haltung. Das Führungsgremium der sächsischen VSPD forderte die "Loslösung der Reichswehr von den illegalen Rechtsorganisationen" und den Rücktritt Geßlers. 65)

Verschärft wurde der Konflikt dadurch, daß Geßler den Befehl des Kommandanten der Reichswehrtruppen in Sachsen Generalleutnant Müller ausdrücklich begrüßte, jeden Kontakt mit Mitgliedern der Regierung Zeigner - mit Ausnahme der dienstlich notwendigen Kontakte - einzustellen. Die Redaktion der Zeitschrift der VSPD-Linken "Sozialistische Politik und Wirtschaft" bewertete dies als

"Kriegserklärung an Sachsen" und forderte die gesamte Sozialdemokratie auf, für Zeigner und gegen Geßler Partei zu ergreifen. 66)

Levi betrachtete die Regierung Zeigner in einem Grundsatzartikel als beispielhaftes Modell einer sozialistischen Regierung, die im Gegensatz zur Regierung Stresemann, die für die Arbeiterklasse ein "Unglück" sei, die Interessen der Arbeiterschaft durchsetze. Er begrüßte die Kritik Zeigners an der Reichswehrpolitik und der Wirtschaftspolitik der Großen Koalition. Die Zusammenarbeit der VSPD mit der KPD in Sachsen zeige, daß die Einheitsfront der Arbeiterschaft mehr Erfolge bringe als eine Zusammenarbeit der VSPD mit den bürgerlichen Parteien der Mitte. Er kam zu der Schlußfolgerung: "Wir aber glauben, daß die sozialistischen Landesregierungen (in Sachsen und Thüringen -E.W.) dem Reich, der Partei, dem Sozialismus größere Dienste leisten werden als die Regierung des "Experiments" (Regierung Stresemann -E.W.), das gescheitert war, ehe es recht begann." 67)

Die Parteiführung der VSPD versuchte sich so weit wie möglich aus dem Konflikt zwischen Zeigner und Geßler herauszuhalten, um die Existenz der gerade gebildeten Regierung der großen Koalition nicht zu gefährden. Zeigner erhielt nur einmal im "Vorwärts" die Gelegenheit, seine Position darzulegen. 68) Der "Vorwärts" verzichtete auf jeden Kommentar dazu.

Die VSPD-Linke kritisierte diese mangelnde Unterstützung Zeigners. Auf dem Bezirksparteitag der Berliner VSPD am 10.9. billigten die Redner der Linken die Forderung nach dem Rücktritt Geßlers. Der Landtagsabgeordnete Meier erklärte: "Ich persönlich vermisse ... von der Parteileitung und dem Zentralorgan die Unterstützung Zeigners, die er in seinem Kampf gegen Geßler verdient." Mit überwältigender Mehrheit beschloß der Bezirksparteitag, Zeigner als Referenten zum nächsten Bezirksparteitag einzuladen. 69)

In der "SPW" kritisierte Rabold, daß der "Vorwärts" sich weigere, von der Regierung Zeigner gesammeltes Material über die Verbindungen der Reichswehr zu rechtsradikalen Wehrverbänden abzudrucken, und die Mehrheit der VSPD-Reichstagsfraktion es ablehne, im Reichstag diese Vorfälle zur Sprache zu bringen, aus der Angst heraus, dadurch den Bruch der Großen Koalition zu riskieren. 70)

Der rechte Flügel der DVP forderte erneut die Reichsexekution gegen die Regierung Zeigner. Stresemann lehnte dies aber ab, da sie nur das letzte Mittel sein dürfe.

Wohl auf Drängen der VSPD-Reichsminister erließ Geßler am 14.9. einen Befehl an die Reichswehr, in dem er daran erinnerte, daß der Kontakt mit Mitgliedern verfassungsfeindlicher Organisationen schon mehrmals verboten worden sei. 71) Dies trug aber nur wenig zur Minderung des Konflikts bei. Der Landesarbeitsausschuß der VSPD Sachsen nahm am 15.9. diesen Befehl zur Kenntnis, forderte aber wiederum die Partei auf, den Kampf gegen "reaktionäre Umtriebe", die auch in der Reichswehr vorhanden seien, fortzusetzen. Immerhin wurde aber ein Antrag des Bezirks Zwickau-Plauen abgelehnt, eine Landtagssitzung einzuberufen, auf der in einem Beschluß der Rücktritt Geßlers gefordert werden sollte. 72)

Zeigner erklärte auf dem Bezirksparteitag der VSPD Berlins am 23.9., daß trotz des Befehles Geßlers die Verbindungen der Reichswehr zu Rechtsextremen unvermindert weiterliefen und verlangte den Rücktritt des Reichswehrministers. Er kritisierte, daß sich der "Vorwärts" weiterhin weigere, Material seiner Regierung über dieses Thema zu veröffentlichen. 73)

In Sachsen verschlechterte sich im September 1923 das Verhältnis der VSPD zur KPD. Der Landesarbeitsausschuß der VSPD lehnte am 10.9. die Einberufung eines von der KPD geforderten Landeskongresses der Proletarischen

Hundertschaften ab. Die Bezirksvertreter Leipzigs und Chemnitz' waren dagegen, da in ihren Bezirken fast nur auf diesem Landeskongreß nicht vertretungsberechtigte VSPD-Parteigruppen existierten. 74) Am gleichen Tag wurden bei einer Erwerbslosendemonstration in Dresden viele Teilnehmer von der Polizei verletzt. Die KPD stellte daraufhin an die Regierung Zeigner das Ultimatum, bis zum 15.9. für die Entlassung der verantwortlichen Polizeioffiziere in Dresden zu sorgen, und sie zu bestrafen. Andernfalls werde die KPD ihr das Vertrauen entziehen. 75) Obwohl die Regierung Zeigner dieser Forderung nicht nachkam, setzte die KPD die Tolerierung der Regierung Zeigner fort, wohl v.a. aus dem Grund, daß die Masse der sächsischen Arbeiterschaft einen Sturz dieser in Opposition zur Reichsregierung stehenden Landesregierung als "Dolchstoß" empfunden hätte.

Mit der Verhängung des militärischen Belagerungszustandes über das ganze Reichsgebiet durch die Regierung Stresemann am 26.9.1923 spitzte sich der Konflikt mit der Regierung Zeigner zu. Die VSPD-Links und die KPD glaubten nicht der Erklärung der Reichsregierung, daß diese Maßnahme gleichermaßen gegen Putschversuche von links und rechts gerichtet sei, sondern waren überzeugt, daß sich diese Aktion nur gegen die von der KPD tolerierten VSPD-Minderheitsregierungen in Sachsen und Thüringen werden sollte.

Mit der vollziehenden Gewalt in Sachsen beauftragte der Reichswehrminister Geßler den Wehrkreiskommandeur Generalleutnant Müller. Dieser verbot sofort alle Versammlungen unter freiem Himmel und das Verteilen von Flugblättern. 76) Die Regierung Zeigner empfand die Ernennung Müllers zum Reichskommissar in Sachsen als politische Provokation Geßlers. Sie verurteilte die Verhängung des militärischen Belagerungszustandes in Deutschland und forderte Geßler auf, wie es in Preußen geschehen war, auch in Sachsen den Landesinnenminister zum Reichs-

kommissar zu ernennen und damit Müller von dieser Aufgabe abzulösen. Der Landesarbeitsausschuß und die Landtagsfraktion der VSPD begrüßten am 27.9. einstimmig diesen Beschluß der Landesregierung. 77) Zwei Tage später fand eine Sitzung des Landesarbeitsausschusses, der Landtagsfraktion, der sächsischen Reichstagsabgeordneten der VSPD und des sächsischen Bezirksausschusses des ADGB statt. Auf ihr wurde von allen Beteiligten die Ernennung Müllers zum Reichskommissar als eindeutig gegen die Regierung Zeigner gerichtete Maßnahme mißbilligt und die Berufung eines zivilen Reichskommissars verlangt, der Mitglied der Landesregierung sein müsse. 78) Die Reichsregierung gab jedoch dieser Forderung nicht nach.

1.3.1.4. Die Bildung der VSPD/KPD-Koalitionsregierung Zeigner im Oktober 1923

Da sowohl in der sozialdemokratischen wie in der kommunistischen Arbeiterschaft Sachsens die Verhängung des Belagerungszustandes als Aktion angesehen wurde, die der Reichsregierung die Absetzung der Regierung Zeigner vorbereiten sollte, nahm in beiden Parteien der Wunsch nach Zusammenarbeit und Bildung einer Koalitionsregierung zu.

Selbst der VSPD-Unterbezirk Leipzig, der sich bisher hartnäckig geweigert hatte, mit der KPD gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln, einigte sich am 29.9. mit der Leipziger KPD über die Bildung einer gemeinsamen paritätisch besetzten Leitung der beiden Parteiführungsgruppen. 79)

In vielen Orten kam es zur Bildung von proletarischen Aktionsausschüssen aus Vertretern des ADGB, des AFA-Bundes, der VSPD, der KPD und der proletarischen Abwehrorganisationen, so z.B. am 28.9. in Zwickau und am 3.10. in Chemnitz. Im Chemnitzer Aufruf hieß es zur Aufgabe

dieses Aktionsausschusses: "Die akute Gefahr des gegenrevolutionären Umsturzes erfordert die geschlossene Abwehrfront der Arbeiterschaft. Unbeschadet zukünftiger Regelungen erklären die unterzeichnenden Organisationen, daß sie entschlossen sind, alle Angriffe der Gegenrevolution niederzuschlagen und insbesondere die verfassungsmäßige sächsische Regierung mit allen Mitteln zu schützen. 80)

Die sächsische KPD schlug am 29.9. die Bildung einer VSPD/KPD-Koalitionsregierung vor, mit dem Ziel, den Plan der Reaktion, das sozialistische Bollwerk in Sachsen und Thüringen zu zerstören, zum Scheitern zu bringen. Die ersten Anordnungen Müllers - wie das Verbot von Demonstrationen, die Aufhebung des Verbotes des "Deutschen Tages" der Rechtsradikalen und die Ankündigung der Auflösung der Proletarischen Hundertschaften und der proletarischen Freiskontrollausschüsse - hätten bewiesen, daß sich die Verhängung des Belagerungszustandes ausschließlich gegen die Arbeiterschaft richte und nicht gegen die Faschisten. Als Aufgaben einer Koalitionsregierung wurden genannt: Kampf um die Aufhebung des Belagerungszustandes, Verstärkung und Bewaffnung der Proletarischen Hundertschaften, Sicherung der Landesgrenze zu Bayern, da von dort ein Einmarsch rechtsradikaler Wehrverbände drohe, enge Zusammenarbeit mit der Landesregierung Thüringens zur Bildung eines "mitteldeutschen Abwehrblocks Sachsen-Thüringen zur Abwehr des bayerisch-faschistischen Angriffs" und Vorbereitung eines Generalstreiks zur Erköpfung einer Arbeiterregierung im Reich. 81)

Am 1.10. beschlossen der Landesarbeitsausschuß und die Landtagsfraktion der VSPD, mit der KPD Verhandlungen über die Formierung einer gemeinsamen Landesregierung aufzunehmen. Diese sei aber nur möglich, wenn sich die KPD zur Reichs- und zur Landesverfassung bekenne. 82)

Die Verhandlungen führten schnell zu einem Ergebnis, da die KPD dieser Forderung nachgab. Die beiden

Parteien einigen sich auf Richtlinien für ein Regierungsprogramm. Darin wurde betont, daß sich die Regierung auf den Boden der Verfassung stelle und sie gegen alle Angriffe verteidigen werde. Als Hauptziele der Regierung wurden der Schutz der Republik gegen die Konterrevolution und die Hebung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung genannt. Zur Durchsetzung dieser Ziele seien die Republikanisierung der Verwaltung und der Polizei, das Verbot aller antirepublikanischen Versammlungen, der Ausbau der Proletarischen Hundertschaften und der Ausbau der Sozialleistungen und der Preiskontrolle erforderlich. Von der Reichsregierung wurde u.a. die Republikanisierung der Reichswehr, die Erfassung der Sachwerte, die gesetzliche Verankerung des Achtstundentages, der Ausbau der Rechte der Betriebsräte und die Verbesserung der Sozialversicherungen verlangt. Im Landtag sollte zur gemeinsamen Vorbereitung der Arbeit eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft von VSPD und KPD gebildet werden. 83)

Am 5.10. billigten der Landesarbeitsausschuß und die Landtagsfraktion der VSPD einstimmig diese Vereinbarung. Auch der rechte Parteiflügel der VSPD Sachsens stellte sich nunmehr nicht mehr der Zusammenarbeit mit der KPD entgegen. Am 6.10. beschloß die Zentrale der KPD in Berlin dem Eintritt von Kommunisten in Koalitionskabinetten mit der VSPD in Sachsen und Thüringen zuzustimmen, da dies dem Ziel diene, "die Arbeiterschaft zur Abwehr der faschistischen Gefahr zusammenzuschweißen. 84)

Am selben Tag schlug Geßler dem Reichskanzler vor, durch eine Reichsexekution die Regierung Zeigner abzusetzen. Stresemann war zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht bereit, da dies den Austritt der VSPD aus der Großen Koalition im Reich bewirkt hätte. 85)

Zeigner bildete am 10.10. sein neues Kabinett. Die KPD entsandte Böttcher als Finanzminister, Heckert als Wirtschaftsminister und ihren Parteivorsitzenden Brandler

als Leiter der Staatskanzlei. Da die beiden VSPD-Minister Held und Fellisch aus dem Kabinett ausscheiden mußten, wurde die VSPD im neuen Kabinett Zeigner nur noch durch Vertreter ihres linken Flügels repräsentiert (Innenminister Liebmann, Justizminister Neu, Volksbildungsminister Fleißner und Arbeitsminister Graupe). 86)

In seiner Regierungserklärung bezeichnete Zeigner sein Kabinett als "Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung gegen den Vorstoß des Großkapitals und der Reaktion. Seine Hauptaufgabe sei es, "die Gefahr einer großkapitalistischen Militärdiktatur, welche greifbar vor uns steht" abzuwehren. Er forderte die Reichsregierung auf, die in der Regierungsvereinbarung der sächsischen VSPD und KPD aufgestellten Forderungen zu beachten. 87)

Innerhalb der VSPD in Sachsen stieß die Bildung der Koalitionsregierung angesichts der Ansätze zur Militärdiktatur in Sachsen und der Gerüchte über eine bevorstehende Invasion rechtsradikaler Wehrverbände aus Bayern nach Sachsen und Thüringen auf große Zustimmung. So beschloß beispielsweise eine Versammlung der Dresdener Parteifunktionäre der VSPD mit 2000 Teilnehmern am 12.10. einstimmig: "Die Versammlung begrüßt die Bildung der sozialistisch-kommunistischen Regierung und verpflichtet sich und die Partei zu tatkräftiger Unterstützung dieser Regierung des Proletariats." 88)

Die gesamte Parteilinke in der VSPD hoffte nun darauf, daß die Koalitionsregierungen mit der KPD in Sachsen und Thüringen zu einem Modellfall für die Kooperation der beiden Arbeiterparteien werden würden und dazu beitragen würden, daß die VSPD im Reich und vielen Ländern ihrer Koalitionsregierungen mit den bürgerlichen Parteien der Mitte beenden würde.

Levi war bereits unmittelbar nach Verhängung des Belagerungszustandes zu dem Schluß gekommen, daß nur

durch eine enge Zusammenarbeit von VSPD und KPD ein konterrevolutionärer Rechtsputsch oder eine Diktatur der Reichswehr bekämpft werden könne: "Die Arbeiterschaft wird einig sein oder sie wird zugrunde gehen. Die Arbeiter werden sich finden müssen, und wehe dem Führer, der glaubt, sich trennend stellen zu können zwischen das, was zusammengehört." 89) Er forderte die Bildung von Koalitionsregierungen aus VSPD und KPD in Sachsen und Thüringen: "Sachsen und Thüringen haben das Wort. Ein Wort und dort wird die Genesung der Arbeiterbewegung beginnen." 90)

In der Handhabung des Staatsapparates in diesen beiden Ländern durch die Arbeiterparteien sah er die Möglichkeit, das Machtbewußtsein der Arbeiterschaft zu steigern: "Dort hat ein seltenes Staats- und Machtgefühl Einzug gehalten in unseren Reihen. Dort lernen unsere Genossen täglich, was es ist, Staat zu sein" 91) In Sachsen und Thüringen besitze die Arbeiterschaft "reale" Macht im Gegensatz zur "fiktiven" Macht in der Reichsregierung der Großen Koalition, die fast ausschließlich bürgerliche Interessen durchsetze. Durch die Regierungsbeteiligung der KPD könne sie zu einer realistischen und pragmatischen Politik veranlaßt werden und dadurch langfristig die "Wiedervereinigung der deutschen Proletarier" erreicht werden. Daher müsse die deutsche Arbeiterbewegung "staatlich und organisatorisch" Sachsen und Thüringen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Wie die gesamte VSPD-Linie sah Levi in den Arbeiterregierungen zunächst nur Mittel zur Verteidigung der Demokratie und der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft, nicht aber die Ausgangsbasis für eine in kürzester Frist realisierbare Nachtergreifung der Arbeiterschaft im Reich: "In einem Rahmen, der freilich von den pp. Kongressen und ihren (der KPD -E.W.) Thesen nicht vorgesehen ist, findet sich die Arbeiterklasse gemeinschaftlich zur Machtausübung, auf dem steinigen Boden des Kapitalismus und in höchster Gefahr, aber trotz oder wegen dem gewillt, das, was ist zu verteidigen." 92)

Die Parteiführung der VSPD im Reich enthielt sich zunächst jeder Stellungnahme zur Bildung der Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen. Der "Vorwärts" bemühte sich möglichst sachlich über diese Entwicklung zu berichten, gab aber keinen Kommentar dazu ab. Es war aber klar, daß der Parteiführung der VSPD die Bildung dieser Regierungen alles andere als angenehm war, da sie die Zusammenarbeit mit den Koalitionspartnern im Kabinett Stresemann erschwerte und sie eine Kooperation mit der KPD prinzipiell ablehnte, der sie vorwarf, einen Linksputsch zu planen.

1.3.1.5. Die Absetzung der Regierung Zeigner durch die Reichsexekutive

Kurz nach der Regierungsbeteiligung der KPD eskalierte der Konflikt der Regierung Zeigner mit dem Reichskommissar Müller, der für seine Maßnahmen die volle Rücken- deckung des Reichswehrministers Geßler hatte, der im Kabinett Stresemann zusammen mit Ministern der VSPD saß.

Am 13.10. ordnete Müller die sofortige Auflösung der Proletarischen Hundertschaften und der Parteiordner- gruppen der VSPD und KPD an, sowie die Abgabe aller Waffen. Zudem verbot er die gegen den Belagerungszustand gerichteten proletarischen Aktionsausschüsse und die Preiskontroll- ausschüsse. 93)

Dieser Erlaß stieß auf den wütenden Protest der Regierung Zeigner und der sie tragenden Parteien. Die "Dresdner Volkszeitung" prophezeite, daß diese Maßnahme ein Schlag ins Wasser sein werde und versicherte, "daß die Arbeiterschaft in dem Augenblick in zweckentsprechender Form auf den Beinen sein wird, wenn es gilt, die bis heute gesicherten Errungenschaften des 9. November (1918 -E.W.) zu verteidigen." 94)

Selbst der "Vorwärts" sah sich jetzt veranlaßt, zu kritisieren, daß der Belagerungszustand "nur einseitig gegen die Republikaner angewandt" werde, daß aber die Rechte in Bayern weiterhin frei sachalten und walten könne. 95) Er warnte ausdrücklich davor, die Regierung in Sachsen abzusetzen. Durch die Mehrheit der VSPD im Kabinett Zeigner sei die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung hinreichend gesichert. 96)

Am 26.10 unterstellte Müller die sächsische Landespolizei seinem Befehl und beraubte damit die Regierung Zeigner jeder bewaffneten Macht. 97)

In der Landtagsdebatte am 16. und 17.10. verurteilten die Fraktionen der VSPD und der KPD scharf das Vorgehen Müllers und verlangten die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes im gesamten Reich. 98)

Am 17.10 richtete Müller ein Schreiben an die Regierung Zeigner, in dem er sie ultimatativ aufforderte, sich binnen 24 Stunden von einer Äußerung des kommunistischen Landesministers Böttcher zu distanzieren. Böttcher hatte auf einer Veranstaltung in Leipzig am 13.10. die Bewaffnung der Proletarischen Hundertschaften gefordert, da der "weiße Terror" nur durch den "roten Terror" besiegt werden könne. 99)

Noch am selben Tag antwortete Zeigner im Landtag auf dieses Ultimatum. Er lehnte es im Namen der Regierung ab, das Schreiben eines Generals zu beantworten, der die Reichsverfassung umstürzen wolle. Höchstens 40 % der Reichswehr stünden zur Verfassung. Die Mehrheit erstrebe eine Rechtsdiktatur. Zudem sei das Kabinett für Redeäußerungen seiner Mitglieder nur dem Parlament verantwortlich: "Noch haben wir nicht die Militärdiktatur als legale Einrichtung, noch ist Sachsen ein parlamentarisch regierter Staat. Für amtliche Äußerungen sind wir Ihnen (Landtagsabgeordneten -E.W.), nicht Herrn Generalleutnant Müller, Rede und Antwort schuldig." Auf den In-

halt der Rede Böttchers ging er nicht ein, betonte aber, daß sein Kabinett "auf dem Boden der Verfassung" stehe. Er warnte Müller davor, "den Boden des Rechts und der Verfassung" zu verlassen. In einer Resolution forderte der Landtag mit dem Stimmen der VSPD und der KPD den Rücktritt Geßlers. Ein Mißtrauensantrag der Oppositionsparteien wurde mit 48 zu 45 Stimmen abgelehnt. 100)

Nach dem Ablauf des Ultimatums erklärte Müller, da Zeigner die Distanzierung von Böttcher abgelehnt habe, werde er die Angelegenheit an Geßler weitergeben, der aufgrund des Belagerungszustandes Inhaber der vollziehenden Gewalt im Reich war.

Im Konflikt zwischen Müller und Zeigner ergriff der "Vorwärts" eindeutig Partei für Zeigner. Auch die Parteimitglieder der VSPD, "die von der Koalition mit den Kommunisten alles andere als entzückt sind," seien gegen ein Ultimatum an eine verfassungsmäßig gewählte Regierung. Die VSPD lehne geschlossen eine Absetzung der Regierung Zeigner durch eine Reichsexekutive ab. Die Weigerung Zeigners zu antworten, sei "selbstverständlich". Der "Vorwärts" forderte aber beide Seiten zum Einlenken auf. 101)

Die VSPD-Linke verurteilte natürlich das Vorgehen Müllers und warnte vor einer Reichsexekutive. Im Gegensatz zur Parteiführung benutzte sie aber die Vorgänge in Sachsen zu einer Kritik an der Regierung Stresemann. Der Belagerungszustand richte sich nur gegen die republikanische Bevölkerung. Rabold kommentierte in der "SPW": "Die Rede eines kommunistischen Ministers in Sachsen gefährdet die "Ordnung" in Deutschland und erheischt Reichsexekutive. Das bewußte Zertreten der republikanischen Verfassung durch eine ganze Regierung, wie in Bayern, gefährdet die Reichseinheit nicht, bringt weder Herrn Stresemann, noch Herrn Geßler und noch weniger den Herrn Reichspräsidenten aus der Ruhe." 102) In dem Ringen um den Schutz

der Regierung Zeigner gehe es um das Schicksal der gesamten deutschen Arbeiterbewegung. Die VSPD müsse sich im Reich für die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes einsetzen. Sogar forderte den Austritt der VSPD-Reichsminister aus der Regierung Stresemann: "Sozialdemokraten decken im Reich einen Ausnahmezustand in dessen Namen in zwei Ländern gegen die Genossen der gleichen Partei vorgegangen wird. Damit kann der gewöhnliche Menschenverstand der gewöhnlichen Parteigenossen nicht mehr mit." 103)

Die Parteiführung der VSPD dachte nicht daran, diesen beiden Forderungen nachzugeben. Sie versuchte eine Entspannung im Verhältnis zwischen der Regierung Zeigner und der Reichsregierung zu erreichen. Diesem Ziel diene die Ernennung des Vertreters des rechten VSPD-Flügels Meier-Zwickau zum Zivilkommissar in Sachsen. Da die sächsische VSPD die Ernennung Liebmanns gefordert hatte, der dem linken Flügel angehörte, war sie damit nicht zufrieden. Der "Vorwärts" sah in der Berufung Meiers und dem Verzicht Müllers, sofort mit Sanktionen auf die Weigerung Zeigners sein Ultimatum zu beantworten, erste Anzeichen für eine "Entspannung in Sachsen". 104)

Doch nur einen Tag nach dieser Meldung begann der Einmarsch von 60000 Mann der Reichswehr in Sachsen. Der Befehl dazu wurde von Reichswehrminister Geßler im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler gegeben. In einem Brief an Zeigner erklärte Müller, daß diese Maßnahme nur zum Schutz der Verfassung und der Sicherung der Ordnung diene. Er forderte Zeigner zur loyalen Zusammenarbeit auf und zur Distanzierung von den verfassungsfeindlichen Bestrebungen der KPD-Landesminister. In einem Aufruf an die Bevölkerung betonte er sogar, daß diese Maßnahme sich nicht gegen das "werktätige Volk" richte, sondern nur gegen diejenigen, "welche mit Waffengewalt unter dem lügnerischen Vorgeben, die Vorherrschaft einer Klasse erkämpfen wollen, und damit die Grundlage

der demokratischen Republik zerstören."

Doch die Arbeiterschaft Sachsens erkannte, daß der Einmarsch der Reichswehrtruppen letztlich nur dem Ziel der Absetzung der Regierung Zeigner dienen konnte. Vereinzelt kam es bei dem Einmarsch zu Übergriffen der Reichswehr und zu Demonstrationen der VSPD und KPD, bei der es wegen deren gewaltsamen Auflösung durch die Reichswehrtruppen zu mehreren Toten und Schwerverletzten kam. Es kam jedoch nicht zu einem organisierten bewaffneten Widerstand der proletarischen Abwehrorganisationen. 105)

Die KPD wollte diese Situation zum Beginn ihres seit August 1923 geplanten Aufstandes zur Eingreifung der politischen Macht im Reich benutzen, der von den mitteldeutschen Industriezentren ausgehen sollte. 106)

Auf der von der Regierung Zeigner noch vor dem Einmarsch der Reichswehr einberufenen Landesbetriebsrätekonferenz am 21. und 22.10. in Chemnitz forderten die KPD-Redner Böttcher und Heckert die Ausrufung eines Generalstreiks im ganzen Reich, der das Ziel verfolgen sollte, den Sturz der Regierung Stresemann zu erzwingen und eine Arbeiterregierung im Reich zu bilden. Die Vertreter der VSPD, darunter Arbeitsminister Graupe, hielten aber diese Aktion für verfrüht. Schließlich beschloß der Kongreß, eine paritätisch aus Vertretern der VSPD und der KPD besetzte Kommission zu bilden, die mit den freien Gewerkschaften und der Regierung Zeigner verhandeln sollte. Erst wenn diese Gespräche scheitern sollten, sei sie berechtigt den Generalstreik in Sachsen auszurufen. Dieser Beschluß, der eine Niederlage der KPD bedeutete, die deshalb ihren Aufstandsversuch absagen mußte, fiel einstimmig. Gegen nur wenige Gegenstimmen wurde in weiteren Resolutionen der Austritt der VSPD aus der Regierung Stresemann und die Auflösung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden verlangt. 107)

Am 23.10. kritisierte Zeigner in einer Rede vor dem Landtag scharf den Einmarsch der Reichwehrtruppen. Er wies jedoch darauf hin, daß die Reichsregierung in einem Brief an ihn ausdrücklich klargestellt habe, "daß es sich bei der Verlegung der Reichwehrtruppen nach Sachsen um keine Exekutivmaßnahme handle." Er mahnte zur Besonnenheit und warnte vor bewaffnetem Widerstand gegen die Reichwehrtruppen. Damit gab er die Meinung der gesamten VSPD Sachsens wider, die bewaffneten Widerstand angesichts der ungleichen Ausrüstung für aussichtslos hielt, der nur mit einem Blutbad auf Seiten der Arbeiterschaft enden könne. Auch die Redner der KPD forderten nicht zum gewaltsamen Widerstand auf, sondern verlangten nur die Ausrufung eines Generalstreiks und den Erhalt der Proletarischen Hundertschaften trotz des Verbots. Außerhalb des Parlaments riefen KPD-Vertreter aber zur Bewaffnung der Proletarischen Hundertschaften auf. 108)

Die VSPD war nicht zur Ausrufung des Generalstreiks bereit, weil sie hoffte, dadurch Gewalttätigkeiten verhindern und die Absetzung der Regierung Zeigner weniger wahrscheinlich machen zu können.

Die VSPD Sachsens und die freien Gewerkschaften Sachsens verabschiedeten am 26.10. einen Aufruf an die Bevölkerung. Darin wurden die Übergriffe der Reichswehr scharf verurteilt. Der Einmarsch der Reichswehr richte sich gegen die sozialistische Arbeiterschaft, die die stärkste Stütze der Republik und der Einheit des Reiches sei. Er diene dem reaktionären Ziel, die Arbeiterregierung Sachsens zu stürzen, um die seit 1918 erreichten politischen und sozialen Errungenschaften abzubauen. Der Aufruf endete mit dem beschwörenden Appell: "Genossen Deutschlands! Kommt dem sozialistischen Sachsen zur Hilfe! ... Sachsen galt immer als Hort des fortschrittlichen und freiheitlichen Gedankens und als der Stolz der sozialistischen Arbeiter-

bewegung. Laßt es nicht zum Vormarschgebiet der Reaktion werden. Genossen Deutschlands! Verhütet das!" 109)

Am 27.10 forderte die Regierung Stresemann die Regierung Zeigner auf, binnen 24 Stunden zurückzutreten, da die KPD-Landesminister zu Gewalttätigkeiten und zur Auflehnung gegen die Reichsgewalt aufgerufen hätten.

Die Mitglieder des VSPD-Parteivorstandes Wels und Dittmann reisten nach Sachsen und versuchten, die sächsische Parteiführung zu überreden, daß Zeigner die KPD-Minister entlassen solle, um so die Absetzung seiner Regierung zu verhindern. Nach einigem Zögern lehnte Zeigner und die Mehrheit der Landesinstanzen dies jedoch ab. 110)

In einer Erklärung wies die Regierung Zeigner das Ultimatum als Verfassungsbruch zurück, da nur der Landtag berechtigt sei, eine Landesregierung abzusetzen. 111)

Die Reichsregierung machte ihre Drohung wahr. Am 29.10. trat eine Verordnung des Reichspräsidenten auf der Grundlage des Artikels 48 in Kraft mit folgendem Wortlaut: "Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen." Der von Stresemann als Reichskommissar eingesetzte DVP-Politiker Heinze setzte die Regierung Zeigner ab und bildete ein Beamtenkabinett. Mit Waffengewalt wurden die Landesminister aus den Amtsräumen geführt. Die Einberufung des Landtages wurde verboten. 112)

Der Landesarbeitsausschuß der VSPD protestierte am selben Tag gegen die Absetzung der Regierung Zeigner. Er rief aber weiterhin zur Besonnenheit auf und zum Verzicht auf bewaffneten Widerstand. 113)

Die freien Gewerkschaften, die VSPD und die KPD riefen zu einem zunächst auf drei Tage befristeten Generalstreik in Sachsen auf, der den Protest der Arbeiterschaft gegen den "Staatsstreich" und "Verfassungsbruch" der Regie-

rung Stresemann zeigen sollte. Ziel dieser Aktion der Reichsregierung sei es, daß "... in Deutschland nach dem Willen der Schwerindustrie der Faschismus uneingeschränkt herrsche." Die Arbeiter wurden ermahnt, sich nicht von der Reichswehr provozieren zu lassen. 114)

Am 30.10. tagte die Landtagsfraktion der VSPD. An der Sitzung beteiligten sich die Vertreter des Parteivorstandes Wels und Dittmann. Sie schlugen vor, möglichst schnell eine neue Landesregierung zu bilden, da dies der einzige Weg sei, die Reichsexekutive in Sachsen zu beenden. Die einzige Möglichkeit sei die Bildung einer VSPD-Minderheitsregierung. Da die KPD jede Tolerierung dieser Regierung ablehne, komme nur eine Tolerierung durch die DDP in Frage. Die DDP erklärte sich bereit, eine Minderheitsregierung der VSPD zu unterstützen, wenn diese zusage, bei dem Auftauchen grundlegender Differenzen sofort zurückzutreten. Die Landtagsfraktion der VSPD billigte schließlich mit 32 zu 6 Stimmen die Bildung einer VSPD-Minderheitsregierung, die von der DDP toleriert werden sollte. 115)

Noch am Abend des 30.10. wurde Fellisch mit den Stimmen der VSPD und DDP zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. KPD und DNVP verließen vor der Abstimmung den Saal. Die KPD warf der VSPD Arbeiterverrat vor, da sie dem Druck der Reichsregierung nachgegeben hätte. 116)

Nach der Bildung des neuen Kabinetts wurde am 1.11. die Reichsexekutive wieder aufgehoben. Die formale Regierungsgewalt lag nicht mehr beim Reichskommissar Heinze, sondern wieder in den Händen der Landesregierung, deren Kompetenzen wegen des Fortbestandes des Belagerungszustandes allerdings begrenzt waren. Der wahre Herrscher in Sachsen war faktisch weiterhin der Reichswehr-Befehlshaber in diesem Land Müller.

Am selben Tag riefen die freien Gewerkschaften und die VSPD zum Abbruch des Generalstreiks auf, da jetzt wieder eine verfassungsmäßig zustandegekommene Landesre-

gierung amtiere. Die KPD unterschrieb diesen Aufruf nicht, war aber allein nicht in der Lage, den Streik fortzuführen. 117)

Damit hatte die Regierung Stresemann ihr Ziel erreicht, die Regierung Zeigner zu stürzen.

Die VSPD-Linke war davon überzeugt, daß diese Aktion nur dem Ziel diene, die Arbeiterregierung in Sachsen abzusetzen. Lipinski schrieb in der 1926 erschienenen Broschüre "Der Kampf um die politische Macht in Sachsen" hierzu: "Das Vorgehen des Reichskanzlers Stresemann war verfassungswidrig und hatte nur den Zweck, mit militärischer Gewalt die Große Koalition in Sachsen zu erzwingen." 118) Auch Fabian vertrat diese These. 119)

Rosenberg vermutet, daß Stresemann die Absetzung der Regierung Zeigner v.a. daher durchführte, um ein Bündnis der "gemäßigten" Rechten in Bayern mit der "radikalen" Rechten (also von von Kahr bis Hitler) zu erschweren. Stresemann hoffte nach dieser Hypothese darauf, daß nach dem Sturz der VSPD/KPD-Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen die "gemäßigte Rechte" in Bayern auf einen "Marsch nach Berlin" zur Übernahme der Regierungsgewalt verzichten werde. 120)

Die Verfassungsmäßigkeit der Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen ist umstritten. 121) Dieser Frage braucht hier jedoch nicht nachgegangen zu werden, da sie in der Diskussion in der VSPD einmütig als verfassungswidrig betrachtet wurde.

1.3.2. Die Entwicklung in Thüringen

1.3.2.1. Die Tolerierung der VSPD-Minderheitsregierung Frölich durch die KPD

Seit dem 7.10.1921 tolerierte die KPD eine Minderheitsregierung aus Vertretern der USPD und SPD unter Mini-

sterpräsident Frölich.

Trotz ständiger Kritik an der "inkonsequenten" Politik der sozialdemokratischen Regierung unterstützte die KPD bei allen entscheidenden Abstimmungen das Kabinett Frölich, das seit September 1922 - nach der Vereinigung der SPD und USPD zur VSPD - nur aus Mitgliedern der VSPD bestand. 122)

Nach der Vereinbarung zwischen der VSPD und der KPD in Sachsen im März 1923 kam es auch in Thüringen zunächst zu einer gewissen Annäherung zwischen diesen beiden Parteien. Ein Beispiel für diese Entwicklung war die Erklärung des Innenministers Hermann vor dem Landtag am 27.3.1923, daß die Proletarischen Hundertschaften der KPD legal seien, solange sie unbewaffnet seien. Diese Äußerung stand im Widerspruch zur Haltung des preußischen sozialdemokratischen Innenministers Severing, der in dieser Organisation eine umstürzlerische Bewegung sah und sie verbieten ließ. 123)

Erst Anfang Mai antwortete die VSPD Thüringens auf ein im Januar 1923 gemachtes Angebot der KPD zur Beteiligung an der Regierung, die die KPD u.a. von folgenden Bedingungen abhängig gemacht hatte: Bildung von gemeinsamen Arbeiterwehren, Verbot aller konterrevolutionären Organisationen, Bildung von Preiskontrollausschüssen und Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses, der die Arbeit der Landesregierung kontrollieren sollte. Die VSPD erklärte sich prinzipiell dazu bereit, mit der KPD eine Koalitionsregierung zu bilden, lehnte jedoch die beiden wichtigsten Forderungen der KPD - die Bildung gemeinsamer Arbeiterwehren und die Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses - ab. Sie sprach sich aber für eine Zusammenarbeit der parteiordnergruppen von VSPD und KPD, für eine politische Amnestie und die Bildung von Preiskontrollausschüssen aus. Abgelehnt wurde die Forderung der KPD nach einer Bekämpfung der Haltung der VSPD im Reich zur Regierung Cuno. 124)

Mitte Mai 1923 lehnte die KPD dieses Angebot ab, da es den gemeinsamen Kampf gegen die Regierung Cuno und die Bildung gemeinsamer Arbeiterwehren ausschloß. Die KPD erneuerte ihre alten Forderungen. 125)

Die VSPD antwortete darauf, daß bereits im September 1922 2/3 der Ortsausschüsse des ADGB in Thüringen die Abhaltung eines Landesbetriebsrätekongresses abgelehnt hätten. Der Kampf gegen die Regierung Cuno sei nicht Aufgabe der Landespolitik, sondern der Parteioorganisation im Reich. Sie wiederholte ihr Angebot an die KPD zur Regierungsbeteiligung. 126)

Am 25.5.1923 lehnte dies die KPD endgültig ab. Damit waren die Verhandlungen über eine Koalitionsregierung gescheitert. Die KPD warf der VSPD vor, nunmehr eine Regierung zusammen mit der DDP und DVP zu planen. Der "Vorwärts" erklärte das Verhalten der KPD nur mit "Feigheit vor der Verantwortung, Liebe zum Radikalismus der Phrasen, Rücksichtnahme auf die bisherige rein agitatorische Einstellung" 127)

Das Scheitern der Verhandlungen führte dazu, daß die KPD nunmehr ihre Tolerierung der Regierung Frölich vorläufig beendete. Sie brachte am 1.6.1923 ein Mißtrauensvotum gegen Innenminister Hermann ein, da er die Verlegung von Landespolizeitruppen in die Hochburg der KPD Zella-Mehlis angeordnet hatte. Das Mißtrauensvotum scheiterte jedoch, da sich die Vertreter der DDP der Stimme enthielten. Die "Rote Fahne" bewertete dies als den Beginn einer "sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition", betonte aber, daß die KPD immer noch zur Bildung einer Arbeiterregierung in Thüringen bereit sei. 128)

Die VSPD erklärte sich trotz dieses Mißtrauensvotums dazu bereit, erneut mit der KPD über die Regierungsbildung zu verhandeln. Petrich begründete dies in der "SPW" damit: "Wenn überhaupt Aussicht besteht, die Kommunisten jemals auf den Boden einer positiven Arbeiterpolitik

zu bringen, so nur dann, wenn sie unausgesetzt beeinflußt werden und der Aberwitz ihrer Parolenpolitik an den Beispielen der praktischen Politik widerlegt wird. In diesem Sinn arbeitet die Thüringer Sozialdemokratie." 129) Diese Verhandlungen scheiterten am 8.6.1923, da wiederum über die Bildung der Arbeiterwehren, den Landesbetriebsrätekongreß und den Kampf gegen die Regierung Cuno keine Einigung erzielt werden konnte. Die KPD warf der CSPD erneut vor, jetzt eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien bilden zu wollen, setzte aber die Tolerierung der Regierung Frölich vorläufig fort. 130) Die Thüringer VSPD veröffentlichte eine Broschüre "Sozialdemokratie und Regierung in Thüringen", in der sie der KPD vorwarf, nur deshalb sich nicht an der Regierung beteiligen zu wollen, um ihre verbalradikale Parolenpolitik fortsetzen zu können, die für die Arbeiterschaft keinerlei praktische Erfolge bringen könne. 131)

Die Regierung Frölich ging jetzt dazu über, ihre Zurückhaltung gegenüber der Regierung Cuno aufzugeben und sich der Kritik der sächsischen Regierung Zeigner anzuschließen. Am 3.8.1923 verurteilte Ministerpräsident Frölich vor dem Landtag die Reichswehrpolitik der Reichsregierung, die die Kontakte der Armee zu rechtsradikalen Wehrverbänden toleriere. 132) Die Beteiligung der VSPD im Reich an der Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Stresenmann wurde vom Bezirksparteitag der Thüringer VSPD am 26.8.1923 mit großer Mehrheit verurteilt. 133)

In der VSPD Thüringens, in der der linke Flügel klar dominierte, wuchs nunmehr die Tendenz, als Alternative zur Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien der Parteilührung im Reich erneut die Bildung einer Koalitionsregierung mit der KPD zu versuchen, um zu beweisen, daß nur die Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien eine sinnvolle Perspektive im Kampf um die Erhaltung der Republik und um

die Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft bieten könne. Anfang September 1923 beschloß die Bezirksleitung der Thüringer VSPD, in einem Rundschreiben alle Parteigliederungen zu befragen, ob sie erneute Gespräche mit der KPD über die Bildung einer Koalitionsregierung wünschten. Für den "Vorwärts" war das Ergebnis dieser Befragung schon vorher klar: "Nach allen bisherigen Erfahrungen ist ein Zusammenarbeiten mit der Kommunistischen Partei auf die Dauer unmöglich." 134) Die Umfrage brachte aber eine klare Mehrheit für die Befürworter der Zusammenarbeit mit der KPD. Die Bezirksleitung der VSPD erklärte daraufhin ihre Bereitschaft, mit der KPD über die Bildung einer Koalitionsregierung zu verhandeln. Sie stellte jedoch fest, daß sie sich dabei eventuellen "kommunistischen Diktaturgelüsten" ebenso entgegenstellen werden wie der Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses, der anstelle des Landtages die Landesregierung kontrollieren solle. 135)

In der Absicht, die VSPD bei diesen Verhandlungen unter Druck zu setzen, brachte die KPD gegen die Regierung Frölich ein Mißtrauensvotum ein. Es erreichte, da alle bürgerlichen Parteien dafür stimmten, am 11.9.1923 mit 30 zu 22 Stimmen eine klare Mehrheit. Die Regierung Frölich trat sofort zurück, blieb aber als geschäftsführende Regierung vorläufig im Amt. 136)

Die thüringische KPD begründete am 11.9. in einem Aufruf den Sturz der Regierung Frölich mit deren "arbeiterfeindlichen Politik", die sich u.a. darin geäußert habe, daß nicht die rechten Wehrverbände verboten worden seien, wohl aber einige von der KPD beantragte Demonstrationen. Die Regierung Frölich habe die Regierung Stresemann bisher wegen ihrer Reichswehrpolitik im Gegensatz zur Regierung Zeigner nicht angegriffen. Die KPD erklärte aber, daß sie "trotz des Versagens der sozialdemokratischen Führer im Klassenkampf des Proletariats

und trotz des größten Mißtrauens wegen ihrer arbeiterfeindlichen Politik, ihrer dauernden Koalitionsneigung zur Bourgeoisie" zur Bildung einer gemeinsamen "Arbeiter- und Kleinbauernregierung" bereit sei. 137) Als Bedingungen dafür wurden die alten Forderungen wiederholt: Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses, Bildung gemeinsamer Proletarischer Hundertschaften, Bildung von Preiskontrollausschüssen und Kampf gegen die Regierung Stresemann.

Der "Vorwärts" bewertete den Sturz der Regierung Frölich als "Einheitsfront der KPD mit der Bourgeoisie" und als erneuten Beweis dafür, daß mit der KPD keine Zusammenarbeit möglich sei. 138)

Die Zeitschrift des linken SPD-Flügels "SPW" verurteilte das Verhalten der KPD ebenso scharf. Sie kritisierte den "kommunistischen Tollhäslerstreich" und die "bürgerlich-kommunistische Einheitsfront", die gerade angesichts der faschistischen Bedrohung aus Bayern um so verwerflicher sei, da jetzt die Einheit der Arbeiterklasse unabdingbar sei. 139) Petrich verurteilte in der "SPW" die Zusammenarbeit der "reaktionären Masse der Bourgeoisie" mit den "kommunistischen Extremisten". Ziel dieser Aktion der KPD sei es offenbar, die VSPD zu einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien zu zwingen, um sie dann des Arbeiterverrates zeihen zu können. 140)

Der Bezirksvorstand der Thüringer VSPD warf am 12.9. seinerseits der KPD wegen des Sturzes der Regierung Frölich "Arbeiterverrat" vor. Er sah nur noch die Alternative der Bildung einer VSPD/KPD-Koalitionsregierung oder Landtagsneuwahlen: "Weigern sich die Kommunisten, verfassungsmäßig eine Arbeiterregierung zu bilden, so sind neue Wahlen unvermeidlich." 141)

Am 14.9. beschloß die Bezirksleitung der VSPD, Verhandlungen mit der KPD über die Bildung einer Koalitionsregierung aufzunehmen. 142) Petrich begrüßte in der "SPW" diese Entscheidung, die auch bedeute, daß bei einem Schei-

torn dieser Gespräche nur Neuwahlen in Frage kämen, nicht aber eine Koalitionsregierung der VSPD mit bürgerlichen Parteien. 143) Der "Vorwärts" erklärte die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der KPD für eine Utopie, verurteilte also indirekt das Verhalten der Thüringer VSPD. 144)

Am 18.9. begannen in Weimar die Verhandlungen zwischen VSPD und KPD. Die VSPD machte folgenden Vorschlag für ein Regierungsprogramm: Bildung einer "republikanischen Notwehr" als Form der Zusammenarbeit der fortbestehenden VSPD- und KPD-Parteigruppen, 'Republikanisierung' der Landespolizei und der Verwaltung, Bildung von Preiskontrollausschüssen und Erlass einer politischen Amnestie. Die Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses wurde wiederum unter Hinweis auf die ablehnende Haltung des ADGB abgelehnt. Die neue Landesregierung müsse von der Regierung Stresemann die schnelle Beendigung des Ruhrkonfliktes, die Säuberung der Reichswehr, die Einführung einer Goldwährung und die Erfassung der Sachwerte verlangen. Mit dieser Forderung kam die VSPD der KPD weit entgegen. 145)

Da die Verhandlungen nicht zu einer schnellen Einigung führten, weil die KPD an der Forderung nach Bildung von Proletarischen Hundertschaften und der Einberufung des Landesbetriebsrätekongresses festhielt, stellte die VSPD am 22.9. der KPD ein Ultimatum, bis zum 25.9. definitiv zu erklären, ob sie unter den von der VSPD genannten Bedingungen sich an der Regierung beteiligen oder zumindest eine VSPD-Minderheitsregierung tolerieren wolle. 146) Bei erneuten Gesprächen lehnte die KPD dies am 26.9. ab. Damit schien zunächst die Bildung einer VSPD/KPD-Koalitionsregierung gescheitert zu sein. 147)

1.3.2.2. Das Vorgehen der Reichsregierung gegen die VSPD/KPD-Koalitionsregierung Frölich

Wegen der Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Reich durch die Regierung Stresemann, änderte

sich jedoch die Haltung von VSPD und KPD in Thüringen grundlegend. Da beide diese Maßnahme der Reichsregierung als vorwiegend gegen die Landesregierungen Sachsens und Thüringens gerichtet sahen, wuchs die Bereitschaft zu Kompromissen. Die VSPD Thüringens schlug der KPD am 28.9. angesichts der bedrohlichen Lage vor, ohne vorherige Einigung auf ein Regierungsprogramm eine Koalitionsregierung zu bilden. 148)

Am 6.10 beschloß die Reichszentrale der KPD, ihre Landesorganisationen in Sachsen und Thüringen zum Eintritt in die Regierung aufzufordern. 149) Schon nach kurzer Zeit einigten sich die Verhandlungsdelegationen der beiden Arbeiterparteien in Thüringen am 13.10 auf die Bildung einer Koalitionsregierung und auf ein gemeinsames Regierungsprogramm. 150) Als Hauptaufgabe der Landesregierung wurde darin genannt, "im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten" eine Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu treiben. Dies erfordere den Kampf um die Sicherung der materiellen Existenz der Arbeiterschaft und gegen "Faschismus, Revanchepolitik und die verfassungswidrige Militärdiktatur." Der Regierung Stresemann, an der die VSPD im Reich beteiligt war, wurde im Regierungsprogramm vorgeworfen, daß sich die Verhängung des Belagerungszustandes "ausschließlich gegen die werktätige Bevölkerung" richte und nicht gegen die faschistischen Bestrebungen in Bayern. Von der Reichsregierung wurde die sofortige Beendigung des Ruhrkonflikts, die Erhaltung des Achtstundentages und die Erfassung der Sachwerte verlangt. Ausdrücklich wurde die Bildung einer Reichsarbeiterregierung aus Vertretern der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften gefordert. Für die weiterbestehenden Parteiführungsgruppen der VSPD und KPD sollten gemeinsame Leitungen - "republikanische Notwehren" - geschaffen werden. Weiter wurde der Erlass einer politischen Amnestie, der Aufbau von Preiskontrollausschüssen

und die Republikanisierung der Landespolizei vorgeschlagen. Die beiden Landtagsfraktionen von VSPD und KPD sollten eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Die KPD verzichtete auf die Realisierung ihrer Forderung nach einem Landesbetriebsrätekongreß als Kontrollorgan der Landesregierung. Als Ersatz dafür wurde ein "außerparlamentarischer Arbeitsausschuß" gebildet, dem je 3 Vertreter der VSPD- und KPD-Landtagsfraktionen, je 2 Vertreter der VSPD und der KPD aus den Industriebetrieben und je 1 Vertreter der drei freien Gewerkschaften ADGB, Afa-Bund und ADB angehörten, der die Regierung beraten sollte und ihr auch Gesetzesvorschläge machen konnte. Dieses Regierungsprogramm war ein Kompromiß, bei der die VSPD besonders in Bezug auf die Haltung zur Reichspolitik Zugeständnisse machte, während die KPD in der Frage des Landesbetriebsrätekongresses und der Proletarischen Hundertschaften nachgab.

Am 16.10 wählte der Landtag mit den Stimmen der VSPD und KPD eine neue Regierung unter Ministerpräsident Frölich. Die VSPD stellte den Ministerpräsidenten, den Innenminister (Hermann) und den Volksbildungsminister (Greil), die KPD den Wirtschaftsminister Tenner und den Justizminister (Korsch). 151) Am 17.10. gab Frölich die Regierungserklärung ab, die dem Regierungsprogramm-Entwurf vom 13.10. entsprach. Er forderte von der Reichsregierung v.a. die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. 152)

Doch diese Koalitionsregierung von VSPD und KPD sollte nur kurze Zeit im Amt sein.

Das Vorgehen der Regierung Stresemann gegen die Regierung Zeigner in Sachsen am 26.10 machte deutlich, daß sie nicht gewillt war, die Regierungsbeteiligung von Kommunisten in Sachsen und Thüringen zu dulden. Der Bezirksparteitag der VSPD Thüringens am 31.10. erkannte die Gefahr, daß nach der Absetzung der Regierung Zeigner durch die Reichsexekutive dasselbe Vorgehen gegen die Regierung

Frölich drohte. Er verurteilte die Absetzung der sächsischen Regierung und sprach sich für die Fortsetzung der Koalitionsregierung mit der KPD aus. Er forderte von den Kommunisten, "daß sie alles unterlassen, was der Reaktion einen Vorwand zur Reichsexekutive (gegen Thüringen -E.W.) liefern könnte." 153) Die Regierung Frölich protestierte in einer Note an die Reichsregierung gegen die Absetzung der Regierung Zeigner, die einen Bruch der Reichsverfassung darstelle. 154)

Der Versuch, eine Reichsexekutive gegen Thüringen zu verhindern, scheiterte aber. Die KPD Thüringens forderte offen die Bewaffnung der Proletarischen Hundertschaften und gab damit der Reichsregierung den Anlaß für ein Vorgehen gegen die Regierung Frölich.

Am 6.11. unterstellte der Befehlshaber der Reichswehrtruppen in Thüringen General Reinhardt die Landespolizei seinem Befehl und entzog damit auf der rechtlichen Grundlage des im Reiche herrschenden militärischen Belagerungszustandes der Landesregierung das Kommando über die Landespolizei. Zugleich rückten Reichswehrtruppen in Thüringen ein und besetzten die wichtigsten Orte. Begründet wurde dies von Reinhardt mit der Notwendigkeit, den "Terror der Proletarischen Hundertschaften" zu brechen. 155)

Selbst der "Vorwärts" bewertete diese Argumentation nur als Vorwand für die geplante Absetzung der Regierung Frölich, da in Thüringen kein Terror der Proletarischen Hundertschaften existiere. 156) Auch die "SPW" verurteilte den Einmarsch der Reichswehrtruppen und bezeichnete es als Ziel der Regierung Stresemann unter der Parole "Nach Sachsen - Thüringen!" auch die zweite Arbeiterregierung abzusetzen. 157)

Die Thüringer KPD forderte nach dem Einmarsch der Reichswehrtruppen die Ausrufung eines Generalstreiks und die Bewaffnung der Proletarischen Hundertschaften. Die VSPD

war dazu jedoch nicht bereit, da nach ihrer Auffassung ein Bürgerkrieg nur mit einer Niederlage der Arbeiterbewegung enden konnte. 158)

Die KPD zog daraufhin am 11.11.1923 ihre beiden Landesminister aus dem Kabinett Frölich zurück, kündigte also die Koalition mit der VSPD auf. Sie vollzog also den Kurswechsel der KPD im Reiche mit, die jetzt Arbeiterregierungen mit der "verräterischen" VSPD ablehnte. Der "Vorwärts" registrierte dies natürlich mit Befriedigung: "Dieses Ausscheiden der Kommunisten kommt nicht Überraschend, am allerwenigsten für die thüringischen Sozialdemokraten, die schon längst erkannt hatten, daß mit den kommunistischen Bettgenossen eine Regierungsgemeinschaft ein Dign der Unmöglichkeit ist. 159)

Im Widerspruch zu dieser These des "Vorwärts" stand allerdings, daß noch am 8.11. die Thüringer VSPD damit drohte, daß ihre Minister sofort zurücktreten würden, falls die Reichswehrtruppen die kommunistischen Minister gefangennehmen wollten. 160)

Der Bezirks-Vorstand der VSPD Thüringens verurteilte in einer Erklärung den Regierungsaustritt der KPD-Minister als "Akt der Feigheit": "In der Stunde höchster Not für das gesamte Proletariat drücken sie sich feige vor der Verantwortung, die sie vor der thüringischen Arbeiterschaft übernommen haben." 161) Das Scheitern der Koalitionsregierung sei allein die Schuld der KPD, für die radikale Parolen wichtiger seien als praktische Politik im Interesse der Arbeiterklasse. Er schloß wegen des ultralinken neuen Kurses der KPD vorläufig jede Zusammenarbeit mit der KPD aus: "Wenn die KPD sagt: Einheitsfront will sie putschen. Wenn sie sagt: Gemeinsamer Kampf, will sie Parteiagitiation. ... Die KPD ist die Todfeindin der Sozialdemokratischen Partei."

Die Regierung Frölich blieb auch nach dem Rück-

tritt der KPD-Minister im Amt. Sie hatte jedoch kaum noch wirkliche Machtbefugnisse, da die exekutive Gewalt in den Händen des Befehlshabers der Reichswehr General Reinhardt lag. Sie konnte gegen die Maßnahmen Reinharts nur noch wirkungslose Protesterklärungen abgeben, so z.B. gegen die Durchsuchung der Fraktionsräume der KPD im Landtag durch Reichwehrtruppen. 162) Das Bemühen Frölichs, sein Rumpfkabinett durch die Besetzung der beiden vakanten Ministerien mit Sozialdemokraten zu erweitern, scheiterte am Widerstand der KPD. Am 29.11. wurde dieses Vorhaben gemeinsam von allen bürgerlichen Parteien und der KPD im Landtag abgelehnt. Trotz dieser Abstimmungsniederlage blieb Frölich weiterhin im Amt. 163)

Auf dem Landesparteitag beschloß die Thüringer VSPD am 2.12.1923, eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien abzulehnen. Zum weiteren Vorgehen in der Regierungskrise schuld sie vor: "Es ist deshalb anzustreben: 1. Versuch einer sozialistischen Regierung mit parlamentarischer Mehrheit; 2. wenn das nicht möglich ist, Weiterbestehen der gegenwärtigen Regierung, bis zur Beendigung des Ausnahmezustandes; 3. Landtagsauflösung und Landtagswahlen nur unter der Voraussetzung, daß der Ausnahmezustand aufgehoben wird." 164)

Am 7.12. scheiterte im Landtag erneut der Versuch Frölichs, sein Kabinett zu komplettieren, da dies von der KPD und den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde. Die Regierung Frölich trat daraufhin zurück und amtierte nur noch als geschäftsführende Regierung. 165)

Der thüringische Landtag beschloß am 18.12.1923 seine Auflösung und die Abhaltung von Neuwahlen. Für diesen Antrag stimmten die 31 Abgeordneten der bürgerlichen Parteien und der KPD, dagegen votierten die 22 VSPD-Abgeordneten, die Landtagswahlen unter den restriktiven Bedingungen des Ausnahmezustandes ablehnten. 166)

Zwischen der Regierung Frölich und der neuen Reichsregierung Marx entbrannte zum Jahresende 1923 ein schwerer Konflikt. Die Reichsregierung entsandte trotz der Proteste der Regierung Frölich am 28.12.1923 einen zivilen Reichskommissar nach Thüringen, der kontrollieren sollte, ob die Landesregierung sich an die Reichsgesetze und die Reichsverfassung halte. 167) Am 2.1.1924 eskalierte dieser Konflikt. Der Innenminister Hermann wurde von der Reichswehr verhaftet, da er angeblich die Einstellungsurkunde für einen, (übrigens der DDP angehörenden, Beamten vordatiert habe. Damit bestand die Regierung Frölich faktisch nur noch aus zwei Ministern 168)

Anfang Januar beschlossen alle bürgerlichen Parteien Thüringens von der DDP bis zur DNVP, eine Einheitsliste unter dem Namen "Ordnungsblock" für die Landtagswahlen aufzustellen. 169)

Am 13.1.1924 tagte der Bezirksparteitag der VSPD in Weimar. Er protestierte einstimmig gegen die Entsendung des Reichskommissars und gegen die Verhaftung Hermanns. Er forderte die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und den Abzug der Reichswehrtruppen aus Thüringen. Er stellte eine Liste der Landtagskandidaten auf, in der die Linke klar dominierte, die weiterhin jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ablehnte. 170)

Es kam nunmehr zu einer gewissen Entspannung im Verhältnis zur Reichsregierung. Die Regierung Frölich erkannte ein Mitspracherecht des Reichskommissars bei der Personalpolitik an. Als Gegenleistung dafür wurde Hermann am 23.1. aus der Haft entlassen. 171)

Am 10.2.1924 fanden die Landtagswahlen statt. Die VSPD mußte schwere Stimmenverluste hinnehmen. Während SPD und USPD zusammen 1921 noch 265000 Stimmen erhalten hatten, erreichte die USPD allein nur noch 203000 Stimmen. Die KPD profitierte von den Verlusten der VSPD und erhielt statt bisher 88000 Stimmen nunmehr 162000 Stimmen. Großer

Gewinner der Wahl war aber der bürgerliche "Ordnungsblock", der 421000 Stimmen erhielt und nur knapp die absolute Mehrheit verfehlte. Im Landtag bestand aber eine klare bürgerliche Mehrheit, da der "Ordnungsblock" 32 Mandate erhielt und die Völkischen 6 Monate, während VSPD (15 Mandate) und KPD (12 Monate) zusammen nur 27 Mandate erhielten. 172)

Der "Vorwärts" übernahm die Erklärung der Ursachen der Wahlniederlage der VSPD, die die Thüringer Bezirksorganisation gab: Die Hetze des Ordnungsblocks und der KPD gegen die Sozialdemokratie und die Erschwerung der Arbeit der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes.

Er konnte sich aber nicht verkneifen, die Politik der Zusammenarbeit der Thüringer VSPD mit der KPD im letzten Jahr für das schlechte Wahlergebnis mitverantwortlich zu machen: "Schließlich hätte die thüringer Sozialdemokratie den Schaden, der jetzt entstanden ist, eindämmen können, wenn sie den Kommunisten gegenüber eine klarere und festere Haltung eingenommen hätte." 179)

Als Replik darauf führte Petrich in der "SPW" neben den auch vom "Vorwärts" anerkannten Ursachen der Niederlage nicht die Zusammenarbeit mit der KPD auf, sondern die "Reichspolitik" der VSPD, also die Beteiligung an der Regierung Stresemann und ihre Zustimmung zum wirtschaftspolitischen Ermächtigungsgesetz für die Regierung Marx. Der Erfolg der KPD in Thüringen sei v.a. auf die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit der Politik der VSPD im Reich zurückzuführen. Er verurteilte den Versuch des "Vorwärts", die linke Parteiopposition für die Wahlniederlage verantwortlich zu machen: "Die Opposition muß es sich entschieden verbitten, für Schäden und Mißerfolge der Partei verantwortlich gemacht zu werden, deren Bekämpfung ihre vornehmste Aufgabe ist." 174)

Am 22.2. 1924 wählte der Landtag mit den Stimmen des Ordnungsblocks und der Völkischen den DVP-Abgeordneten

Loutheuser zum Ministerpräsidenten, der ein Kabinett aus Mitgliedern des Ordnungsblocks bildete. 175) Dieses Kabinett amtierte drei Jahre. Es machte die von den sozialdemokratischen Regierungen seit 1918 durchgeführten Reformen weitgehend rückgängig und entließ zahlreiche sozialdemokratische Beamte. VSPD und KPD blieb es nur übrig, in der Opposition dagegen zu protestieren.

Das Experiment einer VSPD/KPD-Koalitionsregierung scheiterte also auch in Thüringen schon nach wenigen Wochen. Ursache dafür war der Wille der Reichsregierung, jede kommunistische Regierungsbeteiligung zu verhindern, und die Differenz zwischen der VSPD und der KPD in der Vorgehensweise gegen diese Reichsexekutive. Die VSPD lehnte jeden bewaffneten Widerstand als aussichtslos ab, während die KPD ihn - allerdings auch nur verbal - für unabdingbar hielt. Die Phase des Experiments der Arbeiterregierung endete also auch in Thüringen mit der Verschärfung der Kluft zwischen VSPD und KPD.

2. Die Phase der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik von Ende 1923 bis Mitte 1928
- 2.1. Die Tolerierung des Minderheitskabinetts der Mitte Marx I durch die VSPD (ab 30.11.1923)
- 2.1.1. Der Widerstand der VSPD-Linken gegen die Tolerierungspolitik und gegen den Beschluß zur Verurteilung der "organisierten Opposition" in der Partei

Nach dem Rücktritt der Regierung Stresemann beauftragte Reichspräsident Ebert nacheinander die Politiker von Kordorff (DVP), Albert (parteilos) und Stegerwald (Zentrum) mit der Regierungsbildung. Das Ziel aller drei Kanzlerkandidaten war, die Formierung einer Bürgerblockregierung unter Einschluß der DNVP. Darauf drängten vor allem die DVP und die rechten Flügel des Zentrums und der DDP. Die Beteiligung der DNVP an der Regierung scheiterte jedoch an ihrer Forderung, auch in Preußen anstelle der Großen Koalition eine Bürgerblockregierung zu bilden. DDP und Zentrum waren nicht dazu bereit, die Regierung Braun in Preußen zu verlassen. Die VSPD war erstmals seit dem Beginn der Weimarer Republik an den Verhandlungen zur Regierungsbildung nicht mehr beteiligt.

Am 30.11.1923 bildete schließlich der Zentrums-Politiker Marx ein Minderheitskabinett aus Vertretern des Zentrums, der DDP, der DVP und der BVP. 1) Der "Vorwärts" verlangte vom neuen Kabinett die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Sei die Regierung Marx nicht willens, dieser Forderung nachzukommen, seien Neuwahlen zum Reichstag notwendig. Die Weigerung der DDP und des Zentrums, in Preußen eine Rechtsregierung zu bilden, wurde ausdrücklich als Zeichen der republikanischen Grundhaltung der beiden Parteien gelobt. 2)

Paul Levi hingegen sah in dieser Haltung keinen

Beweis des demokratischen Charakters von DDP und Zentrum, sondern nur ihrer klugen Taktik durch die Beteiligung der VSPD an der preußischen Regierung "starke proletarische Kräfte an die Staatsmacht" zu binden. 3) Er bewertete die Bildung der rein bürgerlichen Regierung als "deutlich sichtbaren Ruck nach rechts". Die Regierung Marx habe nur die Perspektive, sich durch ein Lavieren zwischen DNVP und VSPD an der Macht zu halten. Levi bedauerte die fehlende Bereitschaft der VSPD-Parteiführung, sofortige Reichstagsneuwahlen zu erzwingen. Er nahm die Drohung des "Vorwärts" also nicht ernst. Den Grund für diese Taktik der VSPD-Parteiführung, die Angst vor einer hohen Wahlniederlage, nannte er nicht. Er warnte davor, daß bei einer Fortsetzung der wankelmütigen und unentschlossenen Politik der VSPD gegenüber den bürgerlichen Parteien eine "weitere Schwächung und Desorganisierung der proletarischen Massen" die Folge sein würde. Nicht durch taktische Manöver im Reichstag, sondern nur durch eine Verstärkung der außerparlamentarischen Mobilisierung könne die VSPD wieder erstarken.

Die Regierung Marx forderte sofort vom Reichstag ein Ermächtigungsgesetz für wirtschafts- und sozialpolitische Probleme, da ihr angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage (hohe Arbeitslosigkeit, Krise der Staatsfinanzen) das normale Gesetzgebungstempo des Reichstages als zu langsam erschien. Für dieses Ermächtigungsgesetz brauchte sie eine 2/3 Mehrheit im Reichstag, also auch die Zustimmung der VSPD, die mehr als 1/3 der Reichstagsabgeordneten stellte. Die VSPD lehnte aber am 30.11. dieses Ermächtigungsgesetz ab, da es die Rechte des Parlamentes einschränke. 4)

Auf der Kabinettsitzung vom 2.12. erklärte der Staatssekretär Eberts Meißner, daß der Reichspräsident gewillt sei, falls der Reichstag das Ermächtigungsgesetz zu Fall bringen werde, mit Hilfe des Artikels 48 der Reichs-

verfassung die von der Regierung gewünschten Maßnahmen durchzusetzen. Ebert ergriff damit eindeutig Partei für die Ziele der Regierung Marx. 5)

Unter dieser Drohung der Anwendung des Artikels 48 gab die Mehrheit der VSPD-Reichstagsfraktion ihre anfängliche Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes auf. Die VSPD-Reichstagsfraktion beschloß am 4.12. mit 73:53 Stimmen, das Ermächtigungsgesetz zu billigen. Dagegen votierten neben der linken Fraktionsminderheit auch Teile des Mehrheitsflügels.

Der "Vorwärts" begründete diese Entscheidung mit dem Nachgeben der Regierung Marx gegenüber der VSPD in wichtigen Fragen. Die Regierung habe zugestimmt, daß vor dem Erlass der Verordnungen im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes diese in einem 15-köpfigen Ausschuß aus Mitgliedern des Reichstages und des Reichsrates beraten werden sollten. In ihm könnten dann die VSPD-Vertreter die Forderungen der VSPD vorbringen. Beim Inkrafttreten des Artikels 48 hingegen hätte die VSPD überhaupt keinen Einfluß auf das Zustandekommen der Verordnungen. Reichstagsneuwahlen unter den Bedingungen des Belagerungszustandes und der Ruhrbesetzung seien ein "Unding". 6)

Bei den ersten beiden Lesungen des Ermächtigungsgesetzes beteiligten sich 53 VSPD-Abgeordnete nicht an der Abstimmung. Da bei dem gleichen Verhalten in der dritten Lesung die erforderliche 2/3-Mehrheit in Gefahr war, beschloß die Fraktion mehrheitlich eine Anwesenheits- und Abstimmungspflicht der Abgeordneten bei der 3. Lesung, mit der Argumentation: "Die Mitglieder der Fraktion sind nur dann berechtigt, sich aus Gewissensgründen einer von der Fraktion beschlossenen Abstimmung fernzuhalten, wenn nicht durch diese Fernhaltung die Abstimmung der Fraktion in ihrem Erfolg beeinträchtigt wird." Der linke VSPD-Abgeordnete Wilhelm Hoffmann, der als einziger VSPD-Abge-

ordneter in den ersten beiden Lesungen gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte, wurde mit großer Mehrheit aus der Fraktion ausgeschlossen. 7)

Am 8.12.1923 billigte der Reichstag mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit das Ermächtigungsgesetz, das der Reichsregierung gestattete nach der Konsultierung des 15-köpfigen Ausschusses "die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet." Das Ermächtigungsgesetz war bis zum 15.2.1924 befristet. Auf seiner Grundlage erlassene Verordnungen konnte der Reichstag mit einfacher Mehrheit revidieren. 8)

Für das Ermächtigungsgesetz stimmten 318 Abgeordnete, darunter die Mehrheit der VSPD-Fraktion. Nur die KPD stimmte dagegen, die DNVP hatte vor der Abstimmung den Saal verlassen. 9)

Trotz des Beschlusses vom 6.12. zum verschärften Fraktionszwang hielten sich ca. 40 VSPD-Abgeordnete nicht daran und beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Darunter befanden sich alle Führer der VSPD-Linken, wie Aufhäuser, Bock, Crispian, Dißmann, Dünstler, Levi, Rosenfeld und Sender. 10) Die Zustimmung der Fraktionsmehrheit zum Ermächtigungsgesetz stieß auf den entschiedenen Protest der VSPD-Linken. Zahlreiche linke VSPD-Gliederungen verurteilten diese Haltung.

Auf dem Bezirksparteitag der VSPD Groß-Berlin am 9.12. kritisierte Crispian, daß die Fraktionsmehrheit ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz an keinerlei inhaltliche Zusagen der Regierung gebunden habe und auf das älteste Recht des Parlamentes, das Budgetrecht, faktisch verzichtet habe. Gegen die Stimmen der rechten Minderheit beschloß der Bezirksparteitag mit Übergroßer Mehrheit die Verurteilung des Abstimmungsverhaltens der Fraktionsmehrheit, da das Ermächtigungsgesetz "in seiner Auswirkung

eine Stärkung der Reaktion" bedeute. 11) Es sei aus mehreren Gründen inakzeptabel: "Politisch durch die Außerkraftsetzung demokratischer Grundrechte und die Ausschaltung des Budgetrechts des Reichstages. Wirtschaftlich und sozial durch die bekannten Pläne der Regierung auf dem Gebiete der Steuern und Finanzen und der Sozialpolitik: Schonung der Besitzenden, größere Belastung der Arbeiter, roher und unsozialer Abbau der Verwaltung, der sozialen Fürsorge und kultureller Wohlfahrtseinrichtungen." Der Beschluß forderte von der VSPD-Reichstagsfraktion, Forderungen aufzustellen, wie z.B. die Erfassung der Sachwerte durch "die unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen" und die Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Da diese Ziele im bestehenden Reichstag offensichtlich nicht realisierbar waren, kam dieser Teil des Beschlusses einer Forderung nach baldigen Reichstagsneuwahlen gleich.

Gegen das Abstimmungsverhalten der Reichstagsfraktionsmehrheit sprach sich u.a. auch der Bezirksvorstand Halle-Merseburgs aus. 12)

Die linke Parteizeitung "Chemnitzer Volksstimme" kommentierte die Haltung der Fraktionsmehrheit mit kaum noch zu Überbietender Schärfe: "Es ist eine völlige Bankrotterklärung, wenn die Reichstagsfraktion aus Angst vor Wahlen diesen glatten Rückzug angetreten hat. Mit unerbitterlicher Konsequenz muß festgestellt werden, daß mit dieser Reichstagsfraktion nichts mehr anzufangen ist. ... Jetzt gilt es zu rüsten für den Reichstagswahlkampf. Und soll es anders werden, dann dürfen nicht viele von dieser Reichstagsfraktion das Gebäude am Mallotplatz (Reichstag -E.W.) wiedersehen. 13)

Der "Vorwärts" schlug im selben Stil zurück. Er kritisierte, daß "sogenannte Parteiorgane", v.a. in Westsachsen, keine andere Aufgabe mehr kennen würden als "den Kampf gegen die eigene Partei". Er forderte Sanktionen

gegen die Redaktionen dieser Zeitungen: "Es muß dem Verantwortungsgefühl der verantwortlichen Organisationen überlassen bleiben, wie lange sie solche Akte krankhafter Selbstbeschmutzung noch dulden wollen, wie lange sie noch gestatten wollen, daß Parteiredakteure in Parteidredaktionen Flugblätter für die Gegner verfassen." 14)

In der "SPW" verurteilte Jakob Altmaier das ständige Zurückweichen der Fraktionsmehrheit vor den Forderungen der bürgerlichen Mittelparteien, das der VSPD immer mehr Vertrauen in der Arbeiterschaft koste. In der Reichstagsfraktion unterschied er drei Gruppierungen: "Der rechte Flügel will Koalitionspolitik um jeden Preis, um auf diese Weise Land und Volk zu retten; ein Zentrum, dem die Taktik über alles geht, das bald so und bald so dem Reich am besten dienen zu können glaubt; ein linker Flügel, der die Geschichte und die Ereignisse auch jetzt nur als eine Geschichte von Klassenkämpfen sieht und danach handeln möchte. Das ist unsere Opposition und deshalb zählen wir zu ihr." 15) Er betonte, daß zur Parteiopposition nicht nur ehemalige USPD-Mitglieder gehörten, sondern auch viele ehemalige SPD-Mitglieder wie er selbst und Ströbel. Er bedauerte, daß viele ehemalige USPD-Mitglieder heute den Kurs der Parteiführung mitmachten: "Leider sind viel zu viele frühere USP-Leute so weit nach rechts gerückt, daß man sie kaum noch mit dem Fernrohr erkennen kann, und mehr als ein Paul hat sich zum Saul zurückrevidiert."

Unmittelbar nach dem Ende der Regierung Stresemann verurteilten zahlreiche linke Parteigliederungen die bisherige Koalitionspolitik der Parteiführung und den vom Partelausschuß am 26./27.11.1923 gefaßten Beschluß zur "organisierten Opposition" in der Partei.

Der Landesparteitag der VSPD Sachsen sprach am 1./2.12.1923 der VSPD-Parteiführung mit 89:20 Stimmen

sein Mißtrauen aus, da sie trotz aller Warnung bis zum Ende an der Großen Koalition festgehalten habe und damit objektiv den proletarischen Einfluß in den Ländern geschwächt und der Rechtsdiktatur im Reiche die Wege geebnet habe. Der Beschluß des Parteiausschusses gegen die "organisierte Opposition" wurde verurteilt: "Der Parteitag erhebt schärfsten Protest gegen diesen Versuch, die Meinungsfreiheit der Parteigenossenschaft zu knebeln, und fordert Toleranz gegen jede Richtung, die auf dem Boden des Parteiprogramms fußt." 16)

Der Bezirksparteitag der VSPD Groß-Thüringens am 2.12. lehnte gegen nur 2 Gegenstimmen die Koalitionspolitik ab und verurteilte den Beschluß des Parteiausschusses gegen die Fraktionsbildung in der Partei als ungerechtfertigt. 17)

Der Bezirksparteitag Niederrhein am 2.12. lehnte ebenfalls die Koalitionspolitik ab und verurteilte mit 38:34 Stimmen den Parteiausschußbeschluß als "Verstoß gegen die innerparteiliche Meinungsfreiheit" und als Zeichen der Ungleichbehandlung der Parteiflügel, da gegen die Organe des rechten Flügels "Sozialistische Monatshefte" und "Die Glocke" der Parteiausschuß bisher nichts unternommen habe, aber jetzt gegen die "SPW" vorgehen wolle. 18) Die "SPW" zog aus dem Ergebnis dieser drei Parteitage den voreiligen Schluß: "Alle Tagungen der Partei, die am 2. Dezember stattgefunden haben, haben sich gegen die offizielle Politik der Partei ausgesprochen. Die Mitgliedschaft hat ihr Urteil gefällt." 19)

Auch der Berliner Bezirksparteitag befaßte sich am 9.12. mit dem Thema der "organisierten Opposition". Aufhäuser verurteilte die Entscheidung des Parteiausschusses als "sehr bedauerlich" und befürchtete negative Folgen: "Die Partei muß leiden, wenn die Meinung der Opposition beschränkt wird." Ein Beschluß dazu wurde aber vertagt bis

zu dem Zeitpunkt, an dem der Parteivorstand konkrete Beweise für die Existenz einer "organisierten Opposition" vorgelegt habe. In einer Resolution wurde aber der Vorwurf des Parteiausschusses, daß die Fraktionsbildung in der Partei zur Spaltung führen könne, zurückgewiesen: "Bei den Genossen, die so reden, scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein, weil sie eine parteigenössische Kritik nicht vertragen können oder wollen. ... Die Berliner Funktionäre betonen demgegenüber ihre Treue zur Partei. Sie werden aber an ihrem Teil alles daransetzen, daß der Mehrheitswille auch in der Spitze, Vorstand und Fraktion zum Ausdruck kommt." Dies war die offene Ankündigung der linken Berliner Parteimehrheit, für eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in den zentralen Gremien der Partei zugunsten der Linken zu kämpfen. Der "Vorwärts" verurteilte diesen Beschluß, aus dem der "Geist des Mißtrauens" gegen Parteivorstand, Parteiausschuß und Reichstagsfraktion spreche. 20)

Einen ähnlichen Beschluß faßte der Bezirksvorstand und die Pressekommission der VSPD Halle-Merseburg am 9.12.: "Die Opposition, die zweifellos die Mehrheit der Parteimitglieder hinter sich hat, erstrebt durch freie Meinungsäußerung und sachliche Auseinandersetzung über prinzipielle und taktische Fragen eine vollständige geistige und auch organisatorische Neuorientierung der Partei. ... Jeder Anschlag auf dieses Recht (der freien Meinungsäußerung -E.W.) wird an dem entschlossenen Widerstand der Parteimitglieder zerschellen." Der Parteiausschußbeschluß wurde scharf verurteilt, da er "darauf hinzielt, die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei zu erdrosseln." 21)

Der Bezirk Halle geriet in einen Konflikt mit dem Parteivorstand, da er versuchte seine politische Linie in der Parteizeitung "Hallesches Volksblatt" durchzusetzen. Auf der Tagung am 9.12. wurde beschlossen, den "rechten" Redakteur dieser Zeitung, Schulz, durch den "Linken"

Kasperek zu ersetzen. Der Ortsverein Halle sprach sich jedoch mit 226:153 Stimmen für das Verbleiben von Schulz aus. Der Parteivorstand der VSPD unterstützte natürlich Schulz. Wels, Crispian und Ludwig reisten nach Halle und setzten durch, daß Schulz vorläufig Redakteur bleiben solle. Der nächste Bezirksparteitag sollte endgültig diese Frage entscheiden. 12)

Das Eingreifen des Parteivorstandes in den Halle-schen Pressekonflikt wurde von der VSPD-Linken scharf verurteilt. Die "SPW" bezeichnete es unter Anspielung auf Sachsen als "Reichsexekution des Parteivorstandes gegen Halle". Sie zitierte zustimmend die "Leipziger Volkszeitung", die in dieser Handlung ebenfalls eine erste Auswirkung des Parteiausschußbeschlusses vom 27.11. sah: "Die Reichsexekution des Parteivorstandes gegen Halle ist nur der erste Schritte, der auf Grund der Beschlüsse des Parteiausschusses gegangen wird. Wir erheben schärfsten Protest gegen diese Art des Parteivorstandes, den Willen der Parteiorganisationen durch diktatorische Eingriffe umzufälschen". 23)

Mitte Dezember 1923 legte der Parteivorstand eine Dokumentation vor, in der er die Existenz einer organisierten Opposition in der VSPD beweisen wollte. Sie wurde vom "Vorwärts" nicht veröffentlicht. Aus einem Artikel Levis geht hervor, daß eines der zentralen Beweisstücke ein Brief des DMV-Vorsitzenden Bißmann vom 4.11.1923 war, in dem er Parteigenossen zur Abonnierung der "SPW" aufgefordert hatte.

Als Antwort auf diese Dokumentation veröffentlichte Levi einen von ihm am 29.11.1923 an den Parteivorstand gerichteten Brief, dessen Kernsatz lautete: "Von einer organisierten Opposition innerhalb der VSPD ist mir nichts bekannt. Da mir auch nicht bekannt ist, ob und wie ich damit in Verbindung gebracht werde, enthalte ich

mich weiterer Ausführungen darüber." 24) Levi betonte: "Die von mir herausgegebene Korrespondenz hat keine Ablehnung an irgendein organisationsähnliches Gebilde, noch bildet sie oder bilden ihre Abonnenten eines." Es existierten nur Einzelabonnements, nicht Abonnements ganzer Parteigliederungen. Die Abonnentenkartei sei nur Mathilde Jacob bekannt, die kein Parteimitglied sei. Die Abonnentenkartei könne daher nicht die Grundlage zum Aufbau einer Sonderorganisation in der Partei bilden. Vom Parteivorstand unabhängige sozialdemokratische Zeitschriften existierten in der Sozialdemokratie schon seit längerem wie z.B. die "Sozialistischen Monatshefte", ohne daß der Parteivorstand, wie jetzt bei der "SPW", darin den Versuch einer organisierten Oppositionsbildung gesehen habe. Levi behauptete in dem Brief sogar, die "SPW" vertrete nicht nur eine bestimmte "parteilpolitische Richtung" und er, Levi, habe im Gegensatz zum "Vorwärts" noch nie einen angebotenen Artikel "aus richtungsmäßigen Gründen" zurückgewiesen. Bezeichnend für das gespannte Verhältnis Levis zur Parteiführung war der Kommentar Levis zu seinem eigenen Brief: "Es ist, wir möchten beinahe sagen, selbstverständlich, daß der Parteivorstand auf diesen Brief nicht geantwortet hat. Das erlaubt ihm seine Zeit nicht. Seine Zeit reicht nur zur Auffindung und Zusammenfassung von 'Material'."

Linke Parteizeitungen versuchten, den Spieß umzudrehen und Anhängern der Parteivorstands-Politik die Bildung einer organisierten Opposition vorzuwerfen. Die "Leipziger Volkszeitung" berichtete am 4.1.1924 über das von den Parteirechten in Sachsen herausgegebene "Sozialdemokratisches Mitteilungsblatt gegen die Katastrophenpolitik", das offen um die Adressensammlung zum Zweck der Werbung neuer Abonnenten und um Spenden ersuche. Da diese Zeitschrift alle Merkmale einer organisierten Opposition erfülle, forderte die "Leipziger Volkszeitung" den Parteivorstand auf, gegen diese Zeitschrift vorzugehen. Da dieses

Blatt den politischen Kurs des Parteivorstandes vertrat, ging der Parteivorstand natürlich nicht dagegen vor. 25)

Überraschenderweise spielte die Frage der organisierten Opposition bis zum Berliner Reichsparteitag der VSPD keine große Rolle mehr. Ein Grund dafür dürfte der traditionelle innerparteiliche Burgfrieden kurz vor den Reichstagswahlen gewesen sein. Ein anderer war wohl die Einsicht des Parteivorstandes, daß die Linke nicht an eine Parteispaltung dachte und, daß bei einem Hinausdrängen der Linken aus der Partei die VSPD viele ihrer Mitglieder und Wähler, v.a. in Berlin, Thüringen und Sachsen, verlieren würde. Zudem schienen die Beweise für die Bildung einer organisierten Opposition nicht allzu stichhaltig zu sein. Die innerparteiliche Diskussion konzentrierte sich mehr und mehr auf den sächsischen Parteikonflikt.

2.1.2. Die Kritik der VSPD-Linken an der Politik der Regierung Marx I

Im Mittelpunkt der Kritik der VSPD-Linken an der Regierung Marx stand deren Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes.

Die Regierung Marx verfolgte eine rigorose Sparpolitik und eine Förderung des Unternehmertums. Sie kündigte den Abbau von einem Viertel aller Beamtenstellen an. In einer Steuer-Verordnung am 7.12.1923 senkte sie die Besitzsteuern und hob die Massensteuern an. Am 21.12.1923 erließ sie eine Arbeitszeit-Verordnung, in der zwar der Achtstundentag als Normalarbeitszeit festgeschrieben wurde, er aber faktisch durch zahlreiche Ausnahmeregelungen ausgehöhlt wurde. Die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst wurde drastisch erhöht. Die staatlichen Schlichter bei Tarifkonflikten bevorteilten in der Regel die Unternehmerschaft. Die Arbeits-

losigkeit stieg zunächst beträchtlich. 26)

Die "SPW" stellte das Wirtschaftsprogramm der Regierung Marx so dar: "Also weitere Belastung der nichtbesitzenden Kreise, Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, Massenentlassung der Arbeiter und Beamten nach der einen Seite, Steuerschonung der besitzenden Klasse, Befreiung von sozialen Lasten aller Art nach der anderen Seite." 27)

Fritz Bieligk mußte zwar Ende Januar 1924 konzedieren, daß es der Regierung gelungen sei, die Mark zu stabilisieren und damit die wichtigste Voraussetzung für einen Aufschwung vorhanden sei, er kritisierte aber, daß die Stabilisierung der Wirtschaft allein durch die erzwungenen Opfer der Arbeiterschaft erreicht worden sei. Das Ziel der Wirtschaftspolitik der Regierung Marx sei eindeutig: "Selbstverständlich unterstützt der in Deutschland regierende Ausschuß zur Vertretung der Kapitalinteressen das Unternehmertum." 28)

Auch die Parteiführung der VSPD beurteilte scharf die Wirtschaftspolitik der Regierung Marx. Der "Vorwärts" bezeichnete das Kabinett Marx als eine Regierung, "die nur allzu stark in die Abhängigkeit von großkapitalistischen Interessen geraten ist." 29) Der ADGB-Bundesausschuß verurteilte am 16.1.1924 die Arbeitszeit-Verordnung als Durchbrechung des Achtstundentages und trat aus Protest gegen die Konfrontationspolitik aus der 1918 mit den Unternehmerverbänden gebildeten "Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" aus. 30)

Die Regierung Marx lehnte die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes ab.

Der "Vorwärts" drohte in der Neujahrsausgabe 1924 mit dem Sturz der Regierung Marx durch die VSPD, falls sie sich weiterhin weigere, den Belagerungszustand zu beenden. 29) Dies erwies sich jedoch bald als leere Geste, da die VSPD-Parteiführung baldige Reichstagsneuwahlen scheute, aus Angst

vor einer Wahlniederlage. Die VSPD tolerierte faktisch weiterhin die Regierung Marx.

Die "SPW" berichtete am 24.1.1924, daß die Mehrheit der VSPD-Reichstagsfraktion bereits dreimal Anträge der linken Fraktionsminderheit abgelehnt habe, die sofortige Einberufung des sich seit dem 12.12.1923 in Ferien befindlichen Reichstages zu fordern, um den Antrag zur sofortigen Aufhebung des Belagerungszustandes zu stellen. Zum letztenmal sei am 17.1.1924 ein Vorstoß der Linken in der Fraktion gescheitert. Auf dieser Sitzung beschloß die Fraktion lediglich, die 2. Steuer-Notverordnung vom 19.12.1923 als unsocial zu verurteilen und die Regierung aufzufordern, die geplante 3. Steuer-Notverordnung nicht als Verordnung, sondern als ordentliches Gesetz im Reichstag einzubringen. Der Vorstand der Reichstagsfraktion wurde beauftragt, mit der Regierung Gespräche über die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes zu führen. 30)

Am 29.1.1924 beschloß der Parteiausschuß einstimmig, von der Regierung Marx das Ende des Belagerungszustandes zu verlangen, ohne jedoch Sanktionen für den Fall anzudrohen, daß die Regierung dies ablehnen werde. 31)

Die Fortexistenz des Belagerungszustandes, die Reichsexekutionen gegen die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen und die unternehmerfreundliche Politik der Regierung Marx verstärkten die Einschätzung des Staates als Organ der kapitalistischen Klassenherrschaft aufseiten der VSPD-Linken.

Petrich charakterisierte unter dem bezeichnenden Titel "Die verkrachte Demokratie" den Staat so: "So ist die deutsche Republik heute ausschließlich eine Klassenorganisation der besitzenden Klassen, die mit den Mitteln der bewaffneten Macht die Arbeiterklasse niederhält." Deutschland sei heute eine "nackte Militär- und Wirtschaftsdiktatur". Er nannte drei Ursachen für die Heranbildung dieses Zustandes: 1. Den Verzicht des SPD den Staatsap-

parat 1918 grundlegend umzuformen: "Die Wurzel allen Übels ist der freiwillige Verzicht der deutschen Republik von Anfang an, eine wirkliche Republik zu sein. Alle entscheidenden Organe des republikanischen Staates, Wehrmacht, Verwaltung, Justiz usw. blieben in den Händen rachebrütender Monarchisten". 2. Die Machtzunahme der Bourgeoisie als Folge der durch die Inflation verstärkten Konzentration des Kapitals. 3. Die politischen Fehler beider Arbeiterparteien, den "hirnverbrannten Putschismus" der KPD und den "Opportunismus" der VSPD-"Realpolitiker". 32)

Emilg-Benario sprach dem Staat das Etikett demokratisch ab: "Denn eine Demokratie, die sich auf ein antidemokratisches Heer, eine antidemokratische Verwaltung und Justiz stützt, kann höchstens nur als eine Karrikatur als eine Karrikatur auf eine Demokratie, nicht aber als eine Demokratie selbst betrachtet werden". Die Realität werde nicht durch den Text der Verfassung bestimmt, sondern durch die Klassenjustiz, die "Schwarze Reichswehr", rechtsradikale Wehrverbände, die Rebellion Bayerns gegen die Verfassung und den gegen die Arbeiterschaft gerichteten Belagerungszustand. Deutschland sei zur Zeit eine "tatsächlich faschistische Republik", in der weder freie Wahlen, noch ein friedlicher Weg zum Sozialismus möglich seien. 33)

Levi sah die Gefahr, daß der Belagerungszustand ohne die Zustimmung durch die Reichswehr überhaupt nicht mehr aufgehoben werden könne. Der Kampf der VSPD gehe daher zur Zeit nicht um den Sozialismus, sondern um die Wiederherstellung der politischen Demokratie: "Nicht mehr die 'Errungenschaften der Revolution', sondern die Errungenschaften selbst der Zeit nach dem Sozialistengesetz hat die deutsche Arbeiterklasse heute zu verteidigen". 34)

Wegen der unsozialen Folgen der Wirtschaftspolitik der Regierung Marx ging in der VSPD die Diskussion über die Zustimmung der Fraktionsmehrheit zum Ermächtigungsgesetz mit unverminderter Schärfe weiter. Der "Vorwärts"

rechtfertigte am 3.2.1924 nochmals das Verhalten der Fraktionsmehrheit: "Die bürgerliche Mitte" war entschlossen allein zu regieren, wenn wir nicht mit dem Ermächtigungsgesetz gingen, so mit dem Artikel 48, und wenn es nicht mit dem Reichstag ging, dann ohne ihn. Und täuschen wir uns darüber nicht: Sie hatte auch die Macht dazu!" Jetzt aber sei die VSPD wieder erstarkt und habe bei den nächsten Reichstagswahlen gute Chancen. 35)

Der Parteivorstand verteidigte seine Haltung in einer eigenen Broschüre mit denselben Argumenten. Die "SPW" kommentierte diese Broschüre voller Verachtung: "Für eine solche Politik, die eine bürgerliche Regierung durch Zustimmung eine unerhörte arbeiterfeindliche Realpolitik ermöglicht, und gleichzeitig erklärt 'aber die Folgen lehnen wir ab', bleibt das bestehen, was Genosse Crispian auf einer Berliner Funktionärsversammlung erklärte: Es ist eine Politik der Verantwortungslosigkeit". 36)

Am 20.2.1924 trat der Reichstag erstmals wieder zusammen.

Die VSPD-Reichstagsfraktion brachte eine Reihe von Anträgen ein, die die gesetzliche Verankerung des Achtstundentages und Änderungen der Notverordnungen im Sinne der Arbeiterschaft verlangten. 37)

Am 1.3.1924 wurde der militärische Belagerungszustand und das Verbot der KPD, DVFP und NSDAP aufgehoben. Der zivile Belagerungszustand blieb aber bis zum 25.10.1924 weiterhin in Kraft. 38)

Nach dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes am 15.2.1924 bemühte sich Marx in Verhandlungen mit der VSPD und der DNVP um ihre Zustimmung zu einem neuen Ermächtigungsgesetz. Die Verhandlungen scheiterten aber an der Weigerung der VSPD. Die Parteiführung mußte bei einem erneuten Nachgeben gegenüber der Regierung Marx mit einer riesigen Protestwelle in der Partei und mit einer großen Wahlniederlage bei den Reichstagswahlen rechnen. Aus

diesem Grund war für sie ein Entgegenkommen unmöglich.

Am 13.3.1924 erklärte Ebert auf Bitten von Marx den Reichstag für aufgelöst, da nach Meinung von Marx für die wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der Reichsregierung keine Mehrheit vorhanden sei. 39)

Levi faßte sein Urteil über diesen Reichstag in einem Satz zusammen: "Wie die Nationalversammlung die politische, so war der erste Reichstag die soziale Restauration der deutschen Bourgeoisie". 40)

2.1.3. Der Konflikt in der VSPD über die Aufstellung der Kandidaten für die Reichstagswahlen

Bereits vor dieser Reichstagsauflösung hatte in der VSPD im Rahmen der Vorbereitung für den am 30.3.1924 geplanten Reichsparteitag die Aufstellung der Reichstagskandidaten der für den Spätsommer erwarteten Wahlen begonnen. Hierbei kam es zu schweren Konflikten zwischen den beiden Parteiflügeln.

Die VSPD-Linke machte zum Hauptkriterium für die Wiederaufstellung von bisherigen Reichstagsabgeordneten ihre Haltung zum Ermächtigungsgesetz am 8.12.1923. Abgeordnete, die für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatten, sollten nicht mehr aufgestellt werden.

Viele von den Linken beherrschte Parteigliederungen formulierten diese Position offen in Resolutionen. So beschloß z.B. die Generalversammlung des Unterbezirks Leipzig am 3.2.1924 bei nur 13 Gegenstimmen Reichstagsabgeordneten, die für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatten, nicht mehr zu nominieren. Aus diesem Grund wurde der bisherige Reichstagsabgeordnete Siebold nicht aufgestellt. Kandidaten wurden die 3 Linken Lipinski, Saupe und Seger. 41)

In Bezirken, die die Politik des Parteivorstandes

billigten, wurde häufig, ohne dies allerdings in Beschlüssen offen auszusprechen, nach demselben Kriterium der Haltung zum Ermächtigungsgesetz, natürlich unter entgegengesetztem Vorzeichen, die Wiederaufstellung von linken Reichstagsabgeordneten bzw. ihre Nominierung auf vordere Listenplätze abgelehnt.

So wurde z.B. in dem Wahlkreis obere Rheinprovinz der führende Vertreter der Weimarer Sonderkonferenz Philipp Fries nur auf den aussichtslosen 4. Listenplatz nominiert, nachdem Anträge, ihn auf Platz 2 oder 3 zu setzen, abgelehnt worden waren. Er verzichtete daraufhin aus Protest auf seine Kandidatur. 42)

In fast allen Bezirken mit rechter Mehrheit hatten Linke keine Chance, an aussichtsreicher Stelle nominiert zu werden. Im Bezirk Westliches Westfalen wurden die Linken Oettinghaus und Pieper nur auf die chancenlosen Listenplätze 7 und 8 gesetzt. Im Bezirk Magdeburg verzichteten die Linken Beims und Brandes auf eine Kandidatur, da ihnen vordere Listenplätze verwehrt wurden. Der Gegner des Ermächtigungsgesetzes Albrecht wurde nicht gewählt. 43)

Nur prominente Linke, wie das Mitglied der Kontrollkommission Agnes und der DMV-Vorsitzende Dißmann, wurden in Bezirken mit rechter Mehrheit an aussichtsreicher Stelle nominiert. 44)

In den Bezirken mit linker Mehrheit wurden Befürworter des Ermächtigungsgesetzes und der Koalitionspolitik nicht auf die aussichtsreichen Listenplätze gestellt.

Im Bezirk Ostsachsen (Dresden) wurden die beiden Linken Fleißner und Sender auf die ersten beiden Plätze gesetzt, erst dann folgten die beiden Rechten Schmidt und Krätzig. Trotz eines Votums des erweiterten Bezirksverbandes wurde der rechte Vorsitzende der Textilarbeitergewerkschaft Jäckel nicht auf der Liste platziert. 45)

Im Wahlkreis, der aus den beiden Bezirken Chemnitz-Erzgebirge und Zwickau-Plauen bestand, wurden auf die vier aussichtsreichen Listenplätze die Linken Ströbel, Seydewitz, Kuhnt und Levi aufgestellt, während die Rechten Stücklen und Molkenbuhr, der immerhin Mitglied des Parteivorstandes war, nur auf den chancenlosen Plätzen 5 und 6 nominiert wurden. 46)

Im Bezirk Thüringen wurden auf der Liste nur 5 linke Kandidaten aufgestellt: Bock, Rosenfeld, Frölich, Wurm und Dietrich. 47)

Der Bezirk Halle-Merseburg wählte 3 linke Kandidaten (Kuhner, Wackwitz, Peters) und 1 rechten Kandidaten (Krüger). 48)

Diese Praxis, Anhänger von Minderheitsmeinungen in den Bezirken nicht als Vertreter in den Reichstag schicken zu wollen, dokumentiert, daß nur eineinhalb Jahre nach dem Nürnberger Vereinigungsparteitag sich in der VSPD zwei Flügel unversöhnlich gegenüberstanden.

Der Parteivorstand ergriff in dieser Frage eindeutig Partei für seine Anhänger. Am 11.3.1924 verurteilte er in einem Beschluß die Entscheidung linker Parteigliederungen, Befürworter des Ermächtigungsgesetzes nicht mehr aufzustellen: "Eine solche Disqualifizierung von Parteigenossen durch Organisationsbeschluß ist unzulässig und widerspricht dem Wortlaut und dem Geist des Organisationsstatus der Partei." Er kritisierte dieses "System der Verfemung von Abgeordneten". Die Praxis der rechten Parteigliederungen, Gegner des Ermächtigungsgesetzes nicht mehr aufzustellen, erwähnte der Parteivorstand bezeichnenderweise nicht. 49)

Die Linken verzichteten nach diesem Beschluß zwar auf die Festschreibung der Nichtwiederaufstellung von Befürwortern des Ermächtigungsgesetzes in Form von Resolutionen, änderten aber nichts an dieser Praxis.

Den Höhepunkt der Auseinandersetzungen in der VSPD um die Aufstellung der Reichstagskandidaten bildete

der Konflikt im Bezirk Groß-Berlin, in dem der Parteivorstand massiv vor und während der Aufstellung für die sich in Groß-Berlin in der Minderheit befindenden Anhänger seiner Richtung einsetzte.

Bereits drei Wochen vor der Aufstellungskonferenz der Reichstagskandidaten forderte der "Vorwärts" indirekt die linke Mehrheit in Berlin auf, auch rechte Kandidaten zu nominieren, da diese die Parteimehrheit auf Reichsebene repräsentierten: "Bezirksparteitage, Delegiertenlisten, Kandidatenaufstellungen sollten in einer demokratischen Partei wie der unserigen das Spiegelbild des Willens der Masse sein und nicht nur einer Minderheit." 50)

Am 2.3.1924 fand der Bezirksparteitag der VSPD Groß-Berlin statt. 51) Nach Verhandlungen des erweiterten Bezirksvorstandes unter der Führung Künstlers mit dem Parteivorstand schlug Künstler den Parteitage delegierten eine paritätisch aus Linken und Rechten zusammengesetzte Vorschlagsliste für die beiden Reichstagswahlkreise Berlin und Teltow-Beeskow vor, die durch Akklamation gebilligt werden sollte. Nach Reden der Linken Barth und Günther wurde aber der Vorschlag Künstlers mit 245:203 Stimmen abgelehnt, da fast alle linken Delegierten nicht bereit waren, dem Druck des Parteivorstandes nachzugeben, auf die Ausnutzung ihrer Mehrheitsposition zu verzichten. In geheimer Wahl wurden daraufhin auf den Vorschlagslisten für die beiden Wahlkreise auf den aussichtsreichen Plätzen nur jeweils 1 Rechter aufgestellt. Die auf aussichtslosen Listenplätzen nominierten Rechten verzichteten daraufhin aus Protest auf ihre Kandidatur zum Reichstag.

Die "SPW" hatte für dieses Verhalten nur Spott übrig: "Die Preisfechter der Demokratie waren mit der Demokratie nicht mehr einverstanden." 52) Noch auf dem Bezirksparteitag kündigten die Parteivorstandsmitglieder Crispian und Dittmann an, daß sich der Parteivorstand mit dem Ergebnis bald befassen werde. Der "Vorwärts" bezeichnete

wegen der Ablehnung der Vereinbarung zwischen dem erweiterten Bezirksvorstand und dem Parteivorstand den Bezirksparteitag sogar als einen "Tag des Unheils in der Geschichte der Berliner und deutschen Arbeiterbewegung". 53)

Wegen dieser Kritik sah sich der Berliner Bezirks-Vorsitzende Künstler genötigt, im "Vorwärts" diesen gegen seinen Willen zustandegekommenen Beschluß des Bezirksparteitages als demokratisch zustandegekommen und damit als gültig zu verteidigen. Den Kandidaturverzicht der Rechten verurteilte er: "Sie drückten lediglich ihren Unmut darüber aus, daß sie nicht an die von ihnen erhoffte Stelle gekommen sind." 54)

Der "Vorwärts" mißbilligte diese Erklärung Künstlers: "Mit dieser Zuschrift stellt sich der Vorsitzende der Berliner Organisation, Genosse Künstler, in parteiischer und gehässiger Weise auf die Seite derer, die den Parteidfrieden gebrochen haben." Er äußerte Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Entscheidung des Bezirksparteitages und schlug dem Parteivorstand vor, an der ursprünglichen paritätischen Liste festzuhalten. 55)

Der Parteivorstand beschloß am 4.3.1924, daß er, falls keine Einigung mit dem Bezirk Berlin möglich sei, allein "eine über allem Richtungsstreit stehende Liste" sichern werde. 56)

Unter dieser Drohung gab ein Teil der Linken in Berlin nach. Am 5.3. beschloß der erweiterte Bezirksvorstand mit 36:19 Stimmen, daß am 8.3. der Bezirksparteitag die paritätische Liste wählen solle und erkannte damit indirekt an, daß die Entscheidung vom 2.3. ungültig sei. Als Entgegenkommen an die Linke verzichtete der Parteivorstand auf die ursprünglich in der Vereinbarung mit dem erweiterten Bezirksvorstand enthaltene Regelung, daß in den erweiterten Bezirksvorstand 4 weitere Vertreter der Rechten gewählt werden sollten. Der "Vorwärts" drohte unmißverständlich damit, daß, wenn der Bezirksparteitag am 8.3. diesen

Beschluß des erweiterten Bezirksvorstandes ablehnen würde, der Parteivorstand allein auf der Grundlage des ihm bei Streitigkeiten über die Aufstellung von Reichstagskandidaten laut § 16, Absatz 2 des Parteistatuts zustehenden Rechte über die Zusammensetzung der Kandidatenlisten in Berlin entscheiden werde. 57)

Wilhelm Dittmann hoffte aber darauf, daß der Bezirksparteitag einstimmig der Empfehlung des erweiterten Bezirksvorstandes folgen werde. 58)

Die VSPD-Linke wandte sich natürlich gegen die geplante Revidierung des Ergebnisses des Bezirksparteitages vom 2.3. Die 4 linken Berliner Reichstagskandidaten Aufhäuser, Breunig, Hoffmann und Löwenstein protestierten in einer Erklärung dagegen. 59)

Levi forderte den Parteivorstand auf, nicht als "Parteipolizei" zu fungieren und appellierte an den bevorstehenden erneuten Bezirksparteitag das Ergebnis vom 2.3. zu bestätigen, da es um den Erhalt der innerparteilichen Demokratie gehe: "Gelingt der Anschlag, den der Parteivorstand auf die Berliner Organisation unternommen hat, so ist damit festgestellt, daß auch die Partei nach den Grundsätzen des Artikels 48 der 'demokratischsten Verfassung der Welt' regiert wird." 60)

Günther, der am 2.3. die Oppositen gegen die paritätische Liste angeführt hatte, warnte den Parteivorstand vor einer "Vergewaltigung der Parteidemokratie". Er wies darauf hin, daß in den Hochburgen der Parteimehrheit wie Ostpreußen, Hamburg und Brandenburg kein einziger Linker als Reichstagskandidat nominiert worden sei, während in Berlin am 2.3. trotz der linken Mehrheit auch Rechte aufgestellt worden seien. Der Parteivorstand unterstütze die Sonderorganisation der rechten Minderheit in Berlin "Vereinigung für Republik und Sozialismus" und gefährde mit seiner Weigerung, die demokratische Mehrheitsentscheidung vom 2.3. anzuerkennen, die "Einheit der Partei". 61)

Am 8.3.1924 tagte der Bezirksparteitag. Zunächst verlief alles wie vom erweiterten Bezirksvorstand geplant. 62) Für seinen Vorschlag einer paritätischen Zusammensetzung der Listen sprachen sich Crispian und Dittmann aus, dagegen waren Aufhäuser, Günther und Löwenstein. Mit 255:216 Stimmen wurden die beiden paritätischen Listen verabschiedet. Daraufhin erklärten die beiden Linken Breunig und Hoffmann aus Protest gegen die "Verletzung der Parteidemokratie" ihren Verzicht auf die Annahme ihrer Wahl als Reichstagskandidaten. Die Linke beantragte, da nunmehr die Liste nicht mehr vollständig war, Einzelabstimmung über alle Plätze der Listen. Dieser Antrag wurde mit 223:202 Stimmen angenommen. Daraufhin verließen die rechten Delegierten den Saal, um durch die Schaffung der Beschlußunfähigkeit des Bezirksparteitages die Nichtaufstellung ihrer Kandidaten zu verhindern. Der Parteitag mußte wegen Beschlußunfähigkeit vertagt werden.

Der Parteivorstand beschloß am 11.3.1924 einstimmig, also mit den Stimmen Künstlers und Crispian, auf der Basis des § 16 Absatz 2 des Parteistatuts, daß die paritätische Liste trotz des Rücktritts von Breunig und Hoffmann auch ohne diese beiden die gültige Kandidatenliste der VSPD darstelle, nachdem diese beiden die Forderung des Parteivorstandes ihren Rücktritt zu revidieren abgelehnt hätten. Der von einigen geforderte neue Bezirksparteitag sei daher überflüssig. 63)

Die "SPW" verurteilte diese Entscheidung unter der bezeichnenden Überschrift "Das Diktat des Parteivorstandes". Besonders die beiden bisherigen Vertreter der Linken im Parteivorstand Crispian und Künstler wurden wegen ihrer Zustimmung zu diesem Beschluß scharf kritisiert. Die Berliner VSPD wurde aufgefordert, sich gegen diese Entscheidung zu wehren. 64)

In einem Brief an die "SPW" verteidigten Crispian und Künstler ihre Haltung damit, daß wegen des bevorstehenden

Reichstagswahlkampfes die Einheit und Geschlossenheit der Partei über alles gehen müsse.

Die "SPW" blieb nach diesem Brief aber bei ihrer Verurteilung der Verletzung der innerparteilichen Demokratie durch den Parteivorstand. 65)

Die Berliner VSPD fügte sich dem Beschluß des Parteivorstandes.

Es erübrigt sich fast festzustellen, daß der Parteivorstand sich in Bezirken mit rechter Mehrheit nicht um die Aufstellung von linken Kandidaten bemühte.

2.1.4. Der Wahlkampf der VSPD und die Niederlage der VSPD bei den Reichstagswahlen am 20.5.1924

Gleich zu Beginn des Wahlkampfes für den Reichstag zeigte sich, daß die beiden Flügel der VSPD mit völlig unterschiedlicher Perspektive in dieser Aktion gingen.

Der "Vorwärts" nannte am 15.3.1924 als Ziel des Wahlkampfes die Rückkehr der VSPD in die Regierung, am liebsten in der Form der Weimarer Koalition aus VSPD, DDP und Zentrum, aber auch eine Große Koalition mit der DVP schloß er nicht explizit aus: "Die Sozialdemokratie führt deshalb den Wahlkampf in voller Freiheit um den sachlichen Inhalt - vor allem um den sozialen Inhalt - der künftigen deutschen Politik, und an den bürgerlichen Mittelparteien ist es, durch entschlossene Bekämpfung der sozialreaktionären Tendenzen der nach rechts drängenden Flügel in ihren Reihen die tragfähige Grundlage für eine künftige demokratisch-republikanische Regierung zu schaffen." 66)

Im Wahlauf Ruf des Parteivorstandes vom 20.3.1924 wurde auf jede Aussage zur Koalitionsfrage verzichtet. 67) Als Hauptfeinde wurden die KPD und die DNVP angegriffen. Die bürgerlichen Mittelparteien wurden nur in maßvoller

Form wegen ihrer Ablehnung der Besitzbelastung und der Erfassung der Sachwerte kritisiert. Als Fernziele nannte der Aufruf die "Volksheerrschaft über die Volkswirtschaft" und die "Fortbildung der bürgerlichen Republik zum sozialistischen Volksstaat". Als Nahziele wurden in Abgrenzung zur Politik der Regierung Marx u.a. die Rentenerhöhung, die gesetzliche Absicherung des Achtstundentages, die Lohnerhöhung und der Kampf gegen den Beamtenabbau erwähnt. Die Alternative der Regierungsbildung sah der Parteivorstand implizit in einer Regierung mit VSPD-Beteiligung oder einer Bürgerblockregierung, wie aus dieser Gegenüberstellung hervorging: "Für die Republik, gegen die Monarchie! Für den sozialen Fortschritt, gegen die soziale Reaktion! Für die Wirtschaftsdemokratie, gegen die Diktatur der Monopole! für die Völkerverständigung, gegen den internationalen Militarismus!"

Der preußische Innenminister Severing forderte im Hinblick auf die nach den Wahlen notwendige Koalitionsregierung aller Parteien, die die Erfüllungspolitik gegenüber der Entente wollten, eine Mäßigung der gegenseitigen Angriffe zwischen diesen Parteien im Wahlkampf, der so geführt werden müsse, "daß eine Arbeitsgemeinschaft im Reichstag nicht von vornherein erschwert wird. Das Ziel des Wahlkampfes muß sein: Nicht nur Parteien zu schaffen, die die Erfüllungspolitik in den für Deutschland erträglichen Grenzen wieder betreiben wollen, sondern diese Parteien auch so zusammenzuführen, daß man eine stetige Außen- und Innenpolitik treiben kann." 68)

Die VSPD-Linke forderte hingegen klar einen Verzicht auf jede Koalition mit den bürgerlichen Mittelparteien nach den Wahlen, da die Gegensätze in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wegen der unterschiedlichen Klasseninteressen unüberbrückbar seien. Deutlich kam diese Position im Beschluß des Parteitages des Bezirkes Chemnitz-Erzge-

birge vom 16.3.1924 zum Ausdruck, in dem es u.a. hieß:
 "Von dieser unbedingten Notwendigkeit erfüllt und die
 Größe der Gefahr für das Proletariat erkennend, fordert
 der Parteitag auf Grund der harten Erfahrungen der
 letzten Jahre von der neuen Reichstagsfraktion eine scharfe
 Abkehr von der bisherigen Politik dauernder Konzessionen,
 die letzten Endes zu dem Ermächtigungsgesetz und zur Dik-
 tatur einer ausgesprochenen Bourgeoisierregierung über
 das Proletariat führen mußte. Der Parteitag sieht nicht
 in der Staatsform an sich, sondern nur im sozialen In-
 halt ein der Partei würdiges Kampfobjekt. Er ist überzeugt,
 daß jeder Schritt zur Wiedergewinnung revolutionärer und
 republikanischer Errungenschaften nur im schärfsten Kampf
 gegen die herrschende Kapitalistenklasse zu erreichen ist.
 Wird die Partei im Sinne eines rücksichtslos geführten
 Klassenkampfes eingestellt, dann werden die müde gewor-
 denen Massen erneut um die Fahne des Sozialismus gesammelt
 werden können. Für dieses Ziel wird der Parteitag Chemnitz-
 Erzgebirge mit aller Kraft und Hingabe arbeiten." 69)

Die VSPD-Linke hielt sich aber im Wahlkampf an
 den traditionell in dieser Phase herrschenden Burgfrieden
 in der Partei, um nicht durch innerparteiliche Konflikte
 Wähler abzuschrecken. Sie stimmte daher dem am 23.3.1924
 vom Parteiausschuß einstimmig gefaßten Beschluß zu, den
 ursprünglich für den 30.3.1924 geplanten Reichsparteitag
 auf die Zeit nach der Reichstagswahl zu verschieben. 70)

Die linken Parteizeitungen und die "SPW" ent-
 hielten sich während des Wahlkampfes jeder Prognose über
 den Wahlausgang und verzichteten auf offene Kritik an der
 Parteiführung und auf jede Darstellung innerparteilicher
 Konflikte. Sie konzentrierten ihre Angriffe aber im Wahl-
 kampf im Gegensatz zum "Vorwärts" und den rechten Partei-
 zeitungen nicht auf die KPD und DNVP, sondern auf die bür-
 gerlichen Mittelparteien, also auf die potentiellen Koali-
 tionspartner der VSPD.